

Aus diesem Heft 517

Textteil

Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich 519

Struktur der Landkreise und Kreisfreien Städte im Vergleich 527

Erwerbstätigkeit im Juni 1984 533

Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren 539

Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes 543

Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1984 561

Binnenschifffahrt 1984 569

Pressestatistik 1983 576

Schwangerschaftsabbrüche 1984 581

Jugendhilfe 1983 585

Preise im Juni 1985 594

Tabellentell

Übersicht 251*

Statistische Monatszahlen 252*

Ausgewählte Tabellen 269*

Herausgeber


Statistisches Bundesamt

Verlag

W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents	Page	Table des matières	Pages
In this issue	517	Dans ce numéro	517
 Texts		 Textes	
Gross domestic product in international comparison	519	Produit intérieur brut dans la comparaison internationale	519
Structure of "Landkreise" and towns not attached to a "Landkreis" in a comparison	527	Structure des cercles ruraux et des villes disjointes administrativement des cercles dans une comparaison	527
Employment in June 1984	533	Emploi en juin 1984	533
Financial results of bankruptcies and insolvencies instituted in 1983	539	Résultats financiers des faillites et règlements judiciaires déclarés en 1983	539
Ideas concerning the further development of the statistics on production industries	543	Réflexions sur le développement de la statistique des industries productrices	543
Imports according to frontier sections and by mode of transport in 1984	561	Importations suivant les sections frontalières et les modes de transport en 1984	561
Inland water transport, 1984	569	Navigation fluviale en 1984	569
Press statistics, 1983	576	Statistique de la presse en 1983	576
Abortions, 1984	581	Interruptions volontaires de la grossesse en 1984 ..	581
Youth welfare, 1983	585	Aide à l'enfance et à la jeunesse en 1983	585
Prices in June 1985	594	Prix en juin 1985	594
 Tables		 Tableaux	
Summary survey	251*	Résumé	251*
Monthly statistical figures	252*	Chiffres statistiques mensuels	252*
Selected tables	269*	Quelques tableaux sélectionnés	269*


 (53.834)
 86.6061e

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Die Kenntnis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Ausland ist zu einer unentbehrlichen Entscheidungs- und Analysegrundlage für Regierungen und Parlamente sowie für Wirtschaft und Wissenschaft geworden. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Vergleich von Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten in einer gemeinsamen Recheneinheit dargestellt werden.

Der vorliegende Beitrag gibt zunächst einige Hinweise auf die methodischen Probleme des internationalen Vergleichs von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wobei die wesentlichen Fortschritte, die durch die Ermittlung von Kaufkraftparitäten für eine Reihe von Ländern erzielt wurden, besonders herausgestellt werden. Im Ergebnisteil wird zunächst das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der wichtigsten westlichen Industrieländer im Jahr 1983 miteinander verglichen, sodann wird auf die Entwicklung dieser Größe im Zeitraum von 1960 bis 1983 eingegangen. Gegenüberstellungen der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen, der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts und der entstandenen Einkommen liefern zusätzliche Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den betrachteten Ländern.

Struktur der Landkreise und Kreisfreien Städte im Vergleich

Zur Beschreibung und Analyse räumlicher Probleme in der Bundesrepublik Deutschland wird häufig auf Bundesebene das Gebietsraster der Kreise verwendet. Dieses Raster besteht derzeit bundesweit aus 328 Einheiten, von denen 237 Landkreise und 91 Kreisfreie Städte sind.

Ziel des Berichtes ist es, einen vergleichenden Überblick über die strukturellen Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten von Land- und Stadtkreisen anhand einiger wesentlicher statistischer Kenngrößen zu geben. Als solche werden Angaben über die Flächen und ihre Nutzung, die Bevölkerung in ihrem altersmäßigen Aufbau sowie die Be-

schäftigten in ihrer Zusammensetzung nach Wirtschaftsabteilungen herangezogen.

Im Ergebnis zeigt sich eine große Heterogenität der Kreise bei allen Indikatoren; insbesondere bestehen starke Unterschiede zwischen Landkreisen auf der einen und Kreisfreien Städten auf der anderen Seite.

Erwerbstätigkeit im Juni 1984

Ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt läßt das Erfordernis der Bereitstellung erwerbsstatistischer Daten besonders deutlich werden. Für Juni 1984 liegen den Ausführungen über die Erwerbstätigkeit die Ergebnisse der EG-Arbeitskräftestichprobe zugrunde, für 1985 kann wieder die Mikrozensusbefragung, die durch eine Verordnung im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 zum Volkszählungsgesetz ausgesetzt worden war, durchgeführt werden.

Zwischen Juni 1983 und Juni 1984 nahm die Wohnbevölkerung insgesamt ab. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) zu, die der Nichterwerbspersonen dagegen ab. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung (Erwerbsquote) hat sich damit von 46,5 % im Juni 1983 auf 47,1 % im Juni 1984 erhöht, absolut waren es 142 000 Erwerbslose und 130 000 Erwerbstätige mehr als im Juni 1983. Zum erstenmal seit 1981 zeigt sich damit eine — wenn auch geringfügige — Zunahme (+ 0,5 %) für die Erwerbstätigkeit.

Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes

Dieser Beitrag geht von einer aktuellen Standortbestimmung der Statistiken des Produzierenden Gewerbes aus, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bis ins Jahr 1983 hinein einer grundlegenden Reform unterzogen worden sind. Der Abschluß der Reform wurde mit der Neuordnung der Indizes auf Basis 1980 und der Erstellung von Ergebnissen für fachliche Unternehmensteile auf dem Wege von Zusammenfassungen vorhandener Datenbe-

stände unter Einschluß von Schätzungen erreicht. Die Vorteile des neuen Systems sind inzwischen in bezug auf die Ergebnisvielfalt, die große Verwendungsbreite und die technische Funktionsfähigkeit voll erkennbar.

Nicht zuletzt infolge des Strukturwandels der Wirtschaft, der durch eine Gewichtsverlagerung vom sekundären zum tertiären Sektor gekennzeichnet ist, haben sich inzwischen neue Anforderungen an die Statistik des Produzierenden Gewerbes ergeben. So befaßt sich der Beitrag zunächst sehr ausführlich mit den Auswirkungen der in zunehmendem Maße zu beobachtenden rechtlichen Verselbständigung von bestimmten Funktionen des sogenannten Funktionsbündels, das in seiner klassischen Form im Unternehmen anzutreffen und für die Leistungserstellung unabdingbar ist. Anschließend werden Lücken der Investitionstatistik behandelt, die durch die wachsende Bedeutung des Mietens von Sachanlagen hervorgerufen werden und die Berücksichtigung des sogenannten Nutzungskonzepts neben dem Aktivierungskonzept erforderlich machen. Es folgen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Bauberichterstattung und der Energiestatistik. Abschließend wird auf neue Anforderungen an die Produktionsstatistik eingegangen. Sie setzen eine Anpassung der zugrundeliegenden Nomenklaturen voraus. Als Stichworte seien zu diesem Komplex genannt: die bessere Berücksichtigung von Produkten und Produktionsverfahren der höheren Technologie, eine adäquate Erfassung von Gesamt- oder Fabrikationsanlagen und die Einbeziehung produktbezogener Dienstleistungen, die in den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zunehmend anzutreffen sind.

Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren

Die Analyse des Insolvenzgeschehens ist für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung besonders aufschlußreich. Zu Beginn der 80er Jahre war ein sprunghafter Anstieg der Zahl der Insolvenzen festzustellen; ab 1982 wurden jährlich über 15 000 Fälle von Zahlungsschwierigkeiten registriert. Im Berichtsjahr waren es 16 114 Insolvenzen, die die Amtsgerichte gemeldet hatten. Gegenüber 1982 bedeutet das eine Steigerung um 1,5 %. Die Zahl der eröffneten Verfahren lag jedoch mit 3 892 niedriger als 1982. Grund dafür ist die überproportionale Zunahme der

mangels Masse abgelehnten Konkursanträge. Den Gläubigern, die ihre Forderungen im Rahmen eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens geltend gemacht hatten, dürfte 1983 — wie schon den Gläubigern 1982 — ein Schaden von knapp 13 Mrd. DM entstanden sein.

Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1984

Als letzter Beitrag der Berichterstattung über den Außenhandel im Jahr 1984 in dieser Zeitschrift wird ein Überblick darüber gegeben, mit welchen Verkehrsmitteln und über welche Grenzabschnitte die in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren befördert wurden.

Im Berichtsjahr wurden (im Generalhandel) Waren im Gewicht von 341,0 Mill. t und im Wert von 445,2 Mill. DM eingeführt. Wie zuvor erfolgten auch 1984 die meisten Einfuhren über die niederländische Grenze; rund 40 % aller importierten Waren passierten diesen Grenzabschnitt und machten 25 % des Gesamtwerts aller Einfuhren aus. Hinsichtlich der beteiligten Verkehrszweige dominierten — der transportierten Menge nach — der Rohrleitungs- und der Binnenschiffsverkehr mit einem Anteil von jeweils 26 % und der unmittelbare Seeverkehr mit 23 %. Dem Wert nach hatte der Straßenverkehr mit 42 % den größten Anteil am Gesamtwert der Einfuhren, es folgte der unmittelbare Seeverkehr mit rund 20 %.

Binnenschifffahrt 1984

Über die deutschen Unternehmen der Binnenschifffahrt 1984 wurde in Heft 4/1985 dieser Zeitschrift berichtet. Die vorliegende Betrachtung befaßt sich im wesentlichen mit der Verkehrsleistung auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland.

Im Berichtsjahr wurden von allen beteiligten Flaggen insgesamt 236,5 Mill. t Güter befördert; das entspricht einer Transportleistung von 52,0 Mrd. Tonnenkilometern (tkm). Im Vergleich zu 1983 wurden 12,5 Mill. t oder 5,6 % mehr an Gütern befördert, die Transportleistung übertraf das Vorjahresergebnis um 2,9 Mrd. tkm oder 5,9 %.

Schwangerschaftsabbrüche 1984

Seit der Neuregelung der Bestimmungen über den legalen Schwangerschaftsabbruch durch § 218 des Strafgesetzbuchs im Jahr 1976 werden die Daten über Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen einer Bundesstatistik

erfaßt, ausgewertet und jährlich veröffentlicht. Wenn auch die absoluten Zahlen wegen mangelnder Kontrollmöglichkeiten unter Vorbehalt gesehen werden müssen, so vermitteln die Angaben doch den dringend erforderlichen Einblick u. a. in die zugrundeliegenden sozialen Zusammenhänge, in die medizinischen Vorgänge sowie in die möglichen bevölkerungspolitischen Auswirkungen.

Im Berichtsjahr ging die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche (86 298) geringfügig zurück. Diese Tendenz ist seit 1983 zu beobachten.

Jugendhilfe 1983

Der Leistungsbereich „Jugendhilfe“ ist sozialpolitisch von großer Bedeutung; seine vielfältige Wirkungsweise wird in diesem Beitrag deutlich.

Von den 12,8 Mill. Minderjährigen (unter 18 Jahre alt) im Bundesgebiet waren am Jahresende 1983 88 881 im Rahmen der „Hilfe zur Erziehung“ außerhalb des Elternhauses untergebracht, „Freiwillige Erziehungshilfe“ erhielten rund 14 000 Minderjährige. 1983 wurden für die Jugendhilfe 5,7 Mrd. DM ausgegeben.

Pressestatistik 1983

Ein breites publizistisches Informationsangebot liegt im allgemeinen Interesse. Die amtliche Pressestatistik dient der Beobachtung des strukturellen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung dieses bedeutenden Medienbereichs. Für 1983 zeigen die statistisch aufbereiteten und differenziert dargestellten Daten eine leicht, aber kontinuierlich steigende Tendenz; das trifft sowohl für die Zahl der Unternehmen und ihrer Beschäftigten als auch für die Höhe des Umsatzes (preisbereinigt) zu. Nahezu stabil blieb das Angebot an Zeitungen. Bei den Zeitschriften, mit ihrer großen Vielfalt an Titeln, war hingegen ein stärkeres Anwachsen festzustellen.

Am Jahresende 1983 gab es 2 562 Unternehmen, die 1 226 Zeitungen und 6 702 Zeitschriften verlegten. Sie beschäftigten 226 000 Personen (einschl. der Inhaber). Es wurde insgesamt ein Umsatz in Höhe von 28,2 Mrd. DM erzielt.

Preise im Juni 1985

Der seit Monaten verhaltene Preisauftrieb erfuhr im Juni 1985 eine weitere Abschwächung.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (1980 = 100) verringerte sich gegenüber dem Vormonat um

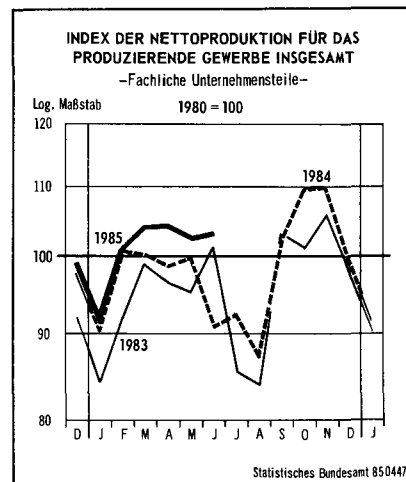
0,1 %; gegenüber Juni 1984 wies er eine Steigerungsrate von 2,5 % auf.

Der Preisindex für die Lebenshaltung (1980 = 100) lag um 0,1 % höher als im Mai 1985 und stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 2,3 % an.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

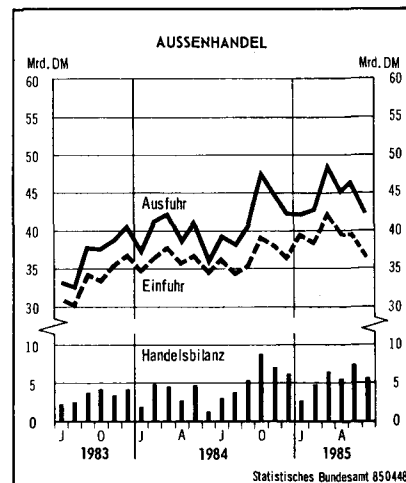
Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des



Produzierenden Gewerbes lag im Juni 1985 mit einem Stand von 103,0 (1980 = 100) um 0,4 % über dem Stand des Vormonats und um 12,6 % höher als im Juni 1984.

Außenhandel

Im Juni 1985 lag der Wert der Einfuhr mit 36,6 Mrd. DM um 7,2 % und der Wert der Ausfuhr mit 42,1 Mrd. DM um 19 % höher als im Juni 1984.



Im Zeitraum Januar/Juni 1985 war die Einfuhr mit 235,7 Mrd. DM um 9,5 % und die Ausfuhr mit 267,8 Mrd. DM um 14 % gegenüber Januar/Juni 1984 angestiegen. *Ha./St.*

Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Vorbemerkung

Umfassende Informationen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Ausland bilden sowohl für Regierungen und Parlamente als auch für Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Entscheidungs- und Analysegrundlagen. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Der Erfolg oder Mißerfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen wird vielfach anhand der Auswirkungen auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beurteilt. Die Importentwicklung anderer Länder läßt Rückschlüsse auf nationale Exportchancen zu. Ohne Informationen zu bestimmten, aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgeleiteten Kennziffern — wie zum Beispiel dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner — lassen sich kaum Aussagen über die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung eines Landes treffen. Von unmittelbarem Interesse sind die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wenn Beiträge zu internationalen Organisationen nach der Höhe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestaffelt werden oder das Engagement eines Landes in der Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung der Höhe seines Sozialprodukts gewertet wird. Für diese Zwecke sind internationale Vergleiche der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unabdingbar.

Konzepte und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in enger Zusammenarbeit nationaler statistischer Ämter und internationaler Organisationen erarbeitet. In ihrer heute gültigen Form wurden sie von den Vereinten Nationen¹⁾ und in einer für die europäischen Verhältnisse modifizierten Fassung vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften²⁾ veröffentlicht. Die Ausrichtung der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der marktwirtschaftlich orientierten Länder auf ein gemeinsames Grundkonzept erleichtert die vergleichende Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens. Allerdings wurden die internationalen Systeme nicht in allen Ländern voll akzeptiert, sondern es gibt nationale Besonderheiten, die die Vergleichbarkeit der Ergebnisse einschränken. Aber auch Unterschiede in den Wirtschaftsstatistiken der einzelnen Länder können sich negativ auf die internationale Vergleichbarkeit der Gesamtergebnisse auswirken.

Das große Interesse an international vergleichbaren Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß die internationalen Organisationen (insbesondere die Ver-

einten Nationen, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Europäischen Gemeinschaften) regelmäßig die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihrer jeweiligen Mitgliedsländer mittels einheitlicher Fragebogen erheben und veröffentlichen. Auch das Statistische Bundesamt stellt gesamtwirtschaftliche Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einer Vielzahl ausländischer Staaten zusammen und publiziert sie im Statistischen Jahrbuch, in den Vierteljahreshften zur Auslandsstatistik sowie in den Länderberichten.

Der internationale Vergleich von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat in den letzten Jahren dank der Anstrengungen verschiedener internationaler Organisationen, wie dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und dem Statistischen Amt der Vereinten Nationen, wichtige Impulse erfahren. Ziel dieser Arbeiten war es, Kaufkraftparitäten theoretisch zu konzipieren und empirisch zu messen. Sie erlauben es, die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der einzelnen Länder in einer gemeinsamen Recheneinheit, in der die unterschiedliche Kaufkraft der Währungen berücksichtigt wird, darzustellen. Über die methodischen Grundlagen der Berechnung von Kaufkraftparitäten durch die internationalen Organisationen wurde in dieser Zeitschrift bereits berichtet³⁾. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit den Ergebnissen des internationalen Vergleichs der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Fragen nach dem Wohlstand einer Nation mit dem Instrumentarium der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht bzw. nur mit starken Einschränkungen zu beantworten sind. Die Gründe hierfür sind vielfältig. So bleiben u. a. die außerhalb der Marktsphäre erbrachten Leistungen bis auf wenige Ausnahmen unberücksichtigt, und einige Wirtschaftsleistungen müssen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Lebensqualität anders beurteilt werden, als es in der Sozialproduktsberechnung geschieht. Außerdem umfaßt der Wohlstand auch Komponenten, die quantitativ kaum meßbar sind. Die Beschränkung der Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens auf die Marktsphäre ist kein Argument gegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, muß jedoch bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden.

1 Methodische Hinweise

Wichtigste Voraussetzung für den internationalen Vergleich von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist neben der Verwendung einheitlicher Abgrenzungen und Definitionen die Festlegung und Ermittlung von Umrechnungsfaktoren der nationalen Währungsangaben in eine einheitliche Maßgröße. In bezug auf die Vereinheitlichung der Abgrenzungen und Definitionen wurde von den internationalen Organisationen und den nationalen statistischen Ämtern sehr viel Entwicklungsarbeit geleistet. Gewisse Einschränkungen der internationa-

¹⁾ United Nations: „A System of National Accounts“ (Studies in Methods, Series F, No. 2 Rev. 3), New York 1968.

²⁾ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — ESGV“, zweite Auflage, Luxemburg 1984.

³⁾ Siehe Angermann, O., und Stahmer, C.: „Berechnung von Kaufkraftparitäten im Rahmen der internationalen Organisationen“ in WiSta 5/1984, S. 385 ff.

len Vergleichbarkeit sind jedoch, wie bereits erwähnt, zu beachten. Sie wiegen für den Niveauvergleich, das heißt den Vergleich verschiedener Länder zu einem bestimmten Zeitpunkt, am schwersten, und durch die erforderliche Umrechnung in eine einheitliche Währung werden die Schwierigkeiten noch vergrößert. Weniger betroffen ist dagegen der Zeitvergleich, sofern unterstellt werden kann, daß die nationalen Erhebungs- und Verbuchungspraktiken dazu führen, daß eine Abweichung im Zeitablauf in Richtung und Ausmaß in etwa gleich bleibt.

Für die Umrechnung in eine einheitliche Währung wurden früher im wesentlichen Devisenkurse verwendet. Solange die Devisenkurse — zumindestens mittelfristig — festgeschrieben waren, konnten sich kaufkraftbedingte Veränderungen nur mit erheblichen Verzögerungen und aufgrund besonderer Vereinbarungen auf die Wechselkurse niederschlagen. Aber auch durch die Freigabe der Wechselkurse wurde ihre Eignung als Umrechnungsparität unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Währungen kaum erhöht. Die Devisenkurse, die sich aus Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten bilden, werden durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt. Hierzu zählen neben der Kaufkraft der einzelnen Währungen, und zwar vor allem an typischen Welthandelswaren gemessen, auch die Auswirkungen internationaler Kapitalbewegungen sowie spekulative Überlegungen. Die starken Schwankungen des Dollarkurses in der jüngsten Zeit zeigen, daß die Kursentwicklung mitunter völlig von der Kaufkraftentwicklung losgelöst ist. Aus diesen Gründen sind internationale Niveauvergleiche auf der Basis von Devisenkursen nur mit starken Einschränkungen im Aussagewert möglich, sie können sogar irreführend sein.

Kaufkraftparitäten zeigen zu einem bestimmten Zeitpunkt an, wieviel DM ein Deutscher tauschen muß, um einen bestimmten Warenkorb im Ausland kaufen zu können, der im Inland eine DM kosten würde. Die Bestimmung der Kaufkraftparitäten geschieht durch einen direkten Preisvergleich möglichst identischer in- und ausländischer Waren. Je nach Zusammensetzung des Warenkorbes können sich dabei unterschiedliche Umtauschrelationen ergeben. Im Grenzfall kann von einer einzelnen Ware ausgegangen werden, wie beispielsweise von einer Packung Zigaretten in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auch der Berechnung von Verbrauchergeldparitäten⁴⁾ und Reisegeldparitäten⁵⁾, wie sie das Statistische Bundesamt veröffentlicht, liegen Warenkörbe zugrunde, deren Zusammensetzung dem jeweiligen Zweck entspricht.

Für die Umrechnung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in eine einheitliche Währung sind Warenkörbe zu wählen, deren Zusammensetzung den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie etwa dem Privaten Verbrauch, den Investitionen oder dem Bruttoinlandsprodukt insgesamt, entspricht. Zur Umrechnung der nationalen Währungen kön-

nen dann die jeweiligen spezifischen Paritäten (für den Privaten Verbrauch z. B.) oder die globalen Paritäten des Bruttoinlandsprodukts benutzt werden. In diesem Aufsatz werden die globalen Paritäten verwendet, weil sie die relative Bedeutung von Teilgrößen (z. B. Privater Verbrauch) gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt — wie sie sich beim Nachweis in Landeswährung ergeben — erhalten, und weil sie am ehesten geeignet sind, Einkommensgrößen, für die es aufgrund fehlender Warenkörbe keine spezifischen Paritäten gibt, vergleichbar zu machen.

Zu welchen unterschiedlichen Aussagen die Verwendung von Devisenkursen einerseits und Kaufkraftparitäten andererseits führen kann, soll im folgenden an einem Beispiel für das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960 und 1983 erläutert werden:

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Frankreich

	Bundesrepublik Deutschland = 100	
	umgerechnet mit jahresdurchschnittlichen Wechselkursen	umgerechnet mit Kaufkraftparitäten
1960	101	87
1983	90	98

Wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der Bundesrepublik Deutschland in beiden Jahren als Basis verwendet, so ergibt eine Umrechnung mit Hilfe von Devisenkursen für das Jahr 1960 ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner für Frankreich, das knapp über dem der Bundesrepublik Deutschland liegt, während eine Umrechnung mit Kaufkraftparitäten einen erheblich niedrigeren Wert für Frankreich zeigt. Führt man die gleiche Rechnung für das Jahr 1983 durch, so liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner für Frankreich bei Verwendung von Devisenkursen merklich, bei Kaufkraftparitäten aber nur unwesentlich unter dem entsprechenden Wert für die Bundesrepublik Deutschland. Für die relative Position Frankreichs im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland über den Zeitraum von 1960 bis 1983 gesehen bedeutet dies, daß sich bei Verwendung von Devisenkursen eine Verschlechterung der Position Frankreichs und bei Verwendung von Kaufkraftparitäten dagegen eine Verbesserung ergibt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Franc im Jahr 1960 auf den Devisenmärkten zu einem höheren Wert gehandelt wurde, als es seiner inneren Kaufkraft — gemessen an dem bereits erwähnten repräsentativen Warenkorb für das gesamte Bruttoinlandsprodukt — entsprach. Der Devisenkurs für 1 Franc betrug im Jahr 1960 0,85 DM, gemessen an der Kaufkraftparität jedoch nur 0,73 DM. Umgekehrt liegen die Verhältnisse im Jahr 1983. Einer auf 0,37 DM gefallen Kaufkraftparität steht ein in noch stärkerem Maße gefallener Devisenkurs von 0,34 DM gegenüber. Der Devisenkurs des Franc ist von 1960 bis 1983 also noch stärker als die Kaufkraft gefallen. Die Unterschiede zwischen Devisenkurs und Kaufkraftrelation sind, wie in dieser Zeitschrift bereits dargestellt wurde⁶⁾, zwischen Ländern mit gleichem Wirtschaftssystem und ähnlichem Entwicklungsstand relativ gering. Im Vergleich zu anderen Ländern können die Umrechnungsergebnisse jedoch um ein Viel-

⁴⁾ Siehe Guckes, S.: „Internationaler Vergleich von Verbraucherpreisen“ in WiSta 6/1968, S. 292 ff.

⁵⁾ Siehe Guckes, S.: „Zur erstmaligen Berechnung von Reisegeldparitäten“ in WiSta 4/1969, S. 204 ff.

⁶⁾ Siehe WiSta 5/1984, S. 391.

faches differieren. So ergibt die Umrechnung des Bruttoinlandsprodukts 1980 mit Kaufkraftparitäten für Portugal einen doppelt und für Ungarn einen mehr als dreimal so hohen Wert wie auf der Grundlage von Wechselkursen.

In der vorliegenden Untersuchung werden nur Ergebnisse in Kaufkraftparitäten und — falls dies nicht möglich ist — in nationalen Währungseinheiten beschrieben und erläutert. Die Daten beruhen im wesentlichen auf Angaben, die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) in diesem Jahr veröffentlicht wurden⁷⁾. Das SAEG hat unter Beteiligung der nationalen Statistischen Ämter für die EG-Länder die erforderlichen Preiserhebungen durchgeführt und die Kaufkraftparitäten berechnet. Die vom SAEG in „Kaufkraftstandards“ dargestellten Angaben wurden in diesem Aufsatz in DM umgerechnet. Damit bleiben die Relationen zwischen den einzelnen Größen erhalten. Für bestimmte Zwecke wurden auch andere internationale bzw. nationale Quellen benutzt. Dies wird dann jeweils besonders erwähnt. Der Kreis der Länder wurde auf die Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich, Italien, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland eingeschränkt, weil sie als wichtige westliche Industrienationen noch am ehesten einer vergleichenden Betrachtung zugänglich sind. Der Vergleich umfaßt die Jahre ab 1960.

2 Ergebnisse

Der Vergleich des Bruttoinlandsprodukts der in diese Untersuchung einbezogenen Länder von der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite bezieht sich sowohl auf das Niveau als auch auf die längerfristige Wirtschaftsentwicklung. Es werden dabei vornehmlich Kennzahlen, wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, benutzt, die in besonderem Maße geeignet sind, Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen den Ländern zu verdeutlichen. Die Notwendigkeit einer solchen Standardisierung ergibt sich unmittelbar, wenn man die Größenverhältnisse der Länder betrachtet:

	1983	
	Fläche 1 000 km ²	Einwohner 1 000
Bundesrepublik Deutschland	249	61 426
Frankreich	547	54 441
Italien	301	56 836
Großbritannien und Nordirland	244	56 377
Vereinigte Staaten von Amerika	9 363	234 542
Japan	372	119 222

Die Größe des Bruttoinlandsprodukts ist in der ersten Spalte von Tabelle 1 dargestellt. Es war 1983 in den Vereinigten Staaten fast fünfmal so groß wie in der Bundesrepublik Deutschland.

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Zur Vermittlung eines ersten zusammenfassenden Eindrucks von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der in diese Untersuchung einbezogenen Länder werden zu-

nächst Höhe und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner dieser Länder miteinander verglichen. In der Bundesrepublik Deutschland betrug dieses im Jahr 1983 in jeweiligen Preisen 27 146 DM (siehe Tabelle 1). Nur in den Vereinigten Staaten lag dieser Wert höher (+ 23 %), in den anderen Ländern niedriger: in Frankreich (— 2 %) und in Japan (— 5 %) nur unwesentlich, in Großbritannien (— 14 %) und in Italien (— 24 %) spürbar.

Im Zeitraum von 1960 bis 1983 hat sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in sehr unterschiedlichem Maße erhöht. Läßt man Preissteigerungen unberücksichtigt und betrachtet es in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980, so ist Japans Wirtschaft im genannten Zeitraum am stärksten (+ 305 %), die Wirtschaft von Großbritannien am schwächsten (+ 54 %) gewachsen. Für Japan bedeutet dies eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von + 6,3 %. Auch in Frankreich (+ 3,3 %) und in Italien (+ 3,2 %) lag das Wirtschaftswachstum höher als in der Bundesrepublik Deutschland (+ 2,8 %). In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien betrug es + 1,9 %. Da in der Regel die relative Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung um so höher lag, je geringer das Ausgangsniveau im Vergleichsjahr 1960 war, haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern von 1960 bis 1983 deutlich vermindert, wie auch aus Tabelle 1 (Spalten 3 und 4) hervorgeht.

Ebenso wie das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner haben sich auch die diese Größe bestimmenden Komponenten von 1960 bis 1983 zum Teil sehr unterschiedlich entwickelt. Die Bevölkerung nahm in allen Ländern zu, besonders stark in den Vereinigten Staaten (+ 30 %) sowie in Japan (+ 28 %). Niedriger lagen dagegen die Zunahmen in den europäischen Ländern (Frankreich + 19 %, Italien + 13 %, Bundesrepublik Deutschland + 11 %, Großbritannien + 8 %). Ein Teil des Wirtschaftswachstums diente demnach der Versorgung der wachsenden Bevölkerung. Ohne Berücksichtigung der wachsenden Bevölkerung war die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980 höher. Die Spannweite für den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts insgesamt reicht von + 2,2 % im Jahresdurchschnitt (Großbritannien) bis + 7,4 % (Japan). Für die Bundesrepublik Deutschland beträgt der jahresdurchschnittliche Anstieg 3,2 %.

In allen Ländern war das Wirtschaftswachstum von zum Teil erheblichen Preissteigerungen begleitet. Die Preisveränderungsraten für das Bruttoinlandsprodukt reichten dabei, wie nachstehende Übersicht zeigt, von durchschnittlich + 4,3 % in der Bundesrepublik Deutschland bis zu + 10,5 % in Italien:

Jahresdurchschnittliche Veränderung des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 1960 bis 1983

	%
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,3
Frankreich	+ 7,5
Italien	+ 10,5
Großbritannien und Nordirland	+ 8,8
Vereinigte Staaten von Amerika	+ 5,2
Japan ¹⁾	+ 5,6

¹⁾ Nach Angaben der OECD

⁷⁾ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, ESVG, Aggregate 1960—1983“, Luxemburg 1985.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt 1960 und 1983

Land	In jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten				In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980					Nachricht- lich: Einwohner
	insgesamt		je Einwohner		insgesamt	je Ein- wohner	je Erwerbs- tätigen	je Ein- wohner	je Erwerbs- tätigen	
	1983		1960	1983						1983
	Mrd. DM	DM	D = 100		1960 = 100		1983			
Bundesrepublik Deutschland (D)	1 667,5	27 146	100	100	207	188	214	+ 2,8	+ 3,4	111
Frankreich	1 455,8	26 732	87	98	253	213	232	+ 3,3	+ 3,7	119
Italien	1 174,2	20 662	69	76	234	206	231	+ 3,2	+ 3,7	113
Großbritannien und Nordirland	1 310,5	23 240	104	86	166	154	169	+ 1,9	+ 2,3	108
Vereinigte Staaten von Amerika	7 827,2	33 467	149	123	201	155	135	+ 1,9	+ 1,3	130
Japan	3 070,3	25 753	47	95	518	405	408	+ 6,3	+ 6,3	128

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, siehe auch Fußnote 7 im Text. — ¹⁾ Jahresdurchschnittliche Veränderung von 1960 bis 1983.

Das wirtschaftliche Wachstum verlief in den Ländern nicht gleichmäßig, sondern es waren ausgeprägte konjunkturelle Schwankungen zu beobachten, wie aus dem Schaubild hervorgeht. In den Jahren 1974 und/oder 1975 waren, mit Ausnahme von Frankreich, in allen Ländern Abnahmen des realen Inlandsprodukts zu verzeichnen, wobei der erste Ölpreisschock von 1974 eine große Rolle gespielt haben dürfte. Vor diesem Zeitpunkt blieben Jahre schwächerer bzw. negativer Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (Bundesrepublik Deutschland 1967, Italien 1971, Großbritannien 1969, Vereinigte Staaten 1970, Japan 1971) jeweils auf einzelne Länder beschränkt, so daß die bessere konjunkturelle Lage in anderen Ländern über die Außenhandelsverflechtung sich ausgleichend auswirkte. Nach 1974 ist jedoch international ein weitgehend paralleler Konjunkturverlauf zu beobachten, der die Schwierigkeiten verstärkte.

Das Schaubild zeigt zusätzlich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme geworden ist. International annähernd vergleichbare Arbeitslosenquoten (geschätzt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) liegen für die Jahre ab 1970 vor. In den hier dargestellten Ländern kam es, mit Ausnahme von Japan, in den Jahren 1974 und 1975 zu einem abrupten Anstieg der Arbeitslosenquote, die in den darauffolgenden Jahren wirtschaftlicher Erholung nicht wieder abgebaut werden konnte. In der sich anschließenden Stagnations- und Rezessionsphase bis 1982 kam es zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation, die zu Arbeitslosenquoten von 10 % und darüber (Großbritannien 1984: 13,2 %) führte. Während diese Tendenz zu immer höheren Arbeitslosenquoten in den beiden letzten Jahren in den europäischen Ländern zum Stillstand kam, konnte in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosenquote merklich gesenkt werden, man spricht hier sogar vom „Beschäftigungswunder“.

Für internationale Vergleiche von Interesse ist auch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980 je Erwerbstätigen. Diese stieg in Japan besonders stark an: 1983 wurden dort im Durchschnitt rund viermal soviel Waren und Dienstleistungen je Erwerbstätigen erzeugt wie

1960. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Arbeitsproduktivität gut verdoppelt, in den Vereinigten Staaten hat sie dagegen nur um 35 % in den 23 Jahren zugenommen. Dabei ist allerdings wieder das unterschiedlich hohe Ausgangsniveau zu beachten. Von Interesse ist auch, daß die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in den europäischen Ländern höher war als je Einwohner. In diesen Ländern hat also die Zahl der Einwohner stärker als die der Erwerbstätigen zugenommen. Umgekehrt ist diese Relation in den Vereinigten Staaten. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, wie hoch in den einzelnen Ländern der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung bzw. die Relation der Nichterwerbstätigen zu den Erwerbstätigen ist:

	Nichterwerbstätige je 100 Erwerbstätige	
	1960	1983
Bundesrepublik Deutschland	113	144
Frankreich	133	155
Italien	142	171
Großbritannien und Nordirland	115	137
Vereinigte Staaten von Amerika	154	121
Japan	93	95

Japan wies im gesamten Zeitraum die niedrigste Zahl der Nichterwerbstätigen je 100 Erwerbstätige auf. Sie erhöhte sich auch im Zeitablauf nur unwesentlich. In den Ländern, die zu den Europäischen Gemeinschaften gehören, lag die Zahl schon im Ausgangsjahr verglichen mit Japan höher und stieg im Zeitablauf noch wesentlich an. In den Vereinigten Staaten sank sie dagegen, ausgehend von einem recht hohen Ausgangsniveau, erheblich ab.

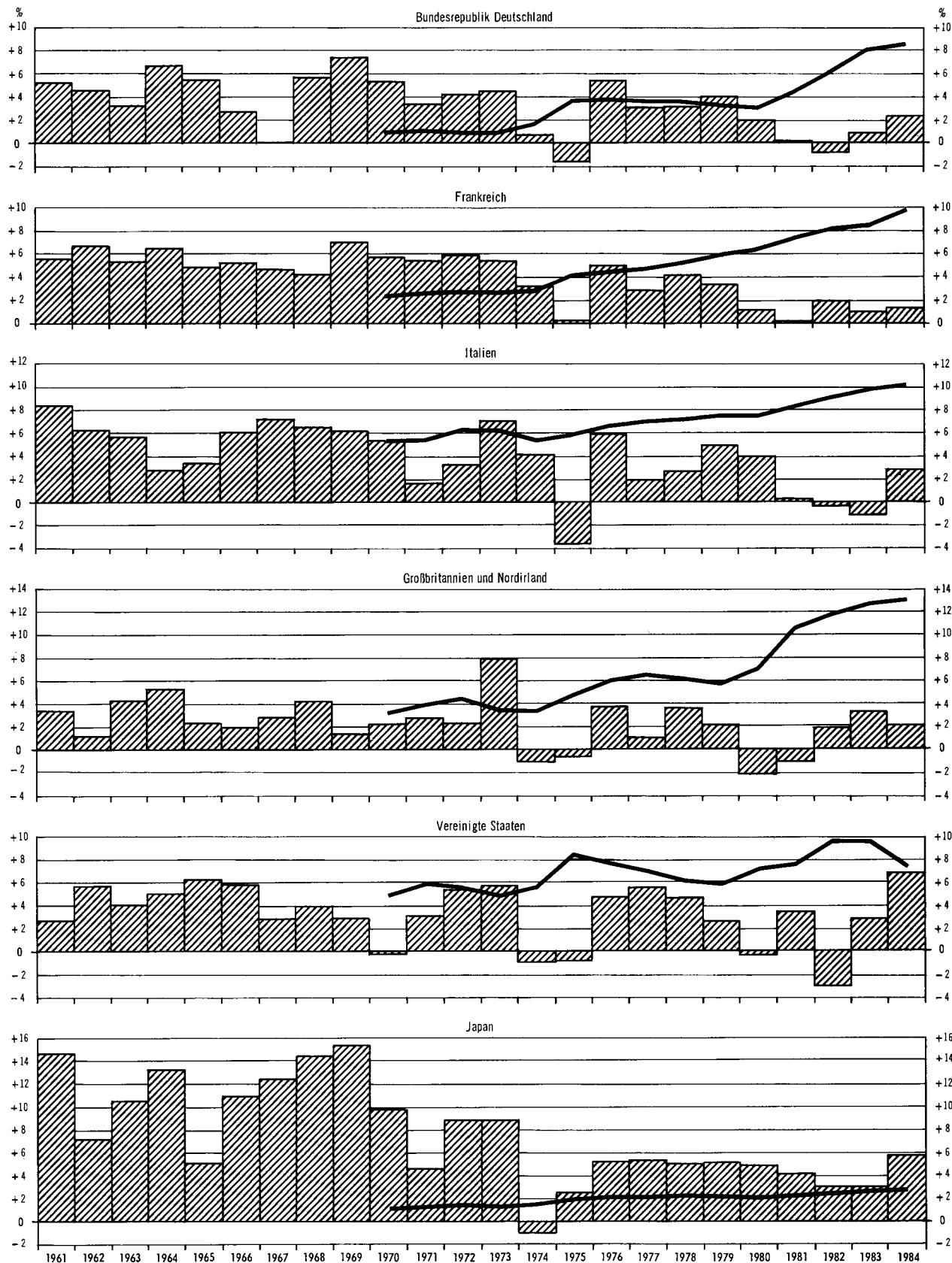
2.2 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

In der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen kommt dem tertiären Sektor (Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat, Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck) im Jahr 1983 in allen Ländern das größte Gewicht zu, und zwar gemessen sowohl am Produktionsergebnis (hier der Bruttowertschöpfung) als auch an den Erwerbstätigen (siehe Tabelle 2). 1983 waren in den Vereinigten Staaten 71 % der Erwerbstätigen im tertiären Sektor beschäftigt, in der Bundesrepublik Deutschland waren es 53 %. Im Vergleich zu 1960 sind deutliche Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen festzustellen. In allen Ländern hat die Bedeutung

BRUTTOINLANDSPRODUKT ZU MARKTPREISEN IN KONSTANTEN PREISEN

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % und Arbeitslosenquote in %

— Arbeitslosenquote ▨ Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, siehe auch Fußnote 7 im Text sowie Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, (OECD): „Main Economic Indicators“, 6/1985 und „Economic Outlook“, Nr. 37, Paris 1985.

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Land	Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
Bruttowertschöpfung				
in % der unbereinigten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche				
Bundesrepublik Deutschland	1960	6	53	41
	1983	2	42	56
Frankreich	1960	9	48	43
	1983	4	37	59
Italien	1960	15	38	47
	1983	6	39	55
Großbritannien und Nordirland	1960	4	46	50
	1983	2	39	59
Vereinigte Staaten von Amerika	1960	4	38	59
	1983	2	32	66
Japan	1960	13	41	46
	1983	3	41	56
Erwerbstätige				
in % der Erwerbstätigen insgesamt				
Bundesrepublik Deutschland	1960	14	48	38
	1983	5	42	53
Frankreich	1960	21	36	42
	1983	8	33	59
Italien	1960	32	36	32
	1983	12	36	52
Großbritannien und Nordirland	1960	4	48	48
	1983	3	35	62
Vereinigte Staaten von Amerika	1960	8	32	60
	1983	4	25	71
Japan	1960	30	29	41
	1983	12	35	53

Quellen: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): „National Accounts, Volume II“, verschiedene Jahrgänge sowie „Labour Force Statistics 1960–1971“, Paris 1973 und nationale Veröffentlichungen über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

rendes Gewerbe). Ein entsprechend stärkeres Gewicht wuchs dem tertiären Sektor zu. In den Ländern, in denen die Abnahme des Anteils des primären Sektors besonders ausgeprägt war, weil 1960 dieser Anteil noch relativ hoch war, wurde — wie oben bereits erwähnt — eine höhere Zuwachsrates der gesamtwirtschaftlichen Leistung erzielt (Frankreich, Italien, Japan) als in den anderen Ländern. Ein Teil des Wirtschaftswachstums kann durch diesen Strukturwandel erklärt werden, denn per saldo wanderten viele Erwerbstätige aus Bereichen mit einem tiefen Niveau der Arbeitsproduktivität in Bereiche mit einer höheren Wertschöpfung je Erwerbstätigen. In den Vereinigten Staaten sowie in Großbritannien, in denen der primäre Sektor schon im Jahr 1960 eine vergleichsweise geringe Rolle spielte, war der Spielraum für diesen wachstumsfördernden Strukturwandel wesentlich geringer.

2.3 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Für internationale Vergleiche des Versorgungsniveaus der Bevölkerung ist der *Private Verbrauch* ein wichtiger Indikator. Auf ihn entfällt über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (siehe Tabelle 3). In einigen Ländern stieg seine Bedeutung sogar noch leicht, in Großbritannien ging der Anteil am Bruttoinlandsprodukt deutlich zurück, und in Italien sowie in Japan blieb er gleich. Bei dem Vergleich der Angaben für den Privaten Verbrauch je Einwohner ist

Privater Verbrauch je Einwohner und Monat 1983

	In jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten	In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980
	DM	1960 = 100
Bundesrepublik Deutschland	1 430	209
Frankreich	1 430	229
Italien	1 080	223
Großbritannien und Nordirland	1 170	152
Vereinigte Staaten von Amerika	1 840	171
Japan	1 270	315 ¹⁾

¹⁾ Nach Angaben der OECD

u. a. die Zuordnung der staatlichen Sachleistungen, insbesondere der Gesundheitsleistungen, zu beachten. So enthalten die Angaben für die Bundesrepublik Deutschland (abweichend vom nationalen Konzept), und für Frankreich

des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) stark abgenommen, und zwar sowohl der Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung als auch der an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Dies gilt für die Mehrzahl der Länder auch für den sekundären Sektor (Warenproduzie-

Tabelle 3: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen nationalen Preisen in % des Bruttoinlandsprodukts

Land	Jahr	Letzter Verbrauch			Bruttoinvestitionen	Ausfuhr abzüglich Einfuhr	Nachrichtlich	
		zusammen	Privater Verbrauch im Inland	Staatsverbrauch			Ausfuhr	Einfuhr
Bundesrepublik Deutschland	1960	70,1	59,4	10,7	27,4	2,5	18,8	16,3
	1983	76,9	63,2	13,7	21,1	2,1	29,7	27,6
Frankreich	1960	74,4	61,4	13,0	23,0	2,6	13,9	11,3
	1983	80,5	64,2	16,3	20,1	-0,6	23,5	24,1
Italien	1960	75,5	62,7	12,8	24,7	-0,2	14,1	14,3
	1983	82,0	62,5	19,5	17,4	0,6	26,2	25,6
Großbritannien und Nordirland	1960	82,9	66,5	16,3	18,7	-1,6	21,0	22,6
	1983	82,3	60,3	22,0	16,6	1,2	26,8	26,6
Vereinigte Staaten von Amerika	1960	80,7	63,8	16,9	18,5	0,7	5,1	4,4
	1983	85,1	66,2	18,9	16,6	-1,7	7,7	9,4
Japan	1960	66,8	58,9	8,0	32,7	0,5	10,8	10,4
	1983	69,6	59,4	10,2	28,5	1,9	14,0	12,1

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, siehe auch Fußnote 7 im Text. — Ergebnisse für Japan: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): „National Accounts, Main Aggregates Volume I 1960–1983“, Paris 1984.

entsprechend den Regelungen im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, Ziffer 330 g) diese Leistungen, nicht jedoch die Zahlen für Großbritannien. Dort werden die entsprechenden Gesundheitsleistungen aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert, und es gibt keine völlig freie Arztwahl. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1983 pro Monat 1 430 DM für den Privaten Verbrauch je Einwohner aufgewendet (ohne die Sachleistungen der Sozialversicherung wären es 1 290 DM gewesen). Höher sind die Ausgaben in den Vereinigten Staaten, gleich groß in Frankreich, und in den übrigen Ländern zum Teil deutlich niedriger. Real hat der Private Verbrauch je Einwohner seit 1960 in Japan um 215 %, in der Bundesrepublik Deutschland um 109 % und in Großbritannien um nur 52 % zugenommen. Die Abstände haben sich in den 23 Jahren also deutlich vermindert.

Der Staatsverbrauch wurde in allen Ländern stärker ausgeweitet als das Bruttoinlandsprodukt, die Anteile des Staatsverbrauchs am Bruttoinlandsprodukt stiegen, wie aus Tabelle 3 ersichtlich, deshalb durchgängig. Wie bereits erwähnt, spielt beim internationalen Vergleich der Angaben für den Staatsverbrauch und den Privaten Verbrauch die Art der Finanzierung des Gesundheits- und Schulwesens (überwiegend staatlich oder privat) und die Zuordnung der sozialen Gesundheitsleistungen zum Staats- oder Privaten Verbrauch eine große Rolle. Daher ist es sinnvoll, Staatsverbrauch und Privaten Verbrauch zusammengefaßt zum Letzten Verbrauch zu betrachten:

**Staatsverbrauch und Letzter Verbrauch je Einwohner 1983
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten**

	Staatsverbrauch		Letzter Verbrauch	
	DM	D = 100	DM	D = 100
Bundesrepublik				
Deutschland (D)	3 720	100	20 860	100
Frankreich	4 350	117	21 510	103
Italien	4 020	108	16 950	81
Großbritannien und Nordirland	5 110	137	19 120	92
Vereinigte Staaten von Amerika	6 330	170	28 470	136
Japan	2 620	70	17 910	86

Der Staatsverbrauch je Einwohner betrug in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983 3 720 DM. In allen anderen Ländern — mit Ausnahme Japans — lag dieser Wert höher, in den Vereinigten Staaten um 70 %. Der Letzte Verbrauch je Einwohner machte in der Bundesrepublik Deutschland 20 860 DM aus. Erheblich höher war er in den Vereinigten Staaten und etwas höher in Frankreich. In Italien war der Letzte Verbrauch je Einwohner rund 19 % niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland.

Von den **Bruttoinvestitionen** hängt die Erweiterung und Erneuerung des in der Volkswirtschaft vorhandenen Kapitalbestandes zum großen Teil ab. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gaben die Japaner weitaus am meisten für investive Zwecke aus, im Jahr 1983 zum Beispiel 28½ %. In der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich waren es rund 20 % und in den übrigen Ländern zwischen 16 und 17 %. Die Investitionsquote war seit 1960 tendenziell in allen Ländern rückläufig, wobei starke konjunkturelle Schwankungen zu verzeichnen waren.

Die Bedeutung der **außenwirtschaftlichen Verflechtung** — hier gemessen als Verhältnis von Aus-

fuhr bzw. Einfuhr zum Bruttoinlandsprodukt — hat sich in allen Ländern erhöht. Für die europäischen Industrienationen war der grenzüberschreitende Austausch von Waren und Dienstleistungen schon früher ein bedeutender Bestandteil ihres Wirtschaftslebens, während er in den Vereinigten Staaten aufgrund des riesigen Binnenmarktes eine sehr viel geringere relative Bedeutung hat.

2.4 Entstandene Einkommen

Verringert man das Bruttoinlandsprodukt um die Abschreibungen und die indirekten Steuern (abzüglich Subventionen), so verbleiben die entstandenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie der Nettobetriebsüberschuß der Volkswirtschaft, der gleich der Summe der entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist (siehe Tabelle 4). In allen Ländern muß zwischen 10 und 15 % des Bruttoinlandsprodukts für

**Tabelle 4: Inlandsprodukt und Nettowertschöpfung 1983
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten**

Land	Bruttoinlandsprodukt	Ab-schrei-bungen	Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	Nettowertschöpfung zu Faktorkosten		
				zu-sammen	entstandene Einkommen	
					aus unselbständiger Arbeit	aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
	Mrd. DM	in % des Bruttoinlandsprodukts				
Bundesrepublik Deutschland	1 667,5	12,6	11,0	76,4	54,8	21,6
Frankreich	1 455,8	12,0	12,6	75,4	55,4	19,9
Italien	1 174,2	10,6	8,7	80,7	56,7	24,0
Großbritannien und Nordirland ..	1 310,5	12,2	14,2	73,7	56,7	17,0
Vereinigte Staaten von Amerika	7 827,2	13,4	7,9	78,7	61,4	17,2
Japan	3 070,3	14,1	6,3	79,6	56,6	23,0

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, siehe auch Fußnote 7 im Text.

den Ersatz des verbrauchten Kapitals (in Form von Abschreibungen) aufgewendet werden. Die Relation von indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) zum Bruttoinlandsprodukt ist dagegen von sehr begrenztem Aussagewert, da gleichzeitig in unterschiedlichem Maße direkte Steuern erhoben werden.

Bei internationalen Vergleichen wird häufig auf die **Lohnquote** Bezug genommen. Mißt man diese als Anteil der entstandenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit an der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, so ergeben sich folgende Werte:

	Lohnquote		Bereinigt ²⁾
	Tatsächlich 1960	1983	
Bundesrepublik Deutschland	59,7	71,7	63,4
Frankreich	58,5	73,5	62,0
Italien	52,4	70,2	57,7
Großbritannien und Nordirland	72,4	76,2	78,1
Vereinigte Staaten von Amerika	72,4	78,0	75,4
Japan ¹⁾	49,5	71,4	54,1

¹⁾ Eigene Schätzung — ²⁾ Siehe Ausführungen im Text.

1983 entfielen zwischen 70 % (Italien) und 78 % (Vereinigte Staaten) der Nettowertschöpfung auf die „Lohneinkommen“. Seit 1960 hat diese Lohnquote in einzelnen Ländern erheblich zugenommen, so in Japan um 22 Prozentpunkte, in der Bundesrepublik Deutschland um 12, in den Vereinigten Staaten dagegen nur um 6 Prozentpunkte. Ein großer Teil dieser Zunahme resultiert daraus, daß der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen beträchtlich abgenommen hat. Hält man den Anteil von 1960 konstant, so ergibt sich die „bereinigte“ Lohnquote, die im Zeitraum 1960 bis 1983 eine wesentlich geringere Veränderung als die „tatsächliche“ Lohnquote zeigt.

Der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen hat mit Ausnahme von Großbritannien in allen Ländern seit 1960 stark zugenommen, der Anteil der Selbständigen entsprechend abgenommen:

Anteile der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt

	1960	%	1983
Bundesrepublik Deutschland	77,0		87,2
Frankreich	71,1		84,3
Italien	58,9		71,6
Großbritannien und Nordirland	92,7		90,5
Vereinigte Staaten von Amerika	88,3		91,3
Japan ¹⁾	53,0		71,0

¹⁾ Eigene Schätzung

Diese Zunahme war in den Ländern besonders groß, in denen 1960 der Anteil der Selbständigen hoch war (Italien und Japan). Das sind aber auch die Länder, in denen die Landwirtschaft noch eine größere Rolle spielte als in den anderen Ländern (siehe Tabelle 2). Auch diese Zahlen verdeutlichen, daß bei internationalen Vergleichen des Wirtschaftswachstums die jeweilige Ausgangssituation sowie die strukturellen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern von großer Bedeutung sind.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Eichmann

Struktur der Landkreise und Kreisfreien Städte im Vergleich

Vorbemerkung

Für Zwecke der Darstellung und Analyse der Raumstruktur der Bundesrepublik Deutschland wird häufig das Gebietsraster der „Kreis“ benutzt. Diese administrative Gliederung teilt das Bundesgebiet zur Zeit in 328 Einheiten flächendeckend auf¹⁾. Eine Eigenheit der administrativen Gliederung ist jedoch, daß sie sowohl „Landkreise“ (zur Zeit 237) enthält, die regelmäßig aus einer Vielzahl von Gemeinden bestehen, als auch „Kreisfreie Städte“ (zur Zeit 91), das heißt Gemeinde und Kreis sind identisch. Im vorliegenden Beitrag soll versucht werden, die Struktur der Landkreise mit derjenigen der Kreisfreien Städte zu vergleichen²⁾.

Eigentlich hätten zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung zahlreiche Regionalergebnisse aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1983 vorliegen sollen. Da diese Zählung aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 jedoch nicht durchgeführt werden konnte, müssen einige wenige Daten aus laufenden Erhebungen genügen. Zur Charakterisierung des Vergleichs werden statistische Angaben über die Flächen und Flächennutzung aus der allgemeinen Flächenerhebung³⁾, über die Bevölkerung aus der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes⁴⁾ sowie die Beschäftigung aus der Beschäftigtenstatistik⁵⁾ herangezogen. Es handelt sich dabei um Ergebnisse für das Jahr 1982. Nur die Angaben über die Fläche und Flächennutzung beziehen sich auf das Jahr 1981, in dem die bislang letzte Flächenerhebung durchgeführt wurde.

Die Daten können geringfügig von bereits veröffentlichten Zahlen abweichen. Es handelt sich um Ergebnisse einer Sonderaufbereitung für spezielle regionalstatistische Zwecke.

1) Durch die Gebietsreform der siebziger Jahre ist die Zahl der Kreise von 564 (31. 12. 1967) auf 328 (1. 5. 1978) reduziert worden; siehe dazu Südfeld, E.: „Konsequenzen der Gebietsreform für die Regionalstatistik. Eine Bilanz aus der Sicht der Bundesstatistik“ in WiSta 10/1980, S. 668 ff.

2) Anteile der Landkreise und Kreisfreien Städte

Anzahl:	72 %	28 %
Fläche:	95 %	5 %
Bevölkerung:	65 %	35 %
Beschäftigung:	53 %	47 %

3) Siehe Ruß, E.: „Flächenerhebung 1981“ in WiSta 4/1982, S. 280 ff.

4) Siehe Proebsting, H. / Fleischer, H.: „Bevölkerungsentwicklung 1982“ in WiSta 7/1983, S. 544 ff.

5) Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 4.2 „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer“.

1 Flächen und Flächennutzung

Gesamtflächen

Die Bundesrepublik Deutschland umfaßte 1981 eine Fläche von insgesamt 24 869 297 ha. Davon entfiel auf die 237 Landkreise eine Fläche von 23 627 521 ha, das sind 95 % der Gesamtfläche, und auf die 91 Kreisfreien Städte eine Fläche von 1 241 776 ha. Einen vollständigen Überblick über die Flächengrößenordnungen der Kreise, unterschieden nach Land- und Stadtkreisen, vermittelt Tabelle 1.

Mit Ausnahme von zwei Landkreisen wiesen alle übrigen eine Fläche von über 25 000 ha auf. Die Fläche von insgesamt 19 Landkreisen (8 %) war geringer als 50 000 ha. Bei einem Viertel der Landkreise lag die Fläche zwischen 50 000 und 75 000 ha, für weitere 22 % der Landkreise

Tabelle 1: Landkreise und Kreisfreie Städte nach Flächengrößenklassen im Jahr 1981

Fläche von ... bis unter ... ha	Landkreise und Kreisfreie Städte					
	insgesamt		davon			
			Landkreise		Kreisfreie Städte	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
0 – 5 000	8	2,4	–	–	8	8,8
5 000 – 10 000	33	10,1	–	–	33	36,4
10 000 – 15 000	23	7,0	–	–	23	25,3
15 000 – 25 000	21	6,4	2	0,8	19	20,9
25 000 – 50 000	24	7,3	17	7,2	7	7,7
50 000 – 75 000	60	18,4	60	25,3	–	–
75 000 – 100 000	53	16,2	52	21,9	1	0,9
100 000 – 125 000	44	13,4	44	18,6	–	–
125 000 – 150 000	37	11,3	37	15,6	–	–
150 000 – 175 000	10	3,0	10	4,2	–	–
175 000 – 200 000	7	2,1	7	3,0	–	–
200 000 – 225 000	7	2,1	7	3,0	–	–
225 000 und mehr	1	0,3	1	0,4	–	–
Insgesamt ...	328	100	237	100	91	100

betrug die Fläche zwischen 75 000 und 100 000 ha. Insgesamt ergab sich für 81 % der Landkreise eine Fläche zwischen 50 000 und 150 000 ha. Von den übrigen 19 % waren 19 kleiner als 50 000 ha und 25 größer als 150 000 ha.

Für die Kreisfreien Städte ergibt sich eine deutlich andere Verteilung nach der Flächengröße. Mehr als 36 % aller Kreisfreien Städte liegen in der Flächengrößenklasse zwischen 5 000 und 10 000 ha. Zwischen 10 000 und 25 000 ha hatten weitere 42 Kreisfreie Städte, das heißt mehr als 46 %. Eine Fläche von weniger als 5 000 ha bzw. von mehr als 25 000 ha wurde nur für jeweils acht Stadtkreise ermittelt. Vergleicht man die Flächengrößen von Stadt- und Landkreisen, so wird deutlich, daß fast alle Stadtkreise, aber nur 8 % der Landkreise weniger als 50 000 ha umfaßten. Während von den Landkreisen eine Fläche von 15 000 ha nicht unterschritten wurde, waren immerhin 70 % der Kreisfreien Städte kleiner als 15 000 ha.

Diese doch erheblichen Unterschiede zwischen Land- und Stadtkreisen spiegeln sich in der durchschnittlichen Flächengröße der Landkreise und Kreisfreien Städte wider. Mit einer durchschnittlichen Fläche von 99 694 ha waren die Landkreise im Mittel mehr als siebenmal so groß wie die Stadtkreise, für die ein Mittelwert von 13 646 ha errechnet wurde.

Auch unterscheiden sich die Flächenverteilungen der Land- und Stadtkreise in ihren Spannweiten deutlich voneinander. Während der untere Flächengrenzwert für die Landkreise bei 15 000 ha, der obere bei mehr als 225 000 ha lag, was eine Spannweite von mehr als 210 000 ha bedeutet, wurde von den Stadtkreisen eine Fläche von 3 500 ha nicht unter- und eine Fläche von 100 000 ha nicht überschritten, das heißt die Spannweite machte nur etwa 96 500 ha aus. Vergleicht man die Streuung der partiellen Flächenverteilungen anhand z. B. eines relativen Streuungsmaßes — berechnet als Quotient aus Spannweite und arithmetischem Mittel — so ist festzustellen, daß die Flächenverteilung der Stadtkreise mit einem Koeffizienten von 7,1 jedoch wesentlich weiter streut als die der Landkreise, für die ein Wert von 2,1 ermittelt wurde.

1.2 Flächennutzungen

Wie die Verteilung der Gesamtlächen für die Land- und Stadtkreise nach Nutzungsarten in Tabelle 2 zeigt, waren 21 325 090 ha oder 90 % der Gesamtläche im Jahr 1981 in den Landkreisen unbebaute Fläche. Am größten war dabei der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 57 %. Weitere 30 % entfielen auf Waldflächen. Nur 10 % oder 2 302 431 ha der Gesamtläche der Landkreise können als bebaute oder Siedlungsfläche, bestehend aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebs-, der Erholungs- und der Verkehrsfläche bezeichnet werden. Die größten Anteile, mit jeweils rund 4 %, machten dabei die Gebäude- und Freifläche sowie die Verkehrsfläche aus.

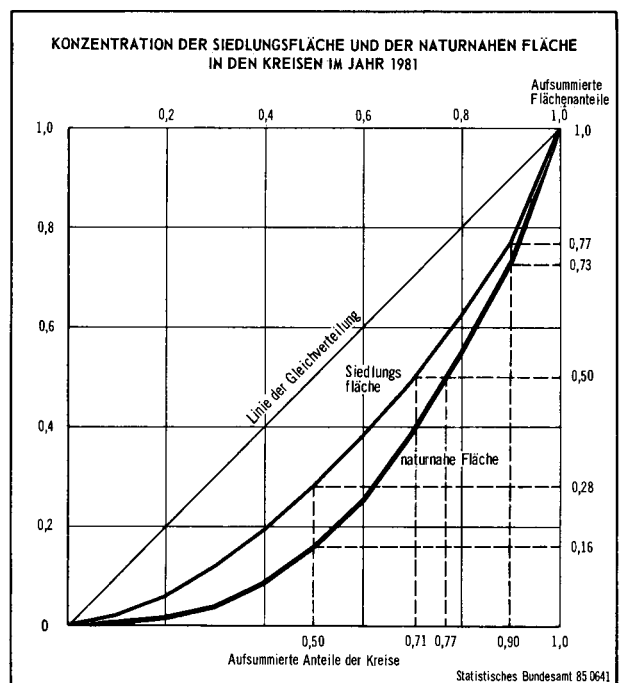
Für die Kreisfreien Städte betrug der Anteil der unbebauten Fläche mit 742 569 ha nur 60 %. Dabei war — ähnlich wie bei den Landkreisen — die landwirtschaftlich genutzte Fläche mit 466 809 ha vor der Waldfläche mit 204 765 ha am größten.

Tabelle 2: Flächen nach Nutzungsarten in den Landkreisen und Kreisfreien Städten im Jahr 1981

Nutzungsart	Fläche				
	insgesamt	davon			
		in den Landkreisen		in den Kreisfreien Städten	
	ha	%	ha	%	
Insgesamt	24 869 297	23 627 521	100	1 241 776	100
Bebaute Fläche	2 801 638	2 302 431	9,7	499 207	40,2
Gebäude- und Freifläche	1 360 130	1 062 516	4,5	297 614	24,1
Betriebsfläche	142 746	121 042	0,5	21 704	1,7
Erholungsfläche	129 385	82 893	0,3	46 492	3,7
Verkehrsfläche	1 169 377	1 035 980	4,4	133 397	10,7
Unbebaute Fläche	22 067 659	21 325 090	90,3	742 569	59,8
Landwirtschaftliche Fläche	13 951 415	13 484 606	57,1	466 809	37,6
Waldfläche	7 329 309	7 124 544	30,2	204 765	16,5
Wasserfläche	429 857	385 863	1,6	43 994	3,5
Sonstige Fläche	357 078	330 077	1,4	27 001	2,2

Für die Siedlungsfläche der Kreisfreien Städte ergab sich mit 499 207 ha ein Anteil von 40 %, der deutlich höher lag als bei den Landkreisen. Dabei entfielen auf die Gebäude- und Freifläche 297 614 ha, annähernd ein Viertel der insgesamt besiedelten Fläche; an zweiter Stelle stand die Verkehrsfläche mit 133 397 ha.

Schaubild 1



Betriebs- und Erholungsflächen hielten sowohl in den Landkreisen als auch in den Kreisfreien Städten nur kleine Anteile an der gesamten Flächennutzung. Dennoch waren ihre Anteile in den Kreisfreien Städten mehr als dreimal (Betriebsfläche) bzw. sogar mehr als zwölfmal höher als in den Landkreisen.

Stellt man die mittleren Werte von Siedlungsfläche je Landkreis bzw. Kreisfreie Stadt einander gegenüber, so ergeben sich für die Landkreise als Mittelwert der Siedlungsflächen 9 715 ha und 5 486 für die Kreisfreien Städte. Bei den Mittelwerten für die naturnahen Flächen (Wald-, Wasser- und sonstige Flächen) ergaben sich noch weit größere Unterschiede. Die durchschnittliche naturnahe Fläche in den Landkreisen überstieg mit 33 082 ha die eines Stadtkreises mit 3 030 ha um nahezu das Elfache.

Über die Konzentration der Siedlungsfläche in den Kreisfreien Städten und Landkreisen gibt Schaubild 1 Aufschluß. Zur Veranschaulichung der Konzentration wird die Form der Lorenzkurve⁶⁾ gewählt. Die Konzentrationskurve für die Siedlungsfläche zeigt, daß 1981 zum Beispiel auf die untersten 10 % der Kreise 2 % der gesamten Siedlungsfläche entfielen, während die obersten 10 % fast ein Viertel der Siedlungsfläche ausmachten. Die untere Hälfte der Kreise vereinigte 28 % der Siedlungsfläche auf sich, umgekehrt erstreckte sich annähernd die Hälfte der Siedlungsfläche über 234 Kreise (71 %).

Für die Konzentration der naturnahen Fläche, Wald-, Wasser- und sonstige Flächen, ergibt sich ein anderes Bild. Auf die untersten 10 % der Kreise entfielen 0,4 % und auf die untere Hälfte aller Kreise nur 16 % der naturnahen Fläche. Etwas mehr als die Hälfte der naturnahen Fläche

⁶⁾ Die Darstellung in der Form der Lorenzkurve kumuliert den Anteil der Kreise an der Gesamtsiedlungsfläche in aufsteigender Rangfolge und vergleicht dies mit dem Anteil der entsprechenden Kreise an der Gesamtzahl der Landkreise bzw. Kreisfreien Städte. Die Konzentration ist tendenziell um so stärker, je weiter die Konzentrationskurve von der Linie der Gleichverteilung entfernt ist.

vereinten 254 Kreise bzw. 77 % auf sich; annähernd drei Viertel der Fläche lag in insgesamt 295 Kreisen (90 %). Die Konzentration der naturnahen Fläche in den Kreisen war, wie ein Vergleich der beiden Kurven in Schaubild 1 zeigt, sichtlich höher als die Konzentration der Siedlungsfläche.

2 Bevölkerung

2.1 Gesamtbevölkerung

In der Bundesrepublik Deutschland waren am 31. Dezember 1982 61 546 098 Einwohner ansässig. Davon lebten in den Landkreisen 40 096 343 Personen, das waren 65 % der Gesamtbevölkerung.

In Tabelle 3 sind Landkreise und Kreisfreie Städte nach Bevölkerungsgrößenklassen dargestellt. Demnach betrug die Wohnbevölkerung in allen Landkreisen bis auf eine Ausnahme mehr als 50 000 Einwohner. Für 61 Landkreise bzw. 26 % wurden Einwohnerzahlen zwischen 50 000 und 100 000 nachgewiesen. In 70 Landkreisen bzw. 30 % wohnten zwischen 100 000 und 150 000 Personen. In einem weiteren Drittel lag die Wohnbevölkerung zwischen

Tabelle 3: Landkreise und Kreisfreie Städte am 31. 12. 1982 nach Bevölkerungsgrößenklassen

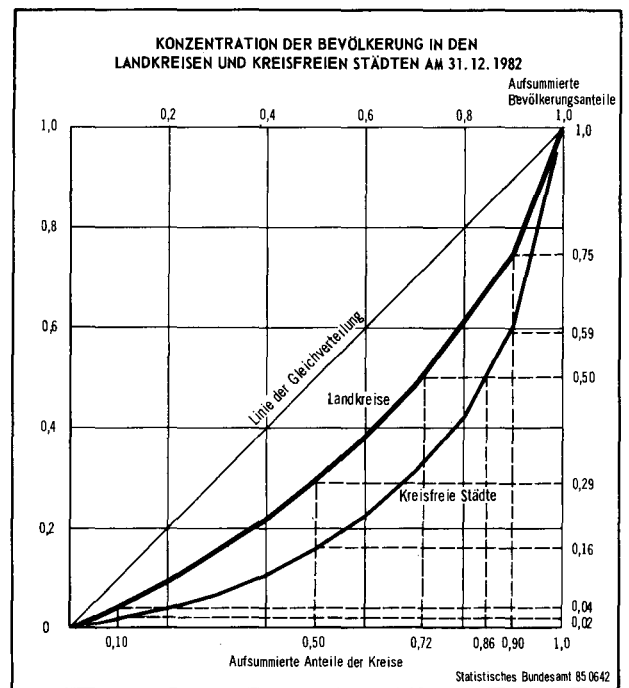
Von ... bis unter ... Einwohner	Landkreise und Kreisfreie Städte					
	insgesamt		davon			
			Landkreise		Kreisfreie Städte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
0 - 25 000 ...	—	—	—	—	—	—
25 000 - 50 000 ...	16	4,9	1	0,4	15	16,4
50 000 - 75 000 ...	24	7,3	12	5,1	12	13,2
75 000 - 100 000 ...	57	17,4	49	20,7	8	8,8
100 000 - 125 000 ...	52	15,9	44	18,6	8	8,8
125 000 - 150 000 ...	33	10,1	26	11,0	7	7,7
150 000 - 200 000 ...	51	15,5	41	17,3	10	11,0
200 000 - 300 000 ...	56	17,1	42	17,7	14	15,4
300 000 - 400 000 ...	15	4,6	11	4,6	4	4,4
400 000 - 500 000 ...	10	3,0	9	3,8	1	1,1
500 000 - 750 000 ...	10	3,0	2	0,8	8	8,8
750 000 - 1 000 000 ...	1	0,3	—	—	1	1,1
1 000 000 und mehr ...	3	0,9	—	—	3	3,3
Insgesamt ...	328	100	237	100	91	100

150 000 und 300 000. Nur 22 Landkreise bzw. 9 % wiesen Bevölkerungszahlen von mehr als 300 000 Personen auf.

Für die Kreisfreien Städte ergibt sich aus Tabelle 3 eine andere Verteilung nach Bevölkerungsgrößenklassen. Für alle Stadtkreise ergaben sich — ebenso wie für die Landkreise — Einwohnerzahlen von mindestens 25 000. In 15 Kreisfreien Städten bzw. 16 % wurden zwischen 25 000 und 50 000 Einwohner gezählt. In 20 Städten bzw. 22 % waren zwischen 50 000 und 100 000 Einwohner ansässig. Für weitere 15 Städte (17 %) wurden Einwohnerzahlen zwischen 100 000 und 150 000 Personen ermittelt. Insgesamt betrug also für 50 Städte (55 %) die Einwohnerzahlen weniger als 150 000 Personen. Von den übrigen 41 Städten wiesen 24 Einwohnerzahlen zwischen 150 000 und 300 000 Personen auf; und von den 17 Städten, in denen mehr als 300 000 Einwohner lebten, überschritten drei die Millionengrenze.

Die Verteilungen unterscheiden sich sowohl in ihrer Lage als auch in ihrer Streuung voneinander. Im Durchschnitt wohnten in den Landkreisen 169 183, in den Stadtkreisen

Schaubild 2



235 712 Personen. Auch die Spannweite bei den Kreisfreien Städten ist mit mehr als 975 000 Einwohnern deutlich höher als bei den Landkreisen mit 725 000 Einwohnern.

Trotz dieser erheblichen absoluten Unterschiede ist die relative Streuung der beiden Verteilungen, wiederum gemessen durch den Koeffizienten aus Spannweite und arithmetischem Mittel, mit 4,3 für die Bevölkerungsverteilung der Landkreise und 4,1 für die der Kreisfreien Städte annähernd gleich.

Die deutlich voneinander abweichenden Verteilungen der Landkreise und Kreisfreien Städte nach der Bevölkerungsgröße finden ihren Niederschlag auch in den Konzentrationskurven (siehe Schaubild 2). In den unteren 10 % der Landkreise waren insgesamt 4 % und in der ersten Hälfte der Landkreise insgesamt 29 % der Gesamtbevölkerung der Landkreise ansässig. Umgekehrt lebte nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Landkreise in insgesamt 171 Landkreisen bzw. 72 %. Schließlich betrug für 90 % der Landkreise der kumulierte Bevölkerungsanteil 75 %.

Für die Kreisfreien Städte, so wird in Schaubild 2 deutlich, war die Konzentration sichtlich stärker. Für die unteren 10 % ergab sich ein aufsummierter Bevölkerungsanteil von nur 2 %. In den 46 kleinsten Stadtkreisen bzw. 50 % lebten insgesamt 16 % der gesamten Stadtbevölkerung. Die Hälfte der Stadtbevölkerung hingegen wohnte in insgesamt 78 Kreisen bzw. 86 %. Und schließlich wurde für 90 % der Stadtkreise ein kumulierter Bevölkerungsanteil von nur 59 % errechnet. Das bedeutet, daß in den neun bevölkerungsreichsten Stadtkreisen insgesamt 41 % der gesamten Stadtbevölkerung ansässig waren.

2.2 Altersstruktur

Die Verteilung der Bevölkerung nach Altersklassen (siehe Tabelle 4) macht deutlich, daß die Altersstruktur in den

Tabelle 4: Bevölkerung in den Landkreisen und Kreisfreien Städten am 31. 12. 1982 nach Altersklassen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung				
	insgesamt	davon		in den Kreisfreien Städten	
		in den Landkreisen			
	Personen	%	Personen	%	
0-5	3 004 970	2 092 623	5,2	912 347	4,2
5-10	2 986 038	2 108 448	5,3	877 590	4,1
10-15	4 185 990	2 967 236	7,4	1 218 754	5,7
0-15	10 176 998	7 168 307	17,9	3 008 691	14,0
15-20	5 307 800	3 662 003	9,1	1 645 797	7,7
20-35	13 723 671	8 690 222	21,7	5 033 449	23,5
35-50	12 912 698	8 377 499	20,9	4 535 199	21,1
50-65	10 251 677	6 588 114	16,4	3 663 563	17,1
15-65	42 195 846	27 317 838	68,1	14 878 008	69,4
65-70	2 459 445	1 526 931	3,8	932 514	4,3
70 und älter	6 713 809	4 083 267	10,2	2 630 542	12,3
65 und älter	9 173 254	5 610 198	14,0	3 563 056	16,6
Insgesamt ...	61 546 098	40 096 343	100	21 449 755	100

Land- und Stadtkreisen nur wenig voneinander abwich. Größere Unterschiede waren vor allem für die Gruppe der 0- bis 15jährigen sowie der älter als 65jährigen festzustellen. Während der Anteil der ersten Gruppe in den Landkreisen mit 18 % um vier Prozentpunkte höher war als bei den Kreisfreien Städten, überstieg der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in den Kreisfreien Städten mit rund 17 % um drei Prozentpunkte den entsprechenden Anteil in den Landkreisen.

Der Anteil der potentiell erwerbsfähigen Bevölkerung, also der 15 bis 65 Jahre alten Personen, an der Gesamtbevölkerung war mit 68 bzw. 69 % für die Land- bzw. Stadtkreise nahezu gleich hoch. Das gilt mithin auch für die partiellen Lastquoten, die den Anteil der theoretisch noch nicht in das Erwerbsleben eingetretenen bzw. aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschiedenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung angeben.

Größere Abweichungen für die Land- und Stadtkreise sind für die sogenannte Nachwuchsintensität, gemessen durch den Anteil der 0- bis 20jährigen an der Gesamtbevölkerung, festzustellen. In den Landkreisen war am 31. Dezember 1982 ein Anteil von 27 % der Gesamtbevölkerung nicht älter als 20 Jahre. In den Kreisfreien Städten war dieser Anteil mit 22 % deutlich niedriger.

2.3 Bevölkerungsdichte

Setzt man die Bevölkerung eines Kreises in Beziehung zu seiner Fläche, so erhält man die sogenannte Bevölkerungsdichte. Sie gibt die Anzahl der Einwohner je Flächeneinheit, hier Hektar, an (siehe Tabelle 5).

Bei fast einem Viertel der Landkreise lag die Bevölkerungsdichte unter eins. In weiteren 105 Landkreisen bzw. 44 % wies sie einen Wert zwischen eins und zwei auf. Für 61 Kreise wurden Werte zwischen zwei und fünf Einwohnern je Hektar errechnet. Mehr als fünf Einwohner je Hektar wurden lediglich für 17 Landkreise bzw. 7 % nachgewiesen.

Von keiner Kreisfreien Stadt wurde ein Dichtewert von zwei unterschritten. Für ein Viertel der Stadtkreise wurden Dichtewerte zwischen fünf und zehn Einwohnern je Hektar

Tabelle 5: Landkreise und Kreisfreie Städte am 31. 12. 1982¹⁾ nach der Bevölkerungsdichte

Bevölkerungsdichte von ... bis unter ... Personen je Hektar	Landkreise und Kreisfreie Städte					
	insgesamt	davon				
		Landkreise		Kreisfreie Städte		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
0-1	54	16,5	54	22,8	—	—
1-2	105	32,1	105	44,3	—	—
2-5	67	20,4	61	25,7	6	6,6
5-10	39	11,9	16	6,8	23	25,3
10-15	25	7,6	1	0,4	24	26,3
15-20	15	4,6	—	—	15	16,5
20-25	12	3,6	—	—	12	13,2
25-30	7	2,1	—	—	7	7,7
30 und mehr	4	1,2	—	—	4	4,4
Insgesamt ...	328	100	237	100	91	100

¹⁾ Bezogen auf die Flächen von 1981.

und für ein weiteres Viertel Werte zwischen 10 und 15 Einwohnern je Hektar festgestellt. Mehr als 15 Einwohner je Flächeneinheit wiesen immerhin noch 38 Kreisfreie Städte auf.

Es wird also deutlich, daß sich Land- und Stadtkreise von der Bevölkerungsdichte her erheblich unterscheiden. Während die Bevölkerungsdichte in den Landkreisen im Mittel nur zwei Einwohner je Hektar Gesamtfläche betrug, wurde für die Kreisfreien Städte ein fast neunmal so großer Wert von 17 ermittelt. Auch die Streuung der Bevölkerungsdichten zeigt zwischen Landkreisen und Kreisfreien Städten deutliche Unterschiede. Vergleicht man die relativen Streuungsmaße der partiellen Bevölkerungsdichteverteilungen — 7,5 für die Land- und 1,6 für die Stadtkreise —, so ist festzustellen, daß die Verteilung der Landkreise deutlich stärker streut als die der Kreisfreien Städte.

Zu etwas anderen Ergebnissen kommt man, wenn man die Bevölkerungszahlen in den Kreisen in Beziehung setzt zu ihren Siedlungsflächen (siehe Tabelle 2). Diese sogenannte Siedlungsdichte gibt die Anzahl der Einwohner je Einheit besiedelte, das heißt bebaute Fläche an. Sie betrug in den Landkreisen 17 und den Kreisfreien Städten 43 Einwohner je Hektar Siedlungsfläche. Die Werte wichen weniger stark voneinander ab als die entsprechenden durchschnittlichen Bevölkerungsdichtewerte. Grund dafür ist vor allem, daß die Unterschiede in den Siedlungsflächen zwischen Land- und Stadtkreisen bei weitem nicht so ausgeprägt waren wie bei den Gesamtflächen.

3 Beschäftigung

In der Bundesrepublik Deutschland waren am 30. Juni 1982 insgesamt 20 465 903 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren rund 75 % der in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt Erwerbstätigen⁷⁾. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten können damit als Indikator für das Arbeitsplatzangebot einer Region herangezogen werden. Tendenziell wird ferner die wirtschaftliche Bedeutung — und mithin häufig auch die Wirtschaftskraft — einer Region um so größer sein, je

⁷⁾ Siehe Becker, B. / Breimaier, P.: „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1982 und im ersten Vierteljahr 1983“ in WiSta 12/1983, S. 946 ff.

mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dort einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Von den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfielen auf die 237 Landkreise 10 752 314 Personen, kaum mehr als die Hälfte der insgesamt Beschäftigten.

In Tabelle 6 wird deutlich, in welchen Größenordnungen sich die Beschäftigtenzahlen in den Land- und Stadtkreisen bewegen.

In insgesamt vier Kreisen — davon drei Landkreisen — waren weniger als 12 500 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In 78 Kreisen, davon 63 Landkreisen, lagen diese Beschäftigtenzahlen zwischen 12 500 und 25 000 Personen. Für 82 Kreise, davon 69 Landkreise, ergaben sich entsprechende Beschäftigtenzahlen zwischen 25 000 und 37 500 Arbeitnehmern. Insgesamt betragen für die Hälfte aller Kreise (164, davon 135 Landkreise)

Tabelle 6: Landkreise und Kreisfreie Städte am 30. 6. 1982 nach Größenklassen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von ... bis unter ... Personen	Landkreise und Kreisfreie Städte					
	insgesamt		davon			
			Landkreise		Kreisfreie Städte	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
0— 12 500	4	1,2	3	1,3	1	1,1
12 500— 25 000	78	23,8	63	26,6	15	16,5
25 000— 37 500	82	25,0	69	29,1	13	14,3
37 500— 50 000	40	12,2	34	14,3	6	6,6
50 000— 75 000	47	14,4	28	11,8	19	20,8
75 000— 100 000	37	11,3	24	10,1	13	14,3
100 000— 125 000	15	4,6	9	3,8	6	6,6
125 000— 150 000	8	2,4	4	1,7	4	4,4
150 000— 200 000	4	1,2	3	1,3	1	1,1
200 000— 300 000	6	1,8	—	—	6	6,6
300 000— 400 000	2	0,6	—	—	2	2,2
400 000— 500 000	2	0,6	—	—	2	2,2
500 000 und mehr	3	0,9	—	—	3	3,3
Insgesamt	328	100	237	100	91	100

die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenzahlen weniger als 37 500 und für drei Viertel (251 Kreise, davon 197 Landkreise bzw. 83 % aller Landkreise) weniger als 75 000. Mehr als 75 000 sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige wiesen insgesamt 77 Kreise auf, davon handelt es sich bei 37 um Kreisfreie Städte. Von diesen wiederum waren in 13 Fällen mehr als 200 000 Personen sozialversicherungspflichtig erwerbstätig; solch hohe Zahlen wurden von keinem Landkreis erreicht.

Die Verteilungen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenzahlen in den Land- und Stadtkreisen unterscheiden sich in ihrer Lage erheblich voneinander. Im Durchschnitt waren in den Landkreisen 45 368 Personen, in den Kreisfreien Städten dagegen 106 743 Personen — also mehr als zweimal so viele — sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Auch in der Streuung, gemessen an der Spannweite, sind zwischen den Verteilungen der Land- und Stadtkreise deutliche Unterschiede festzustellen: Die Spannweite lag für die Verteilung der Landkreise bei annähernd 200 000, für die der Stadtkreise hingegen bei mehr als 500 000.

Vergleicht man jedoch die relativen Streuungsmaße miteinander, so zeigt sich, daß diese mit 4,4 für die Verteilung

der Land- und 4,7 für die der Stadtkreise annähernd gleich waren.

Eine Betrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen (siehe Tabelle 7) verdeutlicht, daß mit 8 173 110 Arbeitnehmern der größte Anteil (40 %) im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt war.

Auch in der Wirtschaftsstruktur, gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, unterscheiden sich Land- und Stadtkreise deutlich voneinander (siehe Tabelle 7).

In den Landkreisen war der überwiegende Anteil der entsprechenden Arbeitnehmer, nämlich 55 %, in den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, also im sogenannten sekundären Bereich, tätig. Für

Tabelle 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. 6. 1982 nach Wirtschaftszweigen in den Landkreisen und Kreisfreien Städten

Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	insgesamt		davon			
			in den Landkreisen		in den Kreisfreien Städten	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	223 455	1,1	183 094	1,7	40 361	0,4
Energie, Wasser- Bergbau	483 482	2,4	243 373	2,3	240 109	2,5
Primärer Sektor	706 937	3,5	426 467	4,0	280 470	2,9
Verarbeitendes Gewerbe	8 173 110	39,9	4 938 136	45,9	3 234 974	33,3
Bau	1 591 671	7,8	984 592	9,2	607 079	6,2
Sekundärer Sektor	9 764 781	47,7	5 922 728	55,1	3 842 053	39,5
Handel	2 836 570	13,8	1 306 682	12,1	1 529 888	15,8
Verkehr und Nach- richten	995 905	4,9	341 249	3,2	654 656	6,7
Kreditinstitute	775 840	3,8	273 156	2,5	502 684	5,2
Sonstige Dienst- leistungen	3 665 642	17,9	1 688 857	15,7	1 976 785	20,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	372 529	1,8	136 999	1,3	235 530	2,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	1 347 699	6,6	656 176	6,1	691 523	7,1
Tertiärer Sektor	9 994 185	48,8	4 403 119	40,9	5 591 066	57,6
Insgesamt	20 465 903	100	10 752 314	100	9 713 589	100

den tertiären oder Dienstleistungsbereich ergab sich ein Anteil von 41 %. Von den insgesamt 4 403 119 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor arbeiteten 1 688 857 in der Wirtschaftsabteilung 7 „Sonstige Dienstleistungen“ und 1 306 682 im Handel.

In den Kreisfreien Städten hingegen war mit 58 % mehr als die Hälfte der insgesamt in den Kreisfreien Städten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Bereich und hier vor allem — ähnlich wie in den Landkreisen — in den sonstigen Dienstleistungen und im Handel tätig.

Der Anteil der entsprechenden Arbeitnehmer im sekundären Bereich — die sogenannte Sekundärquote — betrug 40 %. Auch hier entfiel, wie bei den Landkreisen, der größte Teil (33 %) auf das Verarbeitende Gewerbe. An zweiter Stelle stand das Baugewerbe, wobei der Anteil der in diesem Wirtschaftszweig Beschäftigten mit 6 % um ein Drittel niedriger war als in den Landkreisen.

Stellt man das tatsächliche Arbeitsplatzangebot (gemessen an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Kreis) der potentiellen Nachfrage

nach Arbeit (gemessen an der 15 bis 65 Jahre alten [Wohn-]Bevölkerung in einem Kreis) gegenüber, so werden auch hier Unterschiede zwischen Land- und Stadtkreisen deutlich. Für die Landkreise betrug dieser Quotient 0,39, das heißt 39 % der in einem Landkreis ansässigen potentiell Erwerbstätigen würden dort theoretisch, ohne Berücksichtigung von Pendlerbeziehungen, einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz finden. Für die Stadtkreise hingegen wurde ein Wert von 0,65 bzw. 65 % errechnet.

Dieser hohe Wert für die Kreisfreien Städte verdeutlicht, daß die dort vorhandenen Arbeitsplätze häufig nicht nur für die jeweilige Kreisfreie Stadt, sondern auch für das sie umgebende Gebiet von Bedeutung sein dürften.

4 Schlußbemerkung

Die wenigen dargestellten Kennzahlen zeigen, daß auch nach der Gebietsreform deutliche Unterschiede in der regionalen Struktur auf Kreisebene bestehen. So ergeben sich für die Land- und Stadtkreise beträchtlich voneinander abweichende Flächengrößen, aber auch hinsichtlich der Struktur der Flächennutzungen sind deutliche Unterschiede festzustellen.

Ebenso liegen in den Bevölkerungszahlen teilweise erhebliche Unterschiede vor.

Des weiteren unterscheiden sich die betrachteten Kreisarten auch in ihrer Wirtschaftsstruktur, vor allem was die Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftszweigen betrifft. Dabei wird deutlich, daß in den Landkreisen als Arbeitsorte der sekundäre Sektor vorherrscht, während in den Stadtkreisen der tertiäre Sektor dominiert. Auch das quantitative Arbeitsplatzangebot ist in den Kreisfreien Städten erheblich besser als in den Landkreisen.

Die starke beobachtete Heterogenität der Einheiten legt die Überlegung nahe, weitere Untersuchungen zur Typisierung und damit zur Schaffung homogenerer Teilgesamtheiten dieser Verwaltungseinheiten anzustellen. Dies soll jedoch weiteren Studien vorbehalten bleiben.

Dr. Susanne Schnorr-Bäcker

Erwerbstätigkeit im Juni 1984

Ergebnis der EG-Arbeitskräftestichprobe

Vorbemerkung

Der Bereitstellung erwerbsstatistischer Daten als Grundlage für arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen kommt vor allem dann, wenn Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt bestehen, besondere Bedeutung zu. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten der Mikrozensus und die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften mit ihren umfassenden Ergebnissen.

Für das Erhebungsjahr 1984 wurde der Mikrozensus jedoch wie 1983 im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz vom 15. Dezember 1983 ausgesetzt¹⁾. Zugleich wurde von der Bundesregierung als Rechtsgrundlage für den Mikrozensus ein neuer Gesetzentwurf eingebracht; dieser trägt — wie die parlamentarischen Beratungen gezeigt haben — den im Volkszählungsurteil behandelten Grundsatzfragen, insbesondere der Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch ergänzende verfahrensrechtliche Vorkehrungen für Durchführung und Organisation einer Erhebung, in vollem Maße Rechnung.

Durch eine im Verlauf des neuen Gesetzgebungsverfahrens vom Bundestags-Innenausschuß durchgeführte öffentliche Experten-Anhörung zum Mikrozensusgesetz wurden ferner die Bedeutung und Notwendigkeit des Mikrozensus als zuverlässige und kostengünstige Methode der Bereitstellung einer Vielzahl von Daten — insbesondere zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung — für Politik, Wissenschaft und Forschung deutlich. Auf der Grundlage des inzwischen vorliegenden neuen Mikrozensusgesetzes²⁾ kann der Mikrozensus ab 1985 wieder jährlich durchgeführt werden.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren wie 1983 auf der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Diese ist in Umfang (Auswahlsatz) und Inhalt gegenüber dem Mikrozensus reduziert und bedeutet keineswegs eine vollständige Kompensation des fehlenden Mikrozensus 1984.

Zum Konzept der EG-Arbeitskräftestichprobe

Die gemeinsamen Stichproben über Arbeitskräfte in den Europäischen Gemeinschaften wurden in der Bundesre-

publik Deutschland 1960, 1968 bis 1971 jährlich, danach regelmäßig in zweijährigen Abständen bis 1983³⁾ sowie 1984 durchgeführt. Bis 1981 waren sie jeweils in den Mikrozensus integriert. In den Jahren 1983 und 1984⁴⁾ wurde jedoch die Arbeitskräftestichprobe als selbständige Erhebung durchgeführt⁵⁾.

Die Europäischen Gemeinschaften führen eine eigene gemeinsame Arbeitskräftestichprobe durch, da die bestehenden nationalen Statistiken jeweils spezifischen Anforderungen genügen müssen und deshalb nur bis zu einem gewissen Grad harmonisiert werden können⁶⁾, die Gemeinschaften aber für ihre Aufgaben vergleichbare Struktur- und Entwicklungsdaten über Beschäftigung und Erwerbslosigkeit als Grundlage für vergleichende Analysen und darauf basierende politische Entscheidungen benötigen⁷⁾.

Der Übergang vom zweijährlichen auf einen jährlichen Turnus, der von 1983 auf 1984 vorgenommen wurde, erfolgte, da in Zeiten erheblicher struktureller Veränderungen auf dem Beschäftigungssektor und anhaltender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt eine zweijährliche Erhebung den Datenbedarf der EG, insbesondere im sozialen Bereich, nicht mehr decken kann.

Die in der Arbeitskräftestichprobe 1984 erhobenen Tatbestände weichen von denen der Vorjahreserhebung etwas ab⁸⁾. 1984 wurde auf die Fragen zur „Situation vor einem Jahr“ hinsichtlich Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit, die Längsschnittuntersuchungen ermöglichen, verzichtet. Ebensovienig wie die Arbeitskräftestichprobe 1983 liefert die von 1984 Daten zur sozialen Sicherung oder zum Lebensunterhalt, wie sie im Mikrozensus erhoben werden.

Für die EG-Arbeitskräftestichprobe 1984 war ein Auswahlsatz von 0,4 % festgelegt. Damit entspricht er dem Auswahlsatz der Erhebung 1983, während der Auswahlsatz des Mikrozensus grundsätzlich 1 % beträgt. Bei Vergleichen zwischen Ergebnissen des Mikrozensus und solchen der EG-Arbeitskräftestichprobe ist deshalb der unterschiedliche, durch den Stichprobenfehler bestimmte

³⁾ Siehe „Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in den Ländern der EWG 1970, 1971 und 1973“ in WiSta 8/1972, S. 441 ff.; „Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte — Methodik und Definitionen“, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Oktober 1978, und „Labour Force Sample Survey 1981“, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Juli 1983, sowie Heidenreich, H.-J.: „Erwerbstätigkeit im Juni 1983“ in WiSta 4/1984, S. 304 ff.

⁴⁾ Rechtsgrundlage für die Erhebung 1984 war die „Verordnung (EWG) Nr. 276/84 des Rates vom 31. Januar 1984 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1984“ (Amtsblatt der EG Nr. L 32 S. 6) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

⁵⁾ Mit dem neuen Mikrozensusgesetz ist gewährleistet, daß ab 1985 die EG-Arbeitskräftestichprobe wieder gemeinsam mit dem Mikrozensus und somit auf die bewährte rationelle Weise durchgeführt werden kann, wodurch auch die Belastung der Befragten auf ein Minimum beschränkt wird. § 14 des Mikrozensusgesetzes 1985 legt ausdrücklich fest, daß beide Erhebungen bei den ausgewählten Haushalten und Personen zur gleichen Zeit mit gemeinsamen Erhebungsunterlagen durchgeführt und gemeinsam ausgewertet werden können.

⁶⁾ Da die auf Gemeinschaftsebene erforderlichen einheitlichen Kriterien und gemeinsamen Begriffsbestimmungen weitgehend in Einklang mit denen des Mikrozensus gebracht werden können, stellen sich für die gemeinsame Erhebung der Arbeitskräftestichprobe und des Mikrozensus diese Probleme nicht.

⁷⁾ So erfolgt die Verteilung von Teilen der im europäischen Sozial- und Regionalfonds verfügbaren Mittel auf die europäischen Regionen aufgrund der Wirtschafts- und Beschäftigungslage in diesen Regionen. Als Indikatoren für die Beschäftigungslage werden die gesamte Arbeitslosigkeit, die der Jugendlichen (14 bis 24 Jahre) sowie die von längerer Dauer (6 Monate und mehr) herangezogen.

⁸⁾ Zu den 1983 erhobenen Tatbeständen siehe Heidenreich, H.-J.: „Erwerbstätigkeit im Juni 1983“ in WiSta 4/1984, S. 304 ff.

¹⁾ Verordnung zur Aussetzung der Bundesstatistik über die Bevölkerung und das Erwerbsleben auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) im Jahr 1984 vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1679).

²⁾ Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955).

Unsicherheitsbereich (Zufallsschwankungen) zu beachten⁹⁾.

Zudem ist zu berücksichtigen, daß der EG-Arbeitskräftestichprobe ebenso wie dem Mikrozensus das „Berichtswochenkonzept“¹⁰⁾ zugrunde liegt, das heißt, daß die Merkmale der befragten Personen für eine festgelegte Berichtswoche ermittelt werden. Gegenübergestellte Ergebnisse mehrerer Jahre liefern Querschnittsvergleiche, die zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen nur insoweit einbeziehen, als sie in der Berichtswoche des folgenden Jahres noch andauerten. Für die EG-Arbeitskräftestichprobe 1984 wurde die Berichtswoche auf den 4. bis 10. Juni 1984 festgesetzt; 1983 lag die Berichtswoche ebenfalls Anfang Juni.

Ergebnisse

Leichter Anstieg der Erwerbstätigenzahl

Die Wohnbevölkerung sank von Juni 1983 bis Juni 1984 um rund 234 000 Personen (— 0,4 %) auf 61,2 Mill. Personen (siehe Tabelle 1). Dieser Rückgang war bei Männern und Frauen gleich stark, allerdings ist er auf unterschiedliche Entwicklungen zurückzuführen, wie sich aus Ergebnis-

⁹⁾ Der relative Standardfehler geht im Mikrozensus für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 (d. h. für weniger als 50 Personen oder Fälle in der Stichprobe) für alle Merkmalsgruppen über ± 20 % hinaus. In der EG-Arbeitskräftestichprobe 1984 liegt diese Grenze (50 Fälle in der Stichprobe) bei hochgerechnet 12 500; d. h. für gleichgroße hochgerechnete Angaben liegt 1984 gegenüber 1982 und früher ein größerer Stichprobenfehler vor.

¹⁰⁾ Das Berichtswochenkonzept (d. h. die Einbeziehung aller in der Berichtswoche bestehenden Erwerbstätigkeiten, auch der in dieser Zeit begonnenen oder beendeten) sowie die Anpassung der bei der Erhebung ermittelten Daten an die Eckzahlen der — mit zunehmendem Abstand zur letzten Volkszählung unsicherer werdenden und erfahrungsgemäß überhöhten — Bevölkerungsforschreibung führen neben anderen Gründen dazu, daß die Gesamtzahl der Erwerbstätigen nach dem Mikrozensus jeweils über den aus allen verfügbaren statistischen Quellen durchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen des zweiten Quartals bzw. des Jahres liegt. Siehe Becker, B.: „Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1984“ in WiSta 4/1985, S. 282 ff., und Wollny, H./Schoer, K.: „Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1970 bis 1981“ in WiSta 11/1982, S. 769 ff.

sen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik ergibt. Diese Entwicklung ist u. a. durch den hohen negativen Wanderungssaldo der Ausländer, der durch den Geburtenüberschuß der Ausländer nicht kompensiert wurde, und durch das hohe Geburtendefizit bei der deutschen Bevölkerung bedingt. Die bereits im Vorjahr zu verzeichnende Abnahme der ausländischen Wohnbevölkerung setzte sich von 1983 auf 1984 mit — 2,6 % verstärkt fort. Der Verminderung der Wohnbevölkerung insgesamt im Beobachtungszeitraum stehen eine Zunahme der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) um rund 273 000 (+ 1,0 %) und eine Abnahme der Nichterwerbspersonen um rund 507 000 (— 1,5 %) gegenüber. Daraus ergibt sich, gemessen am Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung (Erwerbsquote), im Juni 1984 eine stärkere Beteiligung am Erwerbsleben mit 47,1 gegenüber 46,5 % im Juni 1983.

Zum Anstieg der Erwerbspersonenzahl trugen die Erwerbslosen (+ 142 000) etwas stärker bei als die Erwerbstätigen (+ 130 000). Damit hat sich die Zahl der Erwerbstätigen von Juni 1983 auf Juni 1984 — zum ersten Mal wieder seit 1981 — geringfügig erhöht (+ 0,5 %). In der Untergliederung nach dem Geschlecht zeigt sich, daß auf die Frauen mit rund 177 000 Personen der größere Teil des Anstiegs der Erwerbspersonenzahl entfällt im Vergleich zu den Männern mit rund 96 000. Ist aber der Anstieg der männlichen Erwerbspersonen vor allem durch die Zunahme der Erwerbstätigen um rund 85 000 verursacht, so setzt sich der Anstieg der Zahl der weiblichen Erwerbspersonen zu etwa drei Vierteln aus der Zunahme der Erwerbslosen um rund 132 000 und zu etwa einem Viertel aus der Zunahme der Erwerbstätigen um rund 45 000 zusammen. Der Rückgang der Nichterwerbspersonenzahl fiel bei den Männern mit 1,8 % nur unwesentlich stärker aus als bei den Frauen mit 1,4 %. Dagegen steht der Abnahme der deutschen Nichterwerbspersonen um 1,1 % eine weitaus deutlichere Verminderung um 7,1 %

Tabelle 1: Wohnbevölkerung — Deutsche und Ausländer — nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse der EG-Arbeitskräftestichprobe
Stand: Juni 1983 und Juni 1984

Beteiligung am Erwerbsleben	1983			1984			1984 gegenüber 1983					
	Ins-gesamt	Männlich	Weiblich	Ins-gesamt	Männlich	Weiblich	Ins-gesamt	Männlich	Weiblich	Ins-gesamt	Männlich	Weiblich
	1 000						%					
Insgesamt												
Wohnbevölkerung	61 430	29 372	32 058	61 196	29 252	31 944	- 234	- 120	- 114	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Erwerbspersonen	28 542	17 450	11 092	28 815	17 546	11 269	+ 273	+ 96	+ 177	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,6
Erwerbstätige	26 477	16 351	10 126	26 608	16 436	10 171	+ 130	+ 85	+ 45	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Erwerbslose ¹⁾	2 065	1 099	966	2 207	1 110	1 098	+ 142	+ 11	+ 132	+ 6,9	+ 1,0	+ 13,6
Nichterwerbspersonen	32 887	11 921	20 966	32 381	11 706	20 675	- 507	- 216	- 291	- 1,5	- 1,8	- 1,4
Deutsche												
Wohnbevölkerung	56 806	26 814	29 991	56 692	26 783	29 908	- 114	- 31	- 83	- 0,2	- 0,1	- 0,3
Erwerbspersonen	26 169	15 835	10 334	26 402	15 939	10 464	+ 234	+ 104	+ 130	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3
Erwerbstätige	24 402	14 914	9 489	24 503	15 008	9 495	+ 101	+ 95	+ 6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1
Erwerbslose ¹⁾	1 766	921	845	1 899	930	969	+ 133	+ 9	+ 124	+ 7,5	+ 0,9	+ 14,7
Nichterwerbspersonen	30 637	10 979	19 658	30 289	10 845	19 445	- 348	- 135	- 213	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Ausländer												
Wohnbevölkerung	4 624	2 557	2 067	4 504	2 469	2 036	- 120	- 89	- 31	- 2,6	- 3,5	- 1,5
Erwerbspersonen	2 374	1 615	758	2 413	1 608	805	+ 39	- 8	+ 47	+ 1,7	- 0,5	+ 6,2
Erwerbstätige	2 075	1 438	637	2 104	1 428	676	+ 30	- 10	+ 39	+ 1,4	- 0,7	+ 6,2
Erwerbslose ¹⁾	299	178	121	309	180	129	+ 10	/	+ 8	+ 3,2	/	+ 6,3
Nichterwerbspersonen	2 250	942	1 309	2 091	861	1 231	- 159	- 81	- 78	- 7,1	- 8,6	- 6,0

¹⁾ Einschl. arbeitsuchender Schüler und Studenten.

(159 000) bei den ausländischen Nichterwerbspersonen gegenüber.

Die Arbeitsmarktsituation ist durch eine Zunahme in etwa gleicher absoluter Größenordnung bei den Erwerbstätigen (+ 130 000 oder + 0,5 %) und den Erwerbslosen (+ 142 000 oder + 6,9 %) gekennzeichnet. Der Anstieg bei den Erwerbslosen ist somit nicht aus einer Abnahme der Erwerbstätigenzahl zu erklären, vielmehr sind hier Umschichtungen von Nichterwerbspersonen zu Erwerbspersonen anzunehmen.

In der Differenzierung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit ergeben sich für die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen unterschiedliche Bewegungen. Die Zunahme der männlichen Erwerbstätigen um rund 85 000 (+ 0,5 %) ist durch einen Anstieg der deutschen Erwerbstätigen um rund 95 000 (+ 0,6 %) und eine Abnahme der ausländischen um rund 10 000 (– 0,7 %) bestimmt.

Dagegen tragen zum Anstieg der weiblichen Erwerbstätigen um rund 45 000 (+ 0,4 %) vor allem die Ausländerinnen mit einem Zuwachs von rund 39 000 (+ 6,2 %) bei. Daraus ergibt sich für die ausländischen Erwerbstätigen eine Zuwachsrate von 1,4 %, während sie bei den deutschen Erwerbstätigen 0,4 % beträgt.

Bei den Erwerbslosen liegt die Zuwachsrate der Frauen insgesamt mit 13,6 % erheblich über der der Männer von 1,0 %. Bei den deutschen Erwerbslosen beträgt die Zuwachsrate bei den Männern 0,9 % und bei den Frauen 14,7 %; die Zunahme der Anzahl der ausländischen weiblichen Erwerbslosen liegt mit 6,3 % deutlich niedriger als bei den Deutschen.

Höhere Erwerbsquote bei den 15- bis unter 20jährigen

Wie bereits festgestellt wurde, stieg die Gesamterwerbsquote von 46,5 % im Juni 1983 auf 47,1 % im Juni 1984 an. Geschlechts- und altersspezifische Erwerbsquoten, die als Anteil der Erwerbspersonen an den Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppe berechnet werden,

ermöglichen differenziertere Aussagen über die Beteiligung am Erwerbsleben und über Unterschiede im Erwerbsverhalten einzelner Altersgruppen (siehe Tabelle 2). Für Juni 1984 weist die EG-Arbeitskräftestichprobe eine Erwerbsquote der Männer von 60,0 % und der Frauen von 35,3 % nach. Damit liegen beide Quoten nur geringfügig höher als die entsprechenden Quoten im Juni 1983. Diese Entwicklung entspricht dem langfristigen Trend nach der Rezession von 1974/75¹⁾.

Für die Bevölkerungsgruppe der 15- bis unter 65jährigen, also die Personen im „erwerbsfähigen“ Alter, zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. Während die Erwerbsquote der 15- bis unter 65jährigen Männer von 82,0 auf 81,4 % im Juni 1984 abnahm, stieg die der gleichaltrigen Frauen von 50,7 auf 51,7 %. Die erwähnte Zunahme der Gesamterwerbsquote der Männer im Vergleich zur Abnahme der Erwerbsquoten der männlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (sowie bei allen über 15jährigen Männern) geht mit auf eine demographische Verschiebung, nämlich die sinkende Zahl der unter 15jährigen männlichen Wohnbevölkerung, und nicht auf eine Änderung des Erwerbsverhaltens zurück.

Für die männlichen Personen ergaben sich im betrachteten Zeitraum in den Altersgruppen bis 60 Jahre keine wesentlichen Veränderungen der Erwerbsquoten. Bei den 60- bis unter 65jährigen trat ein deutlicher Rückgang von 40,1 auf 35,2 % im Juni 1984 ein, wozu vor allem vorgezogene Verrentungen beigetragen haben dürften. Die geringfügige Zunahme der Erwerbsquote der 15- bis unter 20jährigen von 46,1 auf 46,5 % dürfte auf zwei Entwicklungen zurückzuführen sein, und zwar auf die auf diese Zielgruppe gerichtete Arbeitsmarktpolitik einschließlich des erhöhten Lehrstellenangebots und auf eine Veränderung des Ausbildungsverhaltens, das lange von der immer stärkeren

¹⁾ Siehe z. B. Darstellung der Erwerbsquoten 1975 bis 1982 in Mayer, H.-L.: „Umschichtung der Erwerbsbevölkerung“ in WiSta 10/1983, S. 782 ff., hier S. 784.

Tabelle 2: Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppen (Erwerbsquoten)

Ergebnisse der EG-Arbeitskräftestichprobe
Stand: Juni 1983 und Juni 1984

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich		Weiblich									
			zusammen		ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden	
	1983	1984	1983	1984	1983	1984	1983	1984	1983	1984	1983	1984
15–20	46,1	46,5	38,6	41,0	38,3	40,6	53,1	56,7	/	/	/	/
20–25	80,1	79,2	70,5	71,3	75,5	75,1	60,7	62,8	/	/	70,1	75,6
25–30	87,7	86,7	63,5	65,6	80,9	80,9	56,4	58,1	/	/	80,4	76,6
30–35	95,7	95,0	58,4	59,8	88,0	89,4	52,7	53,4	79,1	66,0	84,4	84,4
35–40	96,9	97,1	59,3	59,8	89,8	90,3	54,9	54,6	62,8	66,5	84,8	87,1
40–45	97,5	97,5	58,1	60,3	89,1	90,2	54,3	55,6	57,4	68,4	84,6	86,7
45–50	96,3	96,6	55,2	56,4	83,9	87,0	51,1	51,5	60,5	61,2	86,3	88,1
50–55	93,0	92,9	47,8	49,7	81,0	82,6	43,3	44,7	52,1	55,4	75,8	76,7
55–60	81,0	80,1	40,1	40,2	73,5	78,0	35,0	34,6	38,1	37,6	74,2	70,6
60–65	40,1	35,2	12,5	11,8	24,1	22,0	11,0	10,1	11,2	10,4	22,1	20,8
Zusammen (15–65)	82,0	81,4	50,7	51,7	58,5	61,4	47,3	47,5	33,2	32,0	77,0	76,0
65–70	10,4	9,4	4,8	4,5	10,3	10,3	4,7	4,7	3,9	3,3	/	/
70–75	6,5	5,7	3,2	2,9	8,4	8,0	3,3	2,9	2,4	2,1	/	/
75 und mehr	3,7	3,3	1,4	1,2	3,8	3,4	1,6	1,8	1,0	0,7	/	/
Zusammen (15 und mehr)	71,9	71,3	41,0	41,1	54,2	56,8	42,5	42,5	10,1	9,2	66,3	65,4
Insgesamt ¹⁾	59,4	60,0	34,6	35,3	29,8	33,3	42,5	42,5	10,1	9,2	66,3	65,4

¹⁾ Die „Insgesamt-Quoten“ zeigen die Anteile der Erwerbspersonen an der gesamten Wohnbevölkerung entsprechenden Geschlechts und Familienstands.

Tabelle 3: Erwerbslose¹⁾ nach Altersgruppen
 Ergebnisse der EG-Arbeitskräfteerhebung
 Stand: Juni 1983 und Juni 1984

Alter von ... bis unter ... Jahren	1983			1984			1984 gegenüber 1983					
	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
15-20	333	158	176	320	140	180	- 14	- 18	/	- 4,0	- 11,1	/
20-25	371	196	175	395	197	198	+ 23	/	+ 23	+ 6,3	/	+ 13,0
25-35	547	284	263	586	294	292	+ 39	+ 10	+ 29	+ 7,2	+ 3,6	+ 11,1
35-45	366	189	177	396	197	199	+ 30	+ 8	+ 22	+ 8,3	+ 4,2	+ 12,6
45-55	305	185	120	345	183	163	+ 40	/	+ 42	+ 13,2	/	+ 35,2
55-60	113	63	50	136	77	59	+ 23	+ 13	+ 9	+ 19,9	+ 21,2	+ 18,3
60-65	28	24	/	27	21	6	/	/	/	/	/	/
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Insgesamt ...	2 065	1 099	966	2 207	1 110	1 098	+ 142	+ 11	+ 132	+ 6,9	+ 1,0	+ 13,6
darunter: Ausländer ..	299	178	121	309	180	129	+ 10	/	+ 8	+ 3,2	/	+ 6,3

¹⁾ Einschl. arbeitsuchender Schüler und Studenten.

Hinwendung zur schulischen Ausbildung bzw. dem Hochschulstudium gekennzeichnet war.

Der Anstieg der Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter hat sich — bis auf die 60- bis unter 65jährigen — in allen Altersgruppen fortgesetzt. Bei den weiblichen Personen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren ist die Erwerbsquote mit 41,0 gegenüber 38,6 % im Vorjahr deutlich stärker angestiegen als bei den gleichaltrigen Männern. Damit ist erstmals seit 1979 wieder ein Anstieg der Erwerbsquote der Frauen dieser Altersgruppe zu verzeichnen.

In der Differenzierung nach dem Familienstand der Frauen ergibt sich, daß die Steigerung der Gesamterwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter insbesondere durch den Anstieg der Erwerbsquote der Ledigen von 58,5 auf 61,4 % bedingt ist. Ein geringfügiger Anstieg ist auch bei den verheirateten Frauen zu verzeichnen, während sowohl bei den geschiedenen als auch den verwitweten Frauen die Erwerbsquote im beobachteten Zeitraum sank. Die höchste Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren weisen mit 76,0 % auch weiterhin die geschiedenen Frauen auf, mit deutlichem Abstand gefolgt von den Ledigen mit 61,4 %. Die Erwerbsquoten dieser beiden Gruppen sind somit überdurchschnittlich hoch, während die der verheirateten Frauen mit 47,5 % und der Verwitweten mit 32,0 % unter dem Durchschnitt liegen.

Mehr erwerbslose Frauen

Wie bereits angeführt, stieg die Anzahl der Erwerbslosen¹²⁾ von Juni 1983 auf Juni 1984 um 142 000 oder 6,9 % an und erreichte damit einen Stand von rund 2,207 Mill. (siehe Tabelle 3). Dieser noch immer deutliche Anstieg ist

allerdings wesentlich schwächer ausgeprägt als die Zuwachsraten der drei vorangehenden Jahre. In der Untergliederung nach Geschlecht und Altersgruppen ist die starke Abnahme der Zahl der männlichen Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren um 11,1 % sowie der starke

Tabelle 4: Anteil der Erwerbslosen¹⁾ an 100 Personen der abhängigen Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppen (Erwerbslosenquoten)

Ergebnisse der EG-Arbeitskräfteerhebung
 Stand: Juni 1983 und Juni 1984

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1983	1984	1983	1984	1983	1984
15-20	14,4	14,4	12,3	11,5	17,1	17,8
20-25	10,7	10,6	10,2	9,6	11,3	11,7
25-35	9,4	9,8	8,1	8,3	11,2	12,1
35-45	6,1	6,9	5,0	5,4	8,0	9,4
45-55	5,7	6,3	5,3	5,2	6,6	8,6
55-60	6,5	7,5	5,8	6,6	7,8	9,1
60-65	5,5	5,6	6,4	6,3	/	4,0
65 und mehr	/	/	/	/	/	/
Insgesamt ...	8,2	8,7	7,1	7,1	9,9	11,0
darunter: Ausländer ..	13,2	13,5	11,5	11,8	16,9	16,9

¹⁾ Einschl. arbeitsuchender Schüler und Studenten

Anstieg bei den über 20jährigen Frauen auffallend. Die Frauen weisen in allen Altersgruppen außer der der 55- bis 60jährigen eine stärkere Zuwachsrate der Erwerbslosen-zahl auf als die Männer.

¹²⁾ Die Abgrenzung der ermittelten Erwerbslosen in der EG-Arbeitskräfteerhebung 1984 erfolgt wie beim Mikrozensus. Zur Vergleichbarkeit der im Mikrozensus ermittelten Erwerbslosen mit den Arbeitslosen der Bundesanstalt für Arbeit siehe Mayer, H.-L.: „Zur Abgrenzung und Struktur der Erwerbslosigkeit“ in WiSta 1/1979, S. 22 ff. Hier sind insbesondere das Berichtswochenkonzept, wonach bei der Zuordnung einzelner Personen der Erwerbstätigkeit Priorität vor der Erwerbslosigkeit eingeräumt wird, und die Zuordnung arbeitsuchender Schüler und Studenten — unabhängig von ihrer sofortigen Verfügbarkeit — zu den Erwerbslosen im Mikrozensus zu berücksichtigen.

Tabelle 5: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Ergebnisse der EG-Arbeitskräfteerhebung
 Stand: Juni 1983 und Juni 1984

Wirtschaftsbereich	1983			1984			1984 gegenüber 1983		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 493	749	744	1 376	704	672	- 7,8	- 6,0	- 9,7
Produzierendes Gewerbe	11 246	8 647	2 600	11 130	8 532	2 598	- 1,0	- 1,3	/
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung ..	4 605	2 480	2 124	4 840	2 668	2 172	+ 5,1	+ 7,6	+ 2,2
Übrige Wirtschaftsbereiche	9 133	4 476	4 657	9 262	4 533	4 729	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5
Insgesamt ...	26 477	16 351	10 126	26 608	16 436	10 171	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4

Zieht man zusätzlich spezifische Erwerbslosenquoten nach Alter und Geschlecht heran (siehe Tabelle 4), so ergeben sich für die weiblichen Erwerbslosen in allen Altersgruppen außer den 60- bis unter 65jährigen höhere Erwerbslosenquoten als für die Männer. Im Gegensatz zu den männlichen Erwerbslosen ist bei den Frauen in keiner Altersgruppe ein Rückgang der Quote vom Juni 1983 auf den Juni 1984 festgestellt worden.

Zur Beurteilung der im Vergleich zu den Männern ungünstigeren Arbeitsmarktlage der Frauen, die sich in diesen Ergebnissen der Arbeitskräftestichprobe spiegelt, sind neben Faktoren wie der unterschiedlichen Qualifikation auch Änderungen des Erwerbs- und Ausbildungsverhaltens zu berücksichtigen. So ist möglicherweise der Rückzug vom Arbeitsmarkt für weniger Frauen eine Alternative als in früheren Jahren.

Weiter steigende Erwerbstätigenzahl im Dienstleistungssektor

Die Aufgliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen (siehe Tabelle 5) zeigt einen deutlichen Rückgang der Erwerbstätigen in der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie eine schwache Abnahme der Erwerbstätigenzahl im „Produzierenden Gewerbe“ von Juni 1983 auf Juni 1984. Eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl weisen dagegen „Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung“¹³⁾ sowie die „Übrigen Wirtschaftsbereiche“ auf. Daraus ergab sich insgesamt im Juni 1984 ein um 0,5 % (+ 131 000) höherer Erwerbstätigenstand als ein Jahr zuvor. Der Anteil der im Dienstleistungssektor („Übrige Wirtschaftsbereiche“) Erwerbstätigen an allen Beschäftigten

Tabelle 6: Von den Erwerbstätigen durchschnittlich je Woche normalerweise geleistete Arbeitsstunden¹⁾ je Stellung im Beruf

Ergebnisse des Mikrozensus und der EG-Arbeitskräftestichprobe
Stand: Mai 1976, April 1980 und Juni 1984

Stellung im Beruf	1976	1980	1984
Insgesamt			
Selbständige	54,2	53,8	53,3
Mithelfende Familienangehörige	43,9	42,2	41,5
Abhängige	39,2	39,1	38,6
Insgesamt	40,8	40,5	40,1
Männlich			
Selbständige	56,0	56,0	55,7
Mithelfende Familienangehörige	46,7	43,9	40,1
Abhängige	41,3	41,3	40,9
Zusammen	43,0	42,9	42,6
Weiblich			
Selbständige	47,3	45,5	45,3
Mithelfende Familienangehörige	43,4	41,9	41,8
Abhängige	35,6	35,4	34,9
Zusammen	37,1	36,4	36,0

¹⁾ In der vorwiegenden Erwerbstätigkeit.

lung“¹³⁾ sowie die „Übrigen Wirtschaftsbereiche“ auf. Daraus ergab sich insgesamt im Juni 1984 ein um 0,5 % (+ 131 000) höherer Erwerbstätigenstand als ein Jahr zuvor. Der Anteil der im Dienstleistungssektor („Übrige Wirtschaftsbereiche“) Erwerbstätigen an allen Beschäftigten

¹³⁾ Die Zunahme dürfte z. T. auch durch erhebungstechnische Änderungen und die Anwendung einer geänderten wirtschaftssystematischen Gliederung bedingt sein. Beide Aspekte bedürfen noch weiterer Untersuchungen.

Tabelle 7: Abhängig Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ und normalerweise in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit geleisteten Arbeitsstunden

Ergebnisse des Mikrozensus und der EG-Arbeitskräftestichprobe
Stand: Mai 1976, April 1980 und Juni 1984

Normalerweise von ... bis unter ... geleistete Arbeitsstunden	1976			1980			1984		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei									
unter 21	16	/	12	18	/	15	15	/	14
21-40	15	/	11	16	/	12	11	/	7
40-45	126	96	30	160	124	37	167	123	44
45 und mehr	84	64	20	75	56	18	70	54	15
Zusammen	241	168	74	269	187	82	263	182	81
Produzierendes Gewerbe									
unter 21	295	24	271	349	28	321	318	24	294
21-40	431	74	357	412	47	365	397	75	322
40-45	9 337	7 378	1 959	9 893	7 802	2 091	9 284	7 490	1 794
45 und mehr	818	740	78	855	775	80	482	426	56
Zusammen	10 881	8 216	2 665	11 508	8 652	2 856	10 481	8 016	2 465
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung									
unter 21	269	13	256	337	17	320	363	15	347
21-40	395	24	372	398	15	383	400	21	379
40-45	2 826	1 829	997	2 951	1 854	1 097	3 038	1 914	1 124
45 und mehr	433	332	101	401	315	87	362	298	64
Zusammen	3 923	2 197	1 726	4 087	2 200	1 886	4 164	2 249	1 915
Übrige Wirtschaftsbereiche									
unter 21	621	49	572	755	58	696	893	66	827
21-40	662	117	545	532	48	483	734	124	610
40-45	5 011	2 841	2 170	5 673	3 121	2 552	6 053	3 307	2 747
45 und mehr	741	486	255	812	555	257	694	487	208
Zusammen	7 035	3 492	3 543	7 771	3 783	3 988	8 375	3 983	4 391
Insgesamt									
unter 21	1 214	92	1 122	1 458	106	1 352	1 589	106	1 483
21-40	1 515	221	1 294	1 358	115	1 243	1 542	225	1 318
40-45	17 420	12 218	5 202	18 676	12 900	5 776	18 543	12 834	5 709
45 und mehr	2 085	1 629	455	2 142	1 701	442	1 608	1 265	343
Insgesamt	22 234	14 160	8 074	23 635	14 822	8 813	23 282	14 430	8 853

¹⁾ Fälle ohne Angabe des Geschäftszweiges wurden 1980 und 1984 anteilmäßig auf die Wirtschaftsbereiche verteilt. 1976 wurden sie den Wirtschaftsbereichen nicht zugeordnet, sind aber in den „Insgesamt-Ergebnissen“ erhalten.

betrug im Juni 1984 34,8 gegenüber 34,5 % im Vorjahr; auf das Produzierende Gewerbe entfielen im Juni 1984 41,8 gegenüber 42,5 % im Juni 1983. Diese Veränderungen entsprechen dem langfristig zu beobachtenden Strukturwandel, das heißt einer Verlagerung der Erwerbstätigenzahlen vom Produktionsbereich hin zum „tertiären Sektor“.

Geringere Wochenarbeitszeit

Die normalerweise pro Woche geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit, in die Schwankungen etwa wegen unregelmäßig geleisteter Überstunden¹⁴⁾, Krankheit oder Urlaub nicht eingehen, sind von 40,8 Stunden 1976 auf 40,5 Stunden 1980 und 40,1 Stunden 1984 zurückgegangen (siehe Tabelle 6).

In der Untergliederung nach der Stellung im Beruf und dem Geschlecht trat ebenfalls in allen Erwerbstätigengruppen von 1976 bis 1984 eine Verminderung der normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit ein.

Die normalerweise geleistete Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten wird zum einen von den gesetzlichen Regelungen und den Tarifverträgen, zum anderen von den individuellen Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Arbeitszeit, wie sie etwa im Abschluß von Teilzeitverträgen zum Ausdruck kommen, bestimmt. Die Zahl der Abhängigen betrug 1976 rund 22,234 Mill., stieg bis 1980 auf rund 23,635 Mill. an und lag 1984 bei rund 23,282 Mill. (siehe Tabelle 7). Entsprechende Veränderungen vollzogen sich bei den Beschäftigten mit einer Arbeitszeit von 40 bis unter 45 Stunden pro Woche. Die Zahl der Abhängigen, die normalerweise 45 und mehr Stunden pro Woche arbeiten, lag 1980 etwas höher als 1976, 1984 aber deutlich — und zwar um etwas mehr als ein Viertel — unter dem Stand von 1980. Diese Veränderungen sind bei beiden Arbeitszeitgruppen im wesentlichen auf die entsprechenden Entwicklungen in den Wirtschaftsbereichen „Produzierendes Gewerbe“ und „Übrige Wirtschaftsbereiche“ (Dienstleistungen) zurückzuführen.

Insgesamt gesehen ergibt sich ein Anstieg des Anteils der Abhängigen mit 40 bis unter 45 Arbeitsstunden je Woche an allen abhängig Beschäftigten von 78,3 % im Jahr 1976 auf 79,0 % 1980 und 79,6 % 1984. Der Anteil der abhängig Beschäftigten mit höherer regelmäßiger Arbeitszeit nahm dagegen von 9,4 % 1976 und 9,1 % 1980 auf 6,9 % 1984 ab, was vor allem durch die starke Verminderung der Gruppe der männlichen abhängig Beschäftigten mit dieser Arbeitszeit im Produzierenden Gewerbe verursacht ist. Dies dürfte auch eine Folge des Abbaus regelmäßig geleisteter Überstunden sein.

Die Anzahl der abhängig Beschäftigten, die normalerweise weniger als 40 Stunden in der Woche arbeiten, stieg von rund 2,729 Mill. im Mai 1976 auf rund 3,131 Mill. im Juni 1984 an. Dem entspricht eine Zunahme des Anteils dieser Gruppe an allen Abhängigen von 12,3 auf 13,5 %. Differenziert man diese Gruppe weiter, so zeigt sich, daß sowohl 1980 wie auch 1984 etwas mehr Personen einer Beschäftigung bis zu 20 Stunden nachgingen als einer Beschäfti-

gung mit 21 bis 39 Stunden Arbeitszeit pro Woche. 1976 hatte es sich umgekehrt verhalten. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und die Verlagerung innerhalb der Teilzeitarbeit haben — ebenso wie der Rückgang der Beschäftigten mit einer Arbeitszeit von über 44 Stunden und der Strukturwandel infolge von Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen — zur Verminderung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit beigetragen. Etwa 90 % der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer waren 1984 Frauen. Sie arbeiteten zu über der Hälfte im Dienstleistungssektor („Übrige Wirtschaftsbereiche“).

Der Entwicklung der Teilzeitarbeit wird angesichts der Forderungen nach mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, neuen Formen wie der Übernahme von Auszubildenden nach Abschluß der Ausbildung auf halbe Stellen, aber auch möglichen Änderungen im Erwerbsverhalten der Männer weiterhin hohe Aufmerksamkeit zu widmen sein. Inwieweit insbesondere nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten dabei eine besondere Rolle spielen, kann erstmals — nach Verabschiedung des neuen Mikrozensusgesetzes — für das Berichtsjahr 1985 ermittelt werden.

Dipl.-Volkswirt Bettina Sommer

¹⁴⁾ Regelmäßig über einen längeren Zeitraum geleistete Überstunden sind hingegen in der „normalerweise geleisteten“ Wochenstundenzahl enthalten.

Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren

Vorbemerkung

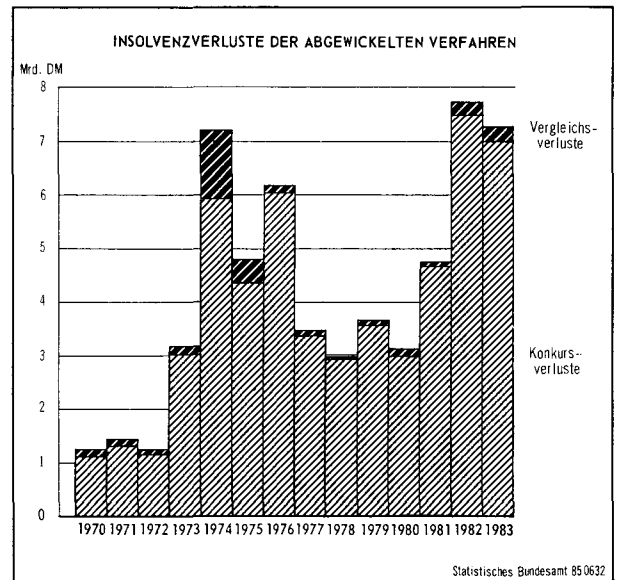
Zu Beginn des Jahres wird jeweils im Februar- oder Märzheft von „Wirtschaft und Statistik“ über die Anzahl der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren berichtet¹⁾. Die Meldung der Amtsgerichte an die Statistischen Landesämter erfolgt dabei nicht erst nach Eintritt der Rechtskraft, sondern bereits bei Eröffnung eines Konkursverfahrens bzw. bei Ablehnung des Eröffnungsantrags mangels Masse. Bei Anschlußkonkursen — das sind nach den Erfassungsrichtlinien Konkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorangegangen ist — wird jedoch das Wirksamwerden des Eröffnungsbeschlusses abgewartet. Die finanziellen Auswirkungen der Konkurs- und Vergleichsverfahren können erst später ermittelt werden, denn die Höhe der endgültigen Forderungen sowie die Vermögensverhältnisse des Schuldners werden erst festgestellt, nachdem der Beschluß zur Eröffnung eines Konkursverfahrens ergangen ist. Die Meldung der finanziellen Ergebnisse an die Statistischen Landesämter erfolgt normalerweise nach Beendigung des Insolvenzverfahrens, spätestens jedoch drei Monate nach dem ersten Prüfungstermin. Die Abwicklung eines eröffneten Konkursverfahrens mit der Anmeldung der Konkursforderungen, der Feststellung der Teilungsmasse, dem Prüfungstermin sowie dem Verteilungsverfahren nimmt naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch als die bloße Feststellung, daß das Verfahren eröffnet worden ist, so daß sich bei der Feststellung der finanziellen Ergebnisse erhebliche Verzögerungen ergeben können. Um möglichst die meisten finanziellen Ergebnisse der eröffneten Insolvenzverfahren eines Jahres berücksichtigen zu können, wird mit der Veröffentlichung der Forderungen, Teilungsmassen, Deckungsquoten und der Verluste ein weiteres Jahr nach dem Eröffnungsjahr abgewartet. Im vorliegenden Bericht sind die finanziellen Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren aufgeführt, die bis Ende des Jahres 1984 abgeschlossen waren. Eine ausführliche Darstellung dieser Ergebnisse erfolgt in Kürze in der Fachserie 2, Reihe 4.2 „Finanzielle Abwicklung der Insolvenzverfahren 1983“.

Beendete Insolvenzverfahren und Gesamtverluste

Seit Beginn der 80er Jahre ist die Zahl der Insolvenzen sprunghaft angestiegen, besonders stark 1981 und 1982

¹⁾ Siehe z. B. Angele, J.: „Zahlungsschwierigkeiten 1984“ in WiSta 3/1985, S. 209 ff. Eine ausführliche Darstellung der Insolvenzzahlen nach Rechtsformen und Alter der Unternehmen sowie nach Forderungsgrößenklassen und Wirtschaftszweigen erfolgt in den Dezemberheften der Fachserie 2, Reihe 4.1. Darüber hinaus kann bei Bedarf eine Arbeitsunterlage angefordert werden, in der die gleichen Angaben nach Bundesländern enthalten sind.

Schaubild 1



mit Zuwachsraten von 28 bzw. 36 % im Vergleich zum Vorjahr (siehe Tabelle 1). Während 1980 9 140 Insolvenzfälle bekannt wurden, sind seit 1982 jährlich über 15 000 Fälle von Zahlungsschwierigkeiten gezählt worden. Für das Jahr 1983, auf das sich die weiteren Ausführungen beziehen, wurden von den Amtsgerichten 16 114 Insolven-

Tabelle 1: Konkurs- und Vergleichsverfahren

Jahr	Konkurse				Vergleichsverfahren eröffnet	Insolvenzen ¹⁾	
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen	darunter Anschlußkonkurse		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
							Anzahl
1970	2 081	1 862	3 943	66	324	4 201	+ 10,3
1975	3 056	5 886	8 942	102	355	9 195	+ 19,1
1980	2 420	6 639	9 059	13	94	9 140	+ 9,9
1981	3 162	8 418	11 580	34	107	11 653	+ 27,5
1982	4 043	11 764	15 807	83	152	15 876	+ 36,2
1983	3 747	12 252	15 999	30	145	16 114	+ 1,5
1984	3 872	12 826	16 698	29	91	16 760	+ 4,0

¹⁾ Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

zen (+ 1,5 % gegenüber 1982) gemeldet²⁾. Darunter waren 15 999 Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens (darunter 30 Anschlußkonkurse), denen in 3 747 Fällen entsprochen wurde. Außerdem wurden auf Antrag der Schuldner 145 Vergleichsverfahren eröffnet. Damit erging 1983 bei 3 892 Insolvenzanträgen ein Eröffnungsbeschluß. Trotz gestiegener Insolvenzzahlen war im Jahr 1983 die Zahl der eröffneten Verfahren geringer als im Vorjahr (3 226 gegenüber 3 433 Verfahren 1982, siehe auch Tabelle 2), da die mangels Masse abgelehnten Konkursanträge überproportional zugenommen haben.

Zum Jahresende 1984 stand bei 3 132 Konkursverfahren und 94 Vergleichsverfahren der finanzielle Ausgang des Verfahrens fest. Damit waren, wie 1982, ein Jahr nach dem

²⁾ Siehe auch Angele, J.: „Zahlungsschwierigkeiten 1983“ in WiSta 2/1984, S. 119 ff.

Tabelle 2: Abgewickelte Konkurs- und Vergleichsverfahren

Schaubild 2

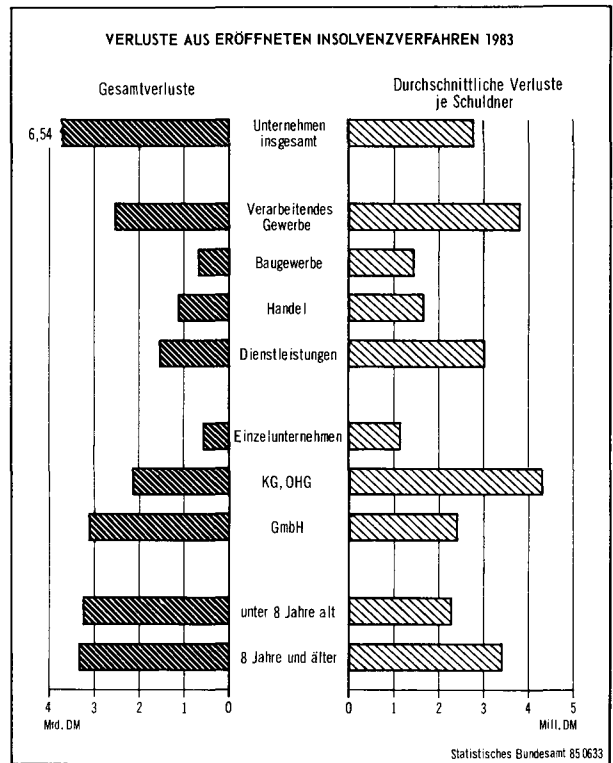
Jahr der Eröffnung	eröffnete Verfahren	Bis Ende des Folgejahres abgewickelte Verfahren							
		insgesamt	Anteil an den eröffneten Verfahren	Konkurse			Vergleiche		Erlaß-
				zusammen	mit Masse	ohne ¹⁾	zusammen	Stundungs-	
		Anzahl	%	Anzahl					vergleiche
1970	2 339	2 069	88,5	1 821	1 465	356	248	28	220
1975	3 309	2 785	84,2	2 559	2 002	557	226	23	203
1980	2 501	2 122	84,8	2 054	1 483	571	68	6	62
1981	3 235	2 523	77,9	2 452	1 757	695	71	8	63
1982	4 112	3 433	83,5	3 332	2 466	866	101	9	92
1983	3 862	3 226	83,5	3 132	2 319	813	94	6	88

¹⁾ Nach Eröffnung mangels Masse eingestellte Verfahren.

Eröffnungsjahr 83,5 % aller in Abwicklung befindlichen Insolvenzverfahren beendet. Bei diesen Verfahren haben die Gläubiger insgesamt 8,2 Mrd. DM an Forderungen angemeldet. Diesen Verbindlichkeiten standen Vermögenswerte der Schuldner in Höhe von 910 Mill. DM gegenüber (siehe Tabelle 3). Dieser Betrag — die eigentliche Konkursmasse — ist bereits um die Summen bereinigt, die bei der Aus- bzw. Absonderung verteilt wurden sowie um die Massekosten und die Masseschulden³⁾. Für die 1983 eröffneten und bis Ende 1984 abgewickelten Insolvenzverfahren lassen sich Verluste von insgesamt 7,2 Mrd. DM errechnen. Für die 1983 eröffneten, aber im Dezember 1984 noch in Abwicklung befindlichen Konkurs- und Vergleichsverfahren müssen die Gläubiger mit Verlusten in Höhe von etwa 1,5 Mrd. DM rechnen.

Wie bereits erwähnt, mußte die Mehrzahl aller Konkurse abgelehnt werden, weil die vorhandene Teilungsmasse (Konkursmasse) nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichte. Bei der Entscheidung über den Eröffnungsbeschluß machten die Konkursgerichte auch Angaben über die voraussichtlichen Verbindlichkeiten. Dabei schätzten sie die Forderungen an die Schuldner bei den Konkursanträgen, die mangels Masse abgelehnt wurden, auf 4,1 Mrd. DM. Dieser Betrag dürfte aber insgesamt zu niedrig sein, da manche Gläubiger auf die Anmeldung ihrer Forderungen verzichteten, wenn nur geringe Aussicht auf Erfüllung besteht. Aber selbst wenn man eine mögliche Untererfassung bei den mangels Masse abgelehnten

³⁾ Siehe auch Angele, J.: „Finanzielle Ergebnisse der 1982 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren“ in WiSta 7/1984, S. 590.



Konkursen in Betracht zieht, haben diese trotz der großen Zahl (über drei Viertel der beantragten Konkurse) bei weitem nicht die finanzielle Bedeutung wie die eröffneten Insolvenzverfahren. Unter Zugrundelegung der genannten Summen dürften die vor Gericht verhandelten Fälle von Zahlungsschwierigkeiten oder Überschuldung den Gläubigern — wie im Vorjahr — einen Schaden von etwa 13 Mrd. DM zugefügt haben.

Verluste und Deckungsquoten der abgewickelten Insolvenzfälle

Von den im Jahr 1983 an die Gerichte gestellten 15 999 Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wurden, wie schon erwähnt, 12 252 abgelehnt, da die Kosten des Verfahrens nicht gedeckt schienen und gleichzeitig kein Gläubiger bereit war, einen ausreichenden Betrag vorzuschießen. Im Zuge des Feststellungsverfahrens, bei dem die Aktiva und Passiva des Schuldners untersucht werden, stellte sich heraus, daß bei weiteren 813 bereits eröff-

Tabelle 3: Finanzielle Ergebnisse der eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren¹⁾

Jahr der Eröffnung	Forderungen insgesamt	Teilungsmassen insgesamt	Festgestellte Verluste					Deckungsquote			
			insgesamt	Konkurse			Erlaßvergleiche	bei Konkursen ³⁾			
				zusammen	mit Masse	ohne ²⁾		bevorrechtigte	nicht bevorrechtigte	bei Erlaßvergleichen	
											Forderungen
1970	1 431	183	1 248	1 109	964	145	145	43,5	4,5	39,8	
1975	5 297	500	4 797	4 364	3 167	1 197	434	32,7	2,3	39,2	
1980	3 454	335	3 119	2 984	2 326	657	136	32,1	5,8	37,0	
1981	5 075	334	4 741	4 675	3 481	1 194	66	32,8	3,4	43,3	
1982	8 576	846	7 731	7 504	4 929	2 575	227	25,1	5,1	44,3	
1983	8 157	910	7 247	6 981	5 314	1 667	266	21,8	4,6	58,8	

¹⁾ Soweit bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgewickelt. — ²⁾ Nach Eröffnung mangels Masse eingestellte Verfahren. — ³⁾ Mit Masse.

neten Verfahren die Vermögenswerte so gering waren, daß die Verfahrenskosten nicht bezahlt werden konnten. Damit erhöht sich der Anteil der mangels Masse abgelehnten oder nachträglich eingestellten Konkursverfahren auf beinahe 82 %; dies bedeutet, daß in vier von fünf Fällen die Gläubiger völlig leer ausgingen. Nur bei 2 319 eröffneten Konkursverfahren erfolgte die gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens der Schuldner an die jeweiligen Gläubiger unter Aufsicht des Konkursgerichtes. Hierbei wurden den Gläubigern Forderungen in Höhe von 5,8 Mrd. DM anerkannt. Zur Deckung dieser Schulden waren, wie aus der Tabelle auf S. 268* hervorgeht, nur 530 Mill. DM an Konkursmasse vorhanden. Dazu zählen neben den allgemein bekannten Vermögenswerten, wie Grundstücke, Maschinen usw., auch Patente und Urheberrechte, die Geschäftsbücher (auch EDV-Datenträger) und in bestimmten Fällen auch der Firmenname, jedoch nicht die unentbehrlichen Gegenstände des Schuldners sowie dessen Arbeitskraft (§ 1 Konkursordnung, KO). Für die 813 mangels Masse eingestellten Konkurse waren uneinbringbare Forderungen von fast 1,7 Mrd. DM festgestellt worden. Bei den abgewickelten Konkursverfahren entstanden somit Verluste in Höhe von rund 7,0 Mrd. DM.

Die Verteilung des Vermögens erfolgt nach der in § 61 KO festgelegten Rangfolge. Die bevorrechtigten Konkursgläubiger⁴⁾, die Ansprüche in Höhe von 820 Mill. DM glaubhaft gemacht haben, erhielten durchschnittlich 21,8 % (237 Mill. DM) ihrer Außenstände ersetzt. Die Mehrzahl der Forderungen war jedoch nicht bevorrechtigt. Von den rund 5 Mrd. DM erhielten die Gläubiger nur 4,6 % (294 Mill. DM) erstattet. Auf die Praxis bezogen bedeutet dies, daß fast

Tabelle 4: Durchschnittliche Schulden und Verluste bei Konkursen und Erlaßvergleichen (je abgewickelttem Verfahren)
1000 DM

Jahr der Eröffnung	Konkurse ¹⁾		Erlaßvergleiche	
	Schulden	Konkursverlust	Schulden	Vergleichsverlust
1970	659	609	1 048	631
1975	1 792	1 705	3 512	2 136
1980	1 577	1 452	3 476	2 190
1981	2 022	1 907	1 840	1 044
1982	2 451	2 252	4 441	2 473
1983	2 398	2 229	7 329	3 023

¹⁾ Einschl. der nach Eröffnung mangels Masse eingestellten Verfahren.

alle nicht bevorrechtigten Gläubiger keinerlei Entschädigung erhielten. Die durchschnittlichen Schulden je abgewickelter Konkurs beliefen sich — wie aus Tabelle 4 hervorgeht — auf 2,4 Mill. DM, die durchschnittlichen Verluste betragen 2,2 Mill. DM. Die durchschnittliche finanzielle Bedeutung der Konkurse entsprach damit 1983 der des Vorjahres.

Das gerichtliche Vergleichsverfahren mit dem Ziel der Sanierung des Schuldners hat nur noch geringe Bedeutung. Mit der Annahme des Vergleichsvorschlags (bei gleichzeitigem Erlaß eines Teils der Schulden) wurden 88 eröffnete

Vergleichsverfahren beendet. In weiteren sechs Fällen wurde insofern Einigung erzielt, als die Schulden gestundet wurden, bei 12 eröffneten Vergleichsverfahren wurde ein Anschlußkonkurs erforderlich. Von den bestehenden Forderungen bei den Erlaßvergleichen in Höhe von 645 Mill. DM mußten den Schuldnern nur 266 Mill. DM erlassen werden. Dadurch ergibt sich eine verhältnismäßig hohe Deckungsquote von 58,8 %. Dieses Resultat ist hauptsächlich auf hohe Forderungen gegen eine Firmengruppe zurückzuführen, die jedoch ihren Gläubigern ein gutes Vergleichsangebot machen konnte, also hervorragende Aktiva besaß.

Insolvenzverluste nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen

Von den 7,2 Mrd. DM Verlusten bei den abgewickelten Verfahren wurden 90 % (6,5 Mrd. DM) durch Unternehmen verursacht (siehe Tabelle 5). Die restlichen 700 Mill. DM entfielen vor allem auf natürliche Personen (rd. 520 Mill. DM) und Nachlaßkonkurse (180 Mill. DM). Die finanziellen Ergebnisse der beendeten Unternehmensinsolvenzen (also ohne Berücksichtigung der mangels Masse abgelehnten Verfahren) können nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen aufgegliedert werden. Die größten Verluste entstanden durch die Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen, die zum Verarbeitenden Gewerbe zählen. Diese Forderungsausfälle von 2,5 Mrd. DM entsprachen nahezu 40 % aller Verluste durch Unternehmen. Durch Dienstleistungsunternehmen sowie durch freiberuflich Tätige wurden 1,5 Mrd. DM und durch Handelsunternehmen 1,1 Mrd. DM an finanziellen Schäden verursacht. Den Gläubigern von insolventen Bauunternehmen wurden finanzielle Verluste in Höhe von 670 Mill. DM zugefügt. Gleichzeitig wurden jedoch die höchsten Deckungsquoten von 27 % für bevorrechtigte und 3,9 % für nicht bevorrechtigte Forderungen bei Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe erzielt. Die geringsten Aussichten auf Wiedererlangung wenigstens eines Teils ihrer Außenstände hatten die Gläubiger von zahlungsunfähigen Bauunternehmen (16 % für bevorrechtigte und 0,9 % für nicht bevorrechtigte Forderungen).

Die durchschnittlichen Verluste der Gläubiger von zahlungsunfähigen oder überschuldeten Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe beliefen sich auf 3,7 Mill. DM und aus den Dienstleistungsbereichen auf 3,0 Mill. DM. Etwa halb so hoch sind die Verluste je Verfahren durch Bauunternehmen (1,4 Mill. DM) und Handelsunternehmen (1,6 Mill. DM).

Die Amtsgerichte machen auch Angaben über das Alter der Unternehmen. Dabei werden Unternehmen, die vor weniger als acht Jahren gegründet wurden, als „jüngere“ und Unternehmen, die acht Jahre und länger bestanden, als „ältere“ bezeichnet. Jüngere Unternehmen geraten zwar sehr viel häufiger in Zahlungsschwierigkeiten, jedoch ist der finanzielle Schaden sehr viel geringer als bei älteren Unternehmen. Andererseits sind die Aussichten, wenigstens einen Teil ihrer Forderungen ersetzt zu bekommen, für Gläubiger, die mit jüngeren Unternehmen zu tun haben, sehr viel geringer. Schon bei der Entscheidung, ob das Verfahren eröffnet werden kann, wurden von 9 095 Kon-

⁴⁾ Dazu zählen vor allem: Arbeitnehmer, Bundes-Staatskassen, Gemeinden, Kirchen und Schulen, Ärzte, Apotheken und die Kinder des Schuldners.

Tabelle 5: Finanzielle Ergebnisse von 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen

Wirtschaftszweige Rechtsformen Alter der Unternehmen	Abgewickelte Verfahren ¹⁾	Forderungen	Teilungs- massen	Verluste	Verluste je Verfahren
	Anzahl		Mill. DM		1 000 DM
Insgesamt					
Unternehmen und Freie Berufe sowie übrige Gemeinschuldner	3 220	8 157	910	7 247	2 251
Unternehmen					
Zusammen	2 452	7 410	871	6 539	2 667
dar.: Handwerk	485	832	74	758	1 563
nach Wirtschaftszweigen					
Verarbeitendes Gewerbe	677	2 766	236	2 530	3 737
Baugewerbe	470	703	36	667	1 419
Handel	675	1 350	226	1 124	1 665
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	511	1 758	217	1 541	3 016
Übrige Wirtschaftszweige	119	833	156	677	5 689
nach Rechtsformen					
Einzelunternehmen ²⁾	620	733	37	696	1 123
Personengesellschaften (OHG, KG)	502	2 580	433	2 147	4 277
dar.: GmbH & Co. KG	355	1 866	320	1 546	4 355
Gesellschaften m.b.H.	1 310	3 486	369	3 117	2 379
Übrige Unternehmen	20	611	32	579	2 895
nach dem Alter der Unternehmen					
bis unter 8 Jahre	1 477	3 558	337	3 221	2 181
8 Jahre und mehr	975	3 852	534	3 318	3 403
Natürliche Personen, Nachlässe und sonstige Gemeinschuldner					
Zusammen	768	747	40	708	922

¹⁾ Ohne Stundungsvergleiche. — ²⁾ Einschl. nicht eingetragene Unternehmen anderer Rechtsform.

kursanträgen gegen jüngere Unternehmen 7 302 oder 80 % mangels Masse abgelehnt. Bei den älteren Unternehmen wurden von 2 639 Anträgen 1 561 oder knapp 60 % abgelehnt. In diesen Fällen, in denen die Verfahren abgelehnt werden, erhält der Gläubiger keinerlei Entschädigungen vom Schuldner. Im weiteren Ablauf wurden die Verfahren gegen 406 jüngere und 221 ältere Unternehmen wegen zu geringer Vermögenswerte eingestellt, so daß letztlich 85 % der Konkurse von jüngeren und etwa zwei Drittel von älteren Unternehmen masselos waren. Bei 1 039 Konkursverfahren mit Masse, 406 mangels Masse eingestellten Konkursverfahren und 32 Erlaßvergleichen (zusammen 1 477 abgewickelte Verfahren) jeweils gegen jüngere Unternehmen entstanden den Gläubigern Einbußen von 3,2 Mrd. DM. Bei 975 abgewickelten Verfahren gegen ältere Unternehmen waren es 3,3 Mrd. DM. Im Durchschnitt fügten jüngere Unternehmen ihren Gläubigern 2,2 Mill. DM an Verlusten zu, ältere Unternehmen dagegen 3,4 Mill. DM.

Die Verluste, die die Gläubiger durch insolvente Unternehmen mit der Rechtsform einer GmbH erlitten, beliefen sich auf 3,1 Mrd. DM. Personengesellschaften, die 1983 in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, fügten ihren Gläubigern Einbußen von 2,1 Mrd. DM zu. Die Gläubiger von Einzelunternehmen und nicht eingetragenen Unternehmen mußten 700 Mill. DM als Verlust abschreiben.

Die durchschnittlichen Insolvenzverluste, die ein Unternehmen verursacht, betragen 1983, wie im Vorjahr, 2,7 Mill. DM. Alle Gesellschaften mbH zusammen bereiteten ihren Gläubigern zwar den höchsten Verlust, die finanzielle Schädigung je Verfahren liegt jedoch mit 2,4 Mill. DM unter dem Durchschnitt. Durch Personengesellschaften entstanden im Durchschnitt 4,3 Mill. DM an Verlusten, durch die 15 Aktiengesellschaften waren es sogar 38 Mill. DM.

Nachmeldung 1982 und voraussichtliche Verluste 1984

Von den 1982 eröffneten Insolvenzverfahren waren Ende 1983 rund 84 % abgewickelt gewesen. Im Laufe des Jahres 1984 wurden weitere 268 Verfahren beendet, durch die nochmals Verluste von 730 Mill. DM entstanden sind. Damit sind bei 90 % aller 1982 eröffneten Insolvenzverfahren Verluste von 8,5 Mrd. DM eingetreten.

Im Jahr 1984 wurden 16 760 Insolvenzfälle gezählt, von denen nur 3 934 eröffnet wurden. Bereits zum Ende des Eröffnungsjahres stand bei mehr als der Hälfte (2 066) das finanzielle Ergebnis fest. Für diese Verfahren wurden die Verluste mit 4,0 Mrd. DM angegeben. Für die mangels Masse abgelehnten Konkurse waren die Einbußen mit weiteren 4,4 Mrd. DM beziffert worden. Unter Zugrundelegung dieser Ergebnisse dürften die Gesamtverluste 1984 etwa dieselbe Höhe erreichen wie 1983.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes

Vorbemerkung

„Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel“, das ist der Titel der Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 70. Geburtstag, die gleichzeitig den Band 1 der neuen Schriftenreihe des Statistischen Bundesamtes umfaßt¹⁾. Sieht man sich die Beiträge in dieser Festschrift genauer an, so haben sie alle mit einer Art Standortbestimmung der amtlichen Statistik zu tun, angefangen bei ihrem Programm, über die Aktivitäten auf den Gebieten der Forschung, der Ausbildung, des Einsatzes moderner Technik zur Abwicklung der statistischen Arbeiten bis hin zu den Arbeitsschwerpunkten, wie sie sich in den großen Bereichen der amtlichen Statistik darstellen. Dabei sind Fragen der Standortbestimmung durch die Diskussion um die Volkszählung und das Karlsruher Urteil zur Volkszählung einerseits und durch die Entbürokratisierungsdebatte mit dem Ziel, Staatsaufgaben abzubauen, in ein neues, helles Licht gerückt. Akzeptanzprobleme, Erhebungszwecke, Datenschutz und Datensicherung sowie ganz allgemein die verfassungsmäßigen Gebote, die selbstverständlich für amtliche Erhebungen immer gegolten haben, sind in den Vordergrund getreten. In dieser vehementen Ausprägung hat es das bisher nicht gegeben. Die fachlichen Inhalte der Statistik mit all ihren vielfältigen Anforderungen, oder anders ausgedrückt, der Aufbau und die Weiterentwicklung der statistischen Gesamt- und Subsysteme in Verbindung mit dem ständigen Bemühen, sie so rationell wie nur eben möglich zu realisieren, kennzeichneten bis zum Jahr 1983 die amtliche statistische Arbeit, im nachhinein möchte man glauben — fast ausschließlich. Zu einer ausgewogenen Synthese beider Komplexe zu gelangen, scheint für die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik indessen unabdingbar zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist dieser Beitrag zu sehen. Er knüpft an den Aufsatz „Die Statistiken im Produzierenden Gewerbe nach Abschluß der Reform“ in der genannten Festschrift an. Ebenso steht er im Zusammenhang mit einem Beitrag aus dem Januar-Heft von „Wirtschaft und Statistik“, der den Titel „Zur Aussage der Indizes der Netto-Produktion für das Produzierende Gewerbe — Möglichkeiten und Grenzen“ trägt²⁾. Der Vortrag in der Haupt-

versammlung der Statistischen Gesellschaft im Oktober des letzten Jahres in Augsburg über das Thema „Aktualität und Genauigkeit kurzfristiger Statistiken im Produzierenden Gewerbe“, der wie alle anderen Vorträge im Band 1/1985 des Allgemeinen Statistischen Archivs abgedruckt worden ist³⁾, ist hier ebenfalls zu erwähnen.

1 Standortbestimmung der Statistik im Produzierenden Gewerbe nach Abschluß der Reform

Jede Standortbestimmung wurzelt, vereinfacht gesagt, in der Frage, ob sich die Arbeit, die zu bewältigen war (und noch ist), gelohnt hat, hier also konkret: Hat sich die äußerst aufwendige Reform der Industriestatistik, deren Realisierung allein fast acht Jahre in Anspruch nahm, rentiert? Diese Frage muß mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden. Die Vorteile des in Stufen eingeführten neuen Systems, das mit der Neuordnung der Produktionsindizes auf Basis 1980 im Spätherbst 1983⁴⁾ und der erstmaligen Erstellung von Ergebnissen für fachliche Unternehmens-teile im Sommer 1984 zum Abschluß gebracht wurde, sind deutlich erkennbar. Ohne den hierarchischen Aufbau, die innere Verzahnung und Konsistenz von Konjunktur- und Strukturdaten aus den einzelnen Erhebungen der drei großen Bereiche des Produzierenden Gewerbes wären viele Vorhaben, gerade die Kernstücke des neuen Systems, nicht zu bewerkstelligen gewesen. Angeführt seien hier beispielhaft das neue Konzept für die Produktionsindizes (fachliche Teile-Indizes/Unternehmensindizes, monatliche/vierteljährliche Indikatoren, kalendermonatliche/kalenderbereinigte Indizes) und die Bereitstellung von Daten für fachliche Unternehmensteile auf dem Wege von Zusammenfassungen vorhandener Datenbestände aus den Monatsstatistiken, den Produktionsstatistiken, den Jahreserhebungen unter Einschluß von Schätzungen⁵⁾. Auch die Zensuskonzeption 1979, die u. a. ebenfalls mit Hilfe von Schätzungen unabdingbares Zahlenmaterial für die Länder lieferte — Nettoproduktionswerte für Betriebe als Bausteine des Wägungsschemas der Länder-Produktionsindizes —, setzte die volle inhaltliche und ablauforganisatorische Funktionsfähigkeit des statistischen Systems im Produzierenden Gewerbe voraus. Im Rahmen dieser exemplarisch angeführten Projekte kamen wesentliche Zusatzinformationen zustande, bei gleichzeitiger Entfrachtung originärer Erhebungen und damit erheblicher Entlastung der in die Statistiken einbezogenen Unternehmen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß die integrierten Arbeitsprozesse bei den einzelnen statistischen Vorhaben und der Aufbereitung ihrer Ergebnisse extreme Genauigkeitsanforderungen an das erhobene Ausgangsmaterial stellen. Häufig wird die Unzulänglichkeit der ein-

³⁾ Siehe Allgemeines Statistisches Archiv 1/1985, S. 69 ff.

⁴⁾ Siehe Herbel, N./Bald, Ch.: „Zur Neuberechnung der Produktions- und Produktivitätsindizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1980“ in WiSta 12/1983, S. 931 ff.

⁵⁾ Siehe Glaab, H.: „Untersuchungen zur Einführung fachlicher Unternehmensteile als statistische Einheit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“ in WiSta 10/1983, S. 770 ff.

¹⁾ Erschienen im Dezember 1984 im Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

²⁾ Siehe WiSta 1/1985, S. 21 ff.

zelen Datenbestände erst im Zuge ihrer Kombination offenkundig. Aufwendige Abstimmungsprozesse, die die Kapazitäten sehr stark belasten, sind Vorbedingung für die Ergebniserstellung. Auch in diesem Problemzusammenhang sind gute Erfolge erzielt worden. Technische Voraussetzung für die Abwicklung aller Arbeiten ist die maschinell geführte einheitliche Kartei bei Bund und Ländern.

2 Ansätze für eine Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes

Zwar wurde durch die Reform der Industriestatistiken ein vielfältig verwendbares statistisches Instrumentarium geschaffen, das den Kernanforderungen der verschiedenen Politikbereiche auch gerecht werden dürfte. Für keinen anderen Wirtschaftsbereich gibt es ein auch nur annähernd so komplettes und aufeinander abgestimmtes System von Statistiken. Auch im internationalen Vergleich hat die bundesdeutsche Statistik im Produzierenden Gewerbe eine gute Position. Dennoch zeichnen sich inzwischen neue Fragestellungen ab, auf die sich die Statistik einstellen und Lösungsansätze entwickeln muß. Sie folgen nahezu zwangsläufig aus dem Gebot, daß sich jede Statistik den veränderten Marktentwicklungen und den spezifischen Bedürfnissen der Wirtschaftsanalytiker anpassen muß, wenn sie nicht Gefahr laufen will, antiquiert zu werden und das am Informationsbedarf orientierte Angebot ganz einfach zu verpassen.

Schon während das Konzept für die Reform der Industriestatistik entwickelt wurde, ist hier und da gegen das Unternehmen als Erhebungs- und Darstellungseinheit eingesetzt worden, daß wichtige Entscheidungen, gerade bei großen Einheiten, nicht vom selbstbilanzierenden Unternehmen, sondern von einer übergeordneten Einheit, die in Form einer Gruppe, eines Konzerns, einer Holding usw. auftritt, gefällt werden. Diese Formen, die der ehemalige Präsident des Statistischen Bundesamtes Dr. Fürst als „Unternehmensfamilie“ bezeichnete, bringen für die derzeitige Statistik des Produzierenden Gewerbes Probleme mit sich. Zum einen führen sie dazu, daß ganz bestimmte Funktionen des sogenannten *Funktionenbündels*, das normalerweise in einem Unternehmen anzutreffen und für die Leistungserstellung unabdingbar ist, von der Statistik nicht mehr abgedeckt werden. Infolge des Unternehmenskonzepts bleiben für die Statistik des Produzierenden Gewerbes im Extremfall nur noch Teile der Verwaltung und die physische Produktion übrig. Der Gesamtzusammenhang geht in diesen Fällen verloren. Zum anderen verleiten durch diese Entwicklung bedingte rückläufige Ergebnisse leicht zu Fehlschlüssen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind tatsächlich gar nicht zurückgegangen; sie haben sich lediglich verlagert. Für die Aussagekraft der Statistik des Produzierenden Gewerbes kann es beispielsweise schon mißlich sein, wenn sich lediglich der Vertrieb der Produkte rechtlich verselbständigt. In diesen Fällen tätigt das verbleibende Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit dem neuen, dem Handel zuzurechnenden Vertriebsunternehmen ausschließlich Inlandsumsätze, auch wenn das neu entstandene Handelsunternehmen wesentliche Teile der Produktion exportiert. Diese

Beispiele lassen sich für weitere Merkmale fortsetzen. Sie alle führen dazu, daß das Berichtssystem des Produzierenden Gewerbes abbröckelt, obwohl sich an den wirtschaftlichen Vorgängen keine inhaltlichen Veränderungen ergeben haben. Nun wären diese Nachteile aufzufangen, zumindest zu mildern, wenn es in den angrenzenden Bereichen wie Handel, Dienstleistungen usw. Berichtssysteme gäbe, die diese Vorgänge sichtbar machten, oder gar eine Art Konzernstatistik existieren würde. Solche Statistiken sind jedoch nicht vorhanden. Aber nur sie wären in der Lage, die durch den Strukturwandel bedingte Lücke zu schließen.

Wie wichtig diese Gesichtspunkte für die Analyse vorhandener statistischer Ergebnisse aus dem Berichtssystem des Produzierenden Gewerbes sind, zeigte übrigens ein Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft im Oktober 1984 in Augsburg mit dem Titel „Mängel der Statistik als Instrument der Branchenanalyse“.

Weiterentwicklungsbedarf der Statistik des Produzierenden Gewerbes ergibt sich auch im Rahmen der *Investitionserhebung*. So hat u. a. auch im Produzierenden Gewerbe seit Beginn der siebziger Jahre die *Anmietung von Anlagegütern* (Leasing) anstelle des Kaufs zunehmend an Bedeutung gewonnen. Seit geraumer Zeit werden daher von seiten des Statistischen Bundesamtes mit Statistischen Landesämtern, Verbänden, Unternehmen und Instituten Informationsgespräche über die Möglichkeiten und Aussichten einer künftigen Erfassung der gemieteten Anlagen geführt. Diese Ergänzungen sind dringend erforderlich, wenn die derzeit ausschließlich am Aktivierungs- oder Eigentümerkonzept orientierte Investitionsstatistik und die auf ihr aufbauenden vielfältigen weiterführenden Berechnungen — exemplarisch sei die Kapitalstockermittlung genannt — nicht obsolet werden sollen. Die konkreten Überlegungen laufen darauf hinaus, in den jährlichen Investitionserhebungen neben den „Bruttozugängen an aktivierten Sachanlagen“ zusätzlich den „Wert der neu gemieteten Sachanlagen“ zu erfassen. Diese erweiterte Informationsbasis würde es erlauben, die Investitionsgüter nicht mehr, wie derzeit nur möglich, nach den sie aktivierenden Wirtschaftsbereichen, sondern auch nach den nutzenden Wirtschaftsbereichen aufzubereiten und darzustellen (sog. *Nutzungskonzept*). Übrigens stehen alle Gesprächspartner dem Vorhaben sehr aufgeschlossen gegenüber.

Auch im Bereich der *Energiestatistik* ist eine Verbesserung der Aussage unverzichtbar. So sind Ergänzungen bei den in den einzelnen Erhebungen zugrundeliegenden Energieträgern und der Energie-Verwendungsseite vorzusehen. Hier erscheint es gleichzeitig möglich zu sein, die Berichtskreise für die Energiestatistik zumindest in Teilen zu reduzieren, so daß sich Ausweitungs- und Entlastungsgesichtspunkte in etwa die Waage halten dürften.

Ferner haben sich im Rahmen der *Bauberichterstattung* Verbesserungswünsche ergeben, die ebenfalls durch eine Kürzung der vorhandenen Tatbestände und Merkmalsausprägungen kompensiert werden dürften. Die vorgesehenen Ergänzungen zielen auf einen

gesonderten Nachweis der Modernisierungsmaßnahmen ab, die inzwischen einen erheblichen Teil des Bauvolumens ausmachen und für viele baugewerbliche Betriebe lebensnotwendig sein dürften.

Last but not least sei der Weiterentwicklungsbedarf angeführt, der die den Statistiken zugrundeliegenden Nomenklaturen betrifft. Erst nach deren Ergänzung wird es nämlich möglich sein, die einzelnen Statistiken entsprechend anzureichern. Konkret geht es hierbei im wesentlichen um drei Komplexe

- den dringend erforderlichen zusätzlichen Nachweis produktbezogener Dienstleistungen im Rahmen der Produktionsstatistiken, die bei den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erheblich an Bedeutung gewonnen haben,
- eine verbesserte Berücksichtigung der Produkte der neueren oder höheren Technologie,
- eine Verbesserung des Datenangebots im Bereich der Fertigung von sogenannten Gesamt- oder Fabrikationsanlagen.

Die Arbeiten an diesen Komplexen beziehen sich, wie gesagt, in einer ersten Stufe auf die den Statistiken zugrundeliegenden Systematiken und sind somit in einem übergeordneten Rahmen zu sehen.

Alle für die Statistik des Produzierenden Gewerbes anstehenden Probleme und Fragen, wie sie hier in groben Zügen angerissen und in den weiteren Ausführungen näher behandelt werden, können nicht in einem Schub in Angriff genommen und bewältigt werden. Dennoch ist es im Interesse der Anpassung statistischer Systeme an sich häufig schnell ändernde Strukturen und Marktbedürfnisse geboten, sie konsequent aufzugreifen. Nur dann kann die amtliche Statistik auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für Politik und Wirtschaft mit Erfolg spielen. Diese Auffassung wurde übrigens auch durchweg im Fachausschuß „Produzierendes Gewerbe“ vertreten, der sich Ende April 1985 ausführlich mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigt hat. Insbesondere lagen dem Fachausschuß die möglichst baldige Einführung des Nutzungskonzepts im Rahmen der Investitionserhebung, die bessere Berücksichtigung der Dienstleistungen der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und allgemein die Anpassung der Produktomenklaturen an neue Marktentwicklungen am Herzen.

Dipl.-Kaufmann Marianne Jäger

3 Probleme in Verbindung mit der rechtlichen Verselbständigung von Teilen des sogenannten Funktionsbündels der wirtschaftenden Einheiten

Die Arbeit der amtlichen Statistik wird oft und gern kritisiert und ist dabei häufig ein Objekt auch polemischer Anwürfe jedweder Art. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur.

Einer dieser gern kritisierten vermeintlichen Mängel der Statistik betrifft die Auswirkungen der rechtlichen Verselbständigung von Teilen des sogenannten Funktionenbün-

dels der wirtschaftenden Einheiten auf die Darstellung und Ergebnisse in der amtlichen Statistik.

Derartige Umstrukturierungsmaßnahmen können in jüngster Zeit häufiger beobachtet werden; dahinter stehen vielfach haftungsrechtliche, steuerliche oder organisatorische Überlegungen. Sie sind allerdings nicht nur auf die Aufspaltung von Produktionsunternehmen in Produktion und Vertrieb beschränkt, sondern können nahezu alle denkbaren Unternehmensfunktionen betreffen.

Im folgenden sollen zunächst die Auswirkungen einer derartigen Funktionenabspaltung auf die Ergebnisse der amtlichen Statistik anhand eines Beispiels gezeigt werden. Danach werden die Gründe für diese Art der Darstellung erläutert und deren Vor- und Nachteile aufgezeigt. Abschließend werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten und deren Vor- und Nachteile beleuchtet.

3.1 Auswirkung der Abspaltung einer Unternehmensfunktion durch rechtliche Verselbständigung in einem eigens dafür gegründeten Unternehmen auf die Ergebnisse der amtlichen Statistik

Beispielhaft werden die Auswirkungen der rechtlichen Verselbständigung des Vertriebs eines Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes auf die Darstellung der amtlichen Statistik anhand der im Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erfaßten Merkmale aufgezeigt. Vereinfachend wird angenommen, daß das Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nur in einem Wirtschaftszweig tätig ist, also nur über einen fachlichen (Betriebs-/Unternehmens-)Teil verfügt.

Wenn in einem Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes der Vertrieb der eigenen Erzeugnisse rechtlich verselbständigt wird, so hat dies unmittelbar Auswirkungen auf die Ergebnisse fast aller statistisch erfaßten Merkmale, und zwar

- im Verarbeitenden Gewerbe,
- im Handel,
- gesamtwirtschaftlich.

Dies zeigt die synoptische Übersicht auf der folgenden Seite.

Betrachtet man andere im Rahmen der Statistik des Produzierenden Gewerbes erfaßte Merkmale (z. B. Kosten, Subventionen) oder die Ausgliederung und rechtliche Verselbständigung einer anderen Unternehmensfunktion (z. B. Forschung und Entwicklung), ergeben sich entsprechende — mehr oder weniger gravierende — Auswirkungen. In allen derartigen Fällen schrumpft das Berichtssystem im Produzierenden Gewerbe, obwohl sich an den wirtschaftlichen Vorgängen keine inhaltlichen Änderungen ergeben haben, sondern nur der rechtlich/organisatorische Rahmen geändert wurde.

3.2 Gründe für diese Art der Darstellung in der amtlichen Statistik

Die beschriebenen Konsequenzen aus der rechtlichen Verselbständigung der Vertriebsfunktion in der statistischen Darstellung sind gewollt und systemkonform. Aus

Übersicht 1: Auswirkungen der rechtlichen Verselbständigung des Vertriebs eines Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes auf die Ergebnisse in der amtlichen Statistik

Bereich \ Merkmal	Zahl der Unternehmen	Zahl der tätigen Personen	Umsatz (Auftragseingang)	Zahl der geleisteten Arbeiterstunden	Summe der Löhne und Gehälter	Energieverbrauch, -bestand
Gesamtwirtschaft	steigt	bleibt gleich	steigt	bleibt gleich	bleibt gleich	bleibt gleich
Verarbeitendes Gewerbe	bleibt gleich	sinkt	indifferent zusätzlich: Mögliche Auswirkungen auf Inlands- und Auslandsumsatz sowie auf saisonale Verläufe	indifferent (je nachdem, ob von der Abspaltung der Vertriebsfunktion Arbeiter betroffen waren)	sinkt	sinkt
Handel	steigt	steigt	steigt	indifferent (umgekehrt wie beim Verarbeitenden Gewerbe) – Merkmal wird derzeit nicht erfaßt –	steigt	steigt – Merkmal wird nicht erfaßt –

dem in der amtlichen Statistik angewandten Unternehmenskonzept folgt zwingend, daß bei einer Aufspaltung eines Unternehmens in ein Produktionsunternehmen einerseits und ein Vertriebs- und Verkaufsunternehmen andererseits im System der Statistiken des Produzierenden Gewerbes nur noch das Produktionsunternehmen erfaßt werden darf. Das neu entstandene Vertriebsunternehmen gehört wirtschaftssystematisch gesehen zum Handel und muß im System der Handelsstatistiken erfaßt werden. In diesem Zusammenhang ist es aus statistischer Sicht völlig unerheblich, ob hinter dieser Unternehmensaufspaltung lediglich eine mehr formale rechtlich/organisatorische Umstrukturierung des Unternehmens steht, oder ob die Vertriebsfunktion aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen tatsächlich weitgehend auf Fremdfirmen übertragen wird.

Bei der Abgrenzung des Unternehmens fragt die amtliche Statistik nämlich nicht nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Verfügungsgewalt, sondern orientiert sich ausschließlich daran, ob es sich um eine formalrechtlich selbständige Einheit handelt. Dies entspricht der Definition des Unternehmens in der amtlichen Statistik als „kleinster rechtlich selbständiger Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und bilanziert“. Das so definierte Unternehmen kann – muß aber nicht notwendigerweise – mit derjenigen Institution übereinstimmen, in der auch die wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden. Bei Unternehmenszusammenschlüssen können solche Entscheidungen auf einer Ebene oberhalb des Einzelunternehmens gefällt werden, bei weitgehender Dezentralisierung kann es auch umgekehrt sein. Die wirklich „entscheidende Einheit“ wird dem Außenstehenden – und damit auch dem Statistiker – nur selten bekannt sein. Das Unternehmen ist dagegen in aller Regel die im Wirtschaftsleben tatsächlich auftretende „wirtschaftende“ Einheit; es ist in diesem Sinne auch statistisch erfaßbar.

Dieser mehr pragmatische Aspekt der konkretisierbaren Abgrenzung als Erhebungseinheit allein wäre an sich schon ein hinreichender Grund für die Wahl des Unternehmens als konstitutiver Erhebungs- und Darstellungseinheit der amtlichen Statistik.

Das so definierte Unternehmen ist darüber hinaus aber auch die einzige Einheit, welche die Erfassung fast aller

wirtschaftlich und technisch relevanten Tatbestände zuläßt und damit eine geschlossene Darstellung im System der Wirtschaftsstatistik erlaubt. Dies hat Fürst in seinem Aufsatz „Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände“⁵⁾ eindrucksvoll beschrieben.

Hinzu kommt, daß in einer Marktwirtschaft die Darstellung marktwirtschaftlicher Vorgänge besondere Priorität haben soll. Marktvorgänge, soweit sie den Unternehmensbereich betreffen, spielen sich aber zwischen Unternehmen und nicht zwischen anderen Einheiten (Betrieben, fachlichen Betriebs-/Unternehmensteilen) ab.

Die konsequente Anwendung dieses grundlegenden Konzepts führt allerdings dazu, daß zum Beispiel die Käufe und Verkäufe zwischen zwei formalrechtlich selbständigen, faktisch jedoch wirtschaftlich zusammengehörigen Einheiten genauso als Marktvorgang angesehen werden müssen wie die entsprechenden Transaktionen zwischen zwei tatsächlich voneinander unabhängigen Einheiten.

Als entscheidende Vorteile einer auf das Unternehmen als konstitutiver Darstellungseinheit ausgerichteten Statistik sind also festzuhalten:

- klare Abgrenzungsmöglichkeit aufgrund der Legaldefinition,
- Möglichkeit der Erfassung und geschlossenen Darstellung fast aller ökonomisch und technisch relevanten Tatbestände,
- Ausrichtung der Statistik auf Marktvorgänge.

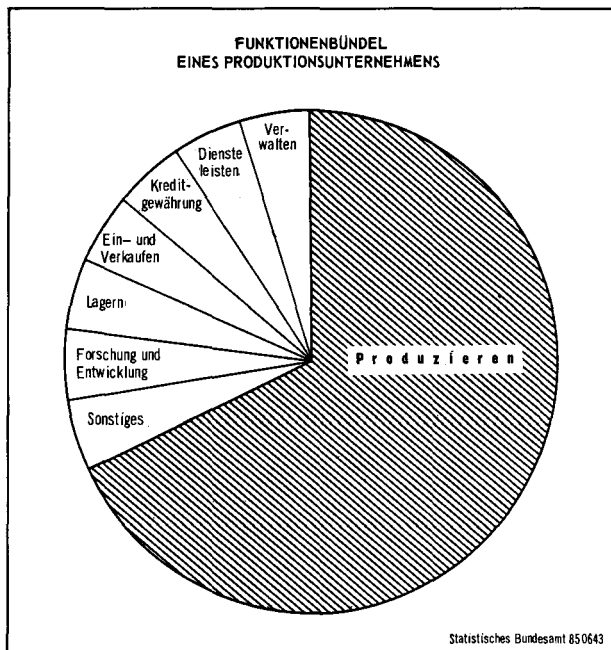
Eine entsprechende Ausgestaltung des statistischen Systems vorausgesetzt, ist nur bei Zugrundelegung des Unternehmenskonzepts eine lückenlose, überschneidungsfreie und konsistente Erfassung und Darstellung des Unternehmenssektors möglich.

3.3 Nachteile dieser Darstellung für Branchenuntersuchungen

Trotz dieser unbestreitbaren Vorzüge ist das Unternehmen als Darstellungseinheit in einigen Fällen weniger gut ge-

⁵⁾ Siehe Fürst, G.: „Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände“ in WiSta 12/1957, S. 643 ff.

Schaubild 1



eignet. Keine statistische Einheit kann gleichermaßen sinnvoll für alle Zwecke und Fragestellungen verwendet werden. In der amtlichen Statistik werden daher auch andere Darstellungseinheiten als sinnvolle Ergänzung verwendet. So steht die Darstellungseinheit Betrieb insbesondere für regionalstatistische Darstellungen zur Verfügung. Eine rein unternehmensmäßige Ausrichtung würde keine räumlich trennscharfen Ergebnisse ermöglichen, weil sich die einzelnen Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen oft in verschiedenen Regionen befinden.

Die beispielhaft gezeigten Auswirkungen der rechtlichen Verselbständigung des Vertriebs eines Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes können allerdings dazu führen, daß die Statistiken im Produzierenden Gewerbe einen immer kleiner werdenden Ausschnitt des ökonomischen Geschehens abdecken. Dies ist insbesondere für Branchenuntersuchungen nachteilig. Nahezu jede der Funktionen, die üblicherweise zu dem in einem Unternehmen zusammengefaßten Funktionenbündel gehören, kann grundsätzlich rechtlich verselbständigt, das heißt in einem (formal) eigenständigen Unternehmen durchgeführt werden.

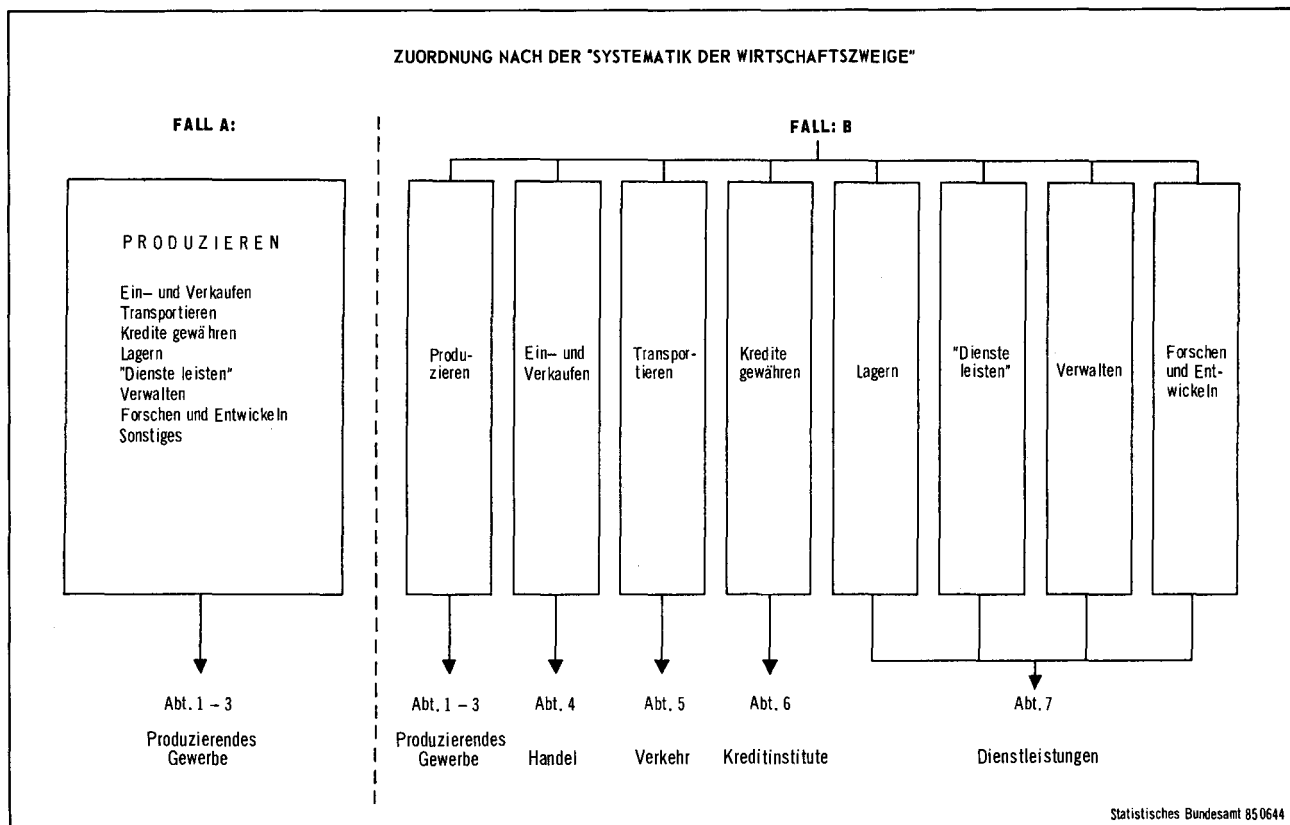
Zu diesem Funktionenbündel eines Produktionsunternehmens werden als Grundfunktionen üblicherweise

- das Produzieren,
- das Transportieren,
- das Lagern,
- das Ein- und Verkaufen,
- das Kreditgewähren,
- das „Dienste-Leisten“ (ohne die vorstehend aufgeführten Dienstleistungen), z. B. Kantinenleistungen, Betriebskindergärten usw.,
- das Verwalten (z. B. Personal einstellen, Löhne abrechnen usw.)

gezählt. Weitere Untergliederungen oder ggf. Ergänzungen dieser Aufzählung sind denkbar (z. B. Forschung und Entwicklung).

Wichtig ist in dem hier hauptsächlich interessierenden Zusammenhang vor allem, daß jede dieser Funktionen prinzipiell auch verselbständigt, das heißt in einem (formal) eigenständigen

Schaubild 2



Statistisches Bundesamt 85 0644

gen Unternehmen durchgeführt werden kann. Dabei ist zunächst auch zweitrangig, ob es sich bei dieser Verselbständigung um eine gewollte echte Übertragung einer unternehmerischen Funktion auf andere Unternehmen handelt oder lediglich um eine formalrechtliche Konstruktion. Die Auswirkungen auf die statistischen Ergebnisse sind dieselben.

Wie Abbildung 2 zeigt, werden mit Ausnahme des Produzierens alle übrigen Funktionen des Funktionenbündels (sofern sie in eigenständigen Unternehmen erbracht werden) wirtschaftssystematisch gesehen nicht dem Produzierenden Gewerbe zugerechnet. Deshalb bleibt im Extremfall — also wenn sämtliche Funktionen rechtlich verselbständigt werden — für die Darstellung in den Statistiken im Produzierenden Gewerbe nur noch das übrig, was unmittelbar mit der physischen Produktion zusammenhängt, vielleicht noch verbunden mit rudimentären Resten der übrigen Funktionen.

Für eine wirtschaftsbereichsweise (branchenweise) Betrachtung kann eine derartige Entwicklung in der Tat fatale Folgen haben. Die dadurch bedingten rückläufigen statistischen Ergebnisse aus den Statistiken im Produzierenden Gewerbe sind ohne Kenntnis der Ursachen praktisch nicht sinnvoll interpretierbar.

Wie soll man denn den im obigen Beispiel beschriebenen Rückgang der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie den gleichzeitigen Anstieg im Handel interpretieren, wenn man nicht weiß, daß beide Erscheinungen durch ein und dieselbe Unternehmensaufspaltung hervorgerufen wurden? So könnte der Rückgang im Produzierenden Gewerbe ebensogut durch die Einführung neuer Techniken oder durch eine nachhaltig schlechte Auftragslage verursacht worden sein, während der Anstieg im Handel möglicherweise durch eine echte Neugründung bedingt gewesen sein könnte.

Ergänzend sei hier noch erwähnt, daß das Phänomen der Aufspaltung des Funktionenbündels auch bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise zu erheblichen praktischen Problemen führt. Da es außerhalb des Produzierenden Gewerbes keine entsprechend ausgebauten statistischen Systeme gibt, ist eine quasi nahtlose Erfassung der einzelnen Tatbestände in anderen Bereichsstatistiken derzeit gar nicht möglich. Die „weiße Fläche“ in der statistischen Landschaft wird also in der Tat größer. Gesamtrechnungssysteme müssen zunehmend mit Schätzungen zu recht kommen.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Beseitigung des beschriebenen Mankos wäre ein dem System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe entsprechender Ausbau der statistischen Systeme der anderen Unternehmensbereiche.

Für eine bessere Interpretierbarkeit von Branchenergebnissen würde dies allein jedoch noch nicht ausreichen. Die Statistik würde für den einzelnen Wirtschaftsbereich im Produzierenden Gewerbe rückläufige Ergebnisse liefern, ohne daß die Gründe für diese Entwicklung bekannt sind. Mag dies einem Branchenanalytiker bei einer „echten“ Funktionenabspaltung vielleicht noch verständlich sein, bei einer lediglich formalrechtlichen Umstrukturierung wird

er sich kaum jemals mit diesen Konsequenzen der Darstellung in der amtlichen Statistik zufriedengeben können. Aus seiner Sicht sind in diesem Fall die ökonomischen Aktivitäten in Wirklichkeit ja nicht geringer geworden, sondern sie vollziehen sich lediglich in einem anderen organisatorischen Rahmen.

Wie oben gezeigt, gibt es aber für die amtliche Statistik sehr gute Gründe für diese Art der Darstellung. Eine Unterscheidung in „echte“ und „unechte“ Unternehmensaufspaltungen kann die amtliche Statistik schon aus praktischen Überlegungen heraus kaum treffen; sie lassen sich von außen meist gar nicht als diese oder jene erkennen. Auch dürften in der Realität durchaus Übergangsformen vorhanden sein, beispielsweise, wenn ein ursprünglich nur formal verselbständigter Vertrieb zusätzlich Handelstätigkeiten aufnimmt und sich faktisch vom Mutterunternehmen mehr und mehr verselbständigt.

Ebensowenig kann die amtliche Statistik so tun, als wäre im Zusammenhang mit der Unternehmensaufspaltung überhaupt nichts passiert und die beiden neu entstandenen Unternehmen etwa zusammengefaßt darstellen, zumindest nicht im Rahmen der unternehmensmäßigen Darstellungen. Abgesehen davon, daß man damit das statistische Konzept verlassen würde, ergeben sich dabei erhebliche praktische Schwierigkeiten. Davon unabhängig kann die Beobachtung der oben beschriebenen, mehr organisatorischen Umstrukturierungen durchaus selbst ein lohnendes Objekt statistischer Beobachtungen sein.

Denkbar wäre lediglich eine Ergänzung des statistischen Systems um Konzernstatistiken. Eine Verknüpfung von dort gewonnenen konzernstatistischen Ergebnissen mit den Angaben des derzeitigen Systems dürfte allerdings neue Probleme aufwerfen. Ein Abgehen vom Unternehmen als konstitutiver Darstellungseinheit in der amtlichen Statistik kann trotz der aufgezeigten Nachteile für Branchenanalysen also nicht in Frage kommen.

4 Möglichkeiten der Kompensierung einiger Nachteile der derzeitigen Darstellung unter Beibehaltung der Grundkonzeption

4.1 Weitere Untergliederung der Darstellungstiefe (-systematik)

4.1.1 In der Unternehmensdarstellung

Eine Ursache für die aufgezeigten Interpretationsschwierigkeiten ergibt sich daraus, daß in der statistischen Darstellung vor und nach der Funktionenabspaltung unter derselben wirtschaftssystematischen Bezeichnung nur noch ein Teil des ursprünglichen Unternehmens erfaßt und dargestellt wird; unter demselben Etikett verbergen sich also verschiedene Inhalte. Ein Unternehmen mit eigener Vertriebsorganisation ist zweifellos nicht ohne weiteres mit einem ansonsten gleichartigen Unternehmen, aber ohne eigene Vertriebsorganisation zu vergleichen. Die Einheiten sind tatsächlich inhomogen. Abhilfe könnte — theoretisch — eine Darstellung schaffen, bei der nur in jeder Hinsicht homogene Einheiten ein und derselben

Gliederungsposition der Systematik zugerechnet werden. Hätte man je eine eigene systematische Position, z. B. für

Unternehmen der Herstellung von Elektrohaushaltsgeräten

- mit eigenem Vertrieb
- ohne eigenen Vertrieb,

so wäre sicherlich eine größere Transparenz und damit eine bessere Interpretationsmöglichkeit für den Fall der Abspaltung der Vertriebsfunktion gegeben. Man hätte nämlich nach der Abspaltung im statistischen Nachweis ein Unternehmen mit eigenem Vertrieb weniger und dafür ein Unternehmen ohne eigenen Vertrieb mehr. Dies wäre für die Analyse von Vorteil.

Bedenkt man aber, in wie vielen unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten die einzelnen Funktionen des Funktionenbündels in Unternehmen vorkommen können, so wird sofort deutlich, daß eine derartige Gliederungstiefe zu einer völligen Zersplitterung der Darstellung führt. Man käme dann sehr schnell zu einer Einzelfallbetrachtung, die mit der Aufgabenstellung der amtlichen Statistik unvereinbar wäre. Diese Schwierigkeit ergibt sich übrigens bei jeder Systematik, die Kombinationspositionen verschiedener Tätigkeiten zuläßt.

Der hier aufgezeigte Weg, durch eine sehr detaillierte Aufgliederung der Ergebnisse das aufgeworfene Problem zu lösen, wäre zwar völlig systemkonform, ist aber — wie gezeigt — aus anderen Gesichtspunkten nicht durchzuführen. Denkbar wäre u. U. die gesonderte Darstellung einiger weniger, besonders wichtiger Phänomene dieser Art in besonderen Gliederungspositionen der Systematik.

4.1.2 In der Darstellung nach fachlichen (Betriebs-/Unternehmens-)Teilen (Funktionaler Ansatz)

Man könnte ein „Funktionenbündel“ durchaus als „kombiniertes(n) Unternehmen/Betrieb“ ansehen und für die verschiedenen Funktionen eigene fachliche Teile bilden. Eine solche Darstellung hätte den Vorteil, daß die Abspaltung einer Funktion grundsätzlich keine Auswirkungen auf die Ergebnisse nach fachlichen Teilen haben muß, vorausgesetzt, daß die verschiedenen Funktionen unabhängig vom organisatorischen Rahmen stets als eigenständige fachliche Teile statistisch erfaßt würden.

Der entscheidende Nachteil besteht aber darin, daß eine Darstellung nach fachlichen (Betriebs-/Unternehmens-)Teilen eine geschlossene Abbildung aller ökonomisch bedeutsamen Größen nicht oder bestenfalls nur unter Verwendung sehr restriktiver Annahmen ermöglicht. Diese Schwierigkeiten ließen sich vielleicht noch theoretisch oder durch Konvention lösen, in der statistischen Erhebungspraxis dürften sie jedoch unüberwindlich sein.

Es gibt noch weitere Gründe, die gegen die Bildung eigener fachlicher Teile für einzelne oder gar alle Funktionen des Funktionenbündels sprechen. Abstrahiert man einmal von den praktischen Problemen der Zurechenbarkeit der erwirtschafteten Leistungen (Wertschöpfung) auf die fachlichen Teile und unterstellt, eine sinnvolle Zurechnung wäre möglich, dann könnten sich Besonderheiten bei der

Festlegung des wirtschaftlichen Schwerpunkts der Betriebe und Unternehmen ergeben. Man kann sich z. B. ein verarbeitendes Unternehmen vorstellen, bei dem der größte Teil der Wertschöpfung der Funktion „Forschung und Entwicklung“ zuzurechnen wäre, obwohl der entsprechende fachliche Unternehmensteil nur für das eigene Unternehmen und überhaupt nicht für den Markt tätig ist. In einem solchen Fall müßte konsequenterweise das gesamte Unternehmen (der Betrieb) einem entsprechenden Wirtschaftszweig der Dienstleistungen und nicht dem produzierten Endprodukt des Unternehmens entsprechend zugeordnet werden. Dies gäbe in einem statistischen System, das in erster Linie der Beobachtung von Marktvorgängen dienen soll, keinen rechten Sinn.

Es gibt also gewichtige Gründe gegen eine völlige „Atomisierung“ von Unternehmen/Betrieben in ihre einzelnen Funktionen. Es sollte daher bei der bisherigen Praxis in den Statistiken des Produzierenden Gewerbes bleiben, daß fachliche Betriebs-/Unternehmensteile nur gebildet werden, wenn Auftragseingänge und/oder Umsätze und/oder Produktion (gemäß der Nachweisung in der vierteljährlichen Produktionsstatistik) und mindestens ein Beschäftigter vorhanden sind. Die verschiedenen Funktionen des Funktionenbündels (oftmals auch als Hilfstätigkeiten bezeichnet) sind dabei sinnvoll auf diese fachlichen Teile aufzugliedern.

4.2 Ergänzungen innerhalb des bestehenden Systems

Die aufgeworfenen Probleme im Zusammenhang mit der Aufspaltung des Funktionenbündels könnten vielleicht auch durch moderate Ergänzungen innerhalb des bestehenden statistischen Systems wenn schon nicht gelöst, so doch in ihren Auswirkungen gemildert werden. In dem konkret angesprochenen Fall der rechtlichen Verselbständigung des Vertriebs eines Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes würden die bestehenden Informationsdefizite sicherlich gemindert, wenn die Ergebnisse mit einem Hinweis versehen wären, daß z. B. die Entwicklung der Beschäftigten durch dieses Phänomen beeinträchtigt wurde; noch besser wäre es, wenn die Auswirkungen der Verselbständigung des Vertriebs zahlenmäßig belegt werden könnten. Das setzt jedoch erstens voraus, daß dies im Rahmen der Erhebung in Erfahrung gebracht wird, z. B. durch eigene Hinweise der Befragten oder durch entsprechende Fragen im Erhebungsbogen; zweitens muß dies im Rahmen der Veröffentlichung darstellbar sein.

In fast allen Fragebogen ist ein Feld für Bemerkungen vorgesehen, das zum Beispiel für derartige Informationen genutzt werden könnte, allerdings auf freiwilliger Grundlage. Für eine zwangsweise Erhebung wären die Rechtsgrundlagen der Statistik zu ändern. In jedem Falle ergäbe sich eine zusätzliche Belastung der Befragten.

Der Veröffentlichung derartiger Informationen dürften allerdings vielfach die bestehenden Geheimhaltungsvorschriften entgegenstehen, da solche Unternehmensaufspaltungen in der Regel nicht massenhaft auftreten, sondern — vor allem bei monatlicher und wirtschaftszweigweiser Be-

trachtung — nur vereinzelt. Es müßte in all diesen Fällen zusätzlich das Einverständnis der Betroffenen zur Veröffentlichung dieser Informationen vorliegen.

Für dieses hier beispielhaft dargestellte Problem gibt es offenbar keine völlig befriedigende Lösung im Rahmen der amtlichen Statistik. Hier können eventuell sogenannte Fallstudien oder detaillierte Branchenuntersuchungen Aufschluß geben, die aber nicht zu den Aufgaben der amtlichen Statistik gehören.

In ähnlich gelagerten Fällen sind jedoch Lösungen oder wenigstens Ansätze dazu eher möglich. So zum Beispiel im Falle der Erfassung der Leiharbeiter. Es gibt Unternehmen, die Teile ihrer Verwaltungsfunktionen, in diesem speziellen Falle des Personalwesens, dadurch abgespalten haben, daß sie im Produktionsprozeß keine eigenen Arbeiter einsetzen, sondern Arbeiter von fremden Unternehmen ausleihen. Diese Unternehmen haben also keine Arbeitsverträge mit den bei ihnen tätigen Personen, sondern lediglich Dienstverträge mit den verleihenden Unternehmen.

Die geliehenen Arbeiter dürften bei strikter Auslegung der Konzepte nicht als Beschäftigte des leihenden Unternehmens, sondern lediglich als Beschäftigte des verleihenden Unternehmens dargestellt werden, also bei dem Unternehmen, bei dem sie auf der Lohnliste stehen bzw. mit dem sie ein festes Arbeitsverhältnis haben. Dennoch sollen zum Beispiel nach den Erläuterungen zum Monatsbericht für Betriebe und Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die Leiharbeiter beim leihenden Unternehmen gemeldet werden. Für diese Abweichung vom strengen Unternehmenskonzept gibt es gute Gründe. Bei konsequenter Anwendung des Unternehmenskonzepts würden sich nämlich bei einer Zunahme der Beschäftigung von Leiharbeitern zu Lasten von eigenen Arbeitern in der statistischen Darstellung ganz ähnliche Effekte ergeben wie in dem oben aufgeführten Fall der Abspaltung der Vertriebsfunktion: die Anzahl der Beschäftigten würde zurückgehen, was ohne Kenntnis der Ursachen gewiß ebenfalls zu Interpretationsschwierigkeiten führen würde. Diese unerwünschten Effekte würden sich um so ausgeprägter zeigen, je tiefer die Darstellung in fachlicher und regionaler Sicht gegliedert wird.

Jedes Unternehmen hat in bezug auf den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft stets mehrere Möglichkeiten der Leistungserstellung:

- mit eigenen, arbeitsrechtlich an das Unternehmen gebundenen Arbeitskräften,
- mit Leiharbeitern,
- durch Kauf einer kompletten Vorleistung von anderen Unternehmen.

Die eigentliche Leistungserstellung — das Produktionsergebnis — ist im technischen Sinne stets dieselbe. Ökonomisch ist es jedoch von Bedeutung, wie, das heißt in welchem rechtlichen und organisatorischen Rahmen eine Leistung erstellt wird. Die Erscheinungsform des Leihens und Verleihens von Arbeitern wird, wie gezeigt, in der amtlichen Statistik notgedrungen etwas behelfsmäßig erfaßt. Besser wäre in jedem Fall eine gesonderte Erfassung

und Darstellung, das heißt eine Aufgliederung der Beschäftigtenangaben in

- eigene Beschäftigte und
 - geliehene Beschäftigte
- sowie ein dementsprechender Nachweis der
- tatsächlich an eigene Beschäftigte gezahlten Löhne und Gehälter und der
 - an Fremdfirmen für die Überlassung von Arbeitskräften gezahlten Entgelte.

Dann nämlich wäre die Zuordnung sowohl nach dem effektiven Einsatz der Beschäftigten als auch nach der Unternehmenszugehörigkeit möglich.

Eine so gestaltete Erfassungsweise würde allerdings zu einer gewissen Mehrbelastung der Befragten führen. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Befragung sind zur Zeit nicht vorhanden. Wahrscheinlich hat dieses Problem auch (noch) keine sehr große praktische Relevanz, so daß man (noch) mit der derzeitigen Lösung auskommen kann.

Bei einer anderen Form der Funktionenabspaltung liegen die Dinge jedoch anders. Der Nachweis der Investitionstätigkeit in der amtlichen Statistik ist in den letzten Jahren zunehmend dadurch beeinträchtigt worden, daß Unternehmen Investitionsgüter vielfach nicht mehr kaufen, sondern leihen (oder leasen). Da die verleihenden Unternehmen vielfach nicht innerhalb des derzeitigen statistischen Erhebungssystems der amtlichen Statistik erfaßt werden können, weil sie solchen Wirtschaftsbereichen zugerechnet werden, für die es keine laufende statistische Berichtspflicht gibt, besteht die große Gefahr, daß hier ein „weißer Fleck“ in der Statistik entsteht.

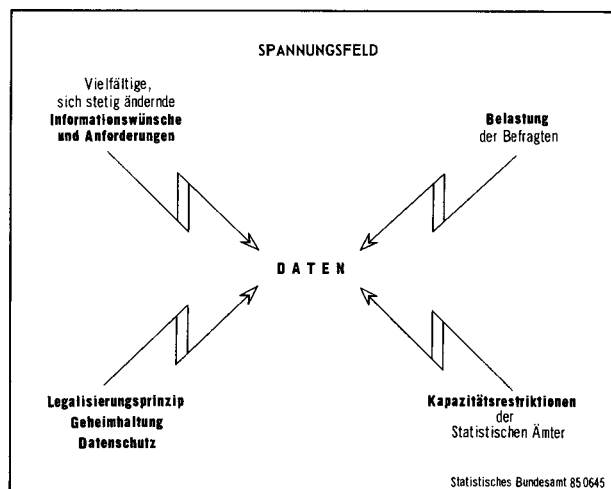
Die Grundproblematik ist dieselbe wie im oben beschriebenen Fall der Leiharbeiter. In einem Fall wird der für die Produktion erforderliche Faktor Arbeit ausgeliehen, im anderen der Faktor Kapital. Aufgrund der wesentlich größeren praktischen Bedeutung ergibt sich jedoch im zweiten Fall ein dringender Handlungsbedarf im Rahmen der amtlichen Statistik. Die in diesem Zusammenhang angestellten Untersuchungen und Lösungsvorschläge werden im folgenden Abschnitt 5 dargestellt.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß kein Lösungsansatz ohne Schattenseiten angeboten werden kann. Vor allem implizieren die meisten Lösungsansätze eine Mehrbelastung insbesondere der Befragten, aber vielfach auch der statistischen Ämter. Und hier liegt ein wichtiger Punkt der gesamten Diskussion, von der fast alle Fragen der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik betroffen sind:

Die amtliche Statistik bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen einer Fülle von Informationswünschen (einschl. der Forderung nach aktuellen und exakten Angaben) einerseits und der Forderung, die Belastung der Befragten möglichst gering zu halten, andererseits. Gleichzeitig stellen das Legalisierungsprinzip der amtlichen Statistik und — in den letzten Jahren sich ständig verstärkend — die strengen Vorschriften des Datenschutzes und der Geheimhaltung sowie die den statistischen Ämtern zur Verfügung stehenden Ressourcen personeller und sachlicher

Art weitere Fixpunkte in diesem Spannungsfeld — einer Art magischem Viereck — dar.

Schaubild 3



Es geht also darum, daß die amtliche Statistik

- maximale Informationswünsche bei
 - maximaler Berücksichtigung der Anforderungen des Datenschutzes und der Geheimhaltung mit
 - gegebenen knappen Ressourcen und
 - minimaler Belastung der Befragten
- auf einen Nenner bringt.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Strohm

5 Geplante Erfassung gemieteter und gepachteter Sachanlagen im Produzierenden Gewerbe

5.1 Das Aktivierungs-/Eigentümerkonzept in den Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes

Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sind in hohem Maße von der Investitionstätigkeit der Unternehmen abhängig. Zu geringe Investitionen gefährden auf die Dauer den Anschluß an den technischen Fortschritt und beeinflussen die Produktivität negativ. Die Investitionen sind also eine wichtige Schlüsselgröße der Wirtschaftsentwicklung, deren genaue Kenntnis eine unabdingbare Voraussetzung für verlässliche Wirtschaftsanalysen ist.

In den Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes werden jährlich die Investitionen (Bruttozugänge an Sachanlagen) der Unternehmen des Wirtschaftsbe-

reichs erfaßt und für einzelne Wirtschaftszweige in der Gliederung nach Arten (Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten; Grundstücke ohne Bauten; Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfaßt und dargestellt. Den Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes liegt das sogenannte Aktivierungs- oder Eigentümerkonzept zugrunde. Das bedeutet, daß von den Unternehmen nur die Sachanlagen gemeldet werden, die von ihnen aktiviert worden sind. Die Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Bauten und Grundstücke werden also nach diesem Konzept beim Eigentümer nachgewiesen.

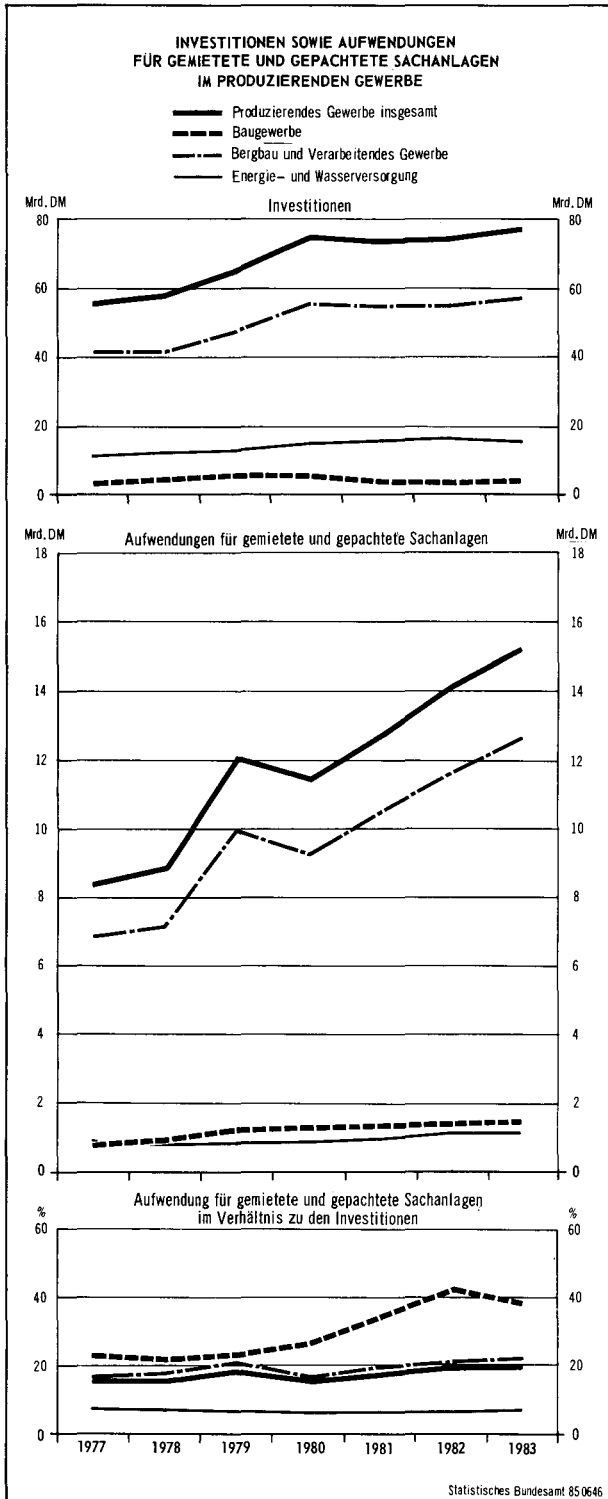
In dem Maße, wie die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes die für die Produktion benötigten Anlagen nicht kaufen, sondern mieten und pachten, klaffen der Wert der im Produzierenden Gewerbe tatsächlich eingesetzten und der Wert der nach dem Eigentümerkonzept nachgewiesenen Anlagen auseinander.

5.2 Geändertes Verhalten der Unternehmen bei der Investitionsfinanzierung

Seit Jahren ist bei den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und anderer Wirtschaftsbereiche (z. B. Handel) ein Wandel in der Investitionsfinanzierung zu beobachten. Anstelle des Kaufs der für die Produktion benötigten Anlagen werden diese häufiger gemietet oder gepachtet (z. B. Leasing oder eine andere Form der Anlagenmiete). Die Motive für den verstärkten Trend zur Anlagenmiete sind vielfältig. Finanzierungsgesichtspunkte, steuerliche Fragen und die Risikoverringerung, aber auch die Möglichkeit, durch Vereinbarungen in den Mietverträgen die jeweils dem technischen Entwicklungsstand entsprechende Anlage einsetzen zu können (Leasing mit Austauschgarantie), dürften zu den wichtigsten Gründen gehören. Bei Anlagen, die einer raschen technischen Entwicklung unterliegen (z. B. Datenverarbeitungsanlagen), bietet das Leasing hinsichtlich der Möglichkeit des Einsatzes modernster Geräte gegenüber dem Kauf oft Vorteile. Sofern beim Hersteller-Leasing die Produzenten die Anlagen lediglich vermieten, bleibt gar keine Wahl zwischen Mieten oder Kaufen der Anlage.

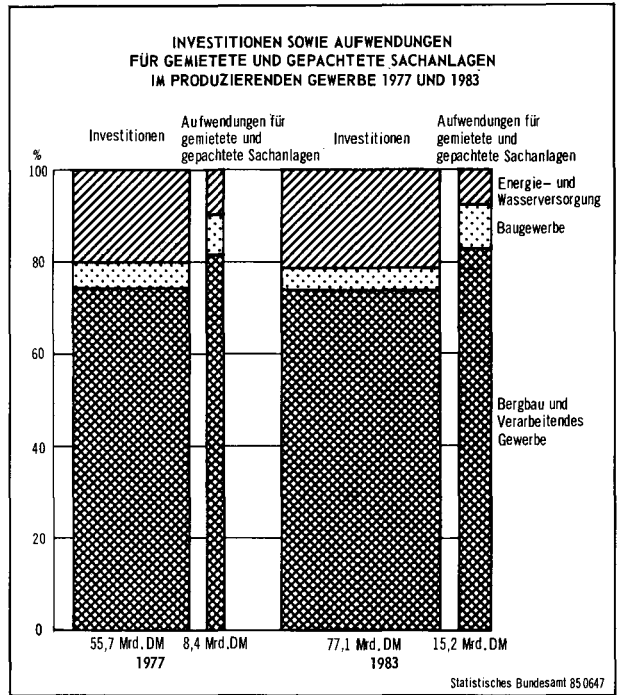
Eine weitere Ursache für die nach dem Eigentümerkonzept tendenzielle Untererfassung der im Produzierenden Gewerbe tatsächlich genutzten Investitionsgüter ist die in den letzten Jahren häufig zu beobachtende Aufspaltung produzierender Unternehmen in eine Besitzgesellschaft einerseits, die Eigentümer der Anlagen ist (Vermieter), und in eine Betriebsgesellschaft andererseits, die mit diesen Anlagen produziert (Mieter). Die Besitzgesellschaften gehören nicht zum Produzierenden Gewerbe und sind damit auch nicht zu den Investitionserhebungen dieses Wirtschaftsbereiches berichtspflichtig, so daß diese Anlagen zwar im Produzierenden Gewerbe eingesetzt werden, aber in den Statistiken dieses Bereichs nicht in Erscheinung treten. Vielfach sind solche rechtlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten der mietenden und vermietenden Unternehmen nach außen hin nicht er-

Schaubild 4



kennbar und vielfach unübersichtlich und überaus kompliziert. Die Statistischen Ämter haben oft über derartige Konstruktionen der Eigentumsverhältnisse an Produktionsanlagen keine Kenntnis und erfahren häufig mehr oder weniger zufällig davon. In der Praxis geben aber zahlreiche Betriebsgesellschaften die Investitionen der zugehörigen Besitzgesellschaften als eigene Investitionen an. Sofern hier abweichend vom Aktivierungskonzept die Investitionen der Besitzgesellschaften als Investitionen des Produzierenden Gewerbes nachgewiesen werden, werden folglich die ebenfalls in den Investitionserhebun-

Schaubild 5



gen ermittelten „Aufwendungen für Mieten und Pachten“ um den Anteil für diese Anlagen gekürzt. Dies führt wiederum dazu, daß es bei den Mieten und Pachten zu Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Investitionserhebung und der Kostenstrukturerhebung kommt, da die von den Betriebsgesellschaften gezahlten Mieten und Pachten in der Kostenstrukturerhebung als Kostenfaktor ermittelt werden, und zwar einschließlich der an die Besitzgesellschaften gezahlten Mieten und Pachten. Eine wichtige Rolle für derartige Konstruktionen der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln dürften die Möglichkeit der Steuerersparnis und der Risikoverminderung sowie Haftungsfragen spielen.

Die gestiegene Bedeutung der Anlagenmiete für das Produzierende Gewerbe läßt sich auch an der zeitlichen Entwicklung der Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen und im Vergleich zur Entwicklung der Investitionen ablesen. 1977 beliefen sich die Mieten und Pachten im Produzierenden Gewerbe (Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr) auf 8,3 Mrd. DM und 1983 auf 15,2 Mrd. DM. Das ist eine Steigerung von rund 81 %. Davon entfielen 1983 auf den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe 12,6 Mrd. DM (gegenüber 1977 eine Zunahme von rd. 85 %), auf das Baugewerbe 1,4 Mrd. DM (+ 92 %) und auf die Energie- und Wasserversorgung 1,1 Mrd. DM (+ 42 %). Dementsprechend sind die Mieten und Pachten im Produzierenden Gewerbe relativ zu den Investitionen von rund 15 % im Jahr 1977 auf fast 20 % im Jahr 1983 gestiegen (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe: von 17 auf 22 %, Baugewerbe: von 23 auf 38 %, Energie- und Wasserversorgung: jeweils rd. 7 %) (siehe Schaubilder 4 und 5).

5.3 Nachweis der Investitionen im Produzierenden Gewerbe nach dem Nutzungs-/Benutzerkonzept

Infolge der Bedeutung der gemieteten Anlagen im Produzierenden Gewerbe ist es dringend erforderlich, die laufenden Daten nach dem Eigentümerkonzept um nach dem Benutzerkonzept abgegrenzte Investitionsergebnisse zu ergänzen und zusätzlich Auswertungen und Analysen zugrunde zu legen. Die auf dem Aktivierungskonzept beruhenden Ergebnisse allein können für Berechnungen des Anlagevermögens, von Kapitalkoeffizienten, der Produktionskapazität oder auch zur Aussage über die Innovationsstärke ein verzerrtes, wenn nicht gar falsches Bild über die in den einzelnen Branchen tatsächlich verfügbaren Produktionsmittel liefern. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollen die Anlageinvestitionen in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen künftig neben dem Eigentümer- auch nach dem Benutzerkonzept dargestellt werden.

Im Statistischen Bundesamt werden daher seit geraumer Zeit Überlegungen angestellt, den Wert der von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes jährlich neu gemieteten oder gepachteten Sachanlagen zu ermitteln, um mit Hilfe dieser zusätzlichen Daten und der bereits laufend anfallenden Ergebnisse der Investitionserhebungen die (jährlichen Zugänge an) g e n u t z t e n Anlagen im Produzierenden Gewerbe nachzuweisen. Auch andere Institutionen beschäftigen sich derzeit intensiv mit der Frage des Nachweises der Investitionen nach dem Benutzerkonzept. So hat bereits das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung neben den Investitionsdaten nach dem Eigentümerkonzept entsprechende Zahlen nach dem Benutzerkonzept veröffentlicht. Einige Wirtschaftsverbände beabsichtigen ebenfalls, ihre Verbandsstatistiken künftig auf das Benutzerkonzept umzustellen. Auf internationaler Ebene werden vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) und von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Überlegungen angestellt, in Zukunft die Investitionen in den Mitgliedsländern nach dem Benutzerkonzept zu erfassen und darzustellen.

Die Daten über den Wert der jährlich von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes neu gemieteten Anlagen können theoretisch über zwei Erfassungswege ermittelt werden: einmal die Befragung der Anlagenvermieter nach dem Wert der jährlich neu vermieteten Anlagen in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen, zu denen die mietenden Unternehmen gehören, zum anderen die Befragung der Anlagenmieter im Produzierenden Gewerbe nach dem Wert der von ihnen jährlich neu gemieteten/gepachteten Sachanlagen. Aus einer Reihe von Gründen ist der erste Weg jedoch nicht erfolgversprechend. Zunächst müßte eine Investitionserhebung außerhalb des Produzierenden Gewerbes — im Dienstleistungsbereich — angeordnet und dafür ein neues Gesetz geschaffen werden. Durch eine solche Erhebung würden im allgemeinen aber nur die gewerblichen Anlagenvermieter erfaßt, Mietgeschäfte mit sonstigen Unternehmen oder Privatpersonen blieben unberücksichtigt. Eine solche Erhebung würde im allgemeinen auch die oben beschriebene Konstruktion „Betriebsgesellschaft/Besitzgesellschaft“ nicht abdecken.

Erhebungen des Ifo-Instituts bei den gewerblichen Anlagenvermietern haben zudem bestätigt, daß die Vermieter zwar den Wert der von ihnen vermieteten Anlagen ohne größere Schwierigkeiten angeben können, jedoch für die Gliederung nach den nutzenden Branchen im allgemeinen nur grobe Schätzungen möglich sind.

Aufgrund der bisherigen Untersuchungen ist dagegen eine Befragung der mietenden Unternehmen wesentlich erfolgversprechender. Eine solche Erhebung könnte durch die Erweiterung des Frageprogramms der laufenden Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes nach dem Wert der jährlich neu gemieteten Anlagen entsprechend der Gliederung der Investitionen erreicht werden. Im Gegenzug könnte zur Entlastung der Befragten dann künftig in den Investitionserhebungen auf die Erfassung der „Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen“ verzichtet werden. Ein derartiger Ausbau der Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe würde es erlauben, die Investitionen in den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes wie bisher nach dem Aktivierungskonzept und zusätzlich durch die Berücksichtigung der gemieteten Anlagen nach dem Nutzungskonzept darzustellen.

5.4 Stand der Diskussion und der Untersuchungen zur Erfassung gemieteter und gepachteter Sachanlagen im Produzierenden Gewerbe

Vom Statistischen Bundesamt ist in den letzten beiden Jahren bezüglich der Anlagenmiete im Produzierenden Gewerbe mit Unternehmen, mit Wirtschaftsverbänden des Produzierenden Gewerbes und der Leasingbranche und mit Instituten Kontakt aufgenommen worden. In zahlreichen Informationsgesprächen wurden die gesamte Problematik und die Möglichkeiten zur Ermittlung der gemieteten oder gepachteten Sachanlagen im Produzierenden Gewerbe erörtert. Das geplante Vorhaben fand dabei breite Zustimmung, und fast einhellig wurde der Nachweis der Investitionen im Produzierenden Gewerbe nach dem Nutzungskonzept befürwortet, um so den Zahlen über die Investitionstätigkeit größere Aussagekraft zu verleihen und die Investitionserhebungen an die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Mehrheitlich waren dabei die Diskussionspartner der Meinung, daß der Wert der gemieteten oder gepachteten Anlagen in der erforderlichen Gliederung und Abgrenzung am ehesten von den Mietern, das heißt von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, bereitgestellt werden kann. Gewisse Zurückhaltung zeigten bei den Gesprächen allenfalls Vertreter von Verbänden aus dem Bereich des Produzierenden Gewerbes wegen möglicher Belastungen für die Unternehmen durch einen entsprechenden Ausbau der Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes. Grundsätzlich wurde aber auch von ihnen die Notwendigkeit anerkannt, künftig die Investitionen im Produzierenden Gewerbe nach dem Nutzungskonzept nachzuweisen.

Die Umfragen haben viele Erkenntnisse zur Lösung der Problematik gebracht, es wurden aber auch neue Detailfragen, z. B. zur Abgrenzung, Gliederung oder Bewertung der

gemieteten Anlagen, zur Bedeutung des Restwertes und möglicher Doppelzählungen u. a., aufgeworfen. Das Bundesministerium für Wirtschaft hat einen Forschungsauftrag vergeben, um die methodischen Grundlagen für die künftige Erfassung der Anlagenmiete weiter abzusichern und die Fragestellung möglichst auf der Basis einer repräsentativen Befragung bei Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zu testen. Dieses Forschungsvorhaben soll vor allem darüber Auskunft geben, wieweit die Unternehmen bereit und in der Lage sind, die gewünschten Daten zu melden, wie das Frageprogramm am zweckmäßigsten auszugestaltet ist (einschl. Erläuterungen) und wie hoch die Verlässlichkeit der Angaben der Unternehmen ist. Wenn auch die bisherigen Umfragen des Statistischen Bundesamtes nicht repräsentativ sind und die Aussagen der befragten Unternehmen, Verbände und Institute nicht ohne weiteres verallgemeinert werden können, kann doch aufgrund der vorliegenden Informationen davon ausgegangen werden, daß bei entsprechenden organisatorischen Vorkehrungen der überwiegende Teil der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes den Wert der von ihnen jährlich neu gemieteten Anlagen mit vertretbarem Aufwand feststellen kann.

Dipl.-Volkswirt Gunter Laux

6 Ergänzungsbedarf der Produktionsstatistik

6.1 Entwicklung und Aufgaben der Produktionsstatistik⁶⁾

Die Produktionsstatistik spielt im System der Statistiken des Produzierenden Gewerbes eine bedeutende Rolle. Ihre Entstehungsgeschichte reicht bis in das vorige Jahrhundert zurück. 1880 wurde bereits regelmäßig die Produktion in Bergwerken, Salinen und Eisenhütten erhoben und auch veröffentlicht. Sehr rasch erweiterte sich dann der Kreis der befragten Industriezweige. 1932 meldeten bereits über 16 000 Betriebe von mehr als 50 Industriezweigen zur Produktionsstatistik; und 1936 wurde erstmals eine Generalerhebung durchgeführt, zu der die Produktionsbetriebe aller Industriezweige eine Produktionsmeldung abzugeben hatten. In den folgenden Jahren wiederholten sich diese Generalerhebungen in mehrjährigen Abständen. Zur Fortschreibung dienten daneben jährliche und monatliche Produktionsstatistiken für ausgewählte Erzeugnisse und ausgewählte Industriezweige.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Produktionsstatistik eingestellt. Aber bereits im Jahr 1947 erlebte sie einen Neubeginn, der kurz darauf zu dem auch heute noch gültigen Programm einer monatlichen Erhebung für ausgewählte Erzeugnisse sowie einer vierteljährlichen Erhebung für alle Erzeugnisse führte.

Den Ausbau der Produktionsstatistik und die Festlegung ihres Konzeptes während der vergangenen rund 100 Jahre bestimmten in erster Linie die jeweiligen Aufgaben

und Zielsetzungen der Produktionsstatistik. Stand anfangs noch die Absicht im Vordergrund, lediglich den Warenausstoß und den Verbrauch an Roh- und Hilfsstoffen besonders interessierender Industriezweige zu erfahren, begründeten später Überlegungen zur Rohstoffversorgung, zur Produktionsplanung und zur Kapazitätsauslastung das produktionsstatistische Konzept.

Nach 1945 weiteten sich die Anforderungen an die Produktionsstatistik stark aus. Sie wurde die Grundlage für kurzfristige Konjunkturbeobachtungen und langfristige Strukturbetrachtungen. Ihre tiefgegliederten Ergebnisse gehen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein und verbessern dort die kurzfristige Fortschreibung der Entstehungsrechnung, ermöglichen die Anwendung der Commodity-flow-Methode bei der Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen und liefern wichtiges statistisches Ausgangsmaterial für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen. Die Schätzung der Ergebnisse für fachliche Unternehmensteile, 1977 in einer Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften als Teil des laufenden statistischen Programms gefordert, basiert wesentlich auf den Ergebnissen der Produktionsstatistik. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft mit der übrigen Welt und das damit einhergehende wachsende Interesse an international vergleichbaren statistischen Aussagen prägten ebenfalls das heutige Konzept der deutschen Produktionsstatistik.

Das gegenwärtige Konzept der Produktionsstatistik kann als ausgereift gelten. Das heißt jedoch nicht, daß es seine bleibende Form gefunden hat. Die technischen und organisatorischen Gegebenheiten in einer Volkswirtschaft unterliegen einem ständigen Wandel, der sich gerade in der heutigen Zeit besonders rasch und tiefgreifend vollzieht. Will eine Statistik aussagefähig bleiben, muß sie diesem Wandel Rechnung tragen und sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Auch die deutsche Produktionsstatistik steht vor dieser Aufgabe: sie spiegelt nur noch unzureichend den technischen Fortschritt wider; sie berücksichtigt nicht die Ausweitung des Produktionsprogramms im Verarbeitenden Gewerbe um produktbezogene Dienstleistungen; sie macht keine klare Aussage über den Anlagenbau mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen; sie erfaßt nur unvollständig das tatsächliche Güteraufkommen. Die Anpassung des produktionsstatistischen Konzepts wird schwierig sein; auf einige Probleme wird in den nachfolgenden Ausführungen eingegangen. Sie muß aber vollzogen werden, soll die Produktionsstatistik ihre bisherige tragende Rolle behalten und ihren vielfältigen Zielsetzungen weiterhin gerecht werden.

6.2 Technischer Fortschritt

Der technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte hat in hohem Maße die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland verändert. Neue Technologien, auch als Zukunfts-, Spitzen- oder Schlüsseltechnologien bezeichnet, führten zu neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren. Produkte werden als neu angesehen, wenn sie aufgrund eines technisch neuen Verfahrens gewonnen (z. B. mit gentechnischen Metho-

⁶⁾ Die Gedanken des 1. Abschnittes sind in anderem Zusammenhang ebenfalls enthalten im Aufsatz „Das Konzept der Produktionsstatistik“, der in WiSta 8/1985 erscheinen wird.

den gewonnenes Humaninsulin) oder auf veränderter Rohstoffbasis hergestellt werden (z. B. Kraftfahrzeug mit Keramik- und Kunststoffteilen) oder wenn es sie bisher überhaupt noch nicht gegeben hat (z. B. Chip). Produktionsverfahren gelten als neu, wenn sie entweder auf der Grundlage neuer Produkte entwickelt wurden (z. B. CAM-Systeme) oder wenn sie sich durch erheblich verringerten Materialeinsatz (SMD-Technik bei der Herstellung elektronischer Bauelemente), stark abgebaute Umweltbelastung (Verwendung neuer Brenntechniken) oder wesentlich höhere Produktivität (Einsatz flexibler Fertigungssysteme) auszeichnen. Diese Definition für neue Produkte und neue Technologien ist zugegebenermaßen pragmatisch; der Statistiker kann aber vorerst nicht mehr zu erreichen versuchen. Alle Diskussionen über diesen Themenkreis gehen zur Zeit von jeweils völlig unterschiedlichen Abgrenzungen aus; eine gemeinsame Ausgangsposition hat sich bisher weder in der Wissenschaft noch in der Praxis herausgebildet. So beschränkt sich zum Beispiel die Deutsche Bundesbank in ihrer Untersuchung über den Export von Produkten der Spitzentechnologie ausgewählter Länder auf die Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik, Elektronenröhren und Transistoren, Meßinstrumente sowie medizinische Geräte⁷⁾, während das Institut für Weltwirtschaft in eine Untersuchung des internationalen Wettbewerbs zwischen hochentwickelten Ländern⁸⁾ auch Chemikalien, Fernsehempfangsgeräte, Schienenfahrzeuge, Uhrmacherwaren und zahlreiche andere Produkte als sogenannte Produktzyklus-Güter einbezieht. Oft wird auch schematisch irgendeine Größe zur Definition herangezogen. Die OECD zum Beispiel stuft die einzelnen Technologien und ihre Produkte nach dem Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Produktionswert ein. Das Ifo-Institut dagegen stellt auf die Überschreitung eines vorgegebenen Exportanteils der Entwicklungs- und der Schwellenländer bei bestimmten Produktbereichen ab.

Die mit den neuen Technologien verbundenen Chancen und Risiken sind allen Betroffenen inzwischen bewußt geworden. Erfreuliche und beunruhigende Auswirkungen sind bereits erkennbar oder absehbar. Diese Entwicklungen sollten aber nicht nur sichtbar, sondern auch, wenn möglich, auf geeignete Weise gemessen und bewertet werden. Eine Möglichkeit dazu wäre die Produktionsstatistik, wenn sie zwei Anforderungen erfüllen könnte: gesonderte Erfassung mit entsprechendem Nachweis der neuen Produkte sowie eine Kategorisierung der Produktionsverfahren.

Die gesonderte Darstellung der neuen Produkte kann grundsätzlich durch eine entsprechende Ausgestaltung der Gütersystematik erreicht werden. Dabei sollten die herkömmlichen Kriterien für eine eigenständige Melde-Nummer beachtet werden: begründetes Interesse, eindeutige Abgrenzbarkeit, ausreichend hoher Produktionswert, ausreichend große Besetzung oder ausreichend lange Lebensdauer. Zunächst muß die Nachfrage nach gesondert erhobenen statistischen Angaben für ein einzelnes Produkt vorhanden und berechtigt sein, damit

überhaupt eine Ausweitung des Güterverzeichnisses erwogen werden kann. Eine zusätzliche Belastung der Auskunftserteilenden sollte auf jeden Fall durch die allgemein anerkannte Notwendigkeit gerechtfertigt erscheinen. Anschließend sind die übrigen Kriterien zu untersuchen. So läßt die ausgewogene Darstellung des Produktionswertes aller einzelnen Güter dann keine gesonderte Erfassung eines Produktes zu, wenn der Gesamtproduktionswert sehr niedrig ist. Des weiteren macht die strenge Auslegung der Vorschriften zur statistischen Geheimhaltung die gesonderte Produktionserhebung bei einem Gut, das nur von ein oder zwei Unternehmen hauptsächlich hergestellt wird, problematisch. Schließlich sollte ein Produkt nur dann in einer Gütersystematik eigenständig erscheinen, wenn es über einen längeren Zeitraum hinweg auch produziert und auf dem Markt angeboten wird. Andernfalls vermehrt es nur die Zahl der unbenutzten Meldepositionen oder würde über kurz oder lang zu einer erneuten Änderung der Systematik führen. Zur Zeit werden im Statistischen Bundesamt unter diesen genannten Gesichtspunkten alle neuen Produkte auf eine mögliche gesonderte Erfassung hin untersucht. Das Ergebnis wird — nach eingehender Beratung mit den betreffenden Stellen — in eine Neufassung des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken eingehen.

Die zweite erwähnte Anforderung an die Produktionsstatistik, Aussagen zum technischen Fortschritt zu machen, zielt auf eine Kategorisierung der Produktionsverfahren. Dieser Gedanke ist für eine traditionelle Produktionsstatistik, die sich bisher im wesentlichen auf die Erfassung der Produktion einzelner Güter beschränkt, neu. Er dürfte auch nicht leicht in die Tat umzusetzen sein. Dennoch sind Überlegungen in dieser Richtung angebracht und notwendig. Dabei müßte zunächst die Frage geklärt werden, nach welchen Kriterien die verschiedenen Produktionsverfahren systematisiert werden sollen. Kriterien könnten sein: die Art der eingesetzten Maschinen (handbetrieben, NC-gesteuert), die Organisation der Fertigung (einzelne Maschinen, Maschinenkombinationen, Produktionsstraßen), die unmittelbar im Produktionsprozeß eingesetzten Arbeitnehmer (Zahl, Ausbildung), die Produktionstiefe oder verschiedene Produktivitätsdaten. Die Wahl hängt letztlich von dem Untersuchungsziel und von der Erhebbarkeit der notwendigen statistischen Daten ab. Hier werden in den nächsten Jahren noch umfangreiche Untersuchungen zu führen sein, bevor die Produktionsstatistik konkret auf diese neue Aufgabe ausgerichtet werden kann.

6.3 Produktbezogene Dienstleistungen

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, daß die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes immer häufiger als Anbieter von bestimmten Dienstleistungen auftreten, die in einem engen Zusammenhang mit der Warenproduktion stehen, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung, technische Planung (Engineering), Entwicklung und Konstruktion, Erstellen von Programmen für EDV-Anlagen (Software), Leasing, Montagen und Demontagen, Reparaturen und Wartung. Alle diese Dienstleistungen wurden schon immer auch von Unter-

⁷⁾ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983.

⁸⁾ IffW-Strukturberichterstattung 1983.

nehmen des Produzierenden Gewerbes erbracht, doch gingen sie in der Regel ausschließlich als Vorleistungen in die eigene Warenproduktion ein. Im Zuge des allgemeinen sektoralen Strukturwandels, der durch schrumpfende Warenproduktion und stete Ausdehnung des tertiären Sektors gekennzeichnet ist, hat sich jedoch die Unternehmenspolitik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gewandelt. Neben der traditionellen Warenproduktion verkaufen die Unternehmen des sekundären Sektors in wachsendem Umfang auch Dienstleistungen. Diese Tätigkeiten werden in der Produktionsstatistik nur dann nachgewiesen, wenn es sich um Dienstleistungen handelt, für die im Güterverzeichnis eigene Meldenummern vorgesehen sind (Reparaturen, Veredlungsarbeiten, Montagen, Abwracken). Ansonsten entziehen sie sich gegenwärtig der Erfassung durch die Produktionsstatistik. Dies hat neben der unvollständigen Darstellung des Dienstleistungsangebotes in der Volkswirtschaft zur Folge, daß sich der Abstand zwischen dem Produktionswert laut Produktionsstatistik einerseits und dem Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen laut Umsatzstatistiken bzw. dem Produktionswert laut institutionell abgegrenzten Strukturhebungen andererseits vergrößert. Dieser Gesichtspunkt ist zunächst einmal im Hinblick auf die Berechnung der monatlichen und vierteljährlichen Produktionsindizes bedenklich. Die Leistung der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Basisjahr wird mit Ergebnissen der Produktionsstatistik behelfsmäßig fortgeschrieben, die aber nur dann die Entwicklung der Gesamtproduktion zutreffend wiedergeben wird, wenn der Anteil der bisher nicht erfaßten Dienstleistungsproduktion weitgehend konstant bleibt. Des weiteren wird die Deflationierung der Umsatzwerte eines Wirtschaftszweiges des Produzierenden Gewerbes beeinträchtigt, wenn diese, wie zur Zeit, nur mit Hilfe von Erzeugerpreisindizes für Waren durchgeführt und dabei die Preisentwicklung bei einzelnen Dienstleistungen nicht berücksichtigt wird. Schließlich wird der Wert der produktionsstatistischen Ergebnisse als Ausgangsgröße für Input-Output-Rechnungen stark eingeschränkt, wenn bestimmte Dienstleistungen nicht erhoben werden und dadurch die Produktionstätigkeit nur unvollkommen aufgegliedert dargestellt werden kann.

Im Statistischen Bundesamt wird aus allen diesen Überlegungen heraus zur Zeit verstärkt untersucht, wie sich das Waren- und Dienstleistungsangebot im Produzierenden Gewerbe verändert hat und welche weiteren Entwicklungen vorauszusehen sind. Gleichzeitig werden die verschiedenen Möglichkeiten geprüft, die einzelnen produktbezogenen Dienstleistungen in der Gütersystematik aufzuführen. In diesem Zusammenhang drängt sich eine grundsätzliche Frage auf. Wenn produktbezogene Dienstleistungen in zunehmendem Maße von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erbracht werden und von Natur aus in einem engen Verhältnis zu der Warenproduktion stehen, wäre zu erwägen, solche Tätigkeiten in Zukunft grundsätzlich den Abteilungen 1 bis 3 der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) zuzuordnen und nicht länger als eine für die WZ-Abteilung 7 typische Tätigkeit anzusehen. Damit würden der sekundäre Sektor trotz sich verringern-der Warenproduktion seine Bedeutung innerhalb der

Volkswirtschaft wahren und eine weitgehende Totalerfassung der einzelnen produktbezogenen Dienstleistungen gewährleistet sein. Außerdem könnte dadurch die unbefriedigende Situation vermieden werden, daß ein Unternehmen mit langjährigem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe durch die Ausdehnung seiner Dienstleistungsproduktion statistisch zu einem Unternehmen des Dienstleistungssektors wird.

Die vorgesehene Erfassung der produktbezogenen Dienstleistungen bei Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wirft jedoch nicht nur Fragen zur Systematik auf. Sie macht auch einige fachliche Entscheidungen erforderlich. Im Vordergrund steht zunächst die Überlegung, ob sich die Erfassung auf die für den Markt bestimmte Produktion beschränken solle. Ein Nachweis auch der für das eigene Unternehmen erbrachten Dienstleistung wäre für eine umfassende Beschreibung der unternehmerischen Produktionstätigkeit unerläßlich. Die Einbeziehung der unternehmensinternen Dienstleistungsproduktion dürfte jedoch an der Schwierigkeit scheitern, sie von der Warenproduktion getrennt zu ermitteln. Zu entscheiden wäre außerdem, ob die produktbezogenen Dienstleistungen wertmäßig oder mengenmäßig nachzuweisen sind. Für eine Mengenbefragung fehlt in der Regel die geeignete Maßeinheit. Bei Planungs- und Konstruktionsleistungen könnten eventuell die erforderlichen Arbeitsstunden gewählt werden. Bei der Erstellung von EDV-Programmen wäre an Statements zu denken. Trotzdem bleibt die mengenmäßige Erfassung problematisch, und es sollte darum zunächst nur der Wert der Dienstleistung erhoben werden. Völlig offen dagegen ist noch die Frage, wann eine Dienstleistung in der Produktionsstatistik erfaßt werden soll. Wird eine weitgehende Übereinstimmung des Produktionswertes mit dem Umsatz angestrebt, darf die Dienstleistung erst im Zeitpunkt der Erbringung erfaßt werden. Wird jedoch nach der Grundidee des produktionsstatistischen Konzepts — Nachweis der Produktionstätigkeit in einem bestimmten Zeitraum — entschieden, ist die Dienstleistung entsprechend ihrer Entwicklungsphase nachzuweisen. Ist zum Beispiel ein EDV-Programm bis zum Ende eines Berichtszeitraums zu 50% erstellt, muß dieser Anteil gemeldet werden. Die Entscheidung wird weitgehend von den Erhebungsmöglichkeiten abhängen. Sollte sich der anteilige Nachweis einer Dienstleistungsproduktion als schwierig erweisen, wird dem Nachweis bei Produktionsende der Vorzug gegeben werden müssen.

6.4 Anlagenbau

Der Anlagenbau ist kein neues Thema für die Produktionsstatistik. Das Güterverzeichnis wies schon in seinen frühesten Fassungen Meldenummern für Anlagen aus. Das heute gültige Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken enthält bereits Anlagenpositionen in den Gütergruppen 31 (Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge) und 32 (Maschinenbauerzeugnisse). Im Zusammenhang mit dem Montagenbau wurden schon immer erhebungstechnische und definitorische Fragen des Anlagenbaus erörtert. Trotzdem hat die Diskussion über den Anlagenbau in den letzten Jahren eine andere Dimension erhalten. Das Anlagenbaugeschäft hat sich sowohl

hinsichtlich der Zahl der Objekte als auch im Hinblick auf den Umfang des einzelnen Geschäfts erheblich ausgeweitet. Außerdem sind die Formen des Anlagenbaus vielfältiger und komplexer geworden. Sie reichen von dem Anlagenbauer, der lediglich die technische Planung ausarbeitet, über den Unternehmer, der plant, Teile der Anlage produziert und den Zusammenbau überwacht, bis zum Generalunternehmer, der für Planung, Finanzierung, Ausführung, Inbetriebnahme und Schulung des Bedienungspersonals verantwortlich ist. In den Statistiken des Außenhandels wird dieser Entwicklung schon seit geraumer Zeit Rechnung getragen. Der Export von vollständigen Fabrikationsanlagen wird unter besonderen Anlagennummern gemeldet. Die Erfassung solcher Anlagen auch in der laufenden Produktionsstatistik sollte daher erwogen werden.

Die Schaffung geeigneter Meldepositionen im Güterverzeichnis als Voraussetzung für eine Erfassung bereitet keine großen Schwierigkeiten, obwohl sich zwei grundverschiedene Möglichkeiten gleichwertig anbieten. Der nächstliegende Denkansatz wäre die Bereitstellung von Meldepositionen für einzelne Anlagen oder Anlagengruppen, wobei das Kriterium für die Gruppenbildung der Verwendungszweck der Anlagen oder die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung des wichtigsten Zulieferers von Anlagenteilen bestimmend sein könnte. Eine andere Möglichkeit sehen das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und die dort getroffene Regelung für die Ausfuhranmeldung vollständiger Fabrikationsanlagen vor. Danach muß der Exporteur zunächst den Verwendungszweck der Anlage benennen. Dann hat er gedanklich die Gesamtanlage in ihre einzelnen Anlagenteile entsprechend der zweistelligen Kapitelgliederung im Warenverzeichnis zu zerlegen und unter Warennummern zu melden, die vom Statistischen Bundesamt für jeden einzelnen Anlagenverkauf vorgegeben werden. Beide Möglichkeiten werden zur Zeit im Statistischen Bundesamt diskutiert. Ohne dem Ergebnis dieser Überlegungen vorzugreifen, kann dennoch jetzt schon gesagt werden, daß die für die Außenhandelsstatistik geltende Regelung nicht ohne weiteres auf eine Produktionsstatistik übertragen werden kann. Konzepte und Aufgaben beider Statistiken sind zu verschieden.

Aus fachlicher Sicht jedoch stellen sich wesentlich schwierigere Fragen zur vorgesehenen Erfassung von Anlagen. So ist zum Beispiel die Entscheidung, ob die Anlage im Zeitraum ihrer Fertigstellung insgesamt oder entsprechend ihrem Baufortschritt jeweils am Ende einer Berichtsperiode zu melden ist, noch völlig offen. Die erstgenannte Möglichkeit käme der Absicht entgegen, Umsatz und Produktionswert zeitlich nahe nachzuweisen. Die zweite Möglichkeit stünde in Einklang mit der Grundidee des produktionsstatistischen Konzepts eines periodengerechten Nachweises der Produktionstätigkeit und ihres Ergebnisses. Ungeklärt ist auch noch die Frage, ob die vom Anlagenbauer selbst hergestellten Anlagenteile als Weiterverarbeitungsproduktion gemeldet werden sollten. Dies würde bedeuten, daß in Zukunft für alle Erzeugnisse des Investitionsgüterbereichs, die als Vorprodukte für eine Anlage geeignet und verwendbar sind, die Gesamtproduktion,

wenn auch nur mengenmäßig, zu erheben wäre. Ein anderes Problem betrifft den zu erfassenden Wert der Anlage. Grundsätzlich sollte der vom Anlagenbauer abgerechnete Wert gemeldet werden. Nicht immer aber bezieht sich dieser auf die Gesamtanlage. Wenn der Auftraggeber einen Teil der Anlage selbst herstellt oder von einem anderen Produzenten direkt erwirbt, fehlt der Wert dieses Anlagenteils in der Abrechnung des Anlagenbauers und die Gesamtanlage erscheint mit einem zu niedrigen Wert in der Produktionsstatistik. Die theoretische Möglichkeit, den vom Anlagenbauer abgerechneten Wert fiktiv um die Direktbezüge aufzustocken, wird jedoch kaum zu verwirklichen sein. Selten ist der Anlagenbauer in der Lage, eine Auskunft über solche, vom Auftraggeber selbst getätigten Käufe zu machen. Außerdem widerspricht eine solche Lösung der gewünschten Angleichung an den Umsatz.

Die Möglichkeiten zur Erfassung des Anlagenbaus werden zur Zeit im Statistischen Bundesamt geprüft. Ob sich auf alle Fragen eine allgemein zufriedenstellende Antwort findet, ist noch nicht abzusehen. Die Komplexität des Anlagenbaus und die sich daraus ergebenden Probleme für die produktionsstatistische Erfassung sind zu groß, als daß in einem Anlauf und in kurzer Zeit Lösungen zu erwarten wären.

6.5 Berichtskreis

Bei der kritischen Durchleuchtung des Konzepts der Produktionsstatistik muß auch auf einen Mangel hingewiesen werden, der sich in den letzten Jahren immer deutlicher bemerkbar gemacht hat: der zunehmende Einsatz von hochtechnologischen Fertigungsverfahren (CAM- und CIM-Systeme) verringert die Beschäftigtenzahl einer Produktionsstätte oft drastisch bei gleichbleibendem oder in der Regel sogar steigendem Ausstoß. Fällt dabei der Betrieb unter die für die Produktionsstatistik maßgebliche Erfassungsgrenze von 20 Beschäftigten, erlischt die Meldepflicht. In einigen Bereichen, wo diese Entwicklung sehr ausgeprägt ist, wie zum Beispiel in der Elektrotechnik oder im Glasgewerbe, ist heute schon das in der Produktionsstatistik nachgewiesene Güteraufkommen im Hinblick auf das gesamte Aufkommen zu niedrig und führt bei den Benutzern der Ergebnisse zu falschen Vorstellungen und Schlüssen. Es sind Fälle bekannt, in denen die Ausfuhr bestimmter Güter deutlich höher war als das in der Produktionsstatistik nachgewiesene inländische Aufkommen. Ein bescheidener Ansatz, diese größer werdende Erfassungslücke zu schließen, wäre eine jährliche Produktionserhebung bei den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten; sie könnte zusammen mit der Jahreserhebung für Kleinbetriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe stattfinden. Eine solche Weiterentwicklung der amtlichen Statistik würde von allen Verwendern produktionsstatistischer Daten, Regierungen, wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, Verbänden und einzelnen Unternehmen zweifellos begrüßt.

Dipl.-Volkswirt Horst Mai

7 Verbesserungsbedarf der Bauberichterstattung

Zur Beobachtung, Analyse und Prognose der baukonjunkturellen Entwicklung bieten die kurzfristigen Betriebserhebungen des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes regelmäßig eine Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren an. Sie werden ergänzt durch die jährlichen Betriebs- und Unternehmenserhebungen, die vor allem zur Beurteilung des Strukturwandels innerhalb der bauausführenden Wirtschaft grundlegende statistische Daten bereitstellen. Die Diskussionen zum Beispiel mit Ministerien, Verbänden und Wirtschaftsforschungsinstituten haben gezeigt, daß sich die bestehenden Berichtssysteme in der Praxis bewährt haben. Gleichwohl wurden von den Konsumenten immer wieder Wünsche geäußert, das Datenangebot und den Ergebnismachweis weiter zu verbessern, um Informationslücken im Rahmen der Konjunktur- und Strukturbeobachtung zu schließen.

Bereits in der Sitzung des Fachausschusses „Bau- und Wohnungsstatistik“ im März 1982 in Wiesbaden wurde angeregt, das Datenangebot und den Ergebnismachweis hinsichtlich der „Modernisierungs-, Sanierungs- und Instandhaltungstätigkeit“ der Baubetriebe weiter zu verbessern. Zur Zeit besteht über den Umfang dieser Tätigkeiten lediglich ein unzureichender Überblick. Modernisierungsmaßnahmen umfassen sowohl bauhauptgewerbliche als auch ausbaugewerbliche Tätigkeiten; sie werden zum Teil von spezialisierten Firmen „aus einer Hand“ vorgenommen.

Nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betrug zum Beispiel der Anteil der Modernisierung und Instandsetzung am gesamten Wohnungsbauvolumen im Jahr 1984 nicht weniger als 35 %. Durch die gegenwärtig deutlich rückläufige Nachfrage nach Wohnungsneubauten dürfte sich das Gewicht der Sanierungs- und Modernisierungsarbeit am Baubestand in den kommenden Jahren ständig weiter erhöhen. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts kann davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Altbauerneuerung im Laufe des nächsten konjunkturellen Abschwungs im Wohnungsbau die 40%-Marke erreichen wird. Bei einem Wohnungsbestand von inzwischen rund 26 Mill. Einheiten ist daher in besonderem Maße eine statistische Erfassung dieser Tätigkeiten erforderlich.

Zu diesem Tätigkeitsfeld der Bauwirtschaft zählen neben umfangreichen Maßnahmen zur Modernisierung, Erhaltung und Erneuerung des Baubestandes auch Leistungen zur Instandsetzung und solche, die zum Beispiel aus der Erweiterung der Wohn- und Nutzflächen, Zusammenlegung von Wohneinheiten oder der Nutzungsänderung zwischen Wohn- und Nichtwohngebäuden resultieren. Im Rahmen der Bauberichterstattung ist es gleichwohl für die befragten Betriebe schwierig zu unterscheiden, ob es sich bei den von ihnen durchzuführenden Aufträgen um Modernisierung, Instandsetzung oder Reparaturen am Baubestand handelt, zumal die Baukolonnen häufig wechselnd eingesetzt werden. Entsprechende Aufzeichnungen sind zur Zeit bei den Baubetrieben nicht vorhanden, da es der

bauausführenden Wirtschaft primär auf die von ihr zu leistenden Bauarbeiten ankommt und weniger auf die Frage ihrer Zweckbestimmung.

Wegen der Schwierigkeiten einer Trennung zwischen Modernisierung, Instandsetzung und Instandhaltung — auch definitorischer Art — wird für die Baugewerbestatistiken deshalb erwogen, die *Neubautätigkeit* bei den *Hochbauparten* auszugliedern. Durch Differenzbildung zu „insgesamt“ könnte somit die Modernisierungs- und Instandsetzungstätigkeit zusammengefaßt ermittelt werden. Als Merkmale kämen hierfür die „geleisteten Arbeitsstunden“ und/oder „baugewerblichen Umsätze“ in Frage. Die zusätzliche Erfassung müßte im Rahmen einer Anpassung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vorgesehen werden. Unter dem Gesichtspunkt der Belastung der Betriebe sollten die Zusatzfragen zur Neubautätigkeit allerdings nur auf die jährlichen Betriebserhebungen des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes beschränkt werden (z. B. baugewerblicher Umsatz des Vorjahres). Weitere Ansatzpunkte wären zum Beispiel auch die Erfassung im Rahmen der Kostenstrukturerhebung oder eine entsprechende Berücksichtigung bei einer zukünftigen Revision der Systematik der Wirtschaftszweige.

Die Zusammenführung von Daten des Bauhauptgewerbes mit denen des Ausbaugewerbes zu einem Gesamtbild des Baugewerbes ist nicht ohne Einschränkungen möglich, da die Betriebserhebungen im Ausbaugewerbe generell an Abschneidegrenzen gebunden sind. Wegen der überwiegend kleinbetrieblichen Struktur dieses Bereiches wird daher nur ein Teil der Modernisierungstätigkeit erfaßt. Von seiten der Nutzer der Daten wird allgemein die Notwendigkeit fundierter Ergebnisse für das Ausbaugewerbe unterstrichen. Gleichwohl dürften zusätzliche Erhebungen in diesem Bereich (z. B. jährliche Totalerhebung bei ca. 100 000 Einheiten) zur Zeit nicht durchsetzbar sein.

Im Rahmen einer Weiterentwicklung der bestehenden Berichtssysteme ist es erforderlich, in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden der Bauwirtschaft und den statistischen Landesämtern, die Baubetriebe auf die Erfassungsnötigkeit der Modernisierungstätigkeit hinzuweisen und ihnen den dringenden Datenbedarf für Politik und Wirtschaft zu verdeutlichen (Akzeptanzproblem). Es wäre bereits ein wesentlicher Schritt in Richtung auf eine Verbesserung des Datenangebots, wenn es gelänge, zukünftig mit einer Zusatzfrage in den Jahresstatistiken Anhaltspunkte über die strukturellen Veränderungen der Bauleistungen zu erhalten.

Dr. Oskar Schmid

8 Weiterentwicklung der Energiestatistik

Als Folge der Energiekrisen und der damit verbundenen Diskussionen über Energieeinsparungsmaßnahmen, Prognosen des Energieverbrauchs und der Energieversorgung, Verwendung regenerativer Energieträger und anderer Fragen hat sich der Informationsbedarf an Energiedaten sowohl im politischen als auch im privaten Bereich

deutlich erhöht. Hinzu kommt das gestiegene Umweltbewußtsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, wobei u. a. Zielkonflikte im Spannungsfeld Energie/Umwelt deutlich formuliert werden und wiederum die Nachfrage nach Daten erhöht wird. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen der amtlichen Statistik — insbesondere im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erörterung energiestatistischer Fragen — zu sehen, die Energiestatistiken zu verbessern.

Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erörterung energiestatistischer Fragen

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erörterung energiestatistischer Fragen, die sich aus Vertretern der Statistischen Landesämter aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland sowie des Statistischen Bundesamtes zusammensetzt, hat in einer Reihe von Sitzungen in den Jahren 1980 bis 1982 eine Bestandsaufnahme der Energiestatistiken erarbeitet. Die Bestandsaufnahme hat verdeutlicht, daß einerseits in einigen Bereichen die Informationen über Energieerzeugung und -verwendung noch verbesserungsfähig sind, daß andererseits schon vorliegende Daten aus der amtlichen Statistik aus verschiedenen Gründen zu wenig genutzt werden.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich deshalb darauf verständigt, auf Grundlage der Bestandsaufnahme und im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundlagen Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Energiestatistiken zu entwickeln. In einem ersten Arbeitsschritt sind die Gasstatistiken herausgegriffen worden. Verbesserungsvorschläge, die sich u. a. auf die Bezeichnung der Gasarten, Neugestaltung der Erhebungsbogen, Maßeinheiten und Abgrenzung der Abnehmergruppen bezogen, sind eingehend diskutiert und mit allen Beteiligten abgestimmt worden, so daß sie seit dem Berichtsjahr 1984 weitgehend in die Praxis umgesetzt werden konnten.

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 zum Volkszählungsgesetz und den damit verbundenen Diskussionen im gesamten Statistikbereich sowie den Erörterungen zur Statistikbereinigung haben sich die Aktivitäten der Arbeitsgruppe verlagert. Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen nun nicht mehr die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für technisch-methodische Fragen im Bereich der amtlichen Statistik und die Klärung von Abstimmungsproblemen zwischen amtlicher Statistik und Verbandsstatistik, sondern Beratungen über die Auswirkungen der Statistikanpassung auf die Energiestatistik sowie über eine zukunftsweisende Ausgestaltung des gesamten energiestatistischen Programms. Hierzu zählen insbesondere Mengen- und Wertermittlung, Erfragung der Wärmehalte der Energiemengen sowie der Nachweis der Verwendungsarten. Die vollständige und detaillierte Erfassung dieser Energiedaten ist Voraussetzung für eine umfassende Analyse des Energiemarktes, die u. a. die Aufstellung von Energiebilanzen, Untersuchungen über die Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs und über die Verwendungsmöglichkeiten von regenerativen Energiequellen, die

Quantifizierung des Energieeinsparpotentials sowie die Beurteilung von Energieeinsparmaßnahmen und Substitutionsmöglichkeiten beinhaltet. Diese Ausführungen deuten auf eine Ausweitung des statistischen Erhebungsprogramms hin. Auf der anderen Seite wird als wesentlicher Gesichtspunkt die wirksame Entlastung der Wirtschaft — insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen — von statistischen Auskunftspflichten in die derzeitigen Überlegungen miteinbezogen.

Grundlinien der Verbesserungsvorschläge

Ein Gesamtkonzept, das die Koordinierung und Straffung sämtlich bestehender Statistiken mit energierelevanten Merkmalen und die Erstellung neuer Statistiken vorsieht, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorgelegt werden. Vielmehr werden die Grundlinien der Verbesserungsvorschläge dargestellt, die unter Beachtung der vielfältigen Informationsbedürfnisse noch eingehend geprüft werden müssen. Im einzelnen beziehen sich die Vorschläge auf die

- (1) Verbesserung der statistischen Erfassung auf der Aufkommenseite,
- (2) Verbesserung der statistischen Erfassung auf der Verwendungsseite,
- (3) Entlastung der Wirtschaft von statistischen Auskunftspflichten.

Zu (1)

Auf der Aufkommenseite sind auf der Grundlage der vorhandenen statistischen Informationen die Energieträger Kohle, Mineralöl und Gas sowie Elektrizität detailliert und ausreichend darstellbar. Dagegen liegen Angaben u. a. über Wärme, regenerative Energieträger sowie Rest- und Abfallstoffe aus der Produktion, die zur Energieerzeugung eingesetzt werden, nur lückenhaft vor.

Als Abhilfemaßnahme wird deshalb erwogen, bei den fachlichen Betriebsteilen der Elektrizitäts- und Fernwärmerversorgung von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung Daten über das Aufkommen und die Verwendung von Wärmemengen sowie die hierfür eingesetzten Anlagen zu erheben.⁹⁾ Diese Angaben sind ebenfalls bei den Betrieben des übrigen Produzierenden Gewerbes zu erfragen, soweit sie Wärmeenergie im Prozeß der Kraft-Wärme-Kopplung betreiben und/oder Wärme an andere Betriebe abgeben.

Ferner erscheint es zur Vervollständigung des Bildes erforderlich, regenerative Energieträger sowie Rest- und Abfallstoffe, die zur Energieerzeugung eingesetzt werden, in verstärktem Maße zu erfragen. Hierbei werden die Schwierigkeiten bei der Erfassung keineswegs unterschätzt.¹⁰⁾ Gleichwohl werden diese Energieträger schon in einigen Statistiken mit Erfolg berücksichtigt.

⁹⁾ Seit Januar 1985 wird auf freiwilliger Basis die Wärmeabgabe bei den fachlichen Betriebsteilen der Elektrizitätsversorgung von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung erfragt.

¹⁰⁾ Siehe hierzu Untersuchung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln „Möglichkeiten der statistischen Erfassung und Darstellung der regenerativen Energieträger in der Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland“, Köln 1984.

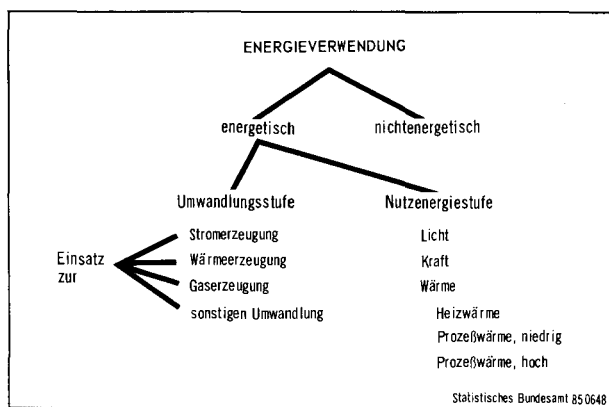
Die Verbesserung der Energiestatistiken kann nicht nur durch eine Ausweitung des Merkmalkatalogs erreicht werden, sondern auch durch eine Überarbeitung von bestehenden Statistiken. Im Vordergrund steht dabei die Verwendung von eindeutigen Bezeichnungen der Energieträger und von einheitlichen Maßeinheiten sowie eine klare Abgrenzung der Abnehmergruppen. Diese Arbeiten, die im Bereich der Gasstatistiken weitgehend abgeschlossen sind (vgl. auch die Ausführungen im Abschnitt 8.1), sollen auf sämtliche Energiestatistiken ausgedehnt werden. Insbesondere könnten durch eine engere Verzahnung der Aufkommens- und Verwendungsseite weitere Vereinfachungen bei der Befragung nach Abnehmergruppen erzielt werden.

Hinzu kommt, daß durch eine Angleichung der unterschiedlichen Erhebungsverfahren und Berichtswege die Konsistenz der Erhebungen verbessert und Doppelbefragungen vermieden werden könnten.

Zu (2)

Die Verbesserung der statistischen Erfassung auf der Verwendungsseite soll eine umfassende Analyse der Energieverwendung und der Substitutionsprozesse sowie eine genauere Beurteilung der Energieeinsparung ermöglichen. Hierzu ist es erforderlich, den gesamten Energieverbrauch zunächst in nichtenergetische und energetische Verwendung zu unterteilen. Bei der energetischen Verwendung können zwei Stufen unterschieden werden, zum einen der Einsatz zur weiteren Energieverwendung (Umwandlungsstufe) und zum anderen die energietechnisch letzte Stufe der Energieverwendung (Nutzenergiestufe). In Schaubild 6 werden die Verwendungsarten schematisch dargestellt, wobei die Umwandlungs- und die Nutzenergiestufe tiefer untergliedert werden.

Schaubild 6



Das Erhebungskonzept sieht vor, daß zunächst die energetische und nichtenergetische Verwendung der Energieträger sowie vollständige Angaben zur Umwandlungsstufe erfragt werden. Dabei ist zu betonen, daß zur Zeit schon weitreichende Angaben zur Umwandlungsstufe erhoben werden. Bezüglich der Erfassung von Daten über die Verwendung von Energieträgern in der letzten Stufe sollen die Erfahrungen der Energiewissenschaftlichen Institute, die sich mit diesem Problem beschäftigt haben, genutzt sowie weitergehende Untersuchungen vorgenommen werden,

die insbesondere die Verfügbarkeit dieser Angaben bei den vorgesehenen Erhebungseinheiten abklären sollen.

Zu (3)

Den in den beiden vorhergehenden Abschnitten dargestellten Verbesserungen des Informationsangebotes stehen in erheblichem Umfang Entlastungen von statistischer Auskunftspflicht gegenüber. Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sollte überlegt werden, die Periodizität der Beschäftigtenstatistik bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung von monatlich auf jährlich zu ändern. Monatliche Daten über die Beschäftigung in dieser Wirtschaftsgruppe weisen nur geringfügige Schwankungen auf. Daher könnte der Informationsbedarf supranationaler Organisationen an Monatsergebnissen mit Hilfe sorgfältiger Schätzungen befriedigt werden, während die Erfordernisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder durch eine jährliche Erfragung der Merkmale erfüllt würden. Bei den Monatsberichten der Elektrizitäts- und Gasversorgung sollte jeweils die Zahl der zu befragenden Unternehmen begrenzt werden. Der Zensus bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung könnte ersatzlos gestrichen werden. Diese Entlastung würde insbesondere die kleineren Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten betreffen. Bei Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten könnten die Merkmale nach dem jetzigen Stand durch die jährliche Kostenstrukturerhebung abgedeckt werden.

Entlastungen könnten auch im Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe vorgenommen werden. Nach der Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. September 1984 wird ab Berichtsmonat Januar 1985 ein Teil der Energiedaten nur noch vierteljährlich erfragt. Unter dem Gesichtspunkt einer Gesamtdarstellung der Energieversorgung erscheint diese Regelung unbefriedigend. Die Verlängerung der Periodizität sollte zurückgenommen werden, zum Ausgleich hierfür sollen sämtliche Energiedaten monatlich bei höchstens 10 000 Betrieben erhoben werden, während alle anderen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nur noch jährlich Angaben über ihre Energieversorgung liefern sollen. Nach umfangreichen Berechnungen hat das Statistische Bundesamt ein Auswahlkonzept erstellt. In die Auswahl sind die energieintensivsten Wirtschaftsgruppen (2-Steller der SYPRO) und einige Wirtschaftszweige (4-Steller), bei denen der Energieverbrauch je Betrieb besonders hoch ist, einbezogen worden. Im Bundesdurchschnitt würden damit über 90 % des Energieverbrauchs des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes erfaßt. Der Grundgedanke dieses Konzepts, den Berichtsreis des Monatsberichtes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe bezüglich der Energiedaten auf 10 000 Einheiten zu reduzieren, wird überwiegend positiv beurteilt. Zur Zeit wird im Rahmen eines intensiven Gedankenaustausches versucht, den Modellvorschlag des Statistischen Bundesamtes so zu modifizieren, daß die Interessen aller Beteiligten weitgehend in Übereinstimmung gebracht werden können.

Dipl.-Volkswirt Dieter Rötters

Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1984

Vorbemerkung

Über die übliche und klassische Darstellungsform des grenzüberschreitenden Warenverkehrs nach Warenarten, Ländern sowie Ein- und Ausfuhrarten hinaus werden im Rahmen der Außenhandelsstatistik seit 1968 u. a. auch Ergebnisse über die Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen nachgewiesen¹⁾. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Darstellungsform des Generalhandels, die im Prinzip alle unmittelbaren Einfuhren, mit Ausnahme der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs, umfassen. Als Grundlage für diesen Nachweis dient das in den statistischen Einfuhrmeldungen enthaltene Merkmal „Ort der Einfuhr“ (Eingangsanmeldestelle), das aufbereitungstechnisch eine Zuordnung zu dem beim Grenzübergang benutzten Verkehrsmittel und zum betreffenden Grenzabschnitt ermöglicht²⁾. Die im folgenden Beitrag für 1984 dargestellten Ergebnisse der Einfuhr geben somit einen Überblick, mit welchen Verkehrsmitteln und über welche Grenzabschnitte die aus verschiedenen Ländern in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren befördert wurden. Schnittpunkt für diese Ergebnisse ist dabei grundsätzlich der Zeitpunkt des Grenzübergangs. Angaben über die nach dem Grenzübergang auf der inländischen Beförderungsstrecke benutzten Verkehrsmittel gehen aus der Einfuhrstatistik nicht hervor. Im Vergleich zu der amtlichen Verkehrsstatistik³⁾, die primär auf die Verkehrsmittel bezogen ist, müssen methodische Unterschiede zur Einfuhrstatistik, bei der in erster Linie auf die Ware abgestellt wird, berücksichtigt werden. Abweichungen gibt es insbesondere im Erhebungsumfang und im Ländernachweis der beiden Statistiken. Während die Einfuhrstatistik das Herstellungsland (Ursprungsland) zugrunde legt, wird in der Verkehrsstatistik das Einladegebiet, bezogen auf das jeweilige Verkehrsmittel beim Grenzübergang, erfaßt. Darüber hinaus werden in der Einfuhrstatistik das Eigengewicht bzw. das Reingewicht sowie der Wert (Grenzübergangswert) der Waren nachgewiesen, während in der Verkehrsstatistik Mengenangaben über das Bruttogewicht dargestellt werden.

Im Rahmen dieser Zeitschrift wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß der Einfuhr entsprechende Daten über die Ausfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen bisher aus haushaltsmäßigen und auch aus anmeldetechnischen Gründen nicht laufend erstellt wer-

den können⁴⁾. Da von den Benutzern der Außenhandelsstatistik jedoch immer wieder entsprechende Ergebnisse für die Ausfuhr gewünscht werden, wurde auf der Grundlage der Erhebungspapiere für Oktober 1981 eine einmalige Sonderuntersuchung durchgeführt. Den dabei gewonnenen Strukturdaten für die Ausfuhr in der Gliederung nach Grenzabschnitten, Verkehrszweigen und den wichtigsten Verbrauchsländern kann eine spezifische Aussagefähigkeit zugemessen werden⁵⁾. Eine laufende Auswertung nach Verkehrswegen erfolgt auf der Ausfuhrseite nur hinsichtlich der Lieferungen über Hamburg und Bremen; die Ergebnisse können den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter dieser Hansestädte entnommen werden.

Einfuhr nach Grenzabschnitten

In der methodischen Abgrenzung des Generalhandels wurden im Jahr 1984 von der Bundesrepublik Deutschland Waren im Gewicht von 341,0 Mill. t und im Werte von 445,2 Mill. DM eingeführt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Importe der Menge nach um 4,1 % und wertmäßig (nominal) um 12 %. Den Schwerpunkt der mengenmäßigen Bezüge bildeten auch 1984 die Eingänge über den deutsch-niederländischen Grenzabschnitt. Rund 40 % aller in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren wurden über die niederländische Grenze in das Erhebungsgebiet verbracht. Von Bedeutung waren weiterhin die Einfuhren über die französische (12 %) und die österreichische (7 %) Grenze, während die Importe über die belgisch-luxemburgische sowie die tschechoslowakische Grenze mit jeweils 4,4 % und über die schweizerische Grenze mit 3,7 % beteiligt waren. Eine geringere Rolle spielten die über die Landgrenze zu Dänemark (0,8 %) abgewickelten Einfuhren. Über die Seegrenze der Bundesrepublik Deutschland kamen gut 26 % aller Importe, die sich zu 8,1 % auf Hamburg, zu 3,1 % auf Bremen und Bremerhaven, zu 13,2 % auf die übrige Nordseegrenze und zu 1,7 % auf die Ostseehäfen verteilten.

Bedingt durch die Verkehrsstruktur der Grenzen und die unterschiedliche Warenstruktur der über die verschiedenen Grenzabschnitte beförderten Einfuhren, zeigten sich dem Wert nach bei den einzelnen Grenzabschnitten etwas andere Anteile an den Eingängen als der Menge nach. So lag der wertmäßige Anteil an den Gesamtimporten bei den Bezügen über die niederländische Grenze (25 %), die französische Grenze (9,6 %), die tschechoslowakische Grenze (1,8 %) und die übrigen deutschen Nordseehäfen (5,2 %) unter dem mengenmäßigen Anteil, während bei den Einfuhren über die österreichische Grenze (11,4 %), die belgisch-luxemburgische Grenze (10 %) und die schweizerische Grenze (6,6 %) dem Werte nach höhere Anteile erzielt wurden.

Die Importe wurden 1984 über insgesamt 435 Eingangszollstellen abgewickelt, wobei knapp 52 % des gesamten Einfuhrwertes auf die 20 wichtigsten Eingangszollstellen entfielen. Bedeutendste Eingangszollstelle war Emme-

¹⁾ Siehe hierzu Fachserie 7, Reihe 1 Jahresberichte.

²⁾ Siehe „Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen“ in WiSta 6/1969, S. 328 ff.

³⁾ Siehe „Verkehrswirtschaft 1983“ in WiSta 4/1984, S. 327 ff.

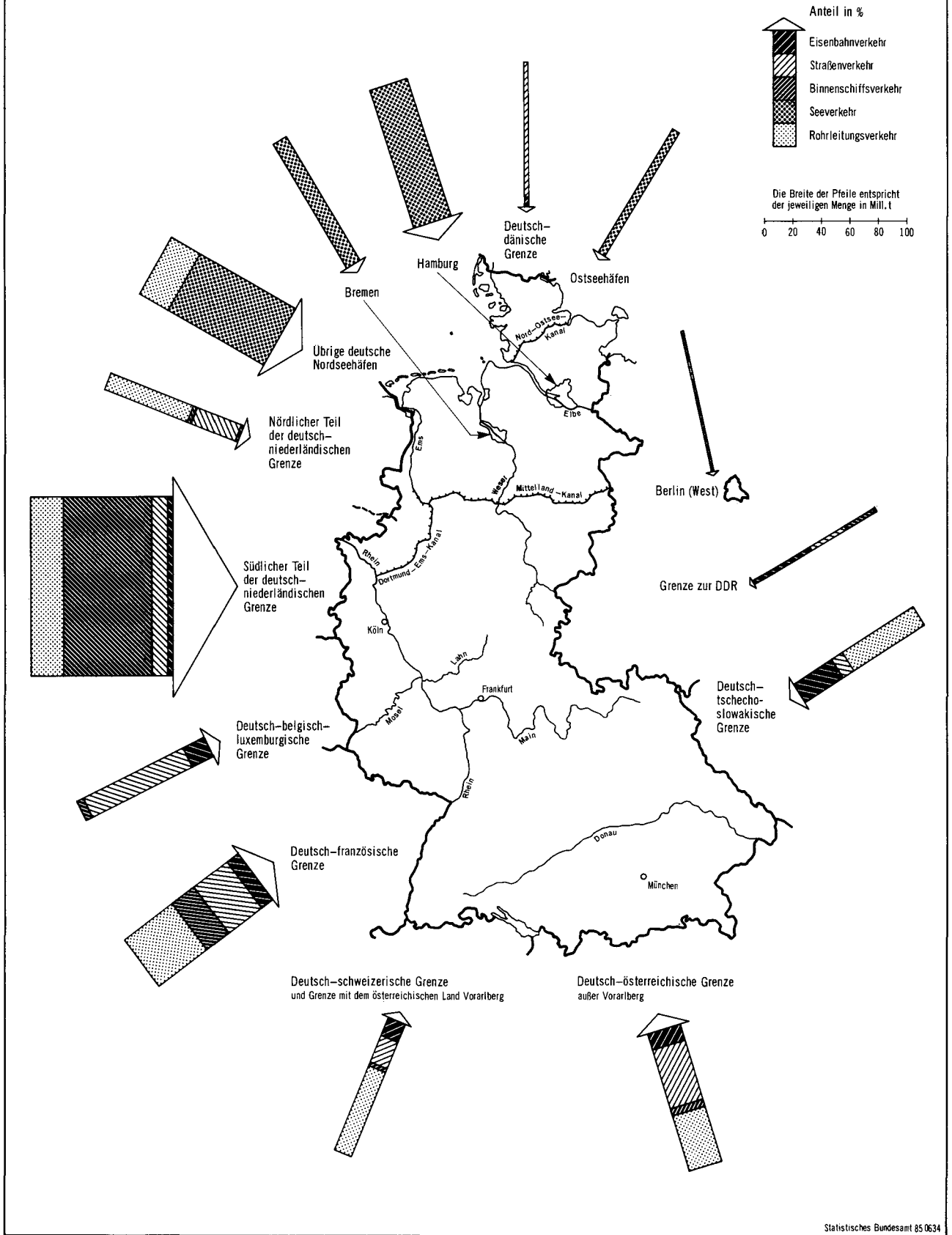
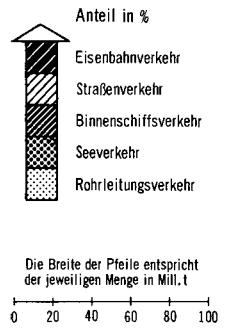
⁴⁾ Siehe WiSta 7/1976, S. 442.

⁵⁾ Siehe WiSta 7/1983, S. 562 ff.

Schaubild 1

EINFUHR (GENERALHANDEL) 1984
NACH GRENZABSCHNITTEN UND WICHTIGEN VERKEHRSZWEIGEN

Aufgrund der Angaben über das Eigengewicht / Reingewicht



Statistisches Bundesamt 85 0634

Tabelle 1: Einfuhr im Generalhandel nach Grenzabschnitten

Grenzabschnitt	Menge ¹⁾						Wert ²⁾					
	1982		1983		1984		1982		1983		1984	
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Insgesamt	331 596,5	100	327 499,0	100	341 045,1	100	385 612,6	100	398 599,8	100	445 248,3	100
darunter:												
Ostseehäfen der Bundesrepublik Deutschland	4 974,1	1,5	5 069,5	1,5	5 719,0	1,7	7 368,0	1,9	8 176,2	2,1	9 541,2	2,1
Deutsch-dänische Landgrenze	2 627,7	0,8	2 970,9	0,9	2 690,1	0,8	5 058,9	1,3	5 339,7	1,3	5 320,6	1,2
Hamburg	32 841,0	9,9	24 930,9	7,6	27 482,9	8,1	39 891,0	10,3	35 406,4	8,9	40 614,9	9,1
Bremen ³⁾	9 960,2	3,0	10 386,6	3,2	10 681,3	3,1	15 977,1	4,1	16 306,9	4,1	19 082,6	4,3
Übrige deutsche Nordseehäfen	46 161,2	13,9	45 167,9	13,8	45 004,0	13,2	21 695,5	5,6	21 769,4	5,5	22 982,3	5,2
Nördlicher Teil der deutsch-niederländischen												
Grenze (bis einschl. Alstätte)	10 958,4	3,3	12 054,9	3,7	11 988,9	3,5	11 566,0	3,0	12 268,9	3,1	13 503,3	3,0
Südlicher Teil der deutsch-niederländischen												
Grenze	117 408,9	35,4	116 748,2	35,6	124 455,0	36,5	85 821,4	22,3	87 906,3	22,1	99 196,2	22,3
Deutsch-belgisch-luxemburgische Grenze	12 764,4	3,8	14 195,8	4,3	15 018,6	4,4	35 689,6	9,3	40 157,3	10,1	44 436,4	10,0
Deutsch-französische Grenze	38 115,6	11,5	38 571,1	11,8	40 332,3	11,8	36 743,3	9,5	38 709,6	9,7	42 645,4	9,6
Deutsch-schweizerische Grenze und Grenze												
mit dem österreichischen Land Vorarlberg	11 115,8	3,4	12 274,7	3,7	12 455,0	3,7	24 534,8	6,4	26 676,6	6,7	29 175,2	6,6
Deutsch-österreichische Grenze												
außer Vorarlberg	26 387,3	8,0	26 319,1	8,0	23 976,6	7,0	44 915,5	11,6	47 512,4	11,9	50 568,7	11,4
Deutsch-tschechoslowakische Grenze	12 862,0	3,9	13 415,2	4,1	15 025,9	4,4	6 233,4	1,6	6 359,8	1,6	7 930,6	1,8
Grenze zur Deutschen Demokratischen												
Republik	2 710,3	0,8	2 685,3	0,8	3 193,2	0,9	4 044,7	1,0	4 091,2	1,0	4 825,0	1,1
Berlin (West)	984,2	0,3	1 060,1	0,3	1 221,2	0,4	698,9	0,2	821,9	0,2	1 231,2	0,3
Luftverkehr	178,3	0,1	171,8	0,1	190,1	0,1	32 548,4	8,4	34 449,2	8,6	40 631,3	9,1
Postverkehr	4,0	0,0	4,2	0,0	4,5	0,0	2 146,8	0,6	2 164,8	0,5	2 232,0	0,5

¹⁾ Eigengewicht, Reingewicht. — ²⁾ Grenzübergangswert. — ³⁾ Einschl. Bremerhaven.

rich-Hafen, über die Waren im Wert von 32,9 Mrd. DM in die Bundesrepublik Deutschland verbracht wurden, gefolgt von Aachen-Autobahn-Süd (23,5 Mrd. DM), Kiefersfelden-Autobahn (20,8 Mrd. DM), Frankfurt/M.-Flughafen (14,4 Mrd. DM), Niederdorf-Autobahn (14,3 Mrd. DM) und Aachen-Autobahn-Nord (13,8 Mrd. DM).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigten die Bezüge über die einzelnen Grenzabschnitte unterschiedliche Veränderungen. Während die Einfuhren über die Ostseehäfen (Menge: + 13 %; Wert: + 17 %), Hamburg (+ 10 bzw. + 15 %), Bremen (+ 2,8 bzw. + 17 %), den südlichen Teil der niederländischen Grenze (+ 6,6 bzw. + 13 %), die belgisch-luxemburgische Grenze (+ 5,8 bzw. + 11 %), die französische Grenze (+ 4,6 bzw. + 10 %), die schweizerische Grenze (+ 1,5 bzw. + 9,4 %) und die tschechoslowakische Grenze (+ 12 bzw. + 25 %) gegenüber 1983 mengen- und wertmäßig gestiegen sind, waren bei den Importen über die dänische Landgrenze (— 9,5 %), die übrigen Nordseehäfen (— 0,4 %), den nördlichen Teil der niederländischen Grenze (— 0,5 %) und über die österreichische Grenze (— 8,9 %) mengenmäßige Einbußen festzustellen. Dem Werte nach waren — mit Ausnahme der Importe über die dänische Land-

grenze — die Veränderungen der Einfuhren über die letztgenannten Grenzabschnitte positiv.

Einfuhr nach Verkehrszweigen

Die Darstellung der Einfuhren im Generalhandel nach Verkehrszweigen gibt einen Überblick, mit welchen Beförderungsmitteln die Waren beim Grenzübergang transportiert wurden. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur der mit den einzelnen Verkehrsmitteln transportierten Waren ergaben sich 1984 je nach mengen- oder wertmäßiger Betrachtung unterschiedliche Anteile an den Gesamtimporten der Bundesrepublik Deutschland. Der Menge nach erlangten der Rohrleitungsverkehr (26 %), der Binnenschiffsverkehr (26 %) und der unmittelbare Seeverkehr (23 %) besondere Bedeutung. Im Straßenverkehr wurden 17 % und im Eisenbahnverkehr 7,1 % der gesamten Einfuhrmenge bezogen, während die im Luftverkehr und im Postverkehr importierten Mengen außerordentlich gering waren (0,1 %).

Dem Wert nach wurde der Hauptanteil der Gesamteinfuhren im Straßenverkehr (42 %) in die Bundesrepublik Deutschland verbracht. Es folgten die Bezüge im unmittel-

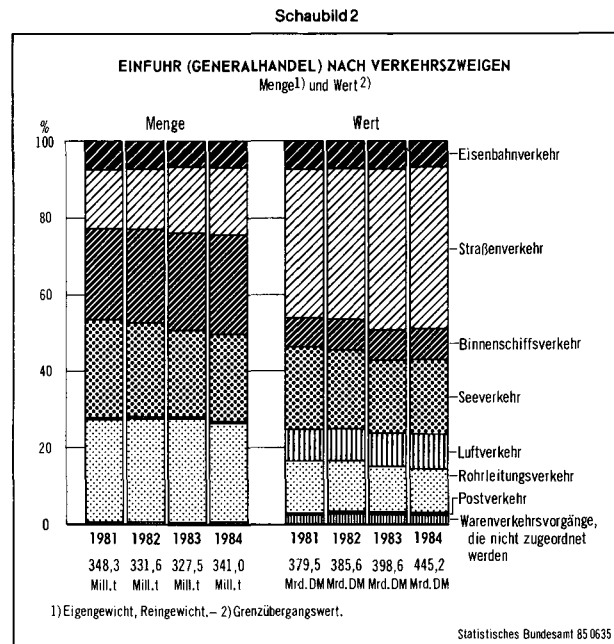
Tabelle 2: Einfuhr im Generalhandel nach Verkehrszweigen

Verkehrszweig ¹⁾	Menge ²⁾						Wert ³⁾					
	1982		1983		1984		1982		1983		1984	
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Insgesamt	331 596,5	100	327 499,0	100	341 045,1	100	385 612,6	100	398 599,8	100	445 248,3	100
darunter:												
Eisenbahnverkehr	23 900,6	7,2	22 506,5	6,9	24 043,8	7,1	26 982,0	7,0	28 508,7	7,2	29 648,4	6,7
Straßenverkehr	51 985,1	15,7	55 761,5	17,0	59 160,1	17,3	151 817,2	39,4	166 336,1	41,7	187 162,4	42,0
Binnenschiffsverkehr	80 728,2	24,3	82 836,5	25,3	87 825,2	25,8	31 024,0	8,0	32 232,4	8,1	36 253,4	8,1
Seeverkehr	82 675,2	24,9	75 162,7	23,0	78 720,1	23,1	79 774,7	20,7	76 673,1	19,2	87 470,9	19,6
Luftverkehr	178,3	0,1	171,8	0,1	190,1	0,1	32 548,4	8,4	34 449,2	8,6	40 631,3	9,1
Rohrleitungsverkehr	90 582,2	27,3	89 582,9	27,4	89 494,8	26,2	50 640,4	13,1	47 752,3	12,0	50 518,5	11,3
Postverkehr	4,0	0,0	4,2	0,0	4,5	0,0	2 146,8	0,6	2 164,8	0,5	2 232,0	0,5

¹⁾ Nachgewiesen im Zeitpunkt des Grenzüberganges. — ²⁾ Eigengewicht, Reingewicht. — ³⁾ Grenzübergangswert.

baren Seeverkehr (19,6 %), im Rohrleitungsverkehr (11,3 %), im Luftverkehr (9,1 %), im Binnenschiffsverkehr (8,1 %) und im Eisenbahnverkehr (6,7 %). Auf den Postweg entfielen 0,5 % des Gesamtwertes.

Mit Ausnahme der mengenmäßigen Bezüge im Rohrleitungsverkehr, die um 0,1 % rückläufig waren, ergaben sich bei allen Verkehrszweigen im Vorjahresvergleich positive Veränderungsdaten. Am stärksten nahmen die auf dem Luftweg (+ 11 %) ins Erhebungsgebiet verbrachten Mengen zu. Bei den auf der Schiene (+ 6,8 %), der Straße



(+ 6,1 %), auf Binnenwasserstraßen (+ 6,0 %) und im unmittelbaren Seeverkehr (+ 4,7 %) bezogenen Mengen hatte der Anstieg ein deutlich geringeres Ausmaß. Der Luftverkehr wies auch bei wertmäßiger Betrachtung von 1983 auf 1984 die höchste Steigerung auf (+ 18 %). Die Werte im unmittelbaren Seeverkehr (+ 14 %), im Straßentransport und Binnenschiffsverkehr (jeweils + 13 %) lagen ebenfalls deutlich über denen von 1983. Geringere wertmäßige Zuwachsraten erzielten der Rohrleitungsverkehr (+ 5,8 %), der Eisenbahnverkehr (+ 4,0 %) und die Beförderung auf dem Postweg (+ 3,1 %).

Einfuhr im mittelbaren Seeverkehr

Die in der Gliederung nach Verkehrszweigen dargestellten Ergebnisse über den „Seeverkehr“ beinhalten nur die unmittelbar über die Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren. Sie lassen nicht erkennen, ob und in welchem Umfang Güter, die ursprünglich in anderen europäischen Seehäfen angelandet wurden, über die Landgrenzen in das Erhebungsgebiet verbracht wurden. Größenordnungen über diese mittelbare Einfuhr über See lassen sich jedoch errechnen, wenn man die Ergebnisse nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen mit denjenigen Herstellungsländern (Ursprungsländern) kombiniert, die ihre Exportwaren hauptsächlich auf dem

Tabelle 3: Einfuhr im Generalhandel nach Verkehrszweigen unter Berücksichtigung des mittelbaren Seeverkehrs

Jahr	Insgesamt	Darunter			
		Seeverkehr			Reiner Landverkehr ¹⁾
		zusammen	unmittelbar	mittelbar	
Menge²⁾					
Mill. t					
1972	320,8	211,6	96,7	114,9	108,3
1973	351,3	231,3	104,1	127,2	119,3
1974	349,6	231,0	108,7	122,3	116,6
1975	322,9	206,8	95,3	111,5	114,1
1976	353,3	225,3	103,9	121,4	125,9
1977	343,6	215,9	98,6	117,3	124,0
1978	361,6	222,8	100,2	122,6	128,7
1979	394,2	249,7	113,9	135,8	132,1
1980	383,9	238,1	108,7	129,4	131,3
1981	348,3	207,1	89,9	117,2	128,0
1982	331,6	197,8	82,7	115,1	120,8
1983	327,5	185,3	75,2	110,2	130,1
1984	341,0	196,0	78,7	117,3	133,0
in Prozent					
1972	100	66,0	30,1	35,8	33,8
1973	100	65,8	29,6	36,2	34,0
1974	100	66,1	31,1	35,0	33,4
1975	100	64,0	29,5	34,5	35,3
1976	100	63,8	29,4	34,3	35,6
1977	100	62,8	28,7	34,1	36,1
1978	100	61,6	27,7	33,9	35,6
1979	100	63,3	28,9	34,4	33,5
1980	100	62,0	28,3	33,7	34,2
1981	100	59,4	25,8	33,6	36,7
1982	100	59,6	24,9	34,7	36,4
1983	100	56,6	23,0	33,6	39,7
1984	100	57,5	23,1	34,4	39,0
Wert³⁾					
Mrd. DM					
1972	130,1	47,5	27,4	20,1	70,1
1973	147,0	55,7	31,6	24,2	77,9
1974	186,6	81,1	44,2	36,9	88,4
1975	190,3	78,4	41,8	36,7	93,3
1976	229,1	96,4	51,9	44,6	110,9
1977	240,8	101,9	55,4	46,5	116,9
1978	249,6	98,9	52,0	46,9	124,8
1979	298,4	124,4	65,7	58,7	142,7
1980 ⁴⁾	350,6	152,1	77,3	74,8	156,6
1981 ⁴⁾	379,5	163,9	81,7	82,2	167,7
1982	385,6	162,4	79,8	82,7	172,6
1983	398,6	160,2	76,7	83,5	186,3
1984	445,2	183,9	87,5	96,4	202,4
in Prozent					
1972	100	36,5	21,1	15,5	53,9
1973	100	37,9	21,5	16,5	53,0
1974	100	43,5	23,7	19,8	47,4
1975	100	41,2	22,0	19,3	49,0
1976	100	42,1	22,6	19,5	48,4
1977	100	42,3	23,0	19,3	48,6
1978	100	39,6	20,8	18,8	50,0
1979	100	41,7	22,0	19,7	47,8
1980 ⁴⁾	100	43,4	22,1	21,3	44,7
1981 ⁴⁾	100	43,2	21,5	21,7	44,2
1982	100	42,1	20,7	21,4	44,8
1983	100	40,2	19,2	21,0	46,7
1984	100	41,3	19,6	21,7	45,5

¹⁾ Einschl. Binnenschiffs- und Rohrleitungsverkehr der beteiligten Länder. - ²⁾ Eigengewicht, Reingewicht. - ³⁾ Grenzübergangswert. - ⁴⁾ Berichtigte Ergebnisse.

Seeweg ins Ausland verfrachten dürften⁶⁾. Die so errechneten mittelbaren Bezüge über See beliefen sich 1984 auf 117,3 Mill. t im Wert von 96,4 Mrd. DM. Addiert man zu diesen Ergebnissen die unmittelbaren Importe über die Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland, so ergibt sich eine Gesamteinfuhr im Seeverkehr von 196,0 Mill. t im Wert von 183,9 Mrd. DM. Nachdem die Bezüge im Seever-

⁶⁾ Die im Luftverkehr in anderen europäischen Flughäfen angekommenen und mit anderen Beförderungsmitteln über Landgrenzen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren können dabei allerdings nicht ausgegliedert werden. Entsprechendes gilt auch für aus überseeischen Ländern (z. B. aus Japan) über die Ostgrenzen auf Schiene und Straße herantransportierten Güter, deren Anteil jedoch insgesamt gering sein dürfte.

kehr mengenmäßig seit 1980 und wertmäßig seit 1982 im jeweiligen Vorjahresvergleich rückläufig gewesen waren, stiegen sie von 1983 auf 1984 wieder an, und zwar der Menge nach um 5,8 % und dem Werte nach um 15 %. Dabei fiel die Zunahme beim unmittelbaren See-Eingang über die Häfen der Bundesrepublik Deutschland mit + 4,7 bzw. + 14 % etwas schwächer aus als im mittelbaren Seeverkehr (+ 6,5 bzw. + 15 %), bei dem die Güter vor dem Verbringen in das Erhebungsgebiet in anderen europäischen Seehäfen angelandet und umgeschlagen werden. Der Anteil des gesamten Seeverkehrs an der Einfuhr belief sich 1984 mengenmäßig auf knapp 58 % und wertmäßig auf 41 %.

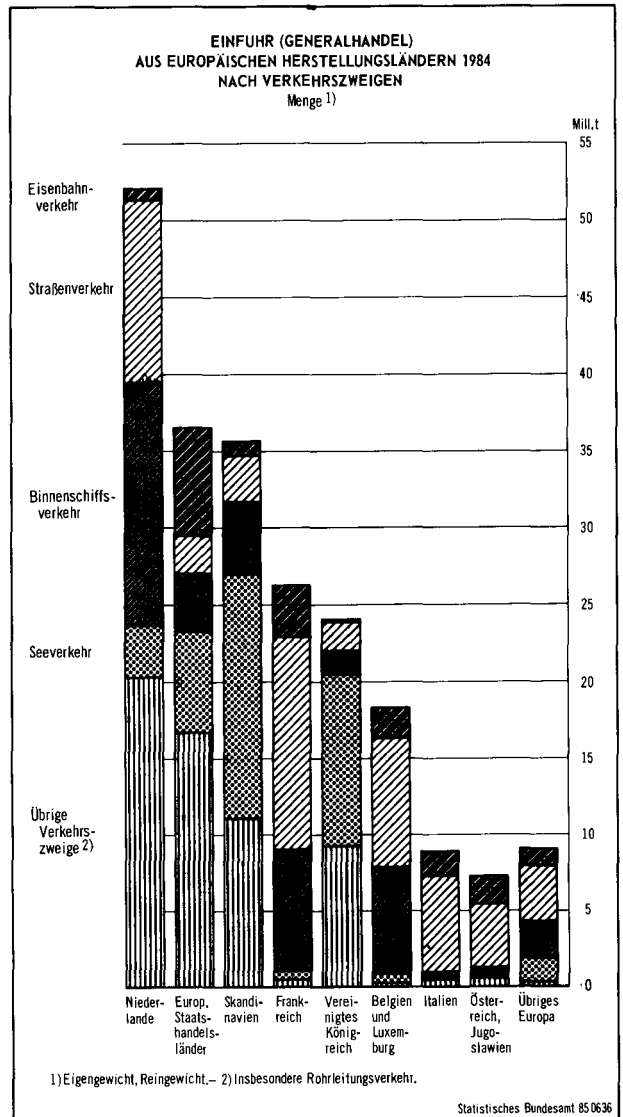
Von den 1984 in Höhe von 117,3 Mill.t im mittelbaren Seeverkehr eingeführten Gütern wurde der Hauptanteil über die niederländische Grenze (68 %) in das Erhebungsgebiet verbracht, was auf die Bedeutung der niederländischen Rheinmündungshäfen als Umschlagplatz für Güter hindeutet, die für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt sind. Die übrigen mittelbaren Einfuhren im Seeverkehr verteilten sich in erster Linie auf die französische Grenze (15 %), die österreichische Grenze (8,0 %) und die schweizerische Grenze (6,4 %). Diese Mengen wurden zu knapp 47 % mit Binnenschiffen, zu 42 % in Rohrleitungen, zu 6,2 % auf der Straße und zu 5,6 % mit der Eisenbahn über die Grenze in die Bundesrepublik Deutschland transportiert.

Einfuhr nach Herstellungsländern und Verkehrszweigen

Von den 1984 insgesamt in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Waren von 341,0 Mill. t hatten allein 64 % ihren Ursprung in einem europäischen Land. Auf Amerika entfielen 14 %, auf Afrika 13 %, auf Asien 6 % und auf Australien und Ozeanien 3 % der mengenmäßigen Gesamtimporte. Bei wertmäßiger Betrachtung war das Übergewicht der Waren aus europäischen Ländern (69 %) noch deutlicher, gefolgt von den Erzeugnissen, die aus Amerika und Asien (je 12 %), aus Afrika (6 %) sowie aus Australien und Ozeanien (1 %) stammten.

Auf die Menge bezogen waren im Jahr 1984 die Niederlande (52,1 Mill. t), die europäischen Staatshandelsländer (36,6 Mill. t), Skandinavien (35,7 Mill. t), Frankreich (26,2 Mill. t), das Vereinigte Königreich (24,0 Mill. t) sowie Belgien/Luxemburg (18,4 Mill. t) die wichtigsten Herstellungsländer im europäischen Raum. Gegenüber dem Vorjahr wiesen die mengenmäßigen Bezüge aus diesen Ländern recht unterschiedliche Veränderungsraten auf. So stiegen die aus den europäischen Staatshandelsländern und aus dem Vereinigten Königreich eingeführten Mengen jeweils um 15 %, was bei der erstgenannten Ländergruppe vor allem auf höhere Durchsätze im Rohrleitungsverkehr (+ 20 %) und Transportgewinne im unmittelbaren Seeverkehr (+ 17 %) zurückzuführen war. Auch bei den Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich war der Anstieg der Bezüge aus Rohrleitungen (+ 34 %) ausschlaggebend für die positive Entwicklung. Im übrigen wurden gut 38 % aller aus dem Vereinigten Königreich von der Bundesrepublik Deutsch-

Schaubild 3



land eingeführten Waren in Rohrleitungen befördert, was auf den hohen Stellenwert des britischen Nordseeöls für das deutsche Energieaufkommen hindeutet. Bei den Einfuhren aus den Niederlanden (+ 2,9 %) ergaben sich im Vorjahresvergleich starke Zunahmen im unmittelbaren Seeverkehr (+ 49 %) und im Eisenbahnverkehr (+ 27 %), während der Transport über Rohrleitungen, der immerhin 38 % der aus den Niederlanden bezogenen Warenmenge ausmachte, um 11 % rückläufig war.

Entgegen der Gesamtentwicklung erlitten die mengenmäßigen Importe aus Belgien/Luxemburg (- 2,1 %) und Frankreich (- 0,8 %) im Vergleich zu 1983 leichte Einbußen. Bei den Einfuhren aus Frankreich standen den positiven Veränderungen der auf der Straße (+ 15 %) und auf der Schiene (+ 2,1 %) beförderten Gütermengen rückläufige Transportaufkommen im Rohrleitungsverkehr und im Binnenschiffsverkehr (jeweils - 19 %) sowie im unmittelbaren Seeverkehr (- 6,0 %) gegenüber. Die Verminderung der Importmenge belgisch-luxemburgischen Ursprungs wurde durch die Rückgänge beim unmittelbaren Seeverkehr (- 15 %), beim Binnenschiffsverkehr (- 5,1 %) sowie beim Eisenbahnverkehr (- 4,4 %) hervorgerufen.

Bei den Einfuhren aus Afrika (44,6 Mill. t) kam die Hälfte der über die Grenzen beförderten Mengen in Rohrleitungen und 28 % auf Binnenwasserstraßen. Von Bedeutung waren auch die Bezüge im unmittelbaren Seeverkehr (18 %), während das Transportaufkommen von Waren afrikanischen Ursprungs auf der Schiene (3,9 %) und auf der Straße (1,3 %) nur eine relativ geringe Rolle spielte. Im Vorjahresvergleich stiegen die Importmengen aus Afrika um 5,2 %. Eine expansive Entwicklung nahmen die mit der Eisenbahn (+ 68 %) und auf der Straße (+ 39 %) eingeführten Mengen. Weniger stark legten die im Binnenschiffsverkehr (+ 7,1 %), in Rohrleitungen (+ 2,3 %) und im unmittelbaren Seeverkehr (+ 0,6 %) bezogenen Mengen zu.

Die Einfuhrmengen amerikanischer Provenienz, die von 1983 auf 1984 um 0,4 % auf 48,6 Mill. t rückläufig waren, wurden hauptsächlich auf Binnenschiffen (52 %) und im unmittelbaren Seeverkehr (36 %) in die Bundesrepublik Deutschland verbracht. Der Eisenbahnverkehr (6,1 %), der Straßenverkehr (3,7 %) und der Durchsatz in Rohrleitungen (1,6 %) waren als Verkehrszweige beim Grenzübergang für amerikanische Güter von geringerer Bedeutung. Der leichte Rückgang der Importmengen aus Amerika war in erster Linie auf die Abnahme der Bezüge im Rohrleitungsverkehr (— 72 %) und die Einbuße im unmittelbaren Seeverkehr (— 2,7 %) zurückzuführen, die durch die Zunahmen der Einfuhrmengen auf der Straße (+ 9,5 %), auf Binnenwasserstraßen (+ 9,3 %) und auf der Schiene (+ 0,5 %) nicht ganz ausgeglichen werden konnten. Die Importe asiatischen Ursprungs bestanden 1984 zu 41 % aus Durchsätzen in Rohrleitungen, zu 39 % aus Ankünften über die Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland und zu 13 % aus Bezügen im Binnenschiffsverkehr. Straße (4,9 %) und Schiene (0,9) waren in geringerem Umfang beteiligt. Die aus dem asiatischen Raum 1984 eingeführten Mengen (20,6 Mill. t) lagen um 8,0 % unter dem Ergebnis von 1983. Rückläufig waren die im unmittelbaren Seeverkehr (— 17 %), in Rohrleitungen (— 3,8 %) und auf der Schiene (— 0,9 %) importierten Mengen, während im Binnenschiffsverkehr (+ 6,6 %) und auf der Straße (+ 4,3 %) Transportgewinne verzeichnet werden konnten. Unter den Einfuhren mit Ursprung in Australien und Ozeanien (+ 36 % auf 9,0 Mill. t) lagen die Schwerpunkte des Transportes über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland mit 54 % beim unmittelbaren Seeverkehr und mit 39 % beim Binnenschiffsverkehr. Bei beiden Verkehrszweigen konnte das Transportaufkommen gegenüber 1983 gesteigert werden (+ 18 bzw. + 47 %).

Einfuhr im Luftverkehr

Die Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland im Luftverkehr nahmen im Vorjahresvergleich der Menge nach um 11 % und dem Wert nach um 18 % zu. Am Gesamtwert der Importe war der Luftverkehr mit 9,1 % beteiligt. Dem Wert nach wurden zu 39 % Waren europäischen, zu 35 % Waren amerikanischen und zu 23 % Waren asiatischen Ursprungs im Luftverkehr bezogen. Aus Afrika (2,2 %) und aus Australien/Ozeanien (0,2 %) stammende Waren wurden in geringerem Umfang im Luftverkehr in das

Erhebungsgebiet verbracht. Mengenmäßig betrachtet dominierte Asien (38 %) vor Amerika (32 %), Europa (23 %), Afrika (6,6 %) sowie Australien und Ozeanien (0,3 %).

Durch entsprechende Auswertung des in den statistischen Einfuhrmeldungen enthaltenen Merkmals „Ort der Einfuhr“ (Eingangsanmeldestelle) läßt sich im Rahmen der Außenhandelsstatistik u. a. auch die Einfuhr im Luftverkehr nach den einzelnen Verkehrsflughäfen darstellen. Zu beachten ist, daß bei der Einfuhr im Luftverkehr als Eingangsanmeldestelle die Flughafenzollstelle erfaßt und nachgewiesen wird, bei der die Einfuhranmeldung abgegeben wird. Wird beispielsweise eine Ware aus dem Ausland zunächst in einen ersten Verkehrsflughafen im Erhebungsgebiet verbracht, umgeladen und zu einem zweiten Verkehrsflughafen weiterbefördert, um dort erst zum freien Verkehr abgefertigt zu werden, so wird diese Ware in der Außenhandelsstatistik als Einfuhr über den zweiten Verkehrsflughafen erfaßt und nachgewiesen. Diese methodische Abgrenzung muß insbesondere bei einem Vergleich mit der Verkehrsstatistik berücksichtigt werden, die solche Warenverschiebungen als Eingänge über den ersten Verkehrsflughafen nachweist.

Unter Zugrundelegung der vorgenannten Methodik stand 1984 bei einer Aufgliederung nach Einfuhrflughäfen Frankfurt/M. mit 40 % der Gesamtmenge an der Spitze. Daran anschließend brachten Düsseldorf (13 %), Hamburg und München (je 10 %), Köln/Bonn (9,2 %) und Stuttgart (7,4 %) die größten Frachtanteile der Einfuhr. Dem Wert nach waren Frankfurt/M. (36 %), Hamburg (22 %) und München (16 %) die wichtigsten Verkehrsflughäfen.

Mit Ausnahme von Hamburg und Bremen, die gegenüber 1983 ein um 8,4 bzw. 4,7 % niedrigeres Frachtaufkommen hatten, war bei den Verkehrsflughäfen im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der aus dem Ausland eingeführten

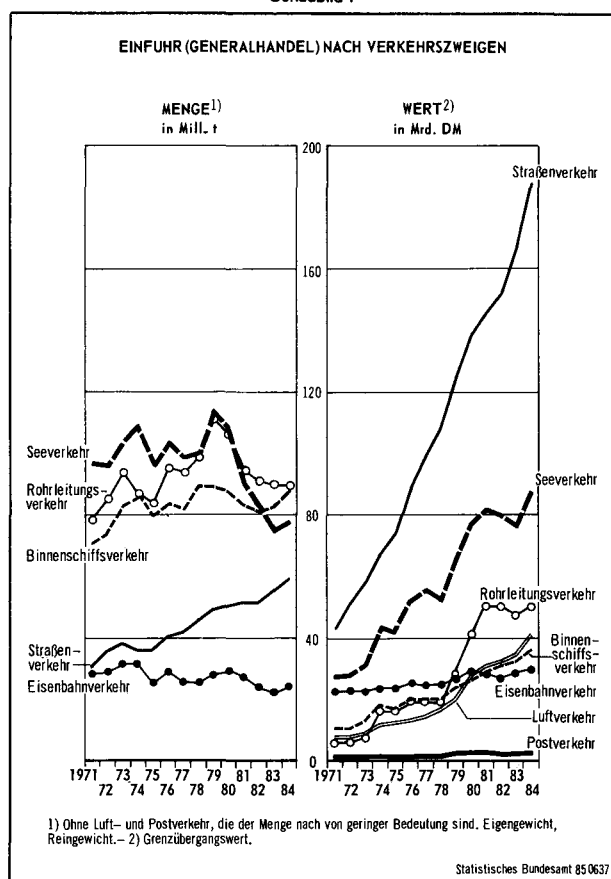
Tabelle 4: Einfuhr im Luftverkehr nach Verkehrsflughäfen

Flughafen	Menge ¹⁾			Wert ²⁾		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984
	1 000 t			Mill. DM		
Insgesamt	178,3	171,8	190,1	32 548	34 449	40 631
darunter:						
Berlin (West)	5,3	3,3	3,4	292	356	509
Bremen	3,2	3,1	2,9	336	384	398
Düsseldorf	21,8	21,4	24,4	2 011	2 367	3 127
Frankfurt am Main	66,2	68,8	75,4	10 830	12 278	14 447
Hamburg	24,8	21,5	19,7	10 408	8 736	9 036
Hannover	5,3	5,8	7,4	946	1 203	1 994
Köln/Bonn	14,9	14,0	17,4	952	1 004	1 127
München	16,2	15,5	19,7	4 056	4 668	6 366
Nürnberg	5,2	4,8	5,0	642	620	767
Stuttgart	15,0	13,0	14,1	2 047	2 077	2 542

¹⁾ Eigengewicht, Reingewicht. — ²⁾ Grenzübergangswert.

Mengen zu verzeichnen. Besonders stark waren die Frachtgewinne in Hannover und München (jeweils + 27 %) sowie in Köln/Bonn (+ 25 %). In Düsseldorf lagen die importierten Mengen um 14 %, in Frankfurt/M. um 10 % und in Stuttgart um 9 % über dem Vorjahresergebnis. Wertmäßig erzielten alle Verkehrsflughäfen Steigerungen gegenüber 1984, wobei die Zunahme der Importe in Frankfurt/M. (+ 2,2 Mrd. DM bzw. + 18 %), München (+ 1,7 Mrd. DM bzw. + 36 %), Hannover (+ 0,8 Mrd. DM bzw.

Schaubild 4



+ 66 %) und Düsseldorf (+ 0,8 Mrd. DM bzw. + 32 %) besonders ins Gewicht fielen.

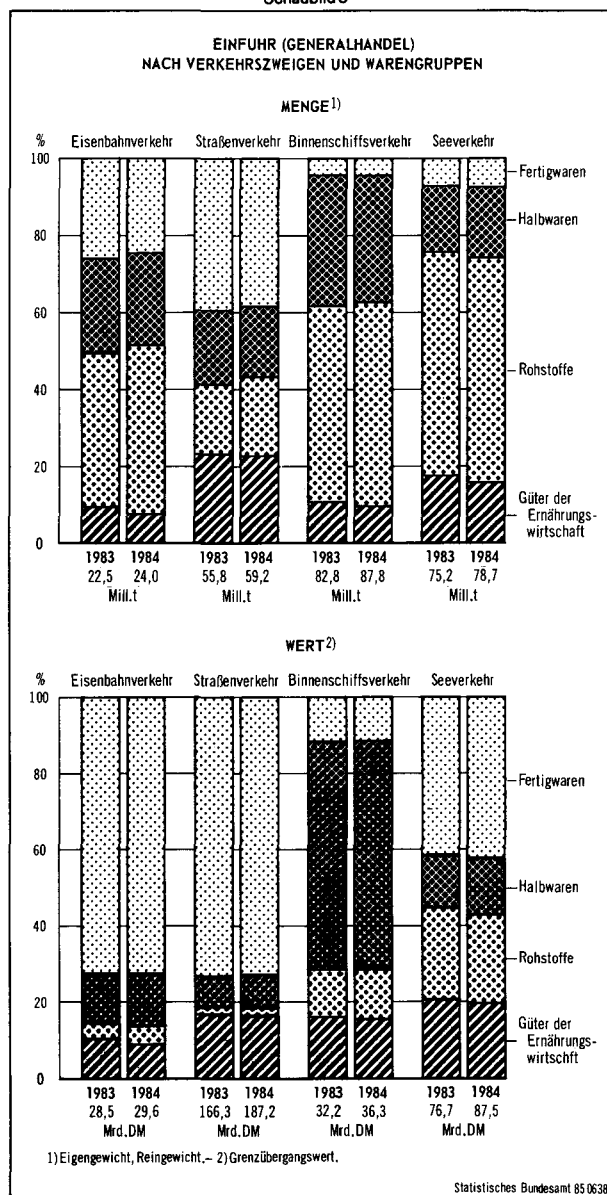
Einfuhr nach Warengruppen und Verkehrszweigen

Die von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1984 eingeführte Warenmenge von 341,0 Mill. t bestand zu 47 % aus gewerblichen Rohstoffen, zu 31 % aus gewerblichen Halbwaren sowie zu jeweils 11 % aus gewerblichen Fertigprodukten und Gütern der Ernährungswirtschaft. Wertmäßig betrachtet dominierten die Importe von gewerblichen Fertigprodukten (54 %). Weitere 18 % entfielen auf Bezüge von gewerblichen Halbwaren, während gewerbliche Rohstoffe und Güter der Ernährungswirtschaft zu jeweils 13 % am gesamten Importwert beteiligt waren⁷⁾.

Der Menge nach wurden die Güter der Ernährungswirtschaft hauptsächlich auf der Straße (37 %), über die Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland (34 %) und auf Binnenwasserstraßen (23 %) eingeführt. Wertmäßig lag der Schwerpunkt beim Straßenverkehr (54 %). Der Rückgang der Einfuhrmenge gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % wurde in erster Linie durch die Transportverluste im unmittelbaren Seeverkehr (- 6,7 %) und im Binnenschiffsverkehr (- 3,8 %) bewirkt. Auch die Bezüge von Ernährungsgütern auf der Schiene (- 15 %) waren rückläufig,

⁷⁾ Siehe auch Tabellen auf S. 237* ff.

Schaubild 5



während die auf der Straße (+ 4,7 %) herangeführten Mengen über dem Vorjahresergebnis lagen.

Die mengenmäßigen Bezüge von gewerblichen Rohstoffen verteilen sich zu jeweils 29 % auf den Binnenschiffsverkehr und den unmittelbaren Seeverkehr sowie zu 28 % auf den Rohrleitungsverkehr. In geringerem Umfang wurden gewerbliche Rohstoffe beim Grenzübergang auf der Straße (7,5 %) und auf der Schiene (6,6 %) befördert. Gegenüber 1983 stiegen die mengenmäßigen Einfuhren von gewerblichen Rohstoffen um 8,1 %, wobei alle wichtigen Verkehrszweige betroffen waren. So nahmen im Vorjahresvergleich die Einfuhrmengen auf der Straße um 20 %, auf der Schiene um 18 % und auf Binnenwasserstraßen um 11 % zu. Die Bezüge im unmittelbaren Seeverkehr partizipierten mit einem Anstieg von 5,2 % und die Importe in Rohrleitungen mit einem mengenmäßigen Gewinn von 3,6 %.

Wie in den Vorjahren war auch 1984 bei der Einfuhr von gewerblichen Halbwaren der Rohrleitungsverkehr, der 43 % der Gesamtmenge auf sich vereinigte, wichtigste

Beförderungsart. Auf Binnenwasserstraßen gelangten 27 %, im unmittelbaren Seeverkehr 14 % und im Straßenverkehr 11 % der gewerblichen Halbwaren in das Erhebungsgebiet. Bei einer nur sehr geringen Steigerung der Gesamtimportmenge von Halbwaren (+ 1,1 %) gegenüber 1984 standen dem Verlust bei den Durchsätzen in Rohrleitungen (— 3,5 %) Transportgewinne im unmittelbaren Seeverkehr (+ 13 %), auf der Schiene (+ 3,3 %), auf Binnenwasserstraßen (+ 2,3 %) und auf der Straße (+ 2,1 %) gegenüber. Gewerbliche Fertigwaren wurden 1984 vorwiegend auf der Straße (58 % der Gesamtmenge) herantransportiert. Der Eisenbahnverkehr und der unmittelbare Seeverkehr waren mit Anteilen von jeweils 15 % an den mengenmäßigen Bezügen von Fertigprodukten in etwa gleichbedeutend. Weitere 11 % entfielen auf die Beförderung mit Binnenschiffen. Von 1983 auf 1984 stiegen die Fertigwareneinfuhren der Menge nach um 3,7 %, wobei alle beteiligten Verkehrszweige Beförderungsgewinne erzielten.

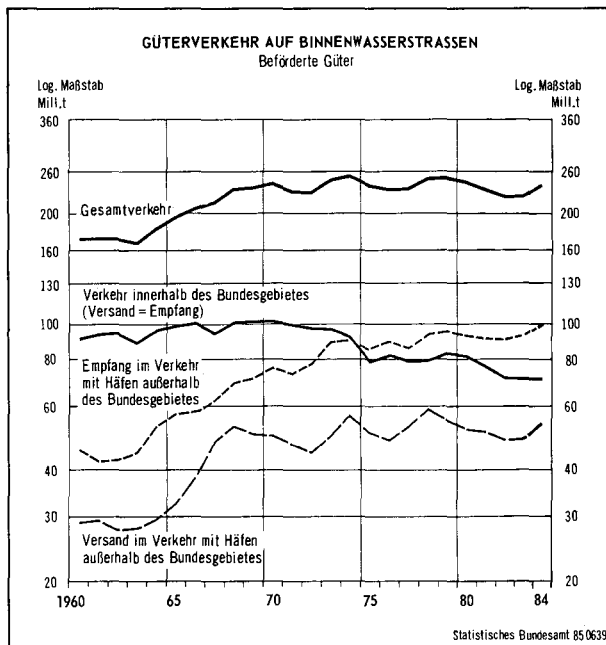
Dipl.-Kaufmann Karl Müller

Binnenschifffahrt 1984

Gesamtüberblick

Im Jahr 1984 wurden auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 236,5 Mill. t Güter befördert, wobei eine Transportleistung von 52,0 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erbracht wurde. Im Vergleich zum Vorjahr war das Beförderungsvolumen um 12,5 Mill. t Güter größer (+ 5,6 %), und die Transportleistung lag um 2,9 Mrd. tkm über dem Ergebnis von 1983 (+ 5,9 %).

Schaubild 1



Bereits ab Jahresbeginn wurden Zunahmen der monatlichen Gesamttransportmengen ermittelt. In den ersten fünf Monaten war die insgesamt beförderte Gütermenge um mehr als 10 Mill. t umfangreicher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+ 11,7 %). In der zweiten Jahreshälfte waren die Zunahmen teilweise wesentlich geringer, und in den Monaten Juni, September und Dezember wurden sogar weniger Güter transportiert als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Aus dieser Entwicklung resultiert das — insgesamt sehr positive — Jahresergebnis, das um 12,5 Mill. t über dem des Vergleichsjahres lag. Für die Beförderungsleistung wurden besondere Leistungssteigerungen für die Monate April (+ 19 %), Mai (+ 17 %) und November (+ 23 %) ermittelt, Leistungsminderungen traten nur im Juni und August ein. Die gesamte Leistungssteigerung belief sich für das Jahr 1984, wie bereits oben genannt, auf 5,9 %.

Zum Transport der Gesamtbeförderungsmenge von 236,5 Mill. t wurde im Berichtsjahr eine Transportkapazität von insgesamt 317,8 Mill. t Tragfähigkeit eingesetzt. Der zur Beförderung der Güter eingesetzte Schiffsraum wurde zu 74 % ausgelastet. Gegenüber dem Vorjahr vergrößerte

sich damit der Auslastungsgrad¹⁾ von nicht ganz 72 % um fast drei Prozentpunkte.

Ein Vergleich mit den übrigen landgebundenen Hauptverkehrszweigen zeigt, daß die Binnenschifffahrt im Berichtsjahr eine Beförderungssteigerung erfuhr, die mit zu den höchsten zählt: Mit der Eisenbahn wurden 19,8 Mill. t oder 6,4 % mehr Güter befördert als 1983; im Straßengüterfernverkehr nahm das Transportvolumen um 10,5 Mill. t oder 3,4 % zu und bei den Rohrleitungen belief sich der Transportgewinn auf 2,5 Mill. t (+ 4,6 %).

Die Bedeutung der Binnenschifffahrt, deren Wegenetz weit weniger dicht ist als zum Beispiel das der Eisenbahn, wird besonders deutlich, wenn man den grenzüberschreitenden Verkehr betrachtet.

Tabelle 1: Grenzüberschreitender Verkehr

Verkehrszweig	Empfang	Versand	Durchgang	Zusammen
Transportierte Gütermenge 1 000 t				
Eisenbahn	24 857	30 861	7 103	62 821
Straßenverkehr	59 445	59 328	13 737	132 510
Binnenschifffahrt	96 558	51 011	12 512	160 081
Rohrfernleitung	44 525	—	—	44 525
Insgesamt ...	225 385	141 200	33 352	399 937
Veränderung gegenüber 1983 %				
Eisenbahn	+ 5,1	+ 11,1	+ 3,7	+ 7,8
Straßenverkehr	+ 2,2	+ 5,1	+ 10,8	+ 4,3
Binnenschifffahrt	+ 7,7	+ 12,1	+ 8,0	+ 9,1
Rohrfernleitung	+ 3,8	—	—	+ 3,8
Insgesamt ...	+ 5,1	+ 8,8	+ 8,2	+ 6,7

Beim grenzüberschreitenden Verkehr, der bei dieser Betrachtung auch den Durchgangsverkehr einschließt, steigerte die Eisenbahn die Beförderungen um 4,5 Mill. t (+ 7,8 %), beim Straßenverkehr wurden 5,5 Mill. t mehr Güter transportiert (+ 4,3 %) und durch Rohrleitungen wurden nur 1,6 Mill. t mehr Güter befördert (+ 3,8 %). In der Binnenschifffahrt nahm dagegen das Beförderungsvolumen in diesen Verkehrsbeziehungen um 13,2 Mill. t zu (+ 9,1 %).

Güterverkehr nach Hauptverkehrsbeziehungen

In allen wichtigen Verkehrsbeziehungen — mit Ausnahme des Verkehrs innerhalb des Bundesgebietes — wurden ansehnliche Transportgewinne erzielt.

Beim Verkehr innerhalb des Bundesgebietes stagnierte das Beförderungsaufkommen, denn mit einem Gesamtvolumen von 70,2 Mill. t lag es um 0,7 Mill. t oder 0,9 % unter dem des Vorjahres. Eine nennenswerte Steigerung wurde nur bei der Beförderung von Kohle und Koks ermittelt (+ 0,9 Mill. t oder + 8,0 %). Zwar wurden auch mehr Erze, Düngemittel sowie landwirtschaftliche wie auch chemische Erzeugnisse befördert, aber durch diesen Zuwachs,

¹⁾ Der Auslastungsgrad ist das Verhältnis zwischen Beförderungsmenge und der angebotenen Tragfähigkeitstonnage der für den Transport eingesetzten Schiffe. Die Tragfähigkeitstonnage leer fahrender sowie nicht für Gütertransporte eingesetzter Schiffe bleibt bei dieser Berechnung unberücksichtigt.

der sich zusammen auf 1,6 Mill. t Güter belief, konnten die erheblichen Einbußen beim Transport von Mineralöl und -erzeugnissen (— 1,4 Mill. t oder — 8,3 %), bei Steinen und Erden (— 0,5 Mill. t oder — 1,8 %) sowie bei Anderen Nahrungsmitteln (fast — 0,3 Mill. t oder — 11 %) nicht ausgeglichen werden. Der Anteil dieser Verkehrsbeziehungen am Gesamtverkehr auf den Wasserstraßen des Bundesgebietes belief sich, gemessen am Beförderungsvolumen, auf knapp 30 % (1983: 32 %).

Im grenzüberschreitenden Verkehr wurden insgesamt 147,6 Mill. t Güter befördert, das sind 12,4 Mill. t oder 9,1 % mehr als im Jahr 1983. Dies ist ein sehr kräftiger Anstieg, tatsächlich wurde die in dieser Verkehrsbeziehung transportierte Gütermenge lediglich einmal — nämlich 1978 — übertroffen, als 149,1 Mill. t im grenzüberschreitenden Verkehr befördert wurden. Beim Güterversand ins Ausland wurden bei nahezu allen Güterabteilungen erheblich größere Mengen ermittelt, insbesondere bei Kohle und Koks (+ 1,5 Mill. t oder + 22 %), Eisen und Stahl (+ 1,2 Mill. t oder + 23 %), Chemischen Erzeugnissen (+ 0,6 Mill. t oder + 14 %) und bei Erdöl und -erzeugnissen (+ 0,6 Mill. t oder + 27 %). Beim Güterempfang aus dem Ausland gab die außerordentliche Zunahme der Erzzufuhren (+ 6,0 Mill. t oder + 21 %) den Ausschlag für die Gesamtzunahme der Ausladungen um 6,9 Mill. t (+ 7,7 %). Mit

Tabelle 2: Güterverkehr nach Hauptverkehrsbeziehungen

Hauptverkehrsbeziehung	1983	1984	1984 gegenüber 1983	
	1 000 t		%	
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes				
Versand = Empfang	70 899	70 234	— 665	— 0,9
Verkehr mit der DDR und Berlin (Ost)				
Versand	3 233	2 835	— 398	— 12,3
Empfang	3 014	3 328	+ 314	+ 10,4
Grenzüberschreitender Verkehr				
Versand	45 524	51 011	+ 5 486	+ 12,1
Empfang	89 682	96 558	+ 6 876	+ 7,7
Zusammen	212 353	223 966	+ 11 613	+ 5,5
Durchgangsverkehr	11 583	12 512	+ 929	+ 8,0
Gesamtverkehr	223 936	236 478	+ 12 542	+ 5,6

einer Gesamtmenge von 96,6 Mill. t aus dem Ausland empfangener Güter wurde die bisher größte Gütermenge in dieser Verkehrsbeziehung ermittelt, die das bis dahin größte Empfangsvolumen (94,1 Mill. t im Jahr 1979) um nicht weniger als 2,5 Mill. t übertraf. Der Anteil des grenzüberschreitenden Verkehrs am Gesamtverkehr betrug im Berichtsjahr 62 % (1983: 60 %).

Im Verkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), der bei einem Anteil am Gesamtverkehr von nur 2,6 % unbedeutend ist, nahm der Versand ab und der Güterempfang zu.

Im Durchgangsverkehr wurden gegenüber 1983 insgesamt 0,9 Mill. t mehr Güter befördert (+ 8,0 %). Nennenswert ist die Zunahme der Durchfuhr von Erzen (+ 0,5 Mill. t oder + 54 %) sowie von Eisen- und Stahlerzeugnissen (+ 0,2 Mill. t oder + 12 %). Der Anteil des Durchgangsverkehrs am Gesamtverkehr belief sich 1984 auf 5,3 % (1983: 5,2 %).

Güterverkehr nach Güterhauptgruppen

Nahezu zwei Drittel (64 %) der beförderten Gesamtgütermenge entfielen auf nicht mehr als fünf Güterhauptgruppen, und knapp drei Viertel (74 %) des gesamten Transportvolumens setzte sich aus Gütern von nur acht Güterhauptgruppen zusammen. Es verdient genannt zu werden, daß es sich um jene Güterhauptgruppen handelt, für die auch in den Vorjahren ähnliche Ergebnisse gemeldet wurden.

Die — gemessen an ihrer Gesamtbeförderungsmenge — zehn bedeutendsten Güterhauptgruppen sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung die folgenden:

Tabelle 3: Beförderungsmengen 1984

Güterhauptgruppe	Beförderungsmenge	
	Insgesamt	Anteil an der Gesamttransportmenge
	Mill. t	%
Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken	45,2	19,1
Kraftstoffe und Heizöl	40,1	17,0
Eisenerze		
(ohne Schwefelkiesabbrände)	31,0	13,1
Steinkohle und -briketts	22,5	9,5
Sonstige Steine, Erden und verwandte		
Rohminerale	12,9	5,4
Chemische Grundstoffe	10,6	4,5
Getreide	6,3	2,7
Futtermittel	6,0	2,6
NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	5,7	2,4
Ölsaaten und -früchte, pflanzl. und tier.		
Öle und Fette	5,3	2,2

Auf diese wenigen Güterhauptgruppen entfielen 1984 nicht weniger als 78,5 % des gesamten Transportaufkommens.

Außergewöhnlich hohe Zunahmen der jährlichen Transportmenge wurden im Berichtsjahr festgestellt für: Eisenerze (+ 3,5 Mill. t oder + 13 %), NE-Metallerze (+ 2,5 Mill. t oder + 77 %), Steinkohle und -briketts (+ 1,3 Mill. t oder + 6,2 %), Chemische Grundstoffe (+ 1,2 Mill. t oder + 13 %), Koks (+ 1,2 Mill. t oder + 50 %) sowie Eisen- und Stahlabfälle (+ 1,0 Mill. t oder + 32 %). Nennenswerte Verringerungen erfuhr die Transporte von Kraftstoffen und Heizöl (— 0,9 Mill. t oder — 2,2 %) sowie von Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken (— 0,6 Mill. t oder — 1,2 %).

Güterumschlag nach Wasserstraßengebieten und ausgewählten Häfen

Im Berichtsjahr wurden in den Häfen des Bundesgebietes durch die Binnenschifffahrt insgesamt 294,4 Mill. t Güter umgeschlagen²⁾, das waren 11,7 Mill. t oder 4,1 % mehr als im Vorjahr.

Fast die gesamte Umschlagszunahme ist auf den Zuwachs des Güterverkehrs in den Häfen des Rheingebietes zurückzuführen. In diesem Gebiet, dessen Häfen einen Umschlag von 204,2 Mill. t Gütern verzeichneten, was

²⁾ Im Gegensatz zu den Angaben über die Beförderungsmengen sind in den Daten über den Güterumschlag die Transportmengen zwischen den Häfen des Bundesgebietes doppelt enthalten, nämlich sowohl als Versand- als auch als Empfangsmengen.

einem Anteil am Gesamtgüterumschlag von 69 % entspricht, nahm der Umschlag um 10,2 Mill. t oder 5,3 % zu. Die Häfen des — gemessen am Umschlagsvolumen — nächstbedeutendsten Wasserstraßengebietes, des Westdeutschen Kanalgebietes, erzielten 1984 einen Umschlag

Tabelle 4: Güterumschlag nach Wasserstraßengebiet und ausgewählten Häfen

Wasserstraßengebiet Ausgewählte Häfen	1983	1984	1984 gegenüber 1983	
	1 000 t			%
Rheingebiet	193 989	204 205	+ 10 216	+ 5,3
darunter:				
Duisburger Häfen	47 212	55 951	+ 8 739	+ 18,5
darunter:				
Homburg	2 821	3 183	+ 363	+ 12,8
Rheinhausen	4 006	5 279	+ 1 273	+ 31,7
Walsum	2 475	3 141	+ 666	+ 26,9
Köln	13 700	13 763	+ 63	+ 0,4
Karlsruhe	11 208	10 321	- 887	- 8,0
Ludwigshafen	7 961	8 644	+ 683	+ 8,5
Mannheim	8 084	8 152	+ 68	+ 0,8
Frankfurt	6 475	6 085	- 390	- 6,1
Heilbronn	5 024	5 433	+ 409	+ 8,1
Neuss	4 379	4 838	+ 459	+ 10,4
Krefeld-Uerdingen	3 385	3 655	+ 270	+ 7,9
Mainz	3 315	3 479	+ 164	+ 4,9
Andernach	3 181	2 718	- 464	- 14,6
Westdeutsches Kanalgebiet	37 739	37 934	+ 195	+ 0,5
darunter:				
Dortmund	5 731	5 782	+ 51	+ 0,8
Gelsenkirchen	4 306	3 597	- 709	- 16,5
Emden	2 303	2 129	- 174	- 7,6
Elbegebiet	14 001	15 217	+ 1 216	+ 8,7
darunter:				
Hamburg	9 179	9 838	+ 660	+ 7,1
Wesergebiet	13 003	12 342	- 661	- 5,1
darunter:				
Bremen	5 038	4 595	- 443	- 8,8
Mittellandkanalgebiet	12 764	12 869	+ 105	+ 0,8
Gebiet Berlin (West)	7 993	7 949	- 45	- 0,6
Berlin (West)	7 993	7 949	- 45	- 0,6
Donaugebiet	3 253	3 904	+ 651	+ 20,0
Insgesamt	282 741	294 419	+ 11 677	+ 4,1

von 37,9 Mill. t und damit nur knapp 0,2 Mill. t mehr als 1983 (+ 0,5 %). Ihr Anteil am Gesamtumschlag betrug knapp 13 %. Im Elbegebiet konnte der Umschlag um 1,2 Mill. t oder 8,7 % auf 15,2 Mill. t gesteigert werden; damit wurde ein Anteil am Gesamtwert von 5,2 % erreicht. Die übrigen Wasserstraßengebiete waren am Gesamtumschlag des Bundesgebietes wie folgt beteiligt:

Wesergebiet 4,2 %, Mittellandkanal-Gebiet 4,4 %, Gebiet Berlin (West) 2,7 % und Donaugebiet 1,3 %.

Fast alle namhaften Häfen des Rheingebietes konnten ihren Umschlag steigern, allen voran die Duisburger Häfen (+ 8,7 Mill. t oder + 19 %). Lediglich in Karlsruhe, Andernach und Frankfurt ergaben sich Umschlagseinbußen unterschiedlichen Umfangs.

Der Umschlag des Duisburger Hafens, also ohne die zu den Duisburger Häfen zählenden Hafenanlagen in Homburg, Rheinhausen und Walsum, nahm im Berichtsjahr um 6,4 Mill. t zu (+ 17 %). Ursache dieser Umschlagsausweitung waren vor allem die erhöhten Umschläge von Eisenerzen (+ 2,6 Mill. t), Koks (+ 1,0 Mill. t), NE-Metallerzen (+ 0,9 Mill. t) und Eisen- und Stahlabfällen (+ 0,6 Mill. t). In Rheinhausen, einer der zu den Duisburger Häfen zählenden

Anlagen, wurde ebenfalls eine nennenswerte Umschlagssteigerung erzielt (+ 1,3 Mill. t oder + 32 %), die hauptsächlich auf der außerordentlichen Steigerung der Zufuhr von NE-Metallerzen beruht (+ 0,8 Mill. t). Verminderter Empfang von Kraftstoffen und Heizöl (- 0,7 Mill. t) war die Hauptursache für die Umschlagseinbuße in Karlsruhe (- 0,9 Mill. t oder - 8,0 %). In Andernach war der Rückgang der Transporte von Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken sowie von Anderen Steinen und Erden (zusammen - 0,4 Mill. t) die Ursache für die Umschlagsminderung (- 0,5 Mill. t oder - 15 %), und in Frankfurt führten verminderte Löschungen von Kraftstoffen und Heizöl sowie von Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken (zusammen - 0,4 Mill. t) zur negativen Umschlagsbilanz.

Eine größere Umschlagseinbuße wurde im Westdeutschen Kanalgebiet für den Hafen Gelsenkirchen verzeichnet. Dort gingen die Umschlagsmengen von Kraftstoffen und Heizöl (- 0,3 Mill. t) sowie von Steinkohle und -briketts (- 0,2 Mill. t) stark zurück.

Verkehr mit Trägerschiffslechtern und Containern

Die Güterbeförderung mit Trägerschiffslechtern erfuhr im Berichtsjahr eine ansehnliche Belebung (+ 21 %). Trotzdem handelt es sich bei dieser Beförderungsart mit einem Transportvolumen von nur 415 000 t (was einem Anteil von lediglich 0,18 % am gesamten Verkehrsaufkommen entspricht) um eine spezielle Transportform, die wegen ihrer Besonderheit von Interesse ist.

Tabelle 5: Güterverkehr mit Trägerschiffslechtern nach ausgewählten Gütern

Ausgewählte Güter	1983	1984	1984 gegenüber 1983	
	1 000 t			%
Güter insgesamt	344	415	+ 72	+ 20,6
darunter:				
Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)	95	180	+ 84	+ 88,4
Chemische Erzeugnisse	151	158	+ 8	+ 5,0
Anderer Halb- und Fertigerzeugnisse	45	46	+ 1	+ 2,7
Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse	20	13	- 7	- 34,8
Steine und Erden (einschl. Baustoffe)	6	8	+ 3	+ 45,2
Anderer Nahrungs- und Futtermittel	24	3	- 21	- 88,7

Die größten Anteile der auf diese Art beförderten Güter entfielen mit 180 000 bzw. 158 000 t auf Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug) sowie auf Chemische Erzeugnisse (ohne Aluminiumoxyd und -hydroxyd).

Tabelle 6: An- und Abtransport von Gütern in Containern
1 000 t

Nachweisung	Alle Häfen		Darunter Rheinhäfen	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Insgesamt	1 201	744	799	357
darunter:				
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	48	55	7	15
Anderer Nahrungsmittel	37	47	27	10
Eisen, NE-Metalle	46	29	43	27
Steine und Erden	34	56	23	16
Chemische Erzeugnisse	355	65	250	38
Anderer Halb- und Fertigerzeugnisse	261	46	229	18
Besondere Transportgüter	364 ¹⁾	381 ²⁾	178 ¹⁾	194 ²⁾

¹⁾ Einschl. 6 000 t nicht zuzuordnender Güter. — ²⁾ Einschl. 4 000 t nicht zuzuordnender Güter.

Die Güterbeförderung in Containern erfuhr im Berichtsjahr eine weitere Zunahme. Das Gewicht der angelandeten Container (erfaßt werden nur Großcontainer von 20 Fuß und größer) einschließlich ihrer Ladung belief sich auf 744 000 t (1983: 615 000 t). Zum Versand gelangten beladene Transportbehälter mit einem Gesamtgewicht von 1,2 Mill. t (1983: 963 000 t).

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Versand in Containern um 238 000 t oder 25 % und der Empfang um 128 000 t oder 21 % zu. In den Rheinhäfen stieg der Versand sogar um 40 % (+ 228 000 t), der Empfang immerhin noch um 14 % (+ 45 000 t).

In das Ausland wurden Güter im Gewicht von 889 000 t versandt, die Empfangsmenge aus dem Ausland belief sich auf 401 000 t. Diese Mengen entsprechen Anteilen an den jeweiligen Transportmengen von 74 bzw. 54 %.

Schubschifffahrt

Die Güterbeförderung mit Schubschiffen nahm — betrachtet man die Grenzpassagen bei Emmerich am Niederrhein und Perl/Apach an der Mosel zusammen — gemessen an den beförderten Gütermengen insgesamt um 11 % zu (+ 4,5 Mill. t).

An der Grenzzollstelle Emmerich — wo im Berichtsjahr 85 % des Güterverkehrs mit ausländischen Häfen abgewickelt wurden — nahmen die Gütertransporte mit Schubschiffen um 13 % zu (+ 4,9 Mill. t). In das Bundesgebiet wurden 36,2 Mill. t Güter verbracht, das waren 4,7 Mill. t mehr als 1983 (+ 15 %). Diese Zunahme beruht auf der vermehrten Schubschiffbeförderung von Eisenerzen (+ 4,9 Mill. t oder + 20 %), die mit 29,9 Mill. t über vier Fünftel der bergwärts geschobenen Güter stellten. In der Talfahrt, das heißt beim Grenzausgang, wurden 7,3 Mill. t Güter mit Schubschiffen befördert, nur wenig mehr als im Vorjahr (+ 3,2 %). In dieser Verkehrsrichtung wurde eine größere Gütervielfalt beobachtet: Die Ladungen bestanden im Durchschnitt zu 37 % aus Kohle und Koks, zu 17 % aus Chemischen Grundstoffen und zu 15 % aus Steinen und ähnlichen Rohmineralien.

An der Mosel an der Grenzzollstelle Perl/Apach wurde dagegen — wie auch im Vorjahr — ein starker Rückgang der Schubtransporte festgestellt. In der Talfahrt, das heißt beim Grenzeingang, wurden 0,8 Mill. t Güter registriert, das waren über 0,1 Mill. t oder 14 % weniger als 1983. In der Bergfahrt, das heißt bei den Transporten nach Frankreich (fast 1,1 Mill. t), war der Rückgang mit 0,3 Mill. t Gütern (— 21 %) doppelt so groß.

Güterverkehr nach Flaggen

Die Betrachtung des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes unter Berücksichtigung der an der Güterbeförderung beteiligten Nationen ist in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse.

Für den Rhein, den größten Strom der Bundesrepublik Deutschland und gleichzeitig ihre längste Wasserstraße (622 km von Rheinfelden bis zur niederländischen

Grenze)³⁾, auf dem die größte Gütermenge — im Berichtsjahr 196,5 Mill. t oder 83 % des insgesamt von der Binnenschifffahrt beförderten Gütervolumens (darunter mit 12,5 Mill. t 99,9 % des internationalen Durchgangsverkehrs) — bewegt wird, bestimmt seit dem 1. Juli 1869 die revidierte Rheinschiffahrtsakte (sog. Mannheimer Akte)⁴⁾ im Artikel 1:

„Die Schifffahrt auf dem Rhein . . . soll, sowohl aufwärts als abwärts, . . . den Fahrzeugen aller Nationen zum Transport von Waren und Personen gestattet sein.“

Abgesehen von den in der Akte festgelegten Vorschriften darf kein Hindernis der freien Schifffahrt entgegengesetzt werden. Diese Bestimmungen sind mit ihren wettbewerbsfördernden Regelungen nicht ohne Auswirkungen auf die Schifffahrt in den an den Rhein angrenzenden Wasserstraßengebieten geblieben, wie überhaupt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem gut ausgebauten Wasserstraßennetz die benachbarten Staaten geradezu einlädt, sich dieser Verkehrsmöglichkeit in großem Umfang zu bedienen.

Die in Tabelle 7 aufgeführten Flaggen führten im Jahr 1984 den überwiegenden Teil — nämlich fast 99 % — aller Transporte (gemessen an der beförderten Gütermenge)

Tabelle 7: Güterverkehr nach Flaggen

Flagge	1983	1984	1984 gegenüber 1983	
	1 000 t			%
Deutschland				
Bundesrepublik Deutschland	109 568	113 821	+ 4 254	+ 3,9
Deutsche Demokratische Republik	5 688	5 732	+ 44	+ 0,8
Niederlande	74 733	81 363	+ 6 629	+ 8,9
Schweiz	15 353	15 854	+ 501	+ 3,3
Belgien	9 997	10 415	+ 417	+ 4,2
Frankreich	4 253	3 669	— 584	— 13,7
Österreich	820	1 118	+ 298	+ 36,4
Tschechoslowakei	848	1 042	+ 194	+ 22,9
Polen	807	892	+ 85	+ 10,5
Übrige Flaggen	1 869	2 572	+ 703	+ 37,6
Insgesamt	223 936	236 478	+ 12 542	+ 5,6

durch. De facto sind es aber nur die Flotten der Rheinuferstaaten einschließlich Belgiens, die den größten Transportanteil — im Berichtsjahr 95 % — auf sich vereinigen.

In den weiteren Betrachtungen soll daher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur auf die Beteiligung dieser Flotten am Transportgeschehen eingegangen werden. Aus Tabelle 7 folgt, daß von den genannten Nationen im Berichtsjahr lediglich die Niederlande einen Anteilsgewinn an der Güterbeförderung auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes verbuchen konnten, weil nur für diese Flagge eine größere Beförderungszunahme als die allgemeine Transportausweitung verzeichnet wurde. (Die relativen Zunahmen einiger weiterer Rheinuferstaaten beruhen nur auf der allgemeinen Transportausweitung.) Gleiches gilt für die Flaggen Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens. Eine herbe Anteilseinbuße war für Frankreich zu verzeichnen, dessen Anteil an der Gesamtbeför-

³⁾ Nur Stromstrecken auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

⁴⁾ Siehe BGBl. 1969 II, Seite 597 ff.

Tabelle 8: Gesamtbeförderung nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1984	1970	1980	1984
Bundesrepublik						
Deutschland	137 459	126 408	113 821	57,3	52,5	48,1
Belgien	12 543	10 096	10 415	5,2	4,2	4,4
Frankreich	7 209	5 562	3 669	3,0	2,3	1,6
Niederlande	67 376	74 850	81 363	28,1	31,1	34,4
Schweiz	7 532	13 387	15 854	3,1	5,6	6,7
Übrige Flaggen	7 882	10 683	11 356	3,3	4,4	4,8
Insgesamt ...	240 001	240 985	236 478	100	100	100

derung von 1,9 % (4,3 Mill. t) im Jahr 1983 auf jetzt nur noch 1,6 % (3,7 Mill. t) sank.

In Tabelle 8 sind die Anteile der Flotten der Rheinuferstaaten (einschl. Belgiens) an der Gesamtbeförderung auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland aufgeführt. Es zeigt sich, daß der Beförderungsanteil der Flotte der Bundesrepublik Deutschland seit 1970 um über 9 Prozentpunkte abgesunken ist; für den gleichen Zeitraum verbuchten dagegen die Flotten der Niederlande und der Schweiz einen Zuwachs um über 6 bzw. fast 4 Prozentpunkte. Bei einem Gesamtrückgang der Beförderungsmenge um 3,5 Mill. t (— 1,5 %) im Zeitraum 1970 bis 1984 ging das Transportvolumen der Flotte der Bundesrepublik Deutschland um nicht weniger als 23,6 Mill. t oder 17 % zurück. Dagegen erzielte die Flotte unter der Flagge der Niederlande einen Transportzuwachs von 14,0 Mill. t oder 21 % und die Flotte der Schweiz einen Zuwachs von 8,3 Mill. t, was für die Schweiz mehr als einer Verdoppelung der Transportmenge von 1970 entspricht (+ 110 %).

Die Untersuchung dieses Phänomens — des Rückgangs des Beförderungsanteils der deutschen Binnenflotte — zeigt, daß es etwa ab 1970 einsetzte und sich seit diesem Zeitpunkt fast kontinuierlich fortsetzte. Ähnliches gilt — nur mit umgekehrten Vorzeichen — für die Flotten der Niederlande und der Schweiz: Deren Anteile wuchsen fast ebenso stetig. Bemerkenswert ist vor allem, daß 1983 und 1984 die Beförderungsanteile für die Flagge der Bundesrepublik besonders stark abnahmen und für die der Niederlande ein ebenso starker Zuwachs zu verzeichnen ist. Die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten der Transportanteile lauten: Bundesrepublik Deutschland — 1,2 %, Niederlande + 1,5 % und Schweiz + 5,7 %.

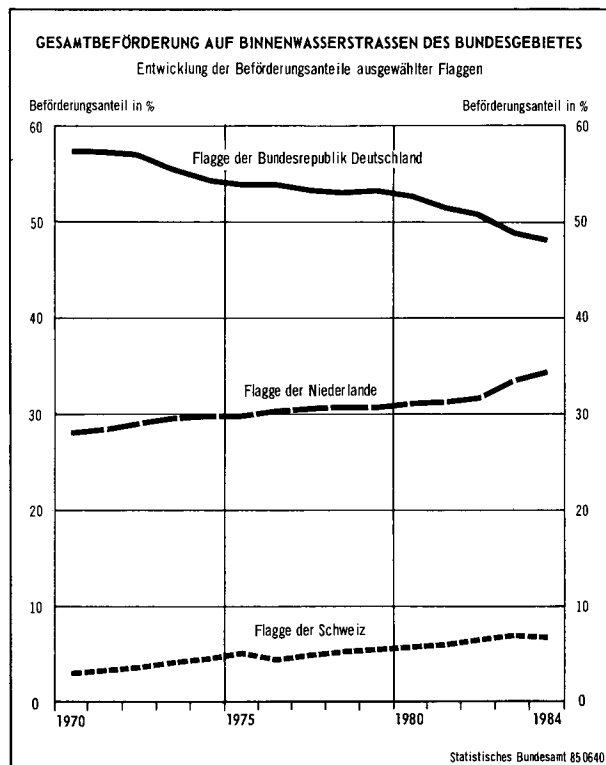
Nicht in allen Verkehrsbeziehungen ist das relative Transportvolumen der Binnenschifffahrt der Bundesrepublik

Tabelle 9: Verkehr innerhalb des Bundesgebietes nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Versand = Empfang

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1984	1970	1980	1984
Bundesrepublik						
Deutschland	90 918	73 443	62 193	88,8	89,7	88,6
Belgien	730	453	656	0,7	0,6	0,9
Frankreich	1 061	148	50	1,0	0,2	0,1
Niederlande	7 909	5 378	4 941	7,7	6,6	7,0
Schweiz	1 463	2 145	2 138	1,4	2,6	3,0
Übrige Flaggen	347	296	256	0,3	0,4	0,4
Insgesamt ...	102 428	81 863	70 234	100	100	100

Schaubild 2



Deutschland so stark zurückgegangen, wie oben für den Gesamtverkehr dargelegt.

Aus den Daten der Tabelle 9 folgt, daß beim Verkehr innerhalb des Bundesgebietes sich für die Flagge der Bundesrepublik keine Änderungen ergeben haben, wohl aber für einige am Kabotageverkehr beteiligte Flaggen, wie z. B. für Frankreich und für die Schweiz. Erstere ist am Verkehr zwischen den Häfen des Bundesgebietes kaum noch beteiligt, letztere ist dagegen verstärkt zum Einsatz gekommen.

Tabelle 10: Grenzüberschreitender Verkehr nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1984	1970	1980	1984
Empfang						
Bundesrepublik						
Deutschland	33 220	39 131	37 485	45,3	43,1	38,8
Belgien	4 614	4 600	4 734	6,3	5,1	4,9
Frankreich	1 653	1 817	1 362	2,3	2,0	1,4
Niederlande	29 795	37 768	43 629	40,6	41,6	45,2
Schweiz	1 960	4 813	6 542	2,7	5,3	6,8
Übrige Flaggen	2 088	2 607	2 806	2,8	2,9	2,9
Insgesamt ...	73 329	90 737	96 558	100	100	100
Versand						
Bundesrepublik						
Deutschland	10 678	10 889	12 302	22,0	22,2	24,1
Belgien	5 408	4 085	3 873	11,1	8,3	7,6
Frankreich	2 201	1 263	953	4,5	2,6	1,9
Niederlande	26 080	27 734	28 092	53,7	56,4	55,1
Schweiz	2 090	2 742	3 345	4,3	5,6	6,6
Übrige Flaggen	2 128	2 445	2 446	4,4	5,0	4,8
Insgesamt ...	48 584	49 158	51 011	100	100	100

Beim Empfang aus dem Ausland beförderten die Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland zwar um 4,3 Mill. t mehr Güter als 1970 (+ 13 %), trotzdem sank

ihr Anteil am gesamten Beförderungsvolumen in dieser Verkehrsbeziehung von 45,3 auf 38,8 %. Im gleichen Zeitraum konnten die Schiffe unter der niederländischen Flagge einen Transportgewinn von 13,8 Mill. t oder 46 % erzielen, wodurch ihr Beförderungsanteil an der Empfangsmenge aus dem Ausland von 40,6 auf 45,2 % anstieg. Für die Flotte der Schweiz gilt, daß deren Zufuhrvolumen in das Bundesgebiet mehr als verdreifacht wurde und sie damit den drittgrößten Anteil (6,8 %) erreichte. Die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsdaten der Anteilswerte lauten wie folgt: Bundesrepublik Deutschland - 1,1 %, Niederlande + 0,8 %, Schweiz + 7,2 %.

Am Güterversand ins Ausland ist die Binnenschifffahrt der Bundesrepublik Deutschland - gemessen an der Transportmenge - mit nicht ganz einem Viertel beteiligt. Dieser Anteil hat sich, wenn man gewisse Schwankungen außer acht läßt, seit 1970 kaum verändert. Dies gilt auch in gewissem Umfang für die Flotte unter niederländischer Flagge, bei der lediglich größere Schwankungen in den Anteilen auftreten. An den Güterströmen dieser Verkehrsrichtung konnte die schweizerische Flotte ihren Anteil am Transportvolumen ständig vergrößern und erreichte im Berichtsjahr einen Anteil von 6,6 %. Lediglich in dieser Verkehrsbeziehung konnte auch Belgien einen namhaften Anteil am Transportgeschehen auf sich vereinigen: 7,6 % der Transporte vom Bundesgebiet ins Ausland wurden von Schiffen unter belgischer Flagge getätigt.

Tabelle 11: Durchgangsverkehr nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1984	1970	1980	1984
Bundesrepublik Deutschland	2 362	2 635	1 265	19,2	18,9	10,1
Belgien	1 791	958	1 152	14,6	6,9	9,2
Frankreich	2 294	2 335	1 305	18,7	16,7	10,4
Niederlande	3 593	3 961	4 690	29,2	28,4	37,5
Schweiz	2 018	3 686	3 828	16,4	26,4	30,6
Übrige Flaggen	227	377	273	1,8	2,7	2,2
Insgesamt	12 285	13 952	12 512	100	100	100

Im Zeitraum 1970 bis 1980 schwankte der Transportanteil der Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland am Durchgangsverkehr zwischen 17,4 und 22,1 %. Nach dieser Zeitspanne ist ihre Beteiligung an der Güterdurchfuhr stark zurückgegangen und lag im Berichtsjahr (10,1 %) kaum über der des Vorjahres (9,6 %). Auf die Flotte der Niederlande entfielen in den Jahren 1970 bis 1982 Anteile, die zwischen 27,6 und 30,5 % schwankten. In den beiden letzten Jahren hat dieser Anteil erheblich zugenommen. Wie auch bei den übrigen Hauptverkehrsbeziehungen wurde die Beteiligung der Schiffe unter schweizerischer Flagge kontinuierlich und erheblich erweitert: Im betrachteten Zeitraum (1970 bis 1984) wurde der Anteil fast verdoppelt, die jährliche durchschnittliche Veränderungsrate beläuft sich auf + 4,6 %. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß die Schweiz ein von anderen Ländern eingeschlossenes Territorium darstellt, dessen Güterzufuhren aus dem Ausland auf dem Wasserwege nur mittels Durchfuhr durch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland getätigt werden können.

Abschließend bleibt festzustellen, daß in den vergangenen 15 Jahren die Flagge der Bundesrepublik Deutschland beim Gütertransport auf den Binnenwasserstraßen erhebliche Transportverluste erlitten hat, die insbesondere den Flotten unter den Flaggen der Niederlande und der Schweiz zugute gekommen sind.

Bestand an Binnenschiffen

Im Berichtsjahr gingen sowohl die Anzahl als auch die Gesamttonnage der im Bundesgebiet beheimateten Binnenschiffe noch stärker zurück als im Vorjahr⁵⁾. Am 31. De-

⁵⁾ Die hier dargestellten Ergebnisse über den Schiffsbestand - er bezieht sich auf die in der Bundesrepublik Deutschland registrierten Schiffe - sind mit der in der Unternehmensstatistik (siehe WiSta 4/1985, S. 314) erfaßten Flotte nur bedingt vergleichbar. Die in der Unternehmensstatistik erfaßten Schiffe schließen im Gegensatz zur Bestandsstatistik Einheiten ein, die von den im Bundesgebiet ansässigen Unternehmen aus dem Ausland angemietet waren. Die ins Ausland vermieteten Schiffe der befragten Unternehmen waren dementsprechend ausgeschlossen. Die Angaben der Unternehmensstatistik gehen über die der Bestandsstatistik auch insoweit hinaus, als sie die Seeschiffe enthalten, die zu Beförderungen im Binnenverkehr verwendet wurden. Die auf der Grundlage des Binnenschiffsregisters erstellte Bestandsstatistik enthält dagegen auch solche Einheiten, die als Hafenschiffe eingesetzt waren. Schließlich kommt hinzu, daß die Binnenschiffsbestandsstatistik den Bestand am Jahresende, die Unternehmensstatistik die eingesetzten Schiffe am 30. 6. eines jeden Jahres nachweist.

Tabelle 12: Bestand an Binnenschiffen

Schiffsgattung	Einheit	Bestand am 31. 12.		1984 gegenüber 1983	
		1983	1984	Anzahl	%
Güterschiffe zusammen	Anzahl	3 411	3 222	- 189	- 5,5
	Trgf. t	3 422 498	3 295 467	- 127 031	- 3,7
Gütermotorschiffe	Anzahl	2 342	2 197	- 145	- 6,2
	Trgf. t	2 005 038	1 933 874	- 71 164	- 3,5
	kW	845 748	815 164	- 30 584	- 3,6
Schub-Gütermotorschiffe	Anzahl	60	63	+ 3	+ 5,0
	Trgf. t	90 236	98 191	+ 7 955	+ 8,8
	kW	49 502	52 637	+ 3 135	+ 6,3
Tankmotorschiffe ¹⁾	Anzahl	422	422	-	-
	Trgf. t	515 209	522 100	+ 6 891	+ 1,3
	kW	221 388	223 684	+ 2 296	+ 1,0
Schub-Tankmotorschiffe	Anzahl	15	15	-	-
	Trgf. t	25 401	25 393	- 8	- 0,0
	kW	15 669	15 670	+ 1	+ 0,0
Güterschleppkähne	Anzahl	125	106	- 19	- 15,2
	Trgf. t	101 259	83 033	- 18 226	- 18,0
Tankschleppkähne ¹⁾	Anzahl	31	29	- 2	- 6,5
	Trgf. t	13 656	11 925	- 1 731	- 12,7
Güterschubleichter ²⁾	Anzahl	338	320	- 18	- 5,3
	Trgf. t	585 382	544 154	- 41 228	- 7,0
Tankschubleichter	Anzahl	38	36	- 2	- 5,3
	Trgf. t	50 951	49 697	- 1 254	- 2,5
Güter-Schub-Schleppkähne	Anzahl	40	34	- 6	- 15,0
	Trgf. t	35 366	27 100	- 8 266	- 23,4
Tank-Schub-Schleppkähne	Anzahl	-	-	-	-
	Trgf. t	-	-	-	-
Schlepper zusammen ³⁾	Anzahl	322	303	- 19	- 5,9
	kW	65 583	62 022	- 3 561	- 5,4
Schubboote zusammen	Anzahl	42	42	-	-
	kW	57 025	56 024	- 1 001	- 1,8
Schub-Schleppboote zusammen	Anzahl	65	59	- 6	- 9,2
	kW	22 933	20 151	- 2 782	- 12,1
Fahrgastschiffe zusammen	Anzahl	573	573	-	-
	Pers. Pl.	164 097	164 478	+ 381	+ 0,2
	kW	106 111	108 132	+ 2 021	+ 1,9
Schuten und Leichter zusammen	Anzahl	1 564	1 364	- 200	- 12,8
	Trgf. t	345 167	305 222	- 39 945	- 11,6

¹⁾ Ohne Bunkerboote. - ²⁾ Ohne Trägerschiffeleichter; 1983: 116 Einheiten mit 85 279 t, 1984: 116 Einheiten mit 85 279 t. - ³⁾ Einschl. Hafenschlepper; 1983: 119 Einheiten mit 20 166 kW, 1984: 110 Einheiten mit 18 964 kW.

zember 1984 bestand die gesamte Güterschiffsflotte aus 3 222 Einheiten mit einer Gesamttragfähigkeit von 3,3 Mill. t.

Im Jahr 1984 ist diese Flotte um 189 Güterschiffeinheiten (— 5,5 %) zurückgegangen, dabei wurde die Beförderungskapazität um 127 031 t Tragfähigkeit reduziert (— 3,7 %). Diese ungleichen Verminderungen führten, wenn auch nicht im gleichen Maße wie in der Vergangenheit, zur Vergrößerung der mittleren Tragfähigkeit je Schiff von 1 003 t zum Jahresbeginn auf 1 023 t am Jahresende.

Tabelle 13: Bestand ausgewählter Binnenschiffsgattungen am 31. Dezember 1984

Tragfähigkeit von ... bis ... Tonnen	Insgesamt			Darunter Tankschiffe		
	Anzahl	Tragfähigkeit in Tonnen	kW	Anzahl	Tragfähigkeit in Tonnen	kW
Güterschiffe mit eigenem Antrieb ¹⁾						
249	129	19 489	11 841	5	782	676
250— 399	235	76 858	37 091	2	782	390
400— 649	364	190 088	87 223	12	6 444	3 693
650— 999	771	633 621	274 885	79	68 995	31 905
1 000—1 499	915	1 123 722	478 163	253	315 151	134 590
1 500—2 999	279	523 703	213 305	84	149 271	65 953
3 000 und mehr	4	12 077	4 647	2	6 068	2 147
Insgesamt ...	2 697	2 579 558	1 107 155	437	547 493	239 354
Schubleichter ²⁾						
249	21	3 972	x	—	—	x
250— 399	22	7 246	x	—	—	x
400— 649	63	29 016	x	11	4 929	x
650— 999	20	15 995	x	1	855	x
1 000—1 499	27	35 366	x	6	7 654	x
1 500—2 999	237	529 356	x	18	36 259	x
Insgesamt ...	390	620 951	x	36	49 697	x

¹⁾ Gütermotorschiffe, Schub-Gütermotorschiffe, Tankmotorschiffe (ohne Bunkerboote) und Schub-Tankmotorschiffe. — ²⁾ Güterschubleichter, Güter-Schub-Schleppkähne, Tankschubleichter und Tank-Schub-Schleppkähne, ohne 116 Trägerschiffsleichter mit 85 279 t.

Die Tragfähigkeit der Schubmotorschiffe ist gegenüber den konventionellen Gütermotorschiffen erheblich höher: Schubtankmotorschiffe können im Durchschnitt 1 693 t transportieren, die konventionellen Tankmotorschiffe nur 1 237 t (das sind im Mittel nur 73 % der Tragfähigkeit der Schubschiffe). Bei den Gütermotorschiffen ist dieser Unterschied noch größer, denn Schubgütermotorschiffe können durchschnittlich 1 559 t Güter transportieren, herkömmliche Gütermotorschiffe dagegen nur 880 t, das sind nur 56 % des mittleren Ladevermögens der Schubschiffe.

Neben den Schubmotorschiffen konnten in der Schubschiffahrt noch 42 Schubboote sowie 59 Schub-Schleppboote eingesetzt werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich nur die Zahl der Schub-Schleppboote um sechs Einheiten verringert (— 9,2 %). Als Transporteinheiten standen in der Schubschiffahrt neben den Selbstfahrern insgesamt 356 Schubleichter mit einer Ladekapazität von zusammen 0,6 Mill. t sowie 34 Schub-Schleppkähne mit einem Gesamtladevermögen von 27 100 t zur Verfügung. Die Schubleichter hatten mit 1 668 t Tragfähigkeit im Durchschnitt einen über doppelt so großen Transportraum wie die Schub-Schleppkähne (797 t).

Dr. Manfred Woelke

Pressestatistik 1983

Schaubild 1

Aufgabe der seit 1975 jährlich durchgeführten amtlichen Pressestatistik ist es, den strukturellen Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung dieses bedeutenden Medienbereichs darzustellen. Die statistischen Daten über die auf dem Gebiet des Pressewesens tätigen Unternehmen und über die von ihnen hergestellten Presseerzeugnisse sind ein wichtiges Indiz für die Breite des publizistischen Informationsangebots, an dessen Erhaltung die verantwortlichen Stellen in Regierung und Verwaltung sehr interessiert sind.

Die in den nachfolgenden Tabellen zusammengestellten wichtigsten Eckdaten der Pressestatistik zeigen, daß in diesem Wirtschaftszweig die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten sowie die Höhe des (preisbereinigten) Umsatzes leicht, aber kontinuierlich zugenommen haben. Das Angebot an Zeitungen ist nahezu stabil geblieben, während bei den Zeitschriften, die eine besonders große Vielfalt an Titeln aufweisen, ein stärkeres Anwachsen festzustellen war.

Tabelle 1: Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen

Berichts-jahr	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz	Ausgewählte Kosten ¹⁾	Verlegte	
	am 31. 12.	am 31. 12.			Zeitung	Zeitschriften
	Anzahl		Mill. DM		Anzahl	
1978	2 321	212 273	21 290	12 054	1 198	5 268
1979	2 386	219 684	23 452	12 968	1 217	6 042
1980	2 417	227 538	24 320	13 803	1 222	6 243
1981	2 493	219 169	25 608	14 834	1 216	6 486
1982	2 511	220 642	26 665	15 188	1 219	6 572
1983	2 562	226 336	28 207	15 722	1 226	6 702

¹⁾ Personalkosten, Verbrauch von Druckpapier sowie Fremdleistungen der technischen Herstellung für eigene Zeitungen oder Zeitschriften, Zustellkosten.

Unternehmen

Zum Jahresende 1983 wurden im Rahmen der Pressestatistik 2 562 Unternehmen gezählt, die zusammen 1 226 Zeitungen und 6 702 Zeitschriften verlegten. Sie hatten 226 000 Beschäftigte und erzielten einen Umsatz von 28,2 Mrd. DM. 2 100 dieser Unternehmen gehörten zum Verlagsgewerbe, für die übrigen 462 Unternehmen bildete die Verlagstätigkeit nicht den geschäftlichen Schwerpunkt. Aus ihren Häusern, bei denen es sich zumeist um Druckereien handelte, kamen 23 Zeitungen (Hauptausgaben) und 703 Zeitschriften.

Von den Unternehmen des Verlagsgewerbes waren nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (gemessen am Umsatz) 310 Zeitungs- und 1 443 Zeitschriftenverlage, 347 Unternehmen erzielten den überwiegenden Teil ihres Umsatzes nicht mit Objekten der periodischen Presse, sondern mit anderen Verlagserzeugnissen (z. B. Büchern, Noten und dgl.).

Ende 1983 waren in den Verlagsunternehmen einschließlich ihrer Inhaber 203 705 Personen tätig. Davon gehörten 23 979 den Redaktionen an, und zwar 14 719 als Redakteure, 1 362 als Redaktionsvolontäre und 7 898 in sonstigen Funktionen. 74 202 Zusteller waren zusammen mit



selbständigen Zustellorganisationen, Vertriebsgemeinschaften sowie dem Postzeitungsdienst für die regelmäßige Belieferung der Leser eingesetzt. Der Hauptteil der Beschäftigten, nämlich 64 %, hatte seinen Arbeitsplatz in einem Zeitungsverlag. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug bei den Zeitungsunternehmen 421; in jedem vierten Zeitungsverlag waren mehr als 500 Personen tätig. Von den Zeitschriftenunternehmen hatte nur 1 % einen so hohen Personalbestand, der Durchschnitt lag hier bei weniger als 39 Beschäftigten je Verlag¹⁾.

Die Unterschiede in der Zahl der Mitarbeiter sind hauptsächlich dadurch bedingt, daß sieben von zehn Zeitungsverlagen, aber nur einer von acht Zeitschriftenverlagen eine eigene Druckerei mit entsprechend viel technischem Personal betreiben. Darüber hinaus erfordert die Herstellung einer täglich erscheinenden Zeitung einen wesentlich größeren Mitarbeiterstab in Redaktion und Vertrieb als etwa eine Monatszeitschrift.

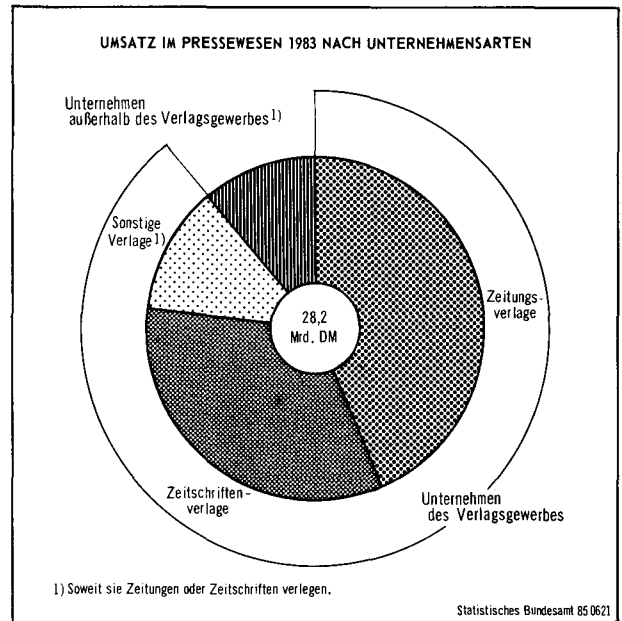
Ähnlich wie mit der Zahl der Beschäftigten verhält es sich mit der Höhe des Umsatzes. So übertraf der Umsatz der 310 Zeitungsverlage mit 12,3 Mrd. DM den der 1 443 Zeitschriftenverlage bei weitem. Allein die 58 umsatzstärksten Zeitungshäuser erreichten mit 9,2 Mrd. DM fast den Betrag, den die Zeitschriftenverlage zusammen erzielt hatten (9,4 Mrd. DM). Dabei trugen die 83 % der Zeitschriftenverlage, deren Umsätze unter der 5-Millionen-Grenze blieben, nur etwa 14 % zum Gesamtumsatz bei; der Hauptanteil

¹⁾ Siehe Tabelle S. 276*

Tabelle 2: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und ausgewählte Kosten im Pressewesen 1983

Schaubild 2

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Unternehmen des Verlagsgewerbes ¹⁾				Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes ¹⁾
		insgesamt	Zeitungsverlage	Zeitschriftenverlage	sonstige Verlage	
Unternehmen am 31. 12.	Anzahl	2 100	310	1 443	347	462
mit eigener Druckerei	Anzahl	433	218	164	51	—
ohne eigene Druckerei	Anzahl	1 667	92	1 279	296	—
Verlegte Zeitungen (Hauptausgaben) am 31. 12.	Anzahl	336	334	—	2	23
Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Anzahl	5 999	348	4 322	1 329	703
Beschäftigte am 31. 12.	Anzahl	203 705	130 484	56 050	17 171	22 631
dar.: in der Redaktion	Anzahl	23 979	13 675	8 657	1 647	739
Umsatz insgesamt	Mill. DM	25 155	12 314	9 429	3 412	3 052
dar.: aus Vertrieb	Mill. DM	10 744	3 958	4 233	2 553	276
Anzeigen	Mill. DM	11 220	6 638	4 145	438	208
Ausgewählte Kosten						
Löhne und Gehälter ²⁾	Mill. DM	5 930	3 486	1 757	687	752
Sozialkosten	Mill. DM	1 287	791	351	144	138
Kosten für die Zustellung ³⁾	Mill. DM	1 531	903	568	60	37
Verbrauch von Druckpapier	Mill. DM	2 984	1 650	1 140	194	410
dar.: für die eigenen Zeitungen/Zeitschriften	Mill. DM	2 382	1 383	965	34	42
Fremdleistungen der technischen Herstellung ⁴⁾	Mill. DM	3 552	1 166	2 178	208	71



¹⁾ Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen. — ²⁾ Ohne Löhne für Zusteller. — ³⁾ Einschl. Löhne für Zusteller im Arbeitnehmerverhältnis. — ⁴⁾ Nur für eigene Zeitungen oder Zeitschriften.

entfiel hier wie auch bei den Beschäftigtenzahlen auf wenige Großunternehmen²⁾.

Hauptquellen des Umsatzes sind für die Verlagsunternehmen der Vertrieb ihrer Erzeugnisse und das Anzeigengeschäft.

Während bei den Zeitschriftenverlagen diese beiden Geschäftsbereiche von etwa gleicher Bedeutung waren, überwogen bei den Zeitungsverlagen die Anzeigenumsätze erheblich.

Unternehmen, die nicht dem Verlagsgewerbe zuzurechnen sind — die meisten von ihnen waren Druckereien —,

erzielten aus Vertrieb und Anzeigen lediglich 16 % ihres Umsatzes. Die Hälfte ihres Gesamtumsatzes wurde mit der Arbeit der Druckereien erbracht, ein weiteres Drittel entstand aus sonstigen Aktivitäten.

In der jährlichen Pressestatistik werden nur die wesentlichsten Kostenpositionen erfaßt. Sie machen aber — abhängig von der Unternehmensstruktur — 50 bis 70 % der Gesamtkosten aus. Einen vollständigen Kostennachweis erbringt die in jedem zweiten Jahr durchgeführte Kostenstrukturerhebung, über die an dieser Stelle zuletzt für 1982 berichtet wurde.³⁾

Mit fast 6 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern und 1,3 Mrd. DM an Sozialkosten standen in der Kostenrechnung der Verlage die Personalkosten im Vordergrund. Ihrem hohen Personalbestand entsprechend entfielen hiervon rund 60 % auf die Zeitungsverlage. Den Zeitschriftenverlagen erwachsen dagegen für Fremdleistungen der technischen Herstellung erheblich höhere Kosten als den Zeitungsverlagen. Ein anderer beträchtlicher Kostenfaktor war die Zustellung der Zeitungen und Zeitschriften. Hierbei entfielen

²⁾ Siehe Tabelle S. 277*

³⁾ Siehe Wirtschaft und Statistik 7/1984, S. 614 ff.

Tabelle 3: Unternehmen und Umsatz 1983 nach Umsatzarten

Unternehmensart	Unternehmen am 31. 12.	Umsatz								aus Druckerei	sonstiger
		insgesamt	aus Vertrieb von			aus Anzeigen in					
			eigenen Zeitungen	eigenen Zeitschriften	sonstigen eigenen Verlags-erzeugnissen	eigenen Zeitungen	eigenen Zeitschriften	sonstigen eigenen Verlags-erzeugnissen			
	Anzahl	Mill. DM	%								
Zeitungsverlage	310	12 314	28,2	2,9	1,0	50,0	3,7	0,3	10,4	3,6	
Zeitschriftenverlage	1 443	9 429	—	39,4	5,5	—	42,9	1,0	6,6	4,5	
Sonstige Verlage ¹⁾	347	3 412	0,2	10,9	63,7	0,3	5,5	7,1	6,0	6,4	
Zusammen	2 100	25 155	13,8	17,7	11,2	24,5	18,6	1,5	8,4	4,3	
Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes ¹⁾	462	3 052	1,5	4,6	3,0	2,7	3,8	0,3	50,7	33,4	

¹⁾ Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

mehr als 1,5 Mrd. DM auf Löhne für verlagszugehörige Zusteller, auf den Postzeitungsvertrieb und auf andere Formen der Zustellung.

Zeitungen

Von den am 31. Dezember 1983 gezählten 1 226 Zeitungen waren 359 Haupt- und 867 diesen angeschlossene Neben-(Bezirks-, Lokal- oder Stadtteil-)ausgaben, die sich im Inhalt, vor allem im Lokal- und Anzeigenteil, häufig auch im Titel, von der zugehörigen Hauptausgabe unterschieden (siehe Tabelle 4). Die Zahl der Hauptausgaben hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf verringert; dafür wurden aber 12 Nebenausgaben mehr gezählt, die zum Teil an die Stelle der weggefallenen Hauptausgaben getreten sind⁴⁾.

Tabelle 4: Verlegte Zeitungen, verkaufte Auflage und Zeitungsumsatz 1983

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Zeitungen insgesamt	Abonnementzeitungen		Straßenverkaufszeitungen	
			zusammen	darunter 5 x wöchentlich und mehr	zusammen	darunter 5 x wöchentlich und mehr
Verlegte Zeitungen am 31. 12.	Anzahl	1 226	1 179	1 139	47	41
Hauptausgaben	Anzahl	359	343	309	16	13
Nebenausgaben	Anzahl	867	836	830	31	28
Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe ¹⁾ ...	1 000	25 834	16 035	14 369	9 798	6 957
Abonnement	1 000	14 630	14 486	13 097	144	80
Einzelverkauf	1 000	11 204	1 550	1 271	9 654	6 876
Zeitungsumsatz	Mill. DM	9 765	8 419	8 292	1 346	1 049
aus Vertrieb	Mill. DM	3 518	2 810	2 736	708	573
Anzeigen	Mill. DM	6 247	5 609	5 556	638	476

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr.

Die Zeitungsverlage konnten im vierten Vierteljahr 1983 je Erscheinungstag eine durchschnittliche Auflage von 25,8 Mill. Exemplaren verkaufen, das waren etwa 50 000 weniger als ein Jahr zuvor. Der Auflagenrückgang betraf dabei vor allem den Einzelverkauf, während die Zahl der Abonnements leicht angestiegen ist. Von der Gesamtauflage entfielen 16 Mill. auf Zeitungen, die den Hauptteil ihrer Auflage im Abonnement absetzten, 9,8 Mill. erreichten die Straßenverkaufszeitungen.

In der Regel erschienen die Zeitungen an mindestens fünf Tagen pro Woche. Nur 29 Zeitungen (Hauptausgaben), die meisten davon mit Auflagen von weniger als 2 500 Exemplaren, kamen an zwei, drei oder vier Tagen jeder Woche heraus. Acht Zeitungen waren Sonntagsausgaben von Tageszeitungen, die unter eigenem Titel erschienen, sowie überregionale Wochenzeitungen. Ihre Auflage war allerdings beträchtlich: 4,4 Mill. Exemplare wurden von ihnen durchschnittlich jede Woche abgesetzt, knapp ein Drittel davon im Abonnement. Den 218 Tageszeitungen mit Auflagen unter 25 000 Exemplaren standen am anderen Ende der Auflagenskala elf Zeitungen gegenüber, die allein von der Gesamtauflage fast vier Zehntel auf sich vereinten. Der

4) Siehe Tabelle S. 278*

seit Jahren zu beobachtende Rückgang der Zahl der Hauptausgaben findet, wie Tabelle 5 zeigt, vor allem bei den Blättern mit geringer Auflage statt.

Tabelle 5: Verlegte Zeitungen nach Auflagenklassen 1975 bis 1983

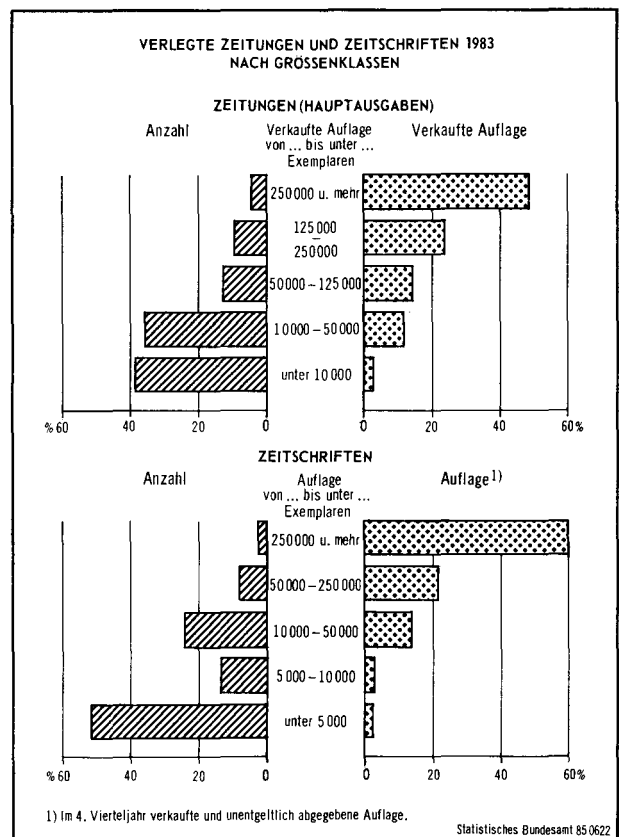
Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe von ... bis unter ... Exemplare	Verlegte Zeitungen				
	1975	1977	1979	1981	1983
unter 25 000	242	237	231	225	218
25 000 - 125 000	86	86	88	90	92
125 000 und mehr	47	49	51	50	49
Insgesamt	375	372	370	365	359

Nahezu alle Zeitungen berichteten über das lokale Geschehen in ihrem Verbreitungsgebiet. Um dem örtlich unterschiedlichen Informationsbedarf gerecht werden zu können, erscheinen die meisten Zeitungen mit verschiedenen Ausgaben, wobei nach den Ergebnissen der Pressestatistik die Zahl dieser Nebenausgaben meist mit der Höhe der Auflage ansteigt. Während Zeitungen mit Auflagen bis zu 10 000 Exemplaren fast ganz ohne Nebenausgaben erscheinen, bringen es die „großen“ auf durchschnittlich 12 zusätzliche Ausgaben⁵⁾.

Die Verlagsunternehmen erzielten 1983 mit ihren Zeitungen einen Umsatz von 9,8 Mrd. DM. Die Hauptmasse erbrachte dabei mit 64 % das Anzeigengeschäft, nur zu

5) Siehe Tabelle S. 278*

Schaubild 3



36 % trug der Vertrieb zum Ergebnis bei. Im Vergleich zu 1982 ist der Umsatz insgesamt um 7 % gestiegen, wobei wertmäßig der Zuwachs beim Anzeigengeschäft mehr als dreimal so hoch war wie der des Vertriebs. Der Beitrag der einzelnen Zeitungen zum Gesamtumsatz folgte der Auflagenhöhe: Auf die 44 auflagenstärksten Tageszeitungen entfielen rund 60 % des Umsatzes, während die 218 Tageszeitungen mit einer Auflage von jeweils weniger als 25 000 Exemplaren nur knapp 11 % des gesamten Zeitungsumsatzes auf sich vereinigen konnten.

Für den Zeitungsleser ist das Format „seiner“ Zeitung ebenso wie die Aufmachung ein unverwechselbares Kennzeichen. Im Zeitungsdruck sind drei Standardformate eingeführt (daneben bestehen allerdings mehrere davon abweichende Formate, die hier den nach der Größe der Satzspiegelfläche am nächsten kommenden Standardformaten zugerechnet werden). Die sowohl nach Höhe der Auflage als auch des Umsatzes größten Zeitungen erschienen im größten, dem nordischen Format (siehe Tabelle 6). Diese 114 Zeitungen (Haupt- und Nebenausgaben), also knapp 10 % aller Zeitungen, stellten 44 % der Auflage und erzielten 26 % des Gesamtumsatzes. Ein kompletter Jahrgang einer solchen Zeitung hatte im Durchschnitt einen Umfang von 7 000 Seiten, davon 57 % Text- und 43 % Anzeigenseiten. Die relativ niedrige Jahresseitenzahl erklärt sich damit, daß in diesem Format auch einige große Wochen- bzw. Sonntagszeitungen erschienen, deren einzelne Exemplare zwar jeweils sehr umfangreich waren, aber eben nur einmal pro Woche.

Tabelle 6: Verlegte Zeitungen, Zeitungsumsatz und Seitenzahl 1983 nach Satzspiegelformat

Satzspiegel	Zeitungen insgesamt	Darunter Hauptausgaben	Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe ¹⁾	Zeitungsumsatz	Seitenzahl der Hauptausgabe ²⁾	
					Text-seiten	Anzeigenseiten
	Anzahl		1 000	Mill. DM	1 000	1 000
Nordisches Format (371 x 528 mm)	114	29	11 355	2 562	115	88
Rheinisches Format (325 x 487 mm)	532	125	8 324	4 175	628	422
Berliner Format (278 x 430 mm)	580	205	6 154	3 028	920	554
Insgesamt	1 226	359	25 834	9 765	1 663	1 063

¹⁾ Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr. — ²⁾ Umfang des Jahresstückes.

Im rheinischen Format, dem zweitgrößten, kamen 532 Zeitungen heraus. Mit durchschnittlich 8 400 Seiten pro Jahr erschienen hier die umfangreichsten Zeitungen. Das Berliner Format, das kleinste der drei Standardformate, wurde für 580 Zeitungen verwendet. Ihr Anteil an der Zeitungsaufgabe betrug 24 %. Ein durchschnittliches Jahresstück erreichte hier fast 7 200 Seiten, wobei der Textanteil mit 62 % etwas höher ausfiel als bei Zeitungen in den größeren Formaten.

Zeitschriften

Im Jahr 1983 wurden 6 702 Zeitschriften verlegt. In dieser Zahl sind Zeitschriften, die nicht wenigstens viermal jähr-

lich herausgegeben werden, nicht enthalten. Ebenso fehlen zeitschriftenähnlich verbreitete Partworks, Loseblattsammlungen u. ä., sowie in Deutschland verbreitete, aber im Ausland verlegte Zeitschriften. Solche Titel sind nicht Gegenstand der Pressestatistik.

40 % aller Zeitschriften fanden ihre Verbreitung vor allem im lokalen oder engeren regionalen Bereich. Hierzu gehören vor allem die Anzeigenblätter, die kostenlos verteilten kommunalen Amtsblätter, die meisten politischen Wochenblätter und fast alle amtlichen Blätter.

Die gesamte Zeitschriftenauflage in Höhe von über 260 Mill. Exemplaren verteilte sich naturgemäß sehr ungleichmäßig auf die 6 700 Titel. Wie Schaubild 3 zeigt, erschien die Hälfte der Zeitschriften mit Auflagen von weniger als 5 000 Exemplaren und war damit an der Gesamtauflage gerade mit gut 2 % beteiligt. Andererseits entfielen auf die Blätter mit 250 000 und mehr Exemplaren je Erscheinungstag, die von der Gesamtzahl der Titel nur 2,7 % ausmachen, 60 % der Auflage aller Zeitschriften. Zu den Auflagenriesen gehörten sowohl die Publikumszeitschriften, die das Bild der Kioske bestimmen, als auch zahlreiche Kundenzeitschriften. Mit Auflagen in Millionenhöhe waren hier auch einige Mitgliederzeitschriften vertreten, die wegen ihrer Reichweite in breitesten Leserschichten den Charakter von Publikumszeitschriften haben, aufgrund der vermittelten Informationen jedoch als Fach- bzw. Kundenzeitschriften eingeordnet werden müssen.

Der größte Teil der Zeitschriftenauflage entfiel auf die Publikumszeitschriften: Die Pressestatistik zählte 1983 1 348 Titel. Mit über 99 Mill. verkauften Exemplaren (und 5,5 Mill. unentgeltlich abgegebenen) lagen sie weit an der Spitze (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Verlegte Zeitschriften, Auflage und Zeitschriftenumsatz 1983

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Zeitschriften insgesamt	Darunter		
			Publikumszeitschriften	Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	
Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Anzahl	6 702	1 348	1 254	1 608
mit lokaler/regionaler Verbreitung	Anzahl	2 689	318	48	241
mit überregionaler Verbreitung	Anzahl	4 013	1 030	1 206	1 367
Verkaufte Auflage ¹⁾	1 000	153 657	99 399	5 495	34 560
Abonnement	1 000	89 940	38 212	5 120	33 578
Einzelverkauf	1 000	63 717	61 187	375	982
Unentgeltlich abgegebene Auflage ¹⁾	1 000	106 501	5 517	2 497	4 741
Zeitschriftenumsatz	Mill. DM	9 383	5 403	732	1 406
aus Vertrieb	Mill. DM	4 579	3 149	383	547
Anzeigen	Mill. DM	4 804	2 254	349	859

¹⁾ Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr.

Die Gruppe der Fachzeitschriften ist durch eine außerordentliche Titelvielfalt gekennzeichnet. 2 862 Blätter vermittelten allgemeine Informationen, Fachwissen, Forschungsergebnisse und praktische Erfahrungen. Ihre Auflage in Höhe von über 47 Mill. Exemplaren wurde zu rund 82 % im Abonnement abgesetzt.

Tabelle 8: Verlegte Zeitschriften, Auflage, Umfang des Jahrganges und Seitenzahl der Jahresauflage 1983

Art der Zeitschrift	Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Auflage ¹⁾ (Jahresdurchschnitt)	Umfang des Jahrganges			Seitenzahl der Jahresauflage	Exemplare pro Jahr ²⁾
			insgesamt	Text-seiten	Anzeigen-seiten		
Anzahl	Mill.				Mill.		
Zeitschriften insgesamt	6 702	256	4 993	3 723	1 270	396 829	6 875,1
darunter:							
Politische Wochenblätter	113	2	112	70	41	11 948	97,7
Konfessionelle Zeitschriften	318	9	135	125	11	5 525	231,5
Publikumszeitschriften	1 348	103	1 377	1 162	215	294 367	3 094,8
dar.: Illustrierte, Magazine, Programmzeitschriften	180	39	245	171	74	170 250	1 666,4
Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	1 254	8	952	816	136	9 501	141,3
Anderer Fachzeitschriften	1 608	39	1 121	788	333	19 749	474,1
Kundenzeitschriften	90	38	21	17	4	9 951	478,8
Zeitschriften der Verbände usw.	1 516	52	851	622	228	28 340	586,6

¹⁾ Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage pro Erscheinungstag. — ²⁾ Auflage (Jahresdurchschnitt) x Anzahl der Erscheinungstage.

Mit insgesamt 40 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag, fast ausnahmslos unentgeltlich verteilt, hatten die Anzeigenblätter einen erheblichen Anteil an der Gesamtauflage der Zeitschriften. Nicht viel weniger — rund 39 Mill. Hefte — gelangten als Kundenzeitschriften an die Leser.

Mathematik und Naturwissenschaften lag er sogar unter 30 %.⁶⁾

Ein Leser, der sämtliche im Laufe des Jahres 1983 erschienenen Zeitschriften lesen wollte, stünde vor der Aufgabe, sich durch fünf Millionen Seiten hindurchzulesen, davon fast 75 % Text-(und Bilder-)seiten und 25 % Anzeigenseiten. Insgesamt wurden 1983 6,9 Mrd. Hefte ausgeliefert, die nahezu 400 Mrd. Seiten umfaßten (siehe Tabelle 8).

Schaubild 4

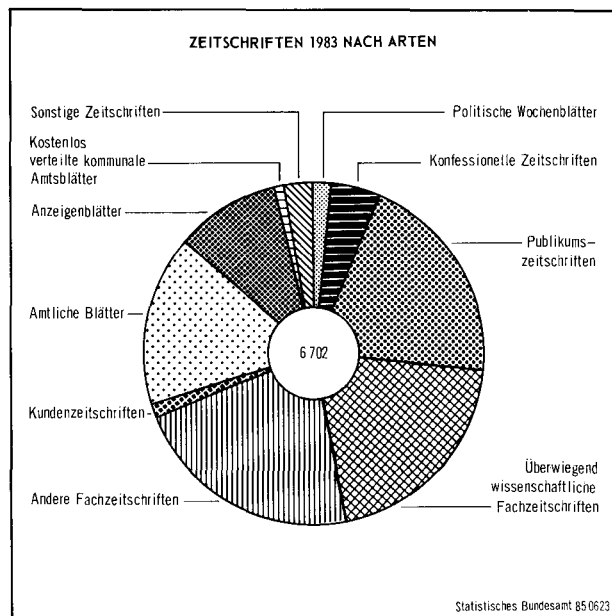


Tabelle 9: Veränderungen in der Anzahl und der Auflage der Zeitschriften 1982 — 1983

Erfassungszeitraum (Stichtag)	Zeitschriften-insgesamt	Auflage im 4. Vierteljahr		
		insgesamt	davon	
			verkauft	unentgeltlich abgegeben
Anzahl	1000			
Zeitschriften am 31. 12. 1982	6 572	252 773	146 196	106 577
darunter: im Verlauf des Jahres 1983 eingestellt	265	6 017	576	5 441
Für das Berichtsjahr 1983 erstmals erfaßte Zeitschriften	395	13 402	8 037	5 365
Zeitschriften am 31. 12. 1983	6 702	260 158	153 657	106 501

Im Berichtsjahr 1983 wurden von der Pressestatistik 395 Zeitschriften neu erfaßt. Im gleichen Jahr haben 265 Zeitschriften, die im Jahr zuvor noch in der Pressestatistik nachgewiesen worden waren, ihr Erscheinen eingestellt, so daß die Gesamtzahl der Titel sich gegenüber dem Vorjahr um 130 erhöht hat. Wie Tabelle 9 zeigt, hat sich dabei vor allem die unentgeltlich abgegebene Auflage verringert, während die verkaufte Auflage um rund 7,5 Mill. Exemplare zugenommen hat.

Werner Taubert

⁶⁾ Siehe Tabelle S. 279*

Der Vertrieb der Zeitschriften und das zugehörige Anzeigengeschäft brachten 1983 einen Umsatz von insgesamt 9,4 Mrd. DM. Hiervon entfielen allein auf die 95 Zeitschriften mit einer Auflage von jeweils einer halben Million und mehr Exemplaren rund 45 %.

Der Anteil des Umsatzes aus dem Anzeigengeschäft, der im Durchschnitt 51 % vom Gesamtumsatz ausmachte, war bei den einzelnen Zeitschriftenarten sehr unterschiedlich. Bei den konfessionellen Zeitschriften betrug er etwa 10 %, bei den medizinischen Fachzeitschriften erreichte er 74 %. Für die Anzeigenblätter und die kostenlos verteilten kommunalen Amtsblätter stellte er die einzige Umsatzquelle dar.

Bei etwa einem Drittel aller Zeitschriften lag die Redaktion nicht im Verlag. Insbesondere bei vielen wissenschaftlichen Fachzeitschriften war der Anteil der verlagseigenen Redaktionen geringer als 50 %, bei den Zeitschriften für

Schwangerschaftsabbrüche 1984

Bereits in früheren Beiträgen¹⁾ wurde ausführlich dargelegt, daß die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche — wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten bei den zur Auskunft verpflichteten Ärzten — einen vermutlich beachtlichen, aber nicht näher zu bestimmenden Grad an Untererfassung ausweist. Die nachstehend kommentierten Ergebnisse für das Berichtsjahr 1984 sind deshalb hinsichtlich der absoluten Zahlen mit Vorbehalt zu betrachten. Sie dürften aber zuverlässige Angaben über die Zusammensetzung des Kreises der betroffenen Frauen, die Gründe für die Schwangerschaftsabbrüche, die verschiedenen Arten des Eingriffs und die damit verbundenen Folgen sowie über die Dauer eventueller Krankenhausaufenthalte liefern.

Gesamtergebnis

Für das Berichtsjahr 1984 wurden dem Statistischen Bundesamt 86 298 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das waren etwas weniger als im vergangenen Jahr (86 529). Die Zahl der gemeldeten Abbrüche hatte 1982 mit über 91 000 ihren Höhepunkt erreicht; seitdem nimmt sie ab. Auf 1 000 Frauen im „gebärfähigen“ Alter von 15 bis unter 45 Jahren entfielen 1984 6,3 Schwangerschaftsabbrüche, auf 1 000 Lebend- und Totgeborene 148. Eine Aufgliederung der Schwangerschaftsabbrüche nach Ländern gibt nur Aufschluß über den Ort der Vornahme des Abbruchs, nicht jedoch über den Herkunftsort der Schwangeren. Auf die Darstellung von Länderergebnissen wird deshalb in diesem Beitrag verzichtet.

Tabelle 1: Schwangerschaftsabbrüche

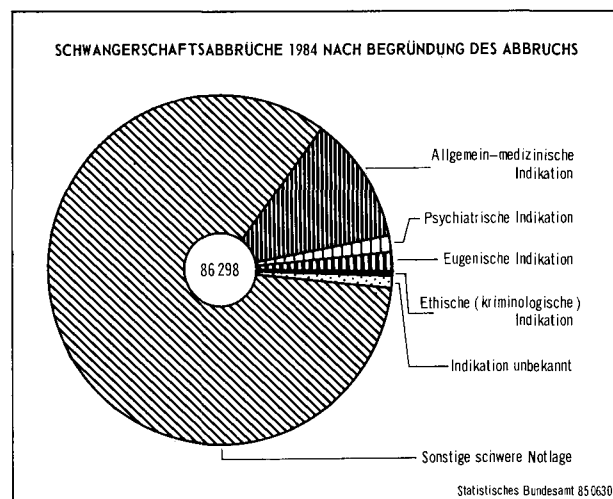
Jahr	Insgesamt	Darunter bei Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	Je 1000	
			Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	Lebend- und Totgeborene
1977	54 309	52 453	4,1	92,6
1978	73 548	71 518	5,6	127,0
1979	82 788	80 430	6,2	141,8
1980	87 702	85 588	6,6	140,1
1981	87 535	85 266	6,4	139,9
1982	91 064	88 972	6,6	146,2
1983	86 529	84 494	6,3	145,2
1984	86 298	84 259	6,3	147,9

Gründe für den Abbruch

Entsprechend den in § 218 a StGB aufgeführten Voraussetzungen für die Vornahme eines legalen Schwangerschaftsabbruchs werden in der Statistik folgende Begründungen des Abbruchs unterschieden: Allgemein-medizinische Indikation, psychiatrische Indikation, eugenische Indikation, ethische (kriminologische) Indikation und sonstige schwere Notlage.

¹⁾ Siehe hierzu zuletzt WiSta 6/1984, S. 517 ff.

Schaubild 1



In den Fällen einer eugenischen Indikation dürfen seit der Empfängnis nicht mehr als 22 Wochen, in den Fällen der ethisch-kriminologischen Indikation und der sonstigen schweren Notlage nicht mehr als 12 Wochen seit der Empfängnis verstrichen sein. Bei allgemein-medizinischer und psychiatrischer Indikation ist eine Frist nicht vorgeschrieben.

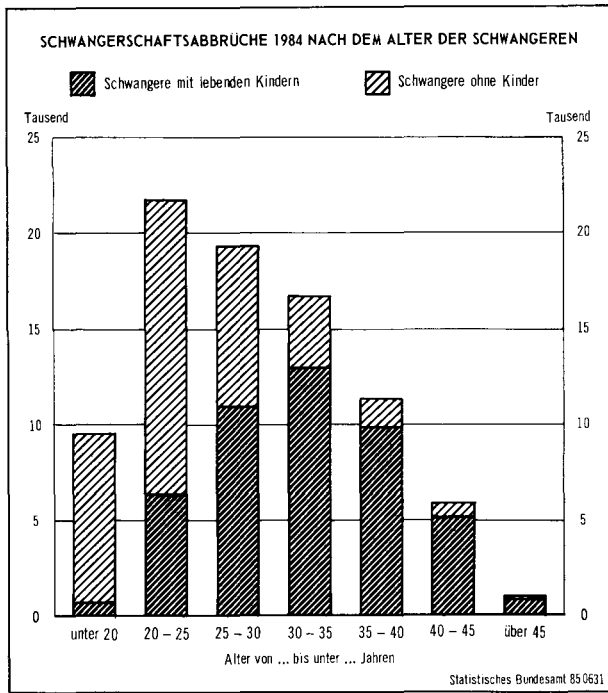
1984 wurde bei rund 83 % aller Abbrüche eine „sonstige schwere Notlage“ als Begründung für den Abbruch genannt. Auf die allgemein-medizinische Indikation entfielen 12 % der Fälle; die übrigen Indikationen hatten zahlenmäßig nur eine geringe Bedeutung. Bei den jüngeren Schwangeren im Alter von unter 20 Jahren entfielen fast neun Zehntel auf die „Notlagenindikation“. Mit zunehmendem Alter der Schwangeren geht der Anteil dieser Indika-

Tabelle 2: Schwangerschaftsabbrüche 1984 nach der Begründung des Abbruchs und dem Alter der Schwangeren

Alter der Schwangeren von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Allgemein-medizinische	Psychiatrische	Eugenische	Ethische (Kriminologische)	Sonstige schwere Notlage	Unbekannt
	Anzahl	%					
unter 20	9 508	7,2	1,2	0,7	0,2	89,5	1,2
20—25	21 708	7,8	1,1	1,3	0,1	88,5	1,2
25—30	19 261	10,3	1,4	1,6	0,1	85,5	1,2
30—35	16 724	13,6	1,7	2,0	0,1	81,4	1,3
35—40	11 347	17,1	1,8	2,5	0,1	77,3	1,3
40—45	5 808	22,8	1,9	3,8	0,1	70,3	1,1
über 45	1 043	29,3	1,3	6,7	0,1	61,7	0,8
Insgesamt ¹⁾	86 298	12,0	1,4	1,9	0,1	83,3	1,3

¹⁾ Einschl. 899 Fälle unbekanntes Alters.

tion zurück; am niedrigsten war er mit 62 % bei den über 45jährigen Frauen. Umgekehrt nimmt der Anteil der allgemein-medizinischen Indikation als Begründung für den Schwangerschaftsabbruch mit dem Alter der Frauen zu. Diese Indikation wurde 1984 mit mehr als einem Viertel der Abbrüche am häufigsten für die 45 Jahre und älteren Frauen angegeben. Bei Frauen und Mädchen unter 20 Jahren wurde diese Indikation dagegen nur in 7 % der Fälle registriert.



Familienstand und Kinderzahl der Schwangeren

Rund die Hälfte der Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen ließen, war verheiratet, 43 % waren ledig, 6 % geschieden und weniger als 1 % war verwitwet. Bei nahezu neun Zehnteln der ledigen Frauen wurde der Schwangerschaftsabbruch mit einer sonstigen schweren Notlage begründet, der Anteil der allgemein-medizinischen Indikation

Tabelle 3: Schwangerschaftsabbrüche 1984 nach der Begründung des Abbruchs und dem Familienstand der Schwangeren

Familienstand der Schwangeren	Ins-gesamt	Allgemein-medizinische Indikation					Sonstige schwere Notlage	Unbekannt
		Allgemein-medizinische	Psychiatrische	Eugenische	Ethische (kriminologische)	%		
Ledig	37 104	7,5	1,2	1,0	0,2	89,0	1,2	
Verheiratet	42 559	16,1	1,5	2,7	0,1	78,3	1,3	
Verwitwet	469	18,3	1,5	1,3	—	77,6	1,3	
Geschieden	4 759	10,0	2,0	1,4	0,1	85,6	0,9	
Insgesamt ¹⁾	86 298	12,0	1,4	1,9	0,1	83,3	1,3	

¹⁾ Einschl. 1 407 Fälle unbekanntem Familienstandes.

lag bei Ledigen mit 7,5 % erheblich unter dem Anteil dieser Indikation bei den Frauen insgesamt (12 %). Bei den verheirateten Frauen lag der Anteil der Abbrüche wegen sonstiger schwerer Notlage mit 78 % unter, der Anteil der Abbrüche wegen allgemein-medizinischer Indikation mit 16 % dagegen über dem Durchschnitt.

Um Erkenntnisse über die familiäre Situation der Schwangeren und insbesondere über die Belastung, die mit der Sorge für Kinder verbunden ist, zu erhalten, wird in der Schwangerschaftsabbruchstatistik auch die Zahl der von der Schwangeren versorgten Kinder ermittelt. Von den 86 300 Frauen, die 1984 eine Schwangerschaft abbrechen ließen, hatte über die Hälfte (46 400) Kinder zu versorgen,

die noch bei ihnen lebten, und zwar hatten 17 100 Frauen ein Kind, 18 400 zwei Kinder und 7 000 drei Kinder zu betreuen. Bei 3 900 Frauen lebten zur Zeit des Schwangerschaftsabbruchs sogar noch vier oder mehr Kinder mit im Haushalt.

Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

Von den insgesamt 86 300 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen wurden 36 % in der achten und neunten Schwangerschaftswoche, 32 % in der sechsten und siebten Woche und 16 % in der zehnten bis zwölften Woche vorgenommen. Länger als 12 Wochen hatte die Schwangerschaft in 1 % der Fälle und weniger als sechs Wochen in 5 % der Fälle gedauert. Der Anteil der Schwangeren, die bereits in den ersten acht Wochen einen Abbruch vornehmen ließen, hat sich von 25 % im Jahr 1979 auf 37 % im Jahr 1984 erhöht. Möglicherweise hat zu dieser Entwicklung die Aufklärung der Beratungsstellen über die Modalitäten des Schwangerschaftsabbruchs und über die mit einem späten Abbruch verbundenen Risiken beigetragen.

Die nach § 218 a StGB vorgeschriebenen Fristen für die Dauer einer Schwangerschaft (gerechnet von der Empfängnis bis zum Abbruch) wurden nur in ganz wenigen Fällen überschritten, und zwar bei der sonstigen schweren Notlage und der eugenischen Indikation in jeweils 1 % der Fälle.

Art des Eingriffs

Die bei einem Schwangerschaftsabbruch angewendete Eingriffsmethode hängt von der Dauer der Schwangerschaft sowie von dem Gesundheitszustand und dem Alter der Schwangeren ab. Im Berichtsjahr wurden in mehr als drei Vierteln der Fälle die Schwangerschaften durch Vakuumaspiration abgebrochen. Bei fast einem Fünftel der Fälle wurde die Curettage angewandt, in rund 2 % der Fälle wurde der Abbruch medikamentös ausgelöst und in weniger als 1 % der Fälle operativ ausgeführt, das heißt durch vaginale oder abdominale Hysterotomie oder durch Hysterektomie.

Bis zu einer Schwangerschaftsdauer von 12 Wochen wurde die Schwangerschaft in acht von zehn Fällen durch

Tabelle 4: Schwangerschaftsabbrüche 1984 nach der Art des Eingriffs und der Dauer der Schwangerschaft

Abbruch nach einer Schwangerschaft von ... bis unter ... Wochen	Schwangerschaftsabbrüche insgesamt	Davon abgebrochen durch						Unbekannt
		Curet-tage	Vaku-um-aspira-tion	Hyste-rotomie	Hyster-ektomie	Medika-men-töser Ab-bruch		
	Anzahl	%						
unter 6	4 241	4,9	8,8	89,6	0,1	0,0	1,0	0,4
6 - 8	27 934	32,4	15,8	82,4	0,0	0,1	1,0	0,7
8 - 10	31 498	36,5	21,0	76,3	0,9	0,2	1,7	0,8
10 - 13	14 016	16,2	21,3	72,7	0,2	0,3	4,4	1,1
13 - 23	1 106	1,3	17,5	37,7	1,9	0,6	38,9	3,3
23 und mehr	22	0,0	—	4,5	4,5	4,5	86,4	—
Insgesamt ¹⁾	86 298	100	18,7	77,7	0,1	0,2	2,4	1,0

¹⁾ Einschl. 7 481 Fälle unbekannter Dauer der Schwangerschaft.

Vakuumaspiration beendet; bei einer Schwangerschaftsdauer bis zu sechs Wochen wurde diese Methode sogar bei neun von zehn Abbrüchen angewandt.

Schwangerschaften, die bereits länger als 12 Wochen bestanden, wurden in vier von zehn Fällen durch Verabreichung von Medikamenten beendet.

Seit 1976 haben sich die Anteile der am häufigsten praktizierten Eingriffsarten deutlich verändert. Während 1976 noch in 58 % aller Fälle die Curettage angewandt worden war, lag deren Anteil 1983 nur noch bei 19 %. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der mittels Vakuumaspiration vorgenommenen Abbrüche von einem Drittel der gemeldeten Fälle auf 78 % im Berichtsjahr.

Tabelle 5: Schwangerschaftsabbrüche 1984 nach der Art des Eingriffs und ausgewählten Komplikationen

Art des Eingriffs	Schwangerschaftsabbrüche insgesamt	Darunter Komplikationsfälle	Darunter			
			Blutverlust (mehr als 500 ml)	Nachblutungen	Fieber über 38° C	Salpingitis und Parametritis
Curettage	16 103	442	43	137	76	60
Vakuumaspiration	67 050	3 100	66	2 565	159	163
Hysterotomie	104	12	1	—	6	3
Hysterektomie	157	22	4	5	5	1
Medikament. Abbruch	2 046	76	14	12	14	14
Unbekannt	838	24	4	4	2	6
Insgesamt	86 298	3 676	132	2 723	262	247

Komplikationen

Von den 1984 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen waren 3 680 mit Komplikationen verbunden. Da die im „Zählblatt“ gestellte Frage nach beobachteten Komplikationen Mehrfachangaben zuläßt, ist die Zahl der Komplikationen größer als die der davon betroffenen Frauen (3 500). Die Komplikationsrate (Anzahl der Frauen mit Komplikationen beim Abbruch bezogen auf die gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche insgesamt), betrug damit 4 % (1983: 2 %). Als häufigste Komplikation wurden Nachblutungen beobachtet (74 % der Fälle). Fieber über 38° Grad trat in 7 % der Fälle auf; ebenso häufig wurden Komplikationen wegen Salpingitis und Parametritis angegeben.

Blutverlust über 500 ml wurde bei 4 % der Komplikationsfälle festgestellt.

In der Schwangerschaftsabbruchstatistik werden nur die sogenannten Frühkomplikationen erfaßt, also die Komplikationen, die der abbrechende Arzt selbst vor der Entlassung bzw. Verlegung der Patienten beobachtet hat. Insbesondere Komplikationen bei ambulant durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen, die häufig erst Tage nach dem Eingriff auftreten, dürften nur in Ausnahmefällen angezeigt werden. Die in der Statistik nachgewiesenen Komplikationen sind daher nur ein Teil der Komplikationen, die im Zusammenhang mit einem Abbruch einer Schwangerschaft auftreten können. Fälle, in denen Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch in einer gynäkologischen Praxis wegen auftretender Komplikationen zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingewiesen wurden, werden in der Statistik nicht noch einmal registriert.

Bei den einzelnen Eingriffsarten war die Zahl der Komplikationen unterschiedlich groß. Relativ am häufigsten traten diese 1984 bei der Hysterektomie auf, und zwar kamen 22 Komplikationen auf 157 Abbrüche (14 %). Am niedrigsten war die Komplikationsrate bei der Curettage mit 2,7 %.

Aufenthaltsdauer im Krankenhaus

37 500 oder 43 % der 1984 gemeldeten Abbrüche wurden in Krankenhäusern und 48 800 (57 %) in gynäkologischen Praxen vorgenommen. 1977 betrug der Anteil der in gynäkologischen Praxen durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche erst 15 %. Bei 55 900 oder 65 % der Frauen, die ihre Schwangerschaft vorzeitig abbrechen ließen, wurde der Abbruch ambulant durchgeführt.

In den gynäkologischen Praxen erfolgten die Abbrüche ausschließlich ambulant, und zwar in neun Zehnteln der Fälle mittels Vakuumaspiration. Unter den Abbrüchen in Arztpraxen können sich auch Fälle befinden, in denen die Frauen nach dem Eingriff wegen Komplikationen in ein Krankenhaus überwiesen werden mußten. Dort wurden sie jedoch — wie bereits erwähnt — nicht erneut als Abbruchfall registriert.

Tabelle 6: Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern 1984 nach der Art des Eingriffs und der Dauer des stationären Aufenthaltes

Aufenthaltsdauer von . . . bis unter . . . Tagen	Insgesamt		Art des Eingriffs					
			Curettage	Vakuumaspiration	Hysterotomie	Hysterektomie	Medikamentöser Abbruch	Unbekannt
	Anzahl	%						
unter 1	7 146	19,0	18,2	21,0	—	—	0,7	14,3
1 — 2	1 907	5,1	5,6	5,1	—	—	2,4	7,6
2 — 3	5 411	14,4	14,2	15,1	2,9	—	7,6	15,9
3 — 4	6 625	17,7	15,3	18,4	1,9	0,6	23,6	12,4
4 — 8	15 185	40,5	43,4	38,1	7,7	4,5	59,4	45,6
8 — 15	1 067	2,8	3,0	2,0	53,8	53,5	5,9	3,6
15 — 21	143	0,4	0,2	0,1	25,0	31,8	0,3	0,5
21 — 29	42	0,1	0,1	0,0	6,7	9,6	0,1	0,2
29 und mehr	6	0,0	—	0,0	1,9	—	0,1	—
Insgesamt	37 532	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 7: Schwangerschaftsabbrüche im Bundesgebiet sowie an westdeutschen Frauen in den Niederlanden, in England und Wales

Jahr	Gemeldete Schwangerschaftsabbrüche im Bundesgebiet			Schwangerschaftsabbrüche an westdeutschen Frauen in			
	insgesamt	je 1000		den Niederlanden ¹⁾	England und Wales	den Niederlanden, England und Wales ¹⁾ je 1000	
		Frauen von 15 bis 44 Jahren	Lebend- und Totgeborene			Frauen von 15 bis 44 Jahren	Lebend- und Totgeborene im Bundesgebiet
1977	54 309	4,1	92,7	55 000	1 732	4,4	96,8
1978	73 548	5,5	126,8	44 000	1 216	3,5	77,9
1979	82 788	6,2	141,8	32 000	726	2,5	56,2
1980	87 702	6,6	140,1	26 000	584	2,0	42,5
1981	87 535	6,4	139,9	21 000	514	1,6	34,4
1982	91 064	6,6	146,2	18 000	365	1,4	29,5
1983	86 529	6,3	145,2	12 800	298	1,0	22,0
1984	86 298	6,3	147,9	9 900	250 ²⁾	0,8	17,5

¹⁾ Quelle: Evert Ketting, Stimezo Niederlande und Office of Population Censuses and Surveys, London. — ²⁾ Geschätzt.

Als Aufenthaltsdauer im Krankenhaus wird nur die Zahl der Tage gerechnet, die die Patienten dort bis zur Entlassung oder Behandlung einer Krankheit verbringen, die nicht im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch steht. Von den Frauen, die den Abbruch im Krankenhaus vornehmen ließen, wurden 7 100 (ein knappes Fünftel) ambulant behandelt, bei 40 % der Frauen betrug die Aufenthaltsdauer vier bis sieben Tage und bei 37 % ein bis drei Tage. Nur 3 % der Frauen mußten länger als eine Woche im Krankenhaus verweilen.

Die Aufenthaltsdauer der Frauen im Krankenhaus hängt u. a. von der Methode des Abbruchs ab. Sie war mit Abstand am kürzesten bei der Vakuumaspiration. Bei Anwendung dieser Methode konnte ein Fünftel der Frauen das Krankenhaus bereits am Tag des Eingriffs wieder verlassen; nur 2 % mußten länger als eine Woche im Krankenhaus bleiben. Bei Anwendung der Curettage dauerte der Krankenhausaufenthalt für 43 % der Frauen vier bis sieben Tage, für 35 % betrug er bis zu drei Tagen. 18 % der Frauen wurden ambulant behandelt.

Beim medikamentösen Abbruch der Schwangerschaft dauerte der Krankenhausaufenthalt demgegenüber für mehr als sieben Zehntel der Frauen mindestens vier Tage.

Im Ausland an deutschen Frauen vorgenommene Schwangerschaftsabbrüche

Die Zahl der Abbrüche, die deutsche Frauen im Ausland vornehmen lassen, ist nicht bekannt. Dem Statistischen Bundesamt liegen lediglich Angaben über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche vor, die deutsche Frauen in den Niederlanden sowie in England und Wales durchführen ließen.

In den Niederlanden haben 1984 9 900 Frauen mit Wohnsitz im Bundesgebiet eine Schwangerschaft abbrechen lassen; in England und Wales waren es 1983 298. Für 1984 stehen zwar noch keine Zahlen zur Verfügung, jedoch ist aufgrund der bisherigen rückläufigen Entwicklung mit einer Zahl von etwa 250 Abbrüchen zu rechnen.

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche deutscher Frauen im Ausland ist nach der Liberalisierung der Strafvorschriften über den Schwangerschaftsabbruch in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1976 stark zurückgegangen. 1972 hatten in England und Wales noch 17 500

Frauen aus dem Bundesgebiet einen Abbruch vornehmen lassen; in den Niederlanden waren es 1975 — Angaben für frühere Jahre stehen nicht zur Verfügung — noch 61 000 gewesen.

Dr. Harald Schütz

Jugendhilfe 1983

Vorbemerkung

Neben Elternhaus und Schule hat die Jugendhilfe die Aufgabe, die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit zu fördern. Zur Jugendhilfe gehören Maßnahmen der Jugendwohlfahrt, und zwar insbesondere erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit, vor allem Freizeit- und Bildungsangebote, sowie die Schaffung von Einrichtungen für diese Zwecke. Die Hilfen werden teilweise unmittelbar Kindern und Jugendlichen, zum Teil auch den Erziehungspersonen zuteil. Träger der Jugendhilfe sind die Jugendwohlfahrtsbehörden und die Träger der freien Jugendhilfe; an der Durchführung von Aufgaben auf diesem Gebiet wirken auch die kreisangehörigen Gemeinden ohne eigenes Jugendamt mit. Schließlich tragen privatgewerbliche Träger durch Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungen zum Erfolg der erzieherischen Bemühungen bei. Über die Tätigkeit der Jugendhilfeträger, über die Einrichtungen und über die Ausgaben aus öffentlichen Mitteln gibt die Jugendhilfestatistik Auskunft¹⁾.

In der Statistik der Jugendhilfe werden erzieherische Hilfen und Aufwand jährlich, Maßnahmen der Jugendarbeit sowie Einrichtungen und tätige Personen dagegen in vier-

jährigen Abständen statistisch ermittelt. Nachdem im Jahr 1982 Erhebungen über die letztgenannten Tatbestände stattgefunden haben, wurden 1983 lediglich die erzieherischen Hilfen und der Aufwand für Zwecke der Jugendhilfe erhoben. Unter erzieherischen Hilfen sind die Leistungen der Jugendhilfe zu verstehen, die von den Organen der Jugendhilfe entsprechend den Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG)²⁾ erbracht werden. Die Gewährung erzieherischer Hilfen fällt überwiegend in den Zuständigkeitsbereich der Jugendämter und der Landesjugendämter; soweit freie Träger tätig werden, wird auch hierüber berichtet. Ergebnisse über die Tätigkeit der Beratungsstellen der Jugendwohlfahrtsbehörden und der freien Träger liegen erst ab 1984 vor.

Erzieherische Hilfen

Zum Personenkreis der „jungen Menschen“, denen Leistungen der Jugendhilfe zuteil werden, zählen nach den Entwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Infolge des Geburtenrückgangs nimmt die Zahl der jungen Menschen von Jahr zu Jahr leicht ab: Am Jahresende 1983 gab es 20 Mill. unter 25jährige, 414 000 weniger als im Jahr zuvor und fast 2 Mill. weniger als 1970. Besonders stark war der Rückgang 1983 bei den 6- bis unter 15jährigen Kindern: Ihre Zahl sank um 434 000 oder um 6,6 %; leicht zugenommen hat dagegen — bedingt durch den sogenannten Baby-Boom um die Mitte der sechziger Jahre —

¹⁾ Rechtsgrundlage der Jugendhilfestatistik ist das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 249).

²⁾ Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) vom 11. August 1961 — BGBl. I S. 1206 —, zuletzt geändert durch Artikel 27 des Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1532, 1564).

Tabelle 1: Personen unter 25 Jahren nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	1970 ¹⁾	1975 ¹⁾	1980 ¹⁾	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾	Darunter	
							Ausländer ²⁾	darunter Türken ²⁾
1 000								
unter 3	2 604,7	1 810,7	1 773,5	1 819,5	1 849,0	1 818,1	} 373,2	183,0
3 — 6	3 012,9	2 258,5	1 768,6	1 760,4	1 736,9	1 762,4		
6 — 15	8 485,4	9 014,9	7 460,9	7 024,1	6 591,1	6 157,4		
15 — 18	2 411,8	2 816,7	3 212,6	3 211,6	3 140,6	3 054,7		
Zusammen	16 514,8	15 900,8	14 215,6	13 815,6	13 317,6	12 792,6	1 277,0	623,7
männlich	8 465,0	8 147,5	7 293,2	7 088,1	6 826,0	6 550,1	690,6	354,9
weiblich	8 049,8	7 753,3	6 922,3	6 727,6	6 491,6	6 242,5	586,3	268,8
18 — 21	2 435,5	2 600,4	3 066,5	3 151,0	3 207,5	3 228,6	226,4	112,3
21 — 25	3 113,8	3 369,6	3 751,3	3 870,9	3 967,0	4 056,7	295,0	92,4
Insgesamt	22 064,1	21 870,8	21 033,4	20 837,6	20 492,1	20 077,9	1 798,3	828,3
männlich	11 308,3	11 172,2	10 817,8	10 713,5	10 522,6	10 298,8	979,8	474,8
weiblich	10 755,9	10 698,5	10 215,7	10 124,0	9 969,5	9 779,1	818,5	353,5
Anteil an der jeweiligen Wohnbevölkerung in Prozent								
unter 3	4,3	2,9	2,9	2,9	3,0	3,0	} 8,2	11,8
3 — 6	4,9	3,7	2,9	2,9	2,8	2,9		
6 — 15	13,9	14,6	12,1	11,4	10,7	10,0		
15 — 18	4,0	4,6	5,2	5,2	5,1	5,0		
Zusammen	21,1	25,8	23,1	22,4	21,6	20,9	28,2	40,2
männlich	29,1	27,7	24,7	24,0	23,2	22,4	26,5	39,3
weiblich	25,2	24,0	21,5	20,9	20,2	19,5	30,5	41,4
18 — 21	4,0	4,2	5,0	5,1	5,2	5,3	5,0	7,2
21 — 25	5,1	5,5	6,1	6,3	6,4	6,6	6,5	6,0
Insgesamt	36,2	35,5	34,1	33,8	33,3	32,7	39,7	53,4
männlich	38,9	38,0	36,7	36,3	35,8	35,1	37,5	52,6
weiblich	33,7	33,2	31,7	31,5	31,0	30,6	42,5	54,4

¹⁾ Bevölkerungsstand: jeweils am 31. 12. — ²⁾ Bevölkerungsstand: 30. 9.

die Zahl der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, nämlich um knapp 111 000 oder 1,5 %. Die Zahl der ausländischen jungen Menschen ist 1983 im Vergleich zum Vorjahr um 78 000 oder 4,1 % auf 1,8 Mill. gesunken; nahezu die Hälfte von ihnen, nämlich 828 000, sind Türken.

Die Zahl der Pflegekinder unter Aufsicht der Jugendämter entspricht mit 65 800 derjenigen des Vorjahres. Von 1 000 Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren lebten damit sechs in einer Pflegefamilie. Als Pflegekinder gelten gemäß § 27 JWG Minderjährige unter 16 Jahren, „die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege

Tabelle 2: Pflegekinder unter Aufsicht der Jugendämter nach Art der Pflege
Stand am Jahresende

Art der Pflege	1982		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	65 780	100	65 762	100
je 1 000 Personen unter 16 Jahren	5,9	x	6,1	x
davon in:				
Vollpflege	45 230	68,8	44 143	67,1
Wochenpflege	2 597	3,9	2 334	3,5
Tagespflege	17 953	27,3	19 285	29,3

befinden“. Nicht zu den Pflegekindern zählen u. a. Minderjährige, die sich bei ihren Personensorgeberechtigten oder Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grade oder aus Anlaß ihres Schulbesuchs in einer Pflegefamilie aufhalten. Außerdem gehören nicht zu den Pflegekindern Minderjährige, die unentgeltlich für einen Zeitraum von nicht mehr als sechs Wochen in Pflege genommen werden, sowie Minderjährige in Freiwilliger Erziehungshilfe oder in Fürsorgeerziehung. Mehr als zwei Drittel der Pflegekinder, nämlich 44 100 oder 67,1 %, befanden sich in

Vollpflege, das heißt in ununterbrochener Pflege über längere Zeit in einer anderen Familie — und zwar über Tag und Nacht. 2 300 oder 3,5 % waren im Rahmen einer sogenannten „Wochenpflege“ regelmäßig und nicht nur gelegentlich über Tag und Nacht während eines Teils der Woche in einer Pflegefamilie untergebracht; 19 300 Kinder oder 29,3 % befanden sich in Tagespflege, die mit einem regelmäßigen Aufenthalt für einen Teil des Tages in der anderen Familie verbunden ist. 1983 hat die Zahl der Kinder in Tagespflege um 1 300 zugenommen — bei einem leichten Rückgang der beiden anderen Formen der Pflege, insbesondere der Wochenpflege; hier gab es am Jahresende 1983 263 oder 10,1 % weniger als am Jahresende 1982.

Erzieherische Hilfen³⁾ sind häufig mit einer Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen in anderen Familien oder auch in Heimen verbunden. Daneben können die erzieherischen Bemühungen der Personensorgeberechtigten in der eigenen Familie unterstützt oder auch — im Falle der Fürsorgeerziehung — die zunächst im Rahmen einer Fremdunterbringung gewährten erzieherischen Hilfen in der eigenen Familie mit dem Ziel fortgesetzt werden, den Minderjährigen wieder in die Familie einzugliedern. Am Jahresende 1983 gab es insgesamt 104 600 Minderjährige, denen überwiegend mit Fremdunterbringung verbundene Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung gewährt wurde. Diese Hilfearten werden bei Erziehungsdefiziten oder bei Gefährdung des Kindeswohls eingesetzt.

Hilfe zur Erziehung beinhaltet insbesondere die Pflege und Erziehung von Säuglingen und Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter sowie erzieherische Maßnahmen des Jugendschutzes und für

³⁾ Siehe auch Tabelle S. 280*.

Tabelle 3: Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung für Minderjährige
Stand am Jahresende

Gegenstand der Nachweisung	Hilfe zur Erziehung ¹⁾	Freiwillige Erziehungshilfe	Fürsorgeerziehung	Insgesamt	Anteil an der jeweiligen Wohnbevölkerung je 1 000	Davon nach Art der Unterbringung			
						Heime	eigene Familie	andere Familie	sonstige Unterbringung
1970	101 399	25 203	18 928	145 530	7,7	93 807	9 425	39 074	3 224
1975	119 906	17 648	5 962	143 516	9,0	76 208	2 460	63 307	1 541
1980	115 554	15 798	3 198	134 550	9,5	62 207	1 937	69 328	1 078
1981	96 063	15 052	2 648	113 763	8,2	56 189	1 855	54 761	958
1982	90 993	14 447	2 148	107 588	8,1	54 019	1 486	51 197	886
1983	88 881	13 970	1 796	104 647	8,2	52 311	1 407	49 964	965
männlich	47 515	9 762	1 294	58 571	8,9	32 078	994	24 959	540
weiblich	41 366	4 208	502	46 076	7,4	20 233	413	25 005	425
davon (1983):									
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	16 289	35	1	16 325	4,7	3 576	—	12 749	—
6 — 9	11 072	276	10	11 358	6,7	3 720	8	7 627	3
9 — 12	14 438	1 288	55	15 781	8,5	7 334	64	8 370	13
12 — 15	18 771	4 020	332	23 123	9,5	13 230	282	9 480	131
15 — 18	19 249	8 201	1 373	28 823	9,7	19 150	1 036	7 911	726
Deutsche	83 652	13 262	1 659	98 573	8,7	49 026	1 350	47 276	921
Ausländer	5 229	708	137	6 074	4,3	3 285	57	2 688	44
im Berufsausbildungsverhältnis oder in sonstiger beruflicher Bildung ²⁾	5 643	2 308	368	8 319	x	5 826	169	2 189	135

¹⁾ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 8 i. V. m. § 6 Abs. 2 JWG. — ²⁾ Ohne Berlin.

Schaubild 1

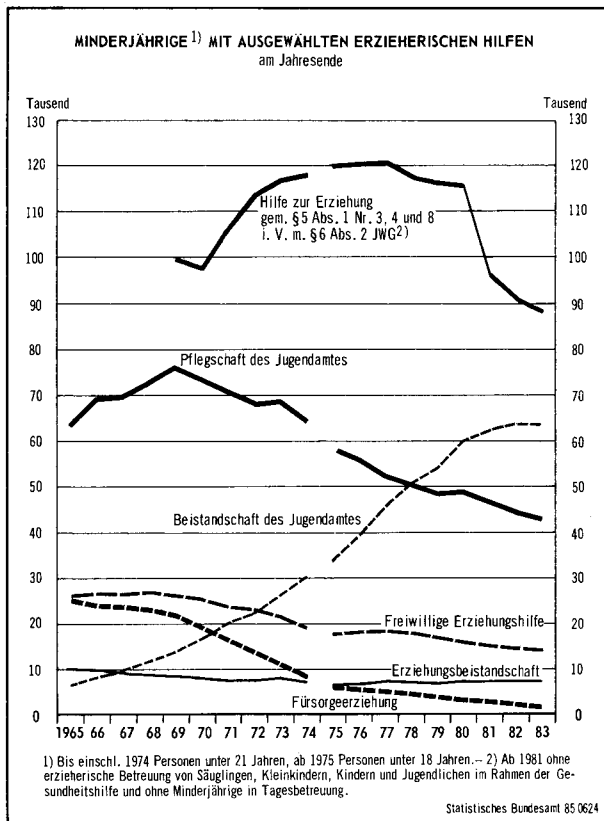
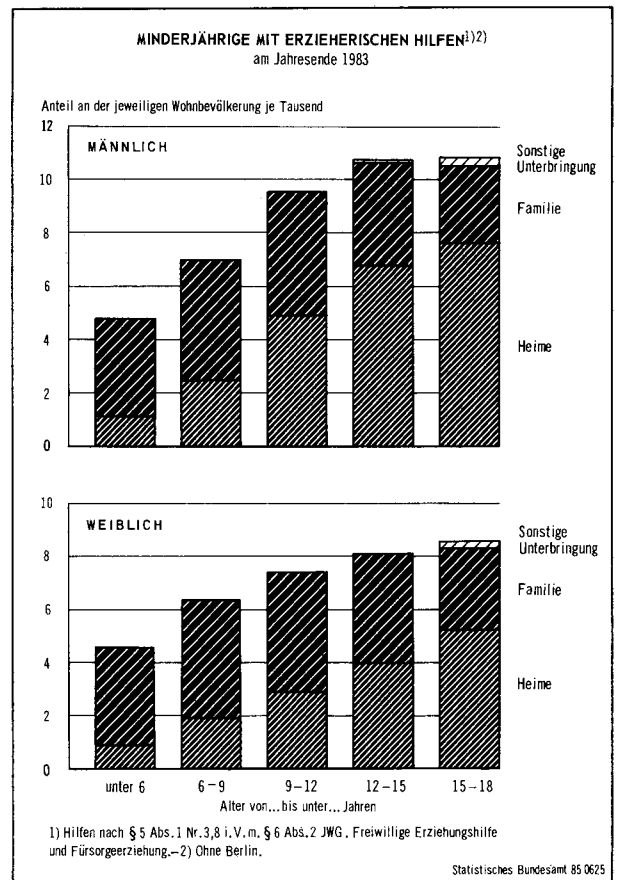


Schaubild 2



gefährdete Minderjährige. Freiwillige Erziehungshilfe wird gewährt, wenn ein Minderjähriger in seiner leiblichen, geistigen oder seelischen Entwicklung gefährdet ist und zur Beseitigung der Gefährdung oder Schädigung spezielle erzieherische Hilfen erforderlich sind, insbesondere dann, wenn die ausführende Behörde dabei des Aufenthaltsbestimmungsrechts bedarf. Die Fürsorgeerziehung soll als letztes und schärfstes Mittel öffentlicher Erziehung erst dann angewandt werden, wenn alle möglichen anderen Maßnahmen erfolglos praktiziert worden sind. Da aus heutiger Sicht im Hinblick auf den angestrebten erzieherischen Erfolg der Frage der Unterbringungsart stärkeres Gewicht beigelegt wird als dem Rechtsgrund einer Unterbringung, werden im folgenden diese drei Formen erzieherischer Hilfen, die überwiegend mit sogenannter Fremdunterbringung Minderjähriger verbunden sind, gemeinsam behandelt.

Die Minderjährigen waren bis auf 1 400 Minderjährige, denen Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung in der eigenen Familie gewährt wurde, außerhalb der eigenen Familie untergebracht — die Hälfte von ihnen (52 300) in Heimen und 50 000 in anderen Familien; knapp 1 000 waren anderweitig untergebracht, zum Beispiel in pädagogisch betreuten selbständigen Wohngemeinschaften.

Die genannten erzieherischen Maßnahmen wurden überwiegend — zu 56,0 % — männlichen Minderjährigen zuteil. Während in anderen Familien etwa gleich viele Jungen wie Mädchen untergebracht waren — jeweils 25 000 —, gab es in den Heimen erheblich mehr Jungen als Mädchen (32 100 gegenüber 20 200).

Die Gesamtzahl der Minderjährigen mit einer der genannten erzieherischen Maßnahmen hat sich gegenüber dem

Jahresende 1982 um 2 900 vermindert. Dieser Rückgang hängt mit der gesunkenen Zahl der unter 18jährigen Einwohner zusammen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit derartigen Erziehungshilfen ist mit 8,2 je 1 000 Minderjährige gegenüber dem Vorjahr (8,1) nahezu unverändert geblieben; er war bei den männlichen Minderjährigen mit 8,9 etwas höher als bei den weiblichen (7,4).

Die Häufigkeit dieser Erziehungsmaßnahmen steigt mit zunehmendem Alter: Bei den unter Sechsjährigen betrug der Anteil 4,7 je 1 000 Minderjährige, bei den 15- bis unter 18jährigen war er mit 9,7 doppelt so hoch. Auch die Unterbringungsart ist stark altersabhängig. Während von den unter Sechsjährigen dreieinhalbmal so viele in anderen Familien wie in Heimen untergebracht waren, wurden die erzieherischen Hilfen den 15- bis unter 18jährigen fast zweieinhalbmal so häufig in Heimen wie in anderen Familien gewährt. Mit fortschreitendem Alter sinkt der Anteil der in anderen Familien Unterbrachten und steigt der Anteil der Heimunterbringung.

Von den Minderjährigen mit Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung waren 98 600 Deutsche und 6 100 Ausländer. Von 10 000 deutschen Minderjährigen wurden damit 86, von 10 000 ausländischen Minderjährigen dagegen nur 48 in der dargestellten Weise erzieherisch betreut. Im Vergleich zum Jahresende 1982 ist die Zahl der Deutschen um 3 300 gesunken, die der Ausländer dagegen um knapp 400 gestiegen. Von den erzieherisch betreuten Minderjährigen standen 8 300 oder 7,9 % in einem Berufsausbildungsverhältnis oder wurden

Tabelle 4: In Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung zugewandene Minderjährige nach Altersgruppen und Familienverhältnis

Gegenstand der Nachweisung	Hilfe zur Erziehung ^{1) 2)}			Freiwillige Erziehungshilfe			Fürsorgeerziehung		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anzahl								
Insgesamt 1982	28 624	15 022	13 602	4 940	3 223	1 717	648	459	189
1983	26 599	13 889	12 710	4 782	3 031	1 751	582	402	180
dar. (1983): Ausländer	2 494	1 361	1 133	288	200	88	64	49	15
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	2 161	1 127	1 034	22	14	8	—	—	—
1 — 3	3 876	2 021	1 855						
3 — 6	3 338	1 806	1 532						
6 — 9	3 284	1 780	1 504						
9 — 12	3 521	2 021	1 500						
12 — 15	4 682	2 497	2 185	1 638	1 099	539	168	118	50
15 — 18	5 737	2 637	3 100	2 514	1 434	1 080	398	270	128
Familienverhältnis									
Eheliche Kinder	19 179	10 012	9 167	4 081	2 601	1 480	513	360	153
davon:									
aus vollständigen Familien	6 176	3 296	2 880	1 597	1 086	511	270	197	73
aus geschiedenen Ehen	7 054	3 639	3 415	1 741	1 041	700	149	102	47
von dauernd getrennt lebenden Eltern	3 352	1 740	1 612	267	190	77	47	31	16
Voll- und Halbwaisen	2 597	1 337	1 260	476	284	192	47	30	17
Nichteheliche Kinder	7 420	3 877	3 543	701	430	271	69	42	27
	Prozent								
Insgesamt 1983	100	100	100	100	100	100	100	100	100
dar. Ausländer	9,4	9,8	8,9	6,0	6,6	5,0	11,0	12,2	8,3
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	8,1	8,1	8,1	0,5	0,5	0,5	—	—	—
1 — 3	14,6	14,6	14,6						
3 — 6	12,5	13,0	12,1						
6 — 9	12,3	12,8	11,8						
9 — 12	13,2	14,6	11,8						
12 — 15	17,6	18,0	17,2	34,3	36,3	30,8	28,9	29,4	27,8
15 — 18	21,6	19,0	24,4	52,6	47,3	61,7	68,4	67,2	71,1
Familienverhältnis									
Eheliche Kinder	72,1	72,1	72,1	85,3	85,8	84,5	88,1	89,6	85,0
davon:									
aus vollständigen Familien	23,2	23,7	22,7	33,4	35,8	29,2	46,4	49,0	40,6
aus geschiedenen Ehen	26,5	26,2	26,9	36,4	34,3	40,0	25,6	25,4	26,1
von dauernd getrennt lebenden Eltern	12,6	12,5	12,7	5,6	6,3	4,4	8,1	7,7	8,9
Voll- und Halbwaisen	9,8	9,6	9,9	10,0	9,4	11,0	8,1	7,5	9,4
Nichteheliche Kinder	27,9	27,9	27,9	14,7	14,2	15,5	11,9	10,4	15,0

¹⁾ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, i. V. m. § 6 Abs. 2 JWG. — ²⁾ Einschl. Wechsel.

anderweitig beruflich aus- oder fortgebildet; dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr (8,9 %) leicht gesunken.

Während des Jahres 1983 wurden insgesamt 32 000 Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung eingeleitet, davon 26 600 im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, 4 800 Maßnahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe und 582 Maßnahmen der Fürsorgeerziehung. Während Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung gemäß § 5 i. V. mit § 6 JWG in erheblichem Umfang bereits im Vorschulalter und im Schulalter eingeleitet wurden und der Anteil der Maßnahmen, die bei Minderjährigen im Alter zwischen 12 bis unter 18 Jahren begannen, nur 39,2 % betrug, wurden Maßnahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung hauptsächlich bei den 12jährigen und älteren eingeleitet: In diesem Alter setzten 86,8 % der Maßnahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe und 97,3 % der Maßnahmen der Fürsorgeerziehung ein.

Bei allen drei Erziehungsformen überwog der Anteil der ehelichen Kinder; er betrug 72,1 % bei der Hilfe zur Erziehung, 85,3 % bei der Freiwilligen Erziehungshilfe und 88,1 % bei der Fürsorgeerziehung. Dementsprechend waren nichteheliche Kinder unter den Minderjährigen mit Hilfe zur Erziehung wesentlich häufiger vertreten (27,9 %) als bei der Freiwilligen Erziehungshilfe (14,7 %) und der Fürsorgeerziehung (11,9 %). Bei den ehelichen Kindern,

für die 1983 erzieherische Maßnahmen eingeleitet wurden, betrug der Anteil der Kinder aus vollständigen Familien bei der Hilfe zur Erziehung 23,2 %, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe 33,4 % und bei der Fürsorgeerziehung 46,4 %. Von den Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe stammten 36,4 % aus geschiedenen Ehen, von den Minderjährigen mit Hilfe zur Erziehung und mit Fürsorgeerziehung dagegen nur 26,5 bzw. 25,6 %. Der Anteil der Kinder dauernd getrennt lebender Eltern war bei der Hilfe zur Erziehung mit 12,6 % wesentlich höher als bei der Freiwilligen Erziehungshilfe (5,6 %) oder bei der Fürsorgeerziehung (8,1 %).

Der Anteil der Ausländer betrug bei der Hilfe zur Erziehung 9,4 %, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe 6,0 % und bei der Fürsorgeerziehung 11,0 %. Generell wurden erzieherische Maßnahmen häufiger für Jungen als für Mädchen eingeleitet: Bei der Hilfe zur Erziehung übertraf die Zahl der männlichen Minderjährigen die der weiblichen um 9,3 %, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe um 73,1 % und bei der Fürsorgeerziehung um 123,3 %.

Während des Jahres 1983 beendeten 26 414 Minderjährige eine Maßnahme der Hilfe zur Erziehung, 5 259 eine solche der Freiwilligen Erziehungshilfe und 934 die Fürsorgeerziehung.

Hauptsächlicher Grund für die Beendigung der Maßnahme war bei der Hilfe zur Erziehung die sich den Minder-

Tabelle 5: Aus Hilfe zur Erziehung, Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung abgegangene Minderjährige nach dem Grund des Abgangs¹⁾

Grund des Abgangs	Insgesamt				Männlich		Weiblich	
	1982		1983		1983		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hilfe zur Erziehung²⁾³⁾								
Insgesamt	31 087	100	26 414	100	13 658	100	12 756	100
Volljährigkeit	5 903	19,0	5 347	20,2	2 787	20,4	2 560	20,1
Rückkehr in die eigene Familie	13 743	44,2	11 895	45,0	6 111	44,7	5 784	45,3
Übernahme in Adoptionspflege	1 750	5,6	1 325	5,0	693	5,1	632	5,0
Gewährung von FEH und FE	827	2,7	829	3,1	458	3,4	371	2,9
Andere Gründe	8 864	28,5	7 018	26,6	3 609	26,4	3 409	26,7
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	1 969	6,3	1 036	3,9	508	3,7	528	4,1
Freiwillige Erziehungshilfe								
Insgesamt	5 551	100	5 259	100	3 460	100	1 799	100
Volljährigkeit	1 990	35,8	2 018	38,4	1 370	39,6	648	36,0
Erreichung des Erziehungszwecks	1 001	18,0	789	15,0	549	15,9	240	13,3
Anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks	452	8,1	467	8,9	338	9,8	129	7,2
Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten	1 715	30,9	1 663	31,6	1 013	29,3	650	36,1
Sonstige Gründe	393	7,1	322	6,1	190	5,5	132	7,3
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	40	0,7	44	0,8	26	0,8	18	1,0
Fürsorgeerziehung								
Insgesamt	1 143	100	934	100	620	100	314	100
Volljährigkeit	556	48,6	485	51,9	308	49,7	177	56,4
Erreichung des Erziehungszwecks	201	17,6	165	17,7	106	17,1	59	18,8
Anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks	179	15,7	130	13,9	107	17,3	23	7,3
Sonstige Gründe	207	18,1	154	16,5	99	16,0	55	17,5
dar.: Gewährung von Hilfen nach dem BSHG	9	0,8	5	0,5	4	0,6	1	0,3

¹⁾ Ohne Berlin. — ²⁾ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 8 i. V. m. § 6 Abs. 2 JWG. — ³⁾ Ohne Wechsel.

jährigen bietende Möglichkeit, in die eigene Familie zurückzukehren. Weitere häufige Gründe für die Beendigung waren die Volljährigkeit — so bei jedem fünften jungen Menschen — und die Übernahme in Adoptionspflege — bei jedem Zwanzigsten. In 3,1 % der Fälle erwies sich eine gravierendere Maßnahme — Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung — als notwendig; bei 3,9 % schlossen sich Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz an. Die in 22,6 % vorliegenden anderen Gründe sind in der Statistik nicht weiter spezifiziert. Im Falle von Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung war das Erreichen der Volljährigkeit häufigster Grund für die Beendigung der Maßnahme (bei 38,4 bzw. 51,9 % der Minderjährigen). Bei 15,0 % der aus Freiwilliger Erziehungshilfe entlassenen und bei 17,7 % der aus Fürsorgeerziehung abgehenden Minderjährigen war der Erziehungszweck erreicht, bei weiteren 8,9 bzw. 13,9 % wurde er auf andere Weise sichergestellt, zum Beispiel durch Adoption, Vormundschaft, Pflegschaft oder Unterbringung in einem Internat. Im Rahmen Freiwilliger Erziehungshilfe kam häufig eine Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten vor (31,6 % der beendigten Maßnahmen).

Eine Hilfe für junge Volljährige schloß sich bei 14,4 % der aus Hilfe zur Erziehung abgehenden jungen Menschen an, bei der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung waren es zusammen 1 600 bzw. ein Viertel der Abgänge.

Damit gab es Ende 1983 knapp 8 000 junge Volljährige, die eine im Rahmen einer Erziehungsmaßnahme (Hilfe zur Erziehung, Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung) begonnene Ausbildungsmaßnahme mit Unterstützung durch die Jugendwohlfahrtsbehörden fortsetzten. Bei knapp 6 000 von ihnen war eine Maßnahme der Hilfe zur Erziehung vorausgegangen, bei den übrigen 2 000 eine solche der Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Fürsorgeerziehung. Von den knapp 8 000 jungen Volljährigen

waren 4 900 männlichen und 3 000 weiblichen Geschlechts. 5 500 oder 68,9 % waren in Heimen untergebracht. Die Zahl der jungen Volljährigen, die ihre im Rahmen einer Erziehungsmaßnahme begonnene Ausbildung fortsetzten, hat mit knapp 8 000 ihren bisher höchsten Stand erreicht; sie ist gegenüber 1982 um 8,6 % und gegenüber 1980 sogar um 37,3 % gestiegen.

Tabelle 6: Junge Volljährige, die im Anschluß an Erziehungsmaßnahmen die begonnene Ausbildung fortsetzen

Jahr (Jahresende)	Insgesamt	Davon im Anschluß an			
		Hilfe zur Erziehung ¹⁾		Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung ²⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1975	2 596	1 552	59,8	1 044	40,2
1980	5 793	4 254	73,4	1 539	26,6
1981	6 402	4 794	74,9	1 608	25,1
1982	7 322	5 523	75,4	1 799	24,6
1983	7 953	5 989	75,3	1 964	24,7
männlich	4 945	3 473	70,2	1 472	29,8
weiblich	3 008	2 516	83,6	492	16,4
dar. (1983): in Heimen	5 476	3 947	72,1	1 529	27,9

¹⁾ Gemäß § 6 Abs. 3 JWG. — ²⁾ Gemäß § 75a JWG.

Unter Erziehungsbeistandschaft, die eine mildere Erziehungsform gegenüber Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung darstellt, standen am Jahresende 1983 7 400 Minderjährige. Ein Erziehungsbeistand kann entweder freiwillig bestellt, oder seine Bestellung kann gerichtlich angeordnet werden. Die Erziehungsbeistandschaft stellt ein Instrument der ambulanten Erziehungshilfe dar. Ein Erziehungsbeistand kann bestellt werden, wenn die leibliche, geistige oder seelische Entwicklung eines Minderjährigen gefährdet oder geschädigt ist, sofern diese Maßnahme ausreichend erscheint, um die Gefahr abzuwehren oder den bereits eingetretenen Schaden zu beheben. Die Zahl der Minderjährigen unter Erzie-

hungsbeistandschaft unterlag in den achtziger Jahren bisher nur geringen Schwankungen; sie betrug am Jahresende 1983 7 351; eine ähnliche Stagnation ist bei den Zugängen festzustellen: Ihre Zahl liegt bei jährlich rund 3 100, sie ist 1983 jedoch auf 2 779 gesunken. Die Bestellung eines Erziehungsbeistands erfolgte ganz überwiegend — zu 88,2 % — auf Antrag des Personensorgeberechtigten, also freiwillig; lediglich 3,7 % wurden auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts und 8,1 % auf Anordnung des Jugendgerichts bestellt. Die Zahl der freiwilligen Bestellungen zeigt eine steigende, die der gerichtlichen Anordnungen dagegen eine fallende Tendenz.

Die Zahl der Abgänge aus der Erziehungsbeistandschaft betrug 1983 2 768 und lag damit geringfügig unter derjenigen der Zugänge. 31,6 % der Erziehungsbeistandschaften endeten wegen Volljährigkeit des Minderjährigen, 32,0 % wegen Erreichung und 28,5 % wegen anderweitiger Sicherstellung des Erziehungsziels; bei 8,1 % schloß

Tabelle 7: Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Auf Antrag des Personensorgeberechtigten	Auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts	Jugendgerichts
				Anzahl	%	
Zugänge im Berichtsjahr						
1970	2 574	74,2	25,8	47,6	22,8	29,6
1975	3 418	68,9	31,1	72,6	11,9	15,4
1980	3 105	67,7	32,3	77,4	8,5	14,1
1981	3 065	67,3	32,7	83,0	6,4	10,7
1982	3 142	66,7	33,3	85,4	4,4	10,3
1983	2 779	66,4	33,6	88,2	3,7	8,1
Minderjährige am Jahresende						
1970	8 203	72,7	27,3	50,1	26,0	23,9
1975	6 685	68,6	31,4	71,1	13,9	15,0
1980	7 246	68,5	31,5	80,8	8,4	10,8
1981	7 220	68,2	31,8	83,3	7,7	9,0
1982	7 340	67,2	32,8	85,9	6,2	7,9
1983	7 351	67,2	32,8	87,3	5,3	7,4

sich an die Maßnahme der Erziehungsbeistandschaft eine solche der Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Fürsorgeerziehung an. Sowohl beim Bestand als auch bei den Zu- und Abgängen kam jeweils auf zwei männliche eine weibliche Minderjährige.

Am Jahresende 1983 wurden außerdem 341 300 Minderjährige formlos erzieherisch betreut; dabei wurden nur solche Fälle gezählt, bei denen mehrere Kontakte vorlagen, die sich über mindestens drei Monate erstreckten. Während des Jahres 1983 kamen 104 500 Minderjährige hinzu, bei 102 000 endete die formlose erzieherische Betreuung.

Zu den Aufgaben der Jugendämter gehört es auch, alleinerziehende oder getrennt lebende Elternteile sowie werdende Mütter zu beraten und zu unterstützen. Diese Hilfen sollen auch nach der Geburt eines Kindes fortgesetzt werden. Beratung und Unterstützung gelten dabei der Ausübung der Personensorge, insbesondere der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des Kindes. In Fällen, in denen ein Kind nichtehelich geboren wird, soll das Jugendamt im Einverständnis mit der Mutter noch vor der Geburt die Feststellung der Vaterschaft vorbereiten. Auch hat das Jugendamt die Mutter eines nichtehelichen

Kindes — ihr Einverständnis vorausgesetzt — vor und nach Entbindung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, daß der Vater die Aufwendungen für die Entbindung und den Unterhalt der Mutter aus Anlaß der Geburt übernimmt.

Die Zahl der aus diesen Gründen unterstützten Personen betrug 1983 228 500, davon waren 192 700 alleinerziehende oder getrennt lebende Elternteile sowie 35 800 werdende Mütter. Gegenüber 1982 ist die Zahl der beratenen und unterstützten Personen um insgesamt 6,9 % zurückgegangen.

Tabelle 8: Vaterschaftsfeststellungen

Gegenstand der Nachweisung	1970	1975	1980	1981	1982	1983
Bearbeitete Fälle insgesamt ¹⁾	40 169	38 695	46 587	50 241	54 240	56 525
Vater wurde festgestellt	27 680	31 003	40 635	44 281	48 003	49 709
davon durch:						
freiwillige						
Anerkennung	19 467	24 218	34 777	38 452	42 418	44 060
erfolgreiche Klage	8 213	6 785	5 858	5 829	5 585	5 649
Vater nicht festgestellt oder nicht heranzuziehen	4 663	4 542	3 893	3 965	3 892	3 493
darunter wegen:						
Aussageverweigerung der Mutter					1 121	1 071

¹⁾ Ohne die an andere Jugendämter abgegebenen Fälle.

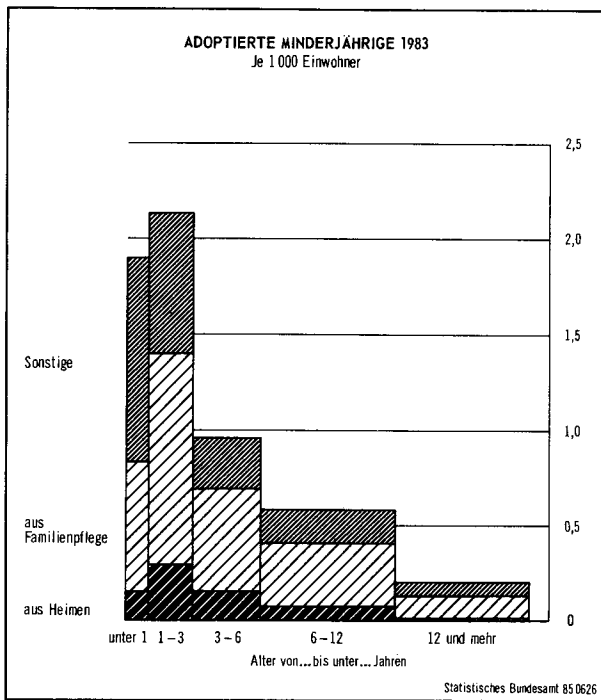
Zu den Aufgaben der Jugendämter gehört ferner die Beurkundung von Vaterschaftsanerkennungen bei nichtehelichen Kindern. 1983 wurden insgesamt 56 500 derartige Fälle bearbeitet, 2 300 oder 4,2 % mehr als 1982. Damit hat die Zahl der Vaterschaftsfeststellungen einen neuen Höchststand erreicht; sie lag um 40,7 % über der des Jahres 1970 und um 21,3 % über der des Jahres 1980. In 77,9 % der Fälle erkannte der Mann seine Vaterschaft freiwillig an, in weiteren 10,0 % führte eine erfolgreiche Klage zur Anerkennung der Vaterschaft. Nur in 6,2 % der Fälle war der Vater nicht festzustellen oder heranzuziehen, in knapp einem Drittel dieser Fälle wegen der Aussageverweigerung der Kindesmutter.

Während des Jahres 1983 wurden insgesamt 8 800 Kinder und Jugendliche adoptiert; 3 800 von Verwandten und Stiefeltern und 5 000 von familienfremden Personen. 62,0 % der Minderjährigen fanden bereits im Vorschulalter

Tabelle 9: Adoptionen

Jahr	Adoptierte Minderjährige und zwar durch				Am Jahresende		
	insgesamt	Verwandte und Stiefeltern		Ausländer		zur Adoption vorgezeichnete Minderjährige	vorhandene Adoptionsstellen
		Anzahl	%	Anzahl	%		
1970	7 165	1 918	26,8	645	9,0	3 157	6 009
1975	9 308	2 540	27,3	414	4,4	3 076	15 674
1980	9 298	3 102	33,4	295	3,2	2 819	20 282
1981	9 091	3 602	39,6	322	3,5	2 766	19 180
1982	9 145	3 968	43,4	256	2,8	1 035	20 746
1983	8 801	3 814	43,3	300	3,4	884	21 249
davon (1983):							
Deutsche	7 760	3 604	46,4	170	2,2	x	x
Ausländer	1 041	210	20,2	130	12,5	x	x

Schaubild 3



Aufnahme bei Adoptiveltern, und zwar 13,0 % bereits im ersten Lebensjahr, 29,8 % im Alter von einem bis unter drei Jahren und 19,1 % im Alter von drei bis unter sechs Jahren. Weitere 24,9 % waren bei der Adoption älter als sechs, aber jünger als 12 Jahre, und nur 13,1 % wurden erst nach der Vollendung des 12. Lebensjahres adoptiert. Mehr als die Hälfte der Adoptivkinder (52,6 %) befanden sich vor der Adoption in Familienpflege, 11,4 % waren zuvor in Heimen untergebracht gewesen.

Von den adoptierten Minderjährigen waren 7 800 oder 88,2 % Deutsche, und zwar etwa jeweils zur Hälfte eheliche und nichteheliche Kinder. Zwei von drei ehelichen Kindern stammten aus geschiedenen Ehen, jedes siebente eheliche Kind aus einer vollständigen Familie. Kinder dauernd getrennt lebender Eltern waren ebenso wie Voll- und Halbweisen seltener: Nur jedes elfte eheliche Adoptivkind gehörte einer dieser beiden Gruppen an.

Tabelle 10: Adoptierte deutsche Minderjährige 1983 nach dem Familienverhältnis¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Anzahl	%
Insgesamt	7 760	100
Eheliche Kinder	3 779	48,7
aus vollständigen Familien	527	6,8
aus geschiedenen Ehen	2 570	33,1
von dauernd getrennt lebenden Eltern	330	4,3
Voll- und Halbweisen	352	4,5
Nichteheliche Kinder	3 981	51,3

¹⁾ Familienverhältnis zum Zeitpunkt des Beginns der Adoptionspflege.

Am Jahresende 1983 gab es 884 zur Adoption vorgemerkte Minderjährige; ihnen standen 21 200 Adoptionsstellen gegenüber, für die ein Kind noch nicht vermittelt werden konnte. Die Zahl der zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen lag um 14,6 % unter der des Jahres 1982 und hat ihren bisher niedrigsten Stand erreicht; die Zahl der Adop-

tionsbewerber ist dagegen im Berichtsjahr nochmals um 503 gestiegen, die Zahl von 21 200 markiert den bisherigen Höchststand. Damit kommen auf einen zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen 24 Adoptionsbewerber; 1970 waren es gerade zwei gewesen.

Am Jahresende 1983 standen 351 900 nichteheliche Kinder volljähriger Mütter unter Amtspflegschaft und 60 300 Minderjährige unter Amtsvormundschaft, darunter 21 600 unter gesetzlicher Amtsvormundschaft. Damit gab es Ende des Berichtsjahres 8 600 Minderjährige in Amtspflegschaft mehr und 3 900 in Amtsvormundschaft weniger als Ende 1982. Gesetzliche Amts-

Tabelle 11: Minderjährige in Amtspflegschaft und unter Amtsvormundschaft

Jahr (Jahresende)	Amtspflegschaft		Amtsvormundschaft		
	insgesamt	je 1 000 Minderjährige	insgesamt	je 1 000 Minderjährige	gesetzliche Amtsvormundschaft
1970	401 108	21,2	105 855	5,6	70 109
1975	333 930	21,0	76 567	4,8	35 859
1980	330 137	23,2	67 554	4,8	24 458
1981	335 775	24,3	65 963	4,8	23 140
1982	343 324	25,8	64 202	4,8	23 359
1983	351 903	27,5	60 348	4,7	21 637

vormundschaft tritt mit der Geburt eines nichtehelichen Kindes ein, das eines Vormundes bedarf; dieser Fall liegt häufig bei nichtehelichen Geburten minderjähriger Mütter vor. Das Vormundschaftsgericht hat eine Vormundschaft anzuordnen, wenn ein Minderjähriger nicht unter elterlicher Sorge steht oder die Eltern „weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind“ (§ 1773 BGB). Das Jugendamt kann zum Vormund bestellt werden, wenn eine als Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden ist.

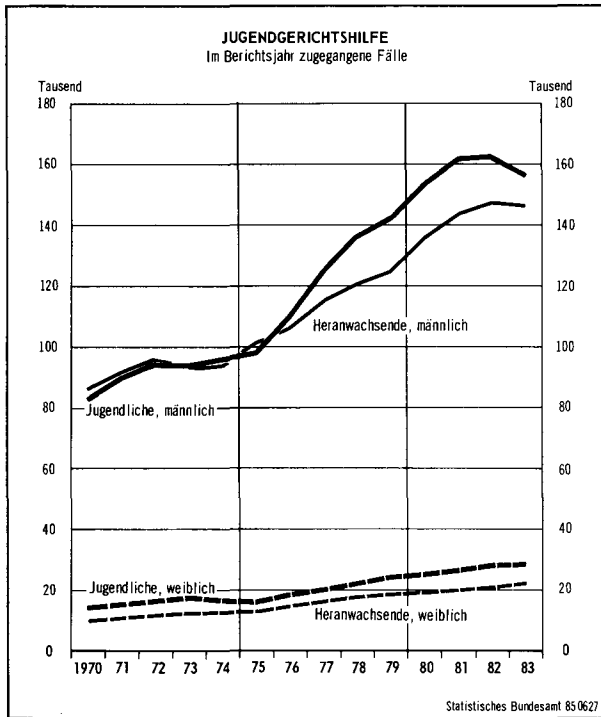
Weitere 42 600 Minderjährige standen am Ende des Berichtsjahres unter Pflegschaft des Jugendamtes, weil entweder das Kindeswohl gefährdet war, zum Beispiel bei getrennt lebenden Eltern, oder weil die Eltern (oder auch der Vormund) an der Verwaltung des Vermögens oder anderer das Kind betreffenden Angelegenheiten verhindert waren. Außerdem standen 63 700 Minderjährige unter Beistandschaft des Jugendamtes.

Tabelle 12: Jugendgerichtshilfe

Jahr	Zugänge im Berichtsjahr	Und zwar		
		Jugendliche ¹⁾	Heranwachsende ²⁾	weiblich
Anzahl				
1970	192 967	97 624	95 343	169 278
1975	228 322	114 233	114 089	199 361
1980	333 546	178 849	154 697	289 982
1981	350 330	187 477	162 853	304 855
1982	358 426	190 324	168 102	309 355
1983	353 809	185 306	168 503	303 095
je 1 000 Jugendliche bzw. Heranwachsende				
1970	34	31	39	59
1975	36	30	44	61
1980	46	42	51	78
1981	48	44	52	80
1982	49	46	53	82
1983	49	46	52	81

¹⁾ 14 bis unter 18 Jahre. — ²⁾ 18 bis unter 21 Jahre.

Schaubild 4



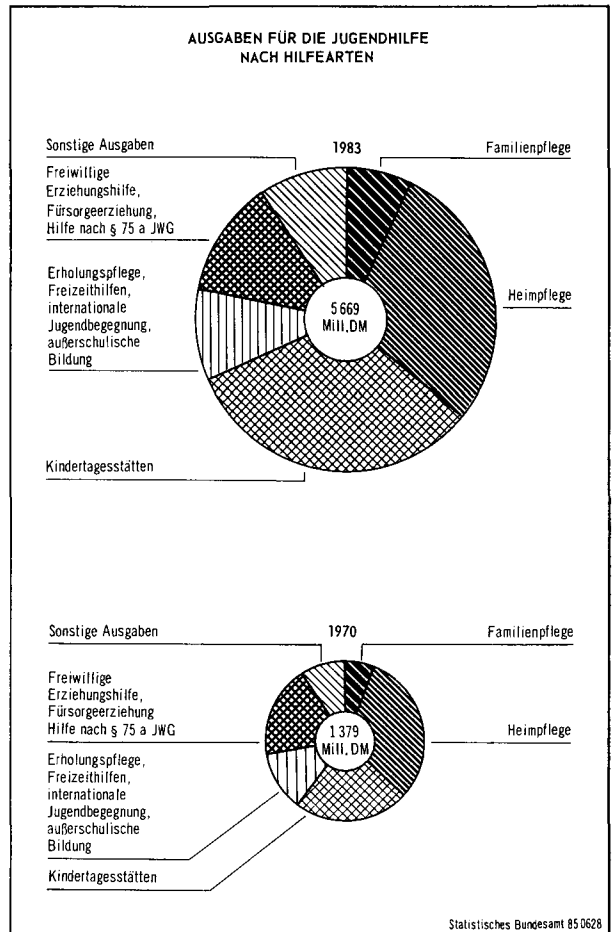
Zu den Aufgaben der Jugendämter gehört es auch, für Jugendliche und Heranwachsende (Volljährige unter 21 Jahren) Jugendgerichtshilfe zu leisten, und zwar in allen Fällen, in denen Jugendliche oder Heranwachsende als Beschuldigte in ein Strafverfahren verwickelt sind. Der Vertreter der Jugendgerichtshilfe soll im Verfahren die Gesichtspunkte herausstellen, die dem Gericht eine Entscheidung ermöglichen, die der erzieherischen Situation gerecht wird. Jugendgerichtshilfe wird dabei sowohl im Vorfeld des Strafverfahrens als auch während desselben und häufig auch im Rahmen einer nachgehenden Betreuung wirksam. Erstmals 1983 ist die Zahl der neuen Fälle, mit denen die Jugendämter konfrontiert wurden, leicht zurückgegangen, nämlich um 1,3 % auf 353 800. Der Rückgang betraf ausschließlich junge Männer, und zwar die 14- bis unter 18jährigen wesentlich stärker (— 5 500) als die 18- bis unter 21jährigen (— 788).

Zugenommen hat dagegen die Zahl der Fälle von Jugendgerichtshilfe bei weiblichen Jugendlichen und Heranwachsenden — um 454 bei den unter 18jährigen und um 1 200 bei den 18- bis unter 21jährigen. Allerdings ist die Gesamtzahl der jungen Männer, derentwegen 1983 die Jugendgerichtshilfe bemüht wurde, mit 303 100 sechsmal so groß wie die entsprechende Zahl der jungen Frauen gleichen Alters. Je 1 000 Einwohner entfielen auf 1 000 männliche Jugendliche und Heranwachsende zwischen 14 und 21 Jahren 81 Zugänge bei der Jugendgerichtshilfe und auf 1 000 gleichaltrige Mädchen und Frauen nur 14. Von den betroffenen Jugendlichen waren 9,5 % und von den betroffenen Heranwachsenden 8,0 % Ausländer.

Ausgaben für die Jugendhilfe

Für Einzel-, Gruppen- und Pauschalhilfen der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz einschließlich der Zuschüsse für freie Träger wurden 1983

Schaubild 5



5,7 Mrd. DM aufgewendet, etwa ebenso viel wie in den beiden vorausgegangenen Jahren. Zu den Ausgaben gehören sämtliche Aufwendungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Nicht einbezogen sind die Ausgaben für Bauinvestitionen, für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen ein-

Tabelle 13: Aufwand für die Jugendhilfe¹⁾

Jahr	Ausgaben			Ein- nahmen ⁴⁾	Reine Ausgaben
	insge- samt ²⁾	für Maß- nahmen der Jugend- wohlfahrts- behörden	darunter Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe ³⁾		
Mill. DM					
1970	1 378,6	1 076,4	302,0	191,9	1 186,7
1975	3 369,0	2 536,6	830,8	381,5	2 987,6
1980	5 312,9	3 734,4	1 578,5	506,2	4 806,8
1981	5 679,7	3 923,0	1 756,7	543,4	5 136,3
1982	5 753,0	4 038,6	1 714,3	536,8	5 216,2
1983	5 669,5	4 020,3	1 649,1	550,2	5 119,3
1970 = 100					
1970	100	100	100	100	100
1975	244	236	275	199	252
1980	385	347	523	264	405
1981	412	364	582	283	433
1982	417	375	568	280	440
1983	411	373	546	287	431

¹⁾ Ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen. — ²⁾ Einschl. der Förderung privater gewerblicher Träger. — ³⁾ Gemäß § 5 Abs. 4 JWG. — ⁴⁾ Ohne Zuweisungen des Bundes.

Tabelle 14: Aufwand für die Jugendhilfe nach Hilfearten¹⁾

Hilfeart	Insgesamt			Aufwand für die von den Jugendwohlfahrtsbehörden durchgeführten Maßnahmen der Jugendhilfe ²⁾								Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe ³⁾				
				zusammen				außerhalb von Einrichtungen								
	1982		1983		1982		1983		1982		1983		1982		1983	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	45,9	44,1	0,8	14,0	11,5	0,3	8,3	6,7	1,2	5,7	4,8	0,1	31,9	32,6	2,0	
Hilfe durch Familienpflege	401,9	399,1	7,0	399,3	396,6	9,9	399,3	396,6	68,7	x	x	x	2,5	2,5	0,2	
Hilfe durch Heimpflege	1 640,2	1 629,8	28,7	1 488,2	1 493,4	37,1	x	x	x	1 488,2	1 493,4	43,4	152,0	136,3	8,3	
Kindertagesstätten	1 968,7	1 860,5	32,8	1 034,0	1 004,2	25,0	x	x	x	1 034,0	1 004,2	29,2	934,7	856,3	51,9	
Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe	6,2	5,1	0,1	5,6	4,5	0,1	0,8	1,0	0,2	4,8	3,6	0,1	0,6	0,5	0,0	
Jugendberufshilfen	48,1	56,4	1,0	21,6	23,7	0,6	8,4	7,4	1,3	13,3	16,2	0,5	26,5	32,7	2,0	
Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	204,7	214,7	3,8	69,9	72,4	1,8	26,0	28,4	4,9	43,9	44,0	1,3	134,9	142,3	8,6	
Jugendschutz	14,1	14,6	0,3	5,6	6,5	0,2	3,2	3,9	0,7	2,4	2,6	0,1	8,5	8,1	0,5	
Erholungspflege	146,2	124,6	2,2	72,4	64,7	1,6	32,4	26,8	4,6	40,0	38,0	1,1	73,8	59,8	3,6	
Freizeithilfen	279,8	306,4	5,4	161,9	169,9	4,2	27,9	27,1	4,7	134,0	142,8	4,1	118,0	136,4	8,3	
Internationale Jugendbegegnung	19,4	20,8	0,4	9,8	9,2	0,2	8,0	6,6	1,1	1,8	2,6	0,1	9,5	11,6	0,7	
Außerschulische Bildung	97,4	99,2	1,8	19,0	19,3	0,5	9,5	9,4	1,6	9,6	9,9	0,3	78,4	79,9	4,8	
Freiwillige Erziehungshilfe	544,5	550,8	9,7	544,5	550,8	13,7	13,0	13,4	2,3	531,5	537,4	15,6	x	x	x	
Fürsorgeerziehung	81,7	71,0	1,3	81,7	71,0	1,8	2,5	2,4	0,4	79,2	68,5	2,0	x	x	x	
Hilfe nach § 75a JWG	59,6	64,0	1,1	59,6	64,0	1,6	4,5	3,6	0,6	55,1	60,5	1,8	x	x	x	
Vormundchaftswesen, Adoptionswesen, Jugendgerichtshilfe, Erziehungsbeistandschaft, Fortbildung auf dem Gebiet der Jugendhilfe	27,5	26,2	0,5	13,0	14,0	0,3	9,6	12,0	2,1	3,3	2,0	0,1	14,5	12,2	0,7	
Sonstige Ausgaben	167,1 ⁴⁾	182,3 ⁴⁾	3,2	38,5	44,6	1,1	25,4	31,8	5,5	13,1	12,7	0,4	128,6 ⁵⁾	137,6 ⁵⁾	8,3	
Ausgaben	5 753,0	5 669,5	100	4 038,6	4 020,3	100	578,8	577,1	100	3 459,8	3 443,2	100	1 714,3	1 649,1	100	
Einnahmen ⁶⁾	536,8	550,2	9,7	528,8	546,8	13,6	130,7	150,6	26,1	398,1	396,2	11,5	7,9	3,4	0,2	
Kostenbeiträge, übergeleitete Ansprüche	340,1	322,0	5,7	340,1	322,0	8,0	104,8	104,5	18,1	235,3	217,5	6,3	x	x	x	
Sonstige Einnahmen	196,7	228,2	4,0	188,8	224,9	5,6	25,9	46,1	8,0	162,8	178,7	5,2	7,9	3,4	0,2	
Reine Ausgaben	5 216,2	5 119,3	90,3	3 509,8	3 473,5	86,4	448,1	426,5	73,9	3 061,7	3 047,0	88,5	1 706,4	1 645,8	99,8	

¹⁾ Ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen. — ²⁾ Ohne Pauschalzuschüsse. — ³⁾ Gemäß § 5 Abs. 4 JWG. — ⁴⁾ Einschl. der Förderung privater gewerblicher Träger. — ⁵⁾ Einschl. der Ausgaben für Führungs- und Leitungsaufgaben sowie für zentrale Förderung 1982 = 87,3 Mill. DM, 1983 = 82,9 Mill. DM. — ⁶⁾ Ohne Zuweisung des Bundes.

schließlich der Ersteinrichtung und für den Erwerb von Grundvermögen sowie die allgemeinen Verwaltungskosten der Jugendwohlfahrtsbehörden. Die Frage der Einbeziehung der Kosten der eigenen Einrichtungen (laufende Betriebskosten und Zuschüsse) ist in einzelnen Ländern abweichend geregelt: Derartige Ausgaben werden von den Berichtsstellen der meisten Länder einbezogen, in Bayern und Baden-Württemberg dagegen nicht.

Im Berichtsjahr sind sowohl die Ausgaben für Maßnahmen der Jugendwohlfahrtsbehörden als auch die Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe leicht zurückgegangen, erstere um 0,5 % auf 4,02 Mrd. DM, letztere um 3,8 % auf 1,65 Mrd. DM. Knapp zwei Mrd. DM wurden für Kindertagesstätten aufgewandt, weitere 1,63 Mrd. DM für Hilfe durch Heimpflege; hinzu kommen 606 Mill. DM für die Durchführung von Maßnahmen der Fürsorgeerziehung und der Freiwilligen Erziehungshilfe in Einrichtungen, außerdem 60 Mill. DM für Hilfen für junge Volljährige nach § 75a JWG in Einrichtungen. Von den übrigen Hilfen seien die Hilfe zur Familienpflege (399 Mill. DM), für Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend (215 Mill. DM) sowie für Zwecke der Jugenderholung, der Freizeithilfen und der Jugendarbeit einschließlich der Internationalen Jugendbegegnung erwähnt. Sie betragen im Berichtsjahr 551 Mill. DM und lagen damit um 1,5 % über dem entsprechenden Aufwand 1982. Wie auch in früheren Jahren überstiegen die Ausgaben für Hilfen in Einrichtungen (3,4 Mrd. DM)

die Ausgaben für Hilfen außerhalb von Einrichtungen (577 Mill. DM) um ein Mehrfaches.

Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von insgesamt 550 Mill. DM gegenüber, die damit gegenüber 1982 um 2,5 % gestiegen sind; sie bestanden überwiegend — zu 58,5 % — aus Kostenbeiträgen und übergeleiteten Ansprüchen.

Dr. Dieter Deininger

Preise im Juni 1985

Der Rückgang der monatlichen Preisveränderungsraten hat sich auch im Juni fortgesetzt; mit Ausnahme des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der im Berichtsmontat wie schon im Mai 1985 mit + 0,1 % geringfügig über dem Vormonat lag. Alle übrigen hier zu besprechenden Preisindizes (gewerbliche Produktion, Großhandel, Einzelhandel) sind im Juni 1985 zurückgegangen. Da es im entsprechenden Vorjahreszeitraum — Mai bis Juni 1984 — bei allen hier angesprochenen Preisindizes einen Anstieg gegeben hatte, haben sich im Juni 1985 auch die Abstände gegenüber dem Vorjahresmonat weiter verringert.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich der Preisauftrieb beim Vergleich der Indexzahlen im Quartalsabstand verlangsamt hat. Die Großhandelspreise waren im Juni 1985 im Durchschnitt sogar deutlich niedriger als im März dieses Jahres. Zum Teil hat das saisonale Gründe (Verbilligungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln).

Preisanstieg in den Monaten
des ersten und zweiten Quartals 1985

Ausgewählte Preisindizes	Veränderung	
	März 1985 gegenüber Dezember 1984	Juni 1985 gegenüber März 1985
	in %	
Einfuhrpreise	+ 3,9	- 3,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	+ 1,2	+ 0,2
Großhandelsverkaufspreise	+ 2,9	- 1,3
Einzelhandelspreise	+ 1,4	+ 0,3
Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 1,3	+ 0,3

Eine weitere wesentliche Ursache der günstigen Preisentwicklung ist zweifellos der durch den sinkenden Dollarkurs bedingte Rückgang der Einfuhrpreise, insbesondere die Verbilligung des importierten Rohöls. Entsprechend dem Anteil, den die Mineralölzeugnisse an den einzelnen Preisindizes aufweisen (Großhandel: knapp 14 %; gewerbliche Produktion: rund 6,5 %), haben sich die ermäßigten Preise der Mineralölprodukte in den einzelnen Indizes in unterschiedlichem Ausmaß niedergeschlagen, worauf bei der Kommentierung der einzelnen Indizes näher eingegangen wird.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ist im Juni 1985 erstmals wieder seit längerer Zeit — wenn auch nur geringfügig (— 0,1 %) — zurückgegangen. Im Durchschnitt rückläufige Preise auf der Erzeugerstufe hatte es zuletzt im März 1983 gegeben. Die Jahresveränderungsrate hat sich im Juni 1985 mit nur noch + 2,5 % auf ein ähnlich niedriges Niveau wie zuletzt am Anfang des Jahres 1984 ermäßigt. Die günstige Entwicklung war auch im Juni 1985, wie schon in den Vormonaten, zum großen Teil durch die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte bedingt. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich auch nach der Berechnung des gewerblichen Erzeugerpreisindex ohne Mineralölzeugnisse ein Indexstillstand gegenüber dem Vormonat ergab und die Jahresveränderungsrate — unter Ausklam-

merung der Mineralölprodukte — mit + 2,4 % unter der des Gesamtindex liegt.

Die beiden Teilindizes für Fertigerzeugnisse — zum einen der Index für „Investitionsgüter“, zum anderen der für „Verbrauchsgüter“ — veränderten sich in diesem Monat unter-

Ausgewählte Preisindizes
1980 = 100

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- els- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- hand- els- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insge- samt	darunter				insge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1979 D.	93,0	95,5	91,7	93,1	95,1	94,9	95,0
1980 D.	100	100	100	100	100	100	100
1981 D.	107,8	104,4	108,2	107,8	105,3	106,3	106,3
1982 D.	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D.	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D.	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1984 April	118,7	116,3	114,5	117,4	115,6	118,1	117,9
Mai	118,9	116,5	114,8	117,2	115,8	118,2	117,9
Juni	119,0	116,6	114,9	118,1	116,1	118,6	118,2
Juli	119,3	116,8	115,0	116,9	115,7	118,4	118,3
Aug.	119,3	116,9	114,7	116,0	115,3	118,2	118,3
Sept.	119,7	117,4	115,8	116,2	115,2	118,3	118,6
Okt.	120,3	117,7	117,7	117,2	115,7	119,0	119,4
Nov.	120,3	117,8	117,1	116,5	115,9	119,2	119,5
Dez.	120,4	117,9	116,9	116,6	116,0	119,3	119,5
1985 Jan.	121,2	118,4	118,3	117,3	116,6	120,0	120,0
Febr.	121,6	118,7	119,0	118,8	117,1	120,5	120,3
März	121,8	118,9	119,1	120,0	117,6	120,9	120,7
April	122,0	119,7	118,7	119,6	117,8	121,1	120,8
Mai	122,1	120,1	119,0	119,3	118,1	121,2	120,9
Juni	122,0	120,2	118,7	118,4	117,9	121,3	121,1
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1984 April	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Mai	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	-
Juni	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Juli	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,3	- 0,2	+ 0,1
Aug.	-	+ 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,3	- 0,2	-
Sept.	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Okt.	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7
Nov.	-	+ 0,1	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Dez.	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
1985 Jan.	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
Febr.	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
März	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
April	+ 0,2	+ 0,7	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1979 D.	+ 4,8	+ 3,5	+ 8,1	+ 6,9	+ 3,6	+ 4,2	+ 4,1
1980 D.	+ 7,5	+ 4,7	+ 9,1	+ 7,4	+ 5,2	+ 5,4	+ 5,3
1981 D.	+ 7,8	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,8	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,3
1982 D.	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D.	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D.	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1984 April	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,9
Mai	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,5
Juni	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,5
Juli	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2
Aug.	+ 2,6	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5
Sept.	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5
Okt.	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2
Nov.	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1
Dez.	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0
1985 Jan.	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1
Febr.	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2
März	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5
April	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,5
Mai	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Juni	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,5

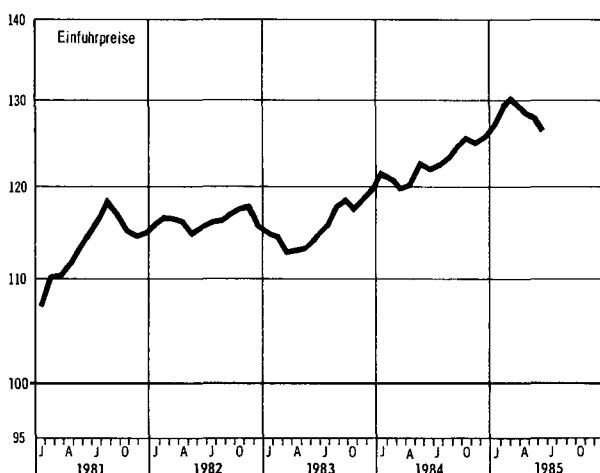
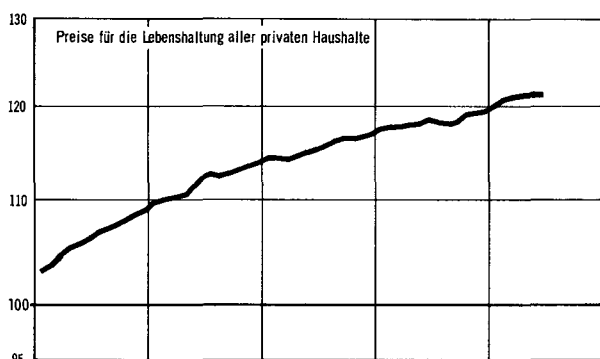
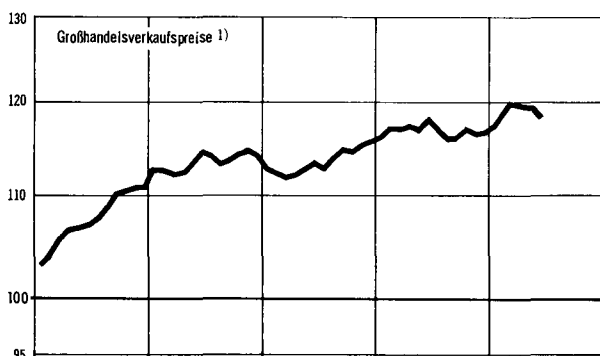
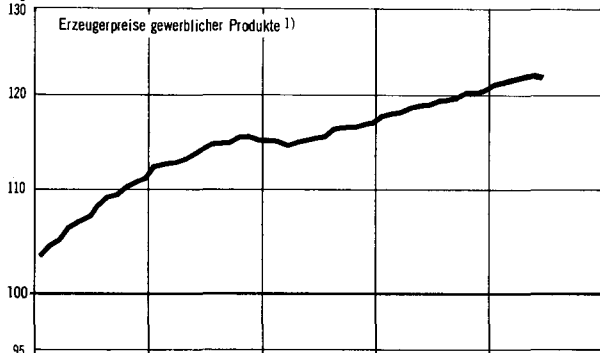
¹⁾ Ohne Umsatz- (Mehrwert-) Steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ³⁾ Einschl. Umsatz- (Mehrwert-) Steuer. — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen.

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES

1980 = 100

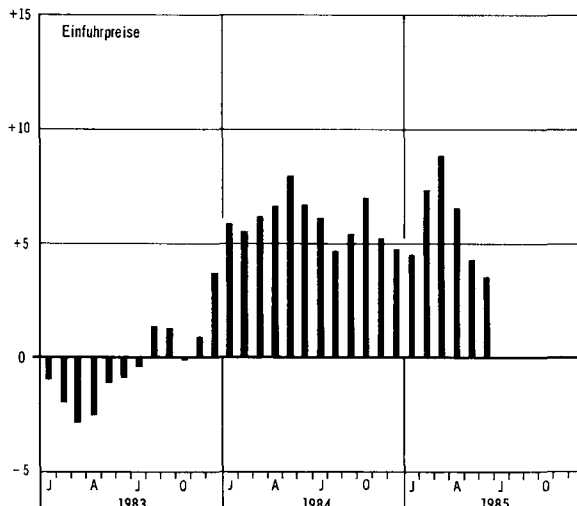
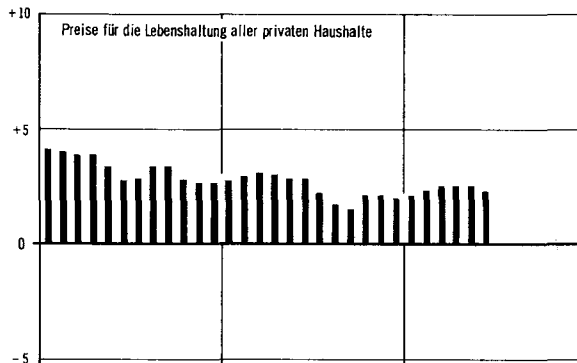
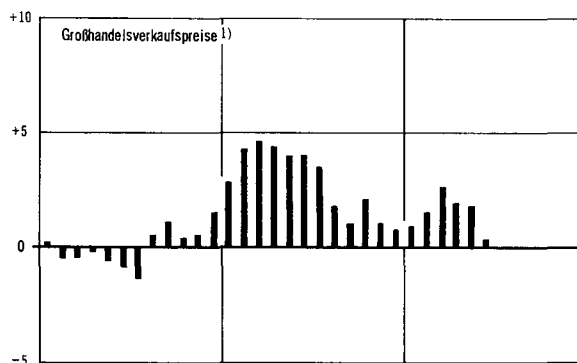
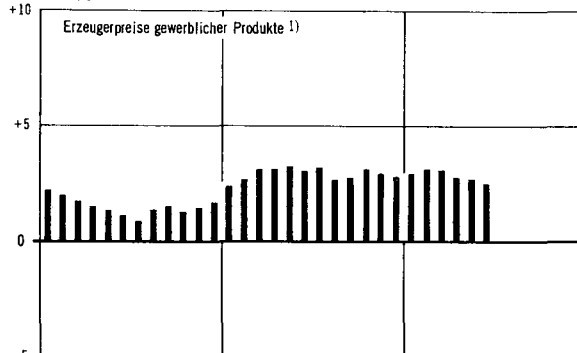
Preisindex

Log. Maßstab



Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %

Arithm. Maßstab



1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

schiedlich. Während sich Investitionsgüter von Mai auf Juni 1985 geringfügig verteuerten (+ 0,1 %), ermäßigten sich Verbrauchsgüter um 0,3 %. Im Vormonat hatten sich beide Teilindizes noch um jeweils 0,3 % erhöht.

Von folgenden Ausnahmen abgesehen, bewegten sich die Veränderungsdaten für die einzelnen Warengruppen des gewerblichen Erzeugerpreisindex auf der Zweistellerstufe der Systematik zwischen + 0,3 % und - 0,2 %: Mineralöl-erzeugnisse (- 2,2 %), NE-Metalle und -Metallhalbzeug (- 2,7 %) und Kunststoff-erzeugnisse (+ 0,5 %).

Zum dritten Mal hintereinander ist der Index der Großhandelsverkaufspreise gefallen. Mit - 0,8 % im Juni 1985 gegenüber dem Vormonat hat sich der Preisrückgang sogar beschleunigt. Im April und im Mai 1985 hatte die Veränderungsrate jeweils - 0,3 % betragen. Die Großhandelsverkaufspreise liegen im Durchschnitt jetzt nur noch um 0,3 % über dem Vorjahresniveau. Der starke Rückgang der Jahresveränderungsrate - sie lag im Mai 1985 noch bei + 1,8 % - ist etwa zur Hälfte durch den sogenannten „Basiseffekt“ zustande gekommen. Im Juni 1984 waren die Großhandelsverkaufspreise nämlich gegenüber dem Vormonat um 0,8 % angestiegen. Bei der jetzt erreichten niedrigen Jahresveränderungsrate wird es jedoch in den kommenden beiden Monaten kaum bleiben, denn 1984 gab es im Juli und im August mit - 1,0 bzw. - 0,8 % ebenfalls kräftige monatliche Abwärtsbewegungen. Selbst bei Preisstillstand in den nächsten beiden Monaten würde der „Basiseffekt“ die Jahresveränderungsrate wieder auf rund + 2 % ansteigen lassen.

Ausschlaggebend für den Rückgang des Preisniveaus auf der Großhandelsstufe im Vormonatsvergleich waren in erster Linie die stark ermäßigten Preise für Mineralöl-erzeugnisse (- 4 %). Aber auch in der Berechnung des Gesamtindex der Großhandelsverkaufspreise ohne Mineralöl-erzeugnisse kam es im Juni 1985 zu einem - allerdings wesentlich schwächeren - Indexrückgang (- 0,2 %) gegenüber dem Vormonat. Auch die billiger gewordenen Saisonwaren (- 1,4 %) trugen zur günstigen Entwicklung des Gesamtindex bei.

In der Unterteilung des Großhandels nach Wirtschaftszweigen waren in diesem Monat stärker voneinander abweichende Preisentwicklungen zu beobachten. Der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren verzeichnete im Durchschnitt gegenüber Mai 1985 um 1,4 % niedrigere Preise (darunter: Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. - 2,0 %, mit festen Brennstoffen, Mineralöl-erzeugnissen - 3,5 %, mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw. - 0,3 % und mit Altmaterial, Reststoffen - 3,1 %).

Im Großhandel mit Fertigwaren blieb der Preisrückgang im ganzen deutlich schwächer (- 0,2 %). Hier gab es lediglich im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (- 0,5 %) niedrigere Preise. In den übrigen Zweigen blieben die Preise gegenüber dem Vormonat unverändert bzw. lagen sie nur leicht höher (+ 0,1 %). Lediglich im Großhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen zogen die Preise mit + 0,5 % stärker an.

Die rückläufigen Preise auf der Großhandelsstufe haben sich in diesem Monat auch im Einzelhandel niedergeschlagen.

Der Index der Einzelhandelspreise ist im Juni 1985 gegenüber dem Vormonat um 0,2 % gefallen, nachdem er sich im April und im Mai noch um 0,2 bzw. 0,3 % erhöht hatte. Mit + 1,6 % gegenüber Juni 1984 hat nun auch die Jahresveränderungsrate - sie lag im April und im Mai 1985 bei + 1,9 bzw. + 2,0 % - wieder deutlich die Zweiprozentmarke unterschritten.

Die Berechnung des Index nach Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels zeigt, daß sich die Preise nicht in allen Bereichen nach unten bewegt haben. Indexrückgängen im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (- 0,3 %), mit Brennstoffen (- 2,6 %) sowie mit Kraft- und Schmierstoffen (- 0,6 %) standen Anstiege im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische und Haushaltsgroßgeräte + 0,2 %), mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen (+ 0,5 %) sowie mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 0,2 %) gegenüber.

Erwähnenswert ist noch der Teilindex für die besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel sowie Blumen, wobei hier weniger der saisonbedingte Indexrückgang um 3,1 % gegenüber Mai 1985 hervorzuheben ist, sondern die Tatsache, daß diese Saisonwaren im Juni 1985 um 4,9 % billiger angeboten worden sind als ein Jahr zuvor.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich im Juni 1985 wie bereits im Mai mit + 0,1 % gegenüber dem Vormonat nur geringfügig. Der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat beträgt - nach + 2,5 % im April und im Mai 1985 - jetzt nur noch + 2,3 %.

Im Gegensatz zum Vormonat hatten Saisonwaren (besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel sowie Blumen) im Juni 1985 einen dämpfenden Einfluß auf den Gesamtindex. In der Berechnung ohne Saisonwaren lag der Index im Juni 1985 um 0,2 % über dem Vormonatsergebnis und um 2,5 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Insbesondere bei den Nahrungsmitteln verzeichneten Saisonwaren mit - 4,4 % gegenüber dem Mai 1985 einen kräftigen Preisrückgang.

Die für größere Zusammenfassungen berechneten Teilindizes wiesen im Berichtszeitraum unterschiedliche Veränderungsdaten zum Vormonat auf. Der Teilindex für Nahrungsmittel ermäßigte sich um 0,5 %. Auch bei den Teilindizes für Energie (ohne Kraftstoffe) und für Kraftstoffe gab es mit - 0,9 bzw. - 0,6 % überdurchschnittliche Rückgänge. Dagegen erhöhten sich die Wohnungsmieten um 0,2 %, und Dienstleistungen verteuerten sich sogar recht deutlich (+ 0,6 %).

Die Preisindizes für spezielle Haushaltstypen wiesen im Juni 1985 im Vergleich zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat folgende Veränderungen auf: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen + 0,1 bzw. + 2,5 %, 4-Personen-

Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen 0,0 bzw. + 2,3 %, 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern — 0,1 bzw. + 1,9 %, einfache Lebenshaltung eines Kindes — 0,5 bzw. + 0,8 %.

Die negativen Veränderungsrate der beiden letztgenannten Indizes kamen dadurch zustande, daß die Verbilligung der Nahrungsmittel von Mai bis Juni 1985 wegen der höheren Indexgewichte hier einen stärkeren Einfluß auf den Gesamtindex ausübte als bei den Preisindizes für alle privaten Haushalte bzw. für die 4-Personen-Haushalte.

Auch der Preisindex für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung (sog. Kraftfahrer-Preisindex) ist im Berichtszeitraum gegenüber dem Vormonat um 0,2 % gefallen. Hier waren es die Preisrückgänge bei Kraftstoffen (— 0,6 %), die den Indexrückgang verursachten. Mit + 4,6 % gegenüber dem Stand von Juni 1984 weist dieser Index allerdings die höchste Jahresveränderungsrate aller hier besprochenen Indizes auf.

Im einzelnen sind folgende stärkere Preisveränderungen von Mai bis Juni 1985 hervorzuheben (in Klammern die Abstände gegenüber Juni 1984):

Verbraucherpreise

Frischobst	+ 1,5 (+ 7,0)
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	+ 0,5 (+ 3,0)
Kaffee	+ 0,2 (+ 6,7)
Frischgemüse	— 12,0 (+ 5,4)
Kartoffeln	— 5,9 (— 39,4)
Flüssige Brennstoffe	— 3,5 (+ 0,2)
Eier	— 1,5 (— 3,1)
Frische Fische	— 0,6 (+ 5,8)
Kraftstoffe	— 0,6 (+ 6,1)
Zucker	— 0,3 (— 2,0)
Trinkmilch	— 0,2 (— 0,5)
Feste Brennstoffe	— 0,1 (+ 2,8)
Phonogeräte	— 0,1 (— 3,7)

Dr. Rudolf Walter

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Veränderungen %
Schwefelsäure	+ 4,9 (+ 13,7)
Gesteertes und asphaltiertes Material	+ 3,0 (+ 8,2)
Beutel aus Polyolefinen	+ 2,7 (— 3,8)
Kaffee-Extrakte	+ 2,0 (+ 12,8)
Polyäthylen	+ 1,5 (— 1,7)
Schweres Heizöl	— 11,7 (— 11,9)
Rohzink	— 10,8 (— 11,3)
Elektrolytkupfer	— 8,2 (+ 17,7)
Düngemittel	— 7,1 (+ 10,4)
Halbzeug aus Kupfer- und Kupferlegierungen	— 3,1 (+ 11,4)
Kakaoerzeugnisse	— 2,8 (— 13,6)
Teigwaren	— 2,6 (— 8,8)
Ölkuchen und Schrote	— 2,2 (— 11,5)
Hüttenaluminium	— 2,0 (— 8,8)
Sojaöl	— 1,9 (— 14,7)
Dieselmotoren	— 1,7 (+ 0,1)
Polyvinylchlorid	— 1,6 (— 10,2)
Extra leichtes Heizöl	— 1,4 (+ 1,9)
Flüssiggas	— 1,3 (+ 3,7)
Motorenbenzin	— 1,0 (+ 7,3)

Großhandelsverkaufspreise

Speisekartoffeln	+ 31,3 (— 66,0)
Seefische	+ 16,3 (+ 3,7)
Kräutertee	+ 6,8 (+ 24,5)
Gewürze	+ 3,7 (+ 6,1)
Gurkenkonserven	+ 3,3 (+ 47,7)
Gekühltes Schweinefleisch	+ 3,3 (— 2,8)
Faserholz	+ 3,2 (+ 4,2)
Tafelschokolade	+ 2,5 (+ 6,0)
Siederohre	+ 1,6 (+ 7,5)
Südfrüchte	— 9,2 (+ 12,7)
Frischgemüse	— 9,1 (— 2,6)
Heizöle	— 7,4 (— 4,6)
NE-Metalle, roh	— 6,8 (+ 1,0)
Sojaschrot	— 6,0 (— 15,4)
Bearbeitungsreststoffe und Schrott aus NE-Metallen	— 5,4 (+ 1,5)
Dieselmotoren	— 3,5 (— 1,9)
Fischmehl und Mischfutter	— 1,7 (— 13,4)
Motorenbenzin	— 1,4 (+ 8,8)

Tabellenteil

Übersicht

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	252*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	264*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	265*	"
 Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	266*	vierteljährlich
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Finanzielle Ergebnisse von im Jahr 1983 eröffneten und bis Ende 1984 abgewickelten Konkurs- und Vergleichsverfahren	268*	einmalig
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	269*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	270*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	271*	"
Außenhandel		
Anteil der Verkehrszweige an der Einfuhr im Generalhandel 1984; Einfuhr im Generalhandel nach Verkehrszweigen, Erdteilen und Warengruppen	273*	einmalig
Bildung und Kultur		
Unternehmen und Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen am 31. 12. 1983 sowie nach Beschäftigtengrößenklassen; Unternehmen und Umsatz 1983 nach Umsatzarten und Umsatzgrößenklassen; Zeitungen 1983; Zeitschriften 1983	276*	"
Sozialleistungen		
Abgänge 1983 nach Dauer der Hilfe und Dauer der Heimunterbringung	280*	"
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	281*	vierteljährlich
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	282*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	284*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	286*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1985						
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige	1 000	25 632p	25 228p	25 173p	.	.	25 042p
dar. Abhängige	1 000	22 395p	22 003p	21 944p	.	.	21 809p
Arbeitsmarkt²⁾											
Arbeitslose ³⁾	1 000	1 833	2 258	2 266	2 325	2 619	2 611	2 474	2 305	2 193p	2 160p
und zwar:											
Männer	1 000	1 021	1 273	1 277	1 319	1 581	1 583	1 470	1 312	1 222p	1 185p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	165	192	166	163	169	169	159	140	129p	139p
Ausländer	1 000	246	292	270	260	279	278	272	260	250p	243p
Arbeitslosenquote	%	7,5	9,1	9,1	9,4	10,6	10,5	10,0	9,3	8,8p	8,7p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	309	309	306	342	556	281	258	277	225p	232p
Offene Stellen	1 000	105	76	88	80	87	101	114	111	115p	120p
Arbeitsvermittlungen	1 000	116	130	146	134	115	132	166	177	174p	154p
Kurzarbeiter	1 000	606	675	384	268	466	432	397	375	228p	162p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen											
Unternehmen	Anzahl	11 915	11 845	12 018	1 115	1 098	1 195	1 142	1 136	1 037	...
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 393	2 471	2 193	185	182	200	212	172	180	...
Baugewerbe	Anzahl	2 726	2 467	2 765	248	287	332	286	311	240	...
Handel	Anzahl	3 110	3 112	3 146	263	257	281	255	286	243	...
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	2 854	2 967	3 149	344	300	319	305	299	305	...
Übrige Gemeinschuldner ⁴⁾	Anzahl	3 961	4 269	4 742	401	451	470	455	408	353	...
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	15 807	15 999	16 698	1 510	1 547	1 658	1 593	1 535	1 386	...
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11 764	12 252	12 826	1 220	1 164	1 258	1 155	1 201	1 070	...
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	152	145	91	8	6	9	9	11	9	...
Wechselproteste	Anzahl	189 224	162 979	153 929	12 794	12 807	13 129	13 297	14 005	14 038	...
Wechselsumme	Mill. DM	1 532	1 511	1 295	111	106	97	133	153	140	...
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁵⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 098	15 552	15 688	15 688
Schweine	1 000	22 478	23 449	23 617	23 617	.	.	.	23 965	.	.
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	4 590	4 571	5 018	406	432	345	379	406	424	...
Kälber	1 000	610	630	686	61	59	53	65	59	62	...
Schweine	1 000	35 437	36 146	36 805	2 946	3 078	2 721	3 016	3 148	3 191	...
Schlachtmenge	1 000 t	4 408	4 494	4 640	373	394	337	374	394	403	...
dar.: Rinder	1 000 t	1 370	1 382	1 493	119	128	102	113	122	127	...
Kälber	1 000 t	67	72	81	7	7	6	8	7	7	...
Schweine	1 000 t	2 952	3 020	3 045	245	258	227	251	263	267	...
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	458 640	435 034	432 875	30 833	34 543	32 116	36 492	37 266	37 815	...
Geschlachtetes Geflügel ⁷⁾	t	330 621	296 788	304 333	23 839	27 405	22 706	25 343	25 311	26 314	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	276	274	293	20	9	19	8
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	1980=100	94,9	95,4	98,6	99,0	91,2	100,8	104,2	104,5	102,6	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	1980=100	98,1	101,2	105,5	17,6	136,5	131,7	122,8	105,9	96,8	...
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	366 876	373 806	394 878	35 932	41 941	36 472	37 599	33 001
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	349 631	359 391	372 967	33 797	39 106	34 036	35 209	31 197
Gaserzeugung ¹⁰⁾	Mill. m ³	36 433	36 378	35 046	3 517	3 777	3 246	3 080	2 772	2 584	...
Inlandsversorgung mit Gas ¹⁰⁾	Mill. m ³	59 841	61 429	62 056	6 077	8 260	6 808	6 756	5 101	4 438	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹¹⁾											
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	1 000	2 226	2 169	2 149	2 159	2 156	2 158	2 163	2 160	2 160	...
Arbeiter ¹³⁾	1 000	5 000	4 758	4 704	4 706	4 688	4 699	4 714	4 713	4 725	...
Bergbau	1 000	234	227	218	214	212	213	212	212	212	...
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 992	6 700	6 636	6 650	6 632	6 644	6 664	6 661	6 673	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 448	1 394	1 372	1 365	1 346	1 348	1 357	1 360	1 364	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 655	3 511	3 488	3 516	3 524	3 534	3 548	3 549	3 558	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 418	1 341	1 327	1 321	1 317	1 318	1 317	1 313	1 312	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	472	454	450	449	444	444	442	439	439	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	Mill. Std	8 271	7 918	7 841	584	668	647	686	672	663	...
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	Mill. DM	157 692	155 153	158 621	13 824	12 922	11 921	12 482	13 094	13 944	...
Bruttogehaltssumme ¹¹⁾	Mill. DM	110 037	111 592	115 031	10 388	9 172	9 029	9 517	9 533	9 968	...
Kohlverbrauch ^{11) 14)}	1 000 t	38 618	38 872	41 833	3 216	.	.	10 949
Heizölverbrauch ¹¹⁾	1 000 t	17 585	15 456	14 409	1 277	.	.	4 193
Gasverbrauch ^{11) 15)}	Mill. m ³	25 589	25 714	26 485	2 308	.	.	7 562
Stromverbrauch ¹¹⁾	Mill. kWh	162 098	166 511	173 919	13 815	14 809	14 314	15 448	14 809	14 931	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 264* dargestellt. — 2) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. — 3) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. — 4) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. — 5) 1982 bis 1984: Viehzählung im Dezember. — 6) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. — 7) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. — 8) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — 9) Fachliche Unternehmensteile. — 10) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. — 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nicht-gewerblichen Ausbildungsberufen. — 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. — 14) Heizwert H_U = 29,3076 Gigajoule/t. = 8,1410 Kwh/m³. — 15) Brennwert H₀ = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1981	1982	1983	März 84	April 84	Mai 84	Juni 84	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85	
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige	- 1,8p	- 1,6p	- 0,2p								
dar. Abhängige	- 2,0p	- 1,8p	- 0,3p								
Arbeitsmarkt²⁾											
Arbeitslose ³⁾	+ 44,2	+ 23,2	+ 0,3	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,8p	+ 2,3p	- 5,2	- 6,9	- 4,9p	- 1,5p
und zwar:											
Männer	+ 56,6	+ 24,7	+ 0,3	+ 4,4	+ 2,2	+ 2,7p	+ 1,2p	- 7,2	- 10,7	- 6,9p	- 3,0p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 47,8	+ 16,5	- 13,6	- 9,2	- 6,6	- 3,4p	+ 1,3p	- 5,9	- 12,2	- 7,9p	+ 8,3p
Ausländer	+ 45,8	+ 18,9	- 7,5	- 7,2	- 7,4	- 6,5p	- 7,6p	- 2,2	- 4,4	- 3,9p	- 2,7p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	+ 5,0	- 0,1	- 0,8	+ 2,7	- 0,3	+ 0,6p	+ 0,2p	- 8,3	+ 7,4	- 18,7p	+ 2,8p
Offene Stellen	- 49,6	- 27,7	+ 16,0	+ 22,0	+ 18,5	+ 19,5p	+ 21,2p	+ 12,6	- 2,6	+ 4,1p	+ 4,3p
Arbeitsvermittlungen	- 14,0	+ 11,6	+ 12,6	+ 9,7	+ 6,9	+ 7,0p	+ 8,6p	+ 25,2	+ 6,7	- 1,4p	- 11,9p
Kurzarbeiter	+ 74,7	+ 11,4	- 43,2	- 35,7	- 23,4	- 41,1p	- 52,1p	- 8,1	- 5,6	- 39,1p	- 29,2p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen	+ 36,2	+ 1,5	+ 4,0	+ 3,2	+ 12,9	+ 11,5	...	- 4,1	- 3,3	- 10,0	...
Unternehmen	+ 40,3	- 0,6	+ 1,5	+ 5,9	+ 18,6	+ 13,0	...	- 4,4	- 0,5	- 8,7	...
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	+ 30,5	+ 3,3	- 11,3	+ 2,9	+ 3,0	+ 7,1	...	+ 6,0	- 18,9	+ 4,7	...
Baugewerbe	+ 40,4	+ 9,5	+ 12,1	+ 15,8	+ 34,1	+ 3,9	...	- 13,9	+ 8,7	- 22,8	...
Handel	+ 43,8	+ 0,1	+ 1,1	- 9,9	+ 17,2	+ 3,4	...	- 9,3	+ 12,2	- 15,0	...
Dienstleistungen von Unternehmen											
und Freien Berufen	+ 46,4	+ 4,0	+ 6,1	+ 10,5	+ 19,1	+ 32,0	...	- 4,4	- 2,0	+ 2,0	...
Übrige Gemeinschaftsdar ⁴⁾	+ 25,4	+ 7,8	+ 11,1	- 3,2	- 0,2	+ 7,3	...	- 3,2	- 10,3	- 13,5	...
Beantragte Konkursverfahren	+ 36,5	+ 1,2	+ 4,4	+ 3,2	+ 12,7	+ 12,0	...	- 3,9	- 3,6	- 9,7	...
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 39,7	+ 4,1	+ 4,7	- 1,8	+ 13,9	+ 11,9	...	- 8,2	+ 4,0	- 10,9	...
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 42,1	- 4,6	- 37,2	+ 28,6	+ 83,3	- 30,8	...	+ 0,0	+ 22,2	- 18,2	...
Wechselproteste	+ 11,9	- 13,9	- 5,6	+ 5,8	+ 13,8	+ 3,5	...	+ 1,3	+ 5,3	+ 2,4	...
Wechselsumme	+ 19,8	- 1,4	- 14,3	+ 18,8	+ 45,7	+ 12,9	...	+ 37,1	+ 15,0	- 8,5	...
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁵⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,9								
Schweine	+ 0,8	+ 4,3	+ 0,7		+ 1,2						
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	- 4,7	- 0,4	+ 9,8	- 2,3	+ 12,1	+ 2,7	...	+ 9,9	+ 7,3	+ 4,2	...
Kälber	- 0,6	+ 3,3	+ 9,0	+ 19,6	- 8,2	+ 5,2	...	+ 21,6	- 8,5	+ 4,2	...
Schweine	- 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,2	...	+ 10,8	+ 4,4	+ 1,4	...
Schlachtmenge	- 1,9	+ 1,9	+ 3,2	- 0,6	+ 4,6	+ 1,4	...	+ 10,9	+ 5,4	+ 2,4	...
dar.: Rinder	- 4,2	+ 0,9	+ 8,0	- 4,0	+ 11,7	+ 2,6	...	+ 10,0	+ 8,0	+ 4,2	...
Kälber	+ 1,4	+ 6,9	+ 13,0	+ 19,2	- 10,4	+ 3,1	...	+ 19,9	- 10,6	+ 3,4	...
Schweine	- 0,9	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 2,2	+ 0,9	...	+ 11,0	+ 4,7	+ 1,5	...
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	- 2,0	- 5,1	- 0,5	- 8,3	- 3,6	- 3,3	...	+ 13,6	+ 2,1	+ 1,5	...
Geschlachtetes Geflügel ⁷⁾	+ 0,4	- 10,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,3	- 3,8	...	+ 11,6	- 0,1	+ 4,0	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	- 8,0	- 1,0	+ 7,1	- 56,9	- 56,2
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	- 3,2	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 5,6	+ 2,4	...	+ 3,4	+ 0,3	- 1,8	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	- 2,3	+ 3,2	+ 4,2	+ 1,0	- 0,1	- 0,7	...	- 6,8	- 13,8	- 8,6	...
Elektrizitätserzeugung	- 0,5	+ 1,9	+ 5,6	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,1	- 12,2
Inlandsversorgung mit Elektrizität	- 0,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,3	+ 4,2	+ 3,4	- 11,4
Gasversorgung ¹⁰⁾	- 10,1	- 0,2	- 3,7	- 0,4	- 4,4	- 15,4	...	- 5,1	- 10,0	- 6,8	...
Inlandsversorgung mit Gas ¹⁰⁾	- 8,8	+ 2,7	+ 1,0	- 3,9	- 6,4	- 0,7	...	- 0,8	- 24,5	- 13,0	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹¹⁾											
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	- 3,5	- 4,1	- 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	...	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	...
Arbeiter ¹³⁾	- 1,4	- 2,6	- 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	...	+ 0,2	- 0,1	-	...
Bergbau	- 4,4	- 4,8	- 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	...	+ 0,3	-	+ 0,3	...
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,6	- 2,7	- 4,3	- 4,0	- 3,4	- 3,0	...	- 0,2	- 0,3	- 0,1	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 3,6	- 4,2	- 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	...	+ 0,3	-	+ 0,2	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 3,7	- 3,7	- 1,6	- 0,9	- 0,8	- 0,5	...	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 2,6	- 3,9	- 0,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	...	+ 0,4	-	+ 0,3	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 6,2	- 5,5	- 1,0	- 0,9	- 1,0	- 1,0	...	- 0,1	- 0,3	- 0,1	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	- 3,3	- 3,9	- 0,9	- 0,2	- 0,6	- 1,0	...	- 0,3	- 0,7	- 0,1	...
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	- 5,0	- 4,3	- 1,0	- 1,1	+ 5,8	- 1,8	...	+ 6,1	- 2,1	- 1,3	...
Bruttogehaltsumme ¹¹⁾	- 1,0	- 1,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 9,0	+ 10,1	...	+ 4,7	+ 4,9	+ 6,5	...
Kohleverbrauch ^{11) 14)}	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,1	+ 4,8	+ 7,1	+ 8,0	...	+ 5,4	+ 0,2	+ 4,6	...
Heizölverbrauch	- 7,0	+ 0,7	- 7,6	- 2,2
Gasverbrauch ^{11) 15)}	- 8,0	- 12,1	- 6,8	- 5,4
Stromverbrauch ¹¹⁾	- 7,9	+ 0,5	+ 3,0	+ 2,8
	- 3,3	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,1	+ 4,0	+ 2,0	...	+ 7,9	- 4,1	+ 0,8	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 264* dargestellt. - 2) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 3) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 4) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 5) 1982 bis 1984: Viehzählung im Dezember. - 6) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 7) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 8) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 9) Fachliche Unternehmensteile. - 10) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Heizwert H₀ = 29,3076 Gigajoule/t. = 8,410 kWh/m³. - 15) Brennwert H₀ = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1984		1985				
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	103,4	107,9	118,2	123,8	115,9	129,0	127,1	138,4	129,6	126,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	102,0	109,2	120,8	124,8	109,6	126,3	124,6	134,0	128,1	129,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	105,4	108,2	119,3	125,4	127,7	137,5	133,1	143,2	133,4	131,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	100,2	105,0	111,4	118,2	93,4	110,1	114,7	132,4	121,6	111,2
Index der Nettoproduktion 1) 2)											
Bergbau	1980=100	95,2	90,6	90,1	100,6	96,6	100,8	104,3	98,5	86,9	86,1
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	95,4	96,3	99,5	111,1	101,0	94,6	105,5	107,3	106,5	104,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	91,1	94,0	97,8	102,4	88,0	91,5	99,5	102,1	102,9	101,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	99,1	98,7	102,2	118,3	114,8	97,2	112,9	114,4	112,7	111,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	90,3	91,5	94,0	101,6	86,9	90,2	97,4	100,3	97,3	93,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	98,7	99,3	101,1	118,5	97,0	98,3	101,6	100,8	103,4	100,2
Index der Bruttonettoproduktion 1) für											
Investitionsgüter	1980=100	101,3	100,4	99,6	118,7	123,7	89,9	105,3	109,1	106,1	106,6
Verbrauchsgüter	1980=100	92,8	94,2	95,4	107,2	90,6	101,3	106,0	105,8	102,0	99,7
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	100,2	105,1	109,7	121,1	110,7	104,9	116,6	118,3	117,0	114,7
Produktionsergebnis je Arbeiter	1980=100	102,0	107,8	112,5	124,1	113,6	107,6	119,4	121,1	119,6	117,3
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	89 014	82 202	79 426	6 858	5 764	6 780	6 904	7 513	6 229	6 918
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	127 307	124 281	126 739	10 450	10 626	11 785	10 106	10 535	9 575	9 403
Erdöl, roh	1000 t	4 256	4 116	4 055	343	361	353	319	354	339	346
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	30 079	30 366	28 633	2 328	1 535	495	779	1 952	2 524	2 630
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	26 250	25 659	28 915	2 470	2 153	2 475	2 327	2 637	2 528	2 591
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	35 414	35 345	38 991	3 359	2 803	3 290	3 166	3 566	3 302	3 371
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzweig)	1000 t	25 786	26 067	27 948	2 449	2 116	2 295	2 355	2 674	2 428	2 480
Chemiefasern	1000 t	844	906	934	76	77	80	76	90	85	87
Motorenbenzin	1000 t	20 201	19 380	19 813	1 722	1 731	1 687	1 425	1 632	1 641	1 731
Heizöl	1000 t	42 854	36 991	36 870	2 753	3 115	3 590	2 990	3 040	2 650	2 742
Schnittholz	1000 m ³	8 595	9 325	9 888	829	704 _r	444	552	774	839	870
Personenkraftwagen	1000 St	3 504	3 568	3 476	373	298	375	346	356	336	326
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St	4 173	4 706	3 906	373	304	329	362	362	268	270
Geräte und Einrichtungen für die ADV ³⁾	Mill. DM	7 842	9 180	11 915	1 298	1 125	835	1 044	1 118	1 109	1 142
Isolierglas, auch bearbeitet	1000 m ²	12 557	12 609	12 030	1 160	795	660	629	813	861	922
Baumwollgarn	t	164 566	177 928	189 601 _r	16 730 _r	13 355	18 008	17 733 _r	19 914	17 796	17 272
Fleischwaren	t	889 481	913 967	954 729	85 234	76 679	84 543	77 409	79 561	78 030	84 926
Zigaretten	Mill. St	146 255	155 768	160 630	15 276	10 708	15 049	13 653 _r	13 692	13 486	12 352
Gesamtumsatz^{4) 5)}											
Bergbau	Mrd. DM	1 284,4	1 312,7	1 398,5	126,3	119,0	116,8	118,4	128,5	124,3	126,5
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	33 224	32 274	34 878	3 118	3 547	3 086	3 049	3 516	2 894	2 861
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mrd. DM	1 251,2	1 280,4	1 363,6	123,1	115,5	113,7	115,4	125,0	121,5	123,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	401 267	405 509	441 888	38 834	33 772	36 199	36 714	40 211	40 169	40 230
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	514 966	531 471	562 482	52 422	53 683	47 443	49 515	52 701	50 529	53 086
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Mill. DM	172 185	176 778	187 606	16 722	13 916	15 771	15 621	17 370	16 163	15 405
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	162 733	166 639	171 605	15 164	14 104	14 314	13 520	14 672	14 589	14 939
	Mill. DM	348 003	355 234	402 524	37 278	36 437	33 919	35 136	39 158	37 381	37 042
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1000	1 152	1 122	1 106	1 107	1 078	981	937	961	1 003	1 016
dar.: Angestellte	1000	157	154	153	152	151	148	146	145	144	144
Arbeiter	1000	935	912	899	902	874	781	739	765	808	822
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 522,7	1 480,3	1 460,7	1 29,6	91,5	47,5	52,8	90,1	112,5	117,4
im Hochbau	Mill. Std	1 054,7	1 052,4	1 030,9	88,1	62,9	35,3	38,8	61,7	74,2	77,5
dar.: Wohnungsbau	1000 Std	620 241	631 694	620 907	51 732	36 393	17 994	19 764	33 757	42 310	44 343
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	271 334	272 841	268 446	22 753	17 159	12 357	13 291	18 465	20 524	21 257
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	146 196	130 337	126 010	12 087	8 515	4 522	5 393	8 700	10 146	10 498
im Tiefbau	1000 Std	467 924	427 901	429 877	41 534	28 606	12 219	14 018	28 466	38 277	39 901
Straßenbau	1000 Std	162 923	145 908	143 931	14 241	9 249	2 715	3 140	7 733	11 969	13 323
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	99 991	90 715	91 562	8 585	6 387	4 191	4 401	7 337	8 700	8 264
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	205 010	191 278	194 384	18 708	12 970	5 313	6 477	13 396	17 608	18 314
Bruttolohnsumme	Mill. DM	30 742	30 798	31 334	3 658	2 277	1 140	1 150	1 799	2 309	2 531
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	6 658	6 767	6 879	785	599	523	506	511	513	526
Index des Auftragseingangs	1980=100	85,9	94,4	88,9	72,9	72,1	53,3	61,2	93,8	92,3	97,4
Index des Auftragsbestands	1980=100	82,8	89,2	82,6	70,6 ^{a)}	70,6 ^{a)}	32,0	40,0	78,2 ^{b)}	78,2 ^{b)}	89,7
Produktionsindex ^{1) 7)}	1980=100	88,2	88,7	89,1	95,9	70,6	32,0	40,0	67,2	89,7	91,1
Gesamtumsatz	Mill. DM	106 633	108 402	111 006	11 259	12 520	4 890	4 494	5 957	6 858	8 007
dar. Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	104 665	106 390	108 950	11 045	12 340	4 808	4 426	5 832	6 705	7 838
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 793,1	3 727,7	3 733,7	3 746,7 ^{a)}	3 746,7 ^{a)}	3 746,7 ^{a)}	3 746,7 ^{a)}	3 572,3 ^{b)}	3 572,3 ^{b)}	3 572,3 ^{b)}
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	313 376	323 586	329 139	96 446 ^{a)}	96 446 ^{a)}	96 446 ^{a)}	96 446 ^{a)}	56 134,9 ^{b)}	56 134,9 ^{b)}	56 134,9 ^{b)}

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — 2) Fachliche Unternehmensteile. — 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 5) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 7) Unternehmen.

a) 4. Vj 84. — b) 1. Vj 85.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1981	1982	1983	Febr. 84	März 84	April 84	Mai 84	Jan. 85	Febr. 85	März 85	April 85
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	- 1,1	+ 4,4	+ 9,5	+ 3,5	+ 5,9	+ 13,9	+ 6,3	- 1,5	+ 8,9	- 6,4	- 2,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 2,4	+ 7,1	+ 10,6	+ 1,2	+ 2,8	+ 7,7	+ 2,0	- 1,3	+ 7,5	- 4,4	+ 0,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,5	+ 2,7	+ 10,3	+ 7,1	+ 9,6	+ 20,5	+ 11,7	- 3,2	+ 7,6	- 6,8	- 1,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,2	+ 4,8	+ 6,1	- 3,1	+ 0,8	+ 6,6	- 1,2	+ 4,2	+ 15,4	- 8,2	- 8,6
Index der Nettoproduktion 1) 2)											
Bergbau	- 5,4	- 4,8	- 0,6	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,8	- 1,5	+ 3,5	- 5,6	- 11,8	- 0,9
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,0	+ 0,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 5,6	+ 7,0	+ 4,2	+ 11,5	+ 1,7	- 0,7	- 1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 4,9	+ 3,2	+ 4,0	- 2,9	+ 1,7	- 2,7	+ 0,7	+ 8,7	+ 2,6	+ 0,8	- 1,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 1,3	- 0,4	+ 3,5	+ 6,2	+ 9,6	+ 10,8	+ 9,4	+ 16,2	+ 1,3	- 1,5	- 1,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 4,8	+ 1,3	+ 2,7	- 2,4	+ 1,4	+ 3,8	- 2,1	+ 8,0	+ 3,0	- 3,0	- 3,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 2,9	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,9	+ 6,8	- 0,6	+ 3,4	- 0,8	+ 2,6	- 3,1
Index der Bruttonettoproduktion 1) für Investitionsgüter	- 1,0	- 0,9	+ 3,0	+ 5,8	+ 9,4	+ 10,4	+ 11,7	+ 17,1	+ 3,6	- 2,7	+ 0,5
Verbrauchsgüter	- 2,0	+ 1,5	+ 1,3	- 2,8	+ 1,6	+ 3,7	+ 6,0	+ 4,6	- 0,2	- 3,6	- 2,3
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 0,1	+ 4,9	+ 4,4	+ 1,6	+ 5,0	+ 6,2	+ 2,9	+ 11,2	+ 1,5	- 1,1	- 2,0
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 1,0	+ 5,7	+ 4,4	+ 1,1	+ 4,6	+ 5,7	+ 2,4	+ 11,0	+ 1,4	- 1,2	- 1,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	+ 0,6	- 7,7	- 3,4	+ 3,4	+ 8,5	+ 5,3	+ 4,4	+ 1,8	+ 8,8	- 17,1	+ 11,1
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,5	- 2,4	+ 2,0	- 9,4	- 2,2	- 9,1	- 7,3	- 14,2	+ 4,2	- 9,1	+ 1,8
Erdöl, roh	- 4,6	- 3,3	- 1,5	- 0,9	+ 3,2	+ 2,7	+ 1,8	- 9,6	+ 11,0	- 4,2	+ 2,1
Zement (ohne Zementklinker)	- 4,5	+ 1,2	- 5,7	- 43,9	- 18,5	- 7,6	- 14,8	+ 57,4	+ 150,6	+ 29,3	+ 4,2
Roheisen für die Stahlerzeugung	- 14,0	- 2,3	+ 12,7	- 1,4	+ 4,0	+ 8,9	+ 2,6	- 6,0	+ 13,3	- 4,1	+ 2,5
Stahlrohblöcke und -brammen	- 13,8	- 0,2	+ 10,3	- 3,1	+ 2,5	+ 4,3	- 1,8	- 3,8	+ 12,6	- 7,4	+ 2,0
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzug)	- 16,4	+ 1,1	+ 7,2	± 0,0	+ 8,2	+ 6,7	+ 1,5	+ 2,6	+ 13,6	- 9,2	+ 2,2
Chemiefasern	- 8,0	+ 7,4	+ 3,1	- 6,6	+ 8,4	+ 1,8	+ 4,1	- 5,0	+ 18,1	- 4,9	+ 1,7
Motorenbenzin	+ 2,4	- 0,3	+ 2,3	- 14,4	+ 7,9	+ 2,4	+ 4,9	- 15,5	+ 14,5	+ 0,6	+ 5,5
Heizöl	- 2,2	- 11,6	- 0,3	- 14,2	- 6,9	- 19,9	- 4,2	- 16,7	+ 1,7	- 12,8	+ 3,5
Schnittholz	- 7,3	+ 8,2	+ 6,0	- 21,8	- 4,0	+ 1,3	- 7,2	+ 24,3	+ 40,2	+ 8,4	+ 3,7
Personenkraftwagen	+ 6,3	+ 1,8	- 2,6	- 1,7	± 0,0	+ 12,8	+ 22,5	- 7,7	+ 2,9	- 5,6	- 2,9
Farbfernsehempfangsgeräte	- 5,2	+ 12,8	- 17,0	+ 3,4	- 4,0	- 23,6	- 20,6	+ 10,0	± 0,0	- 26,0	+ 0,7
Geräte und Einrichtungen für die ADV 3)	+ 9,1	+ 16,9	+ 29,8	+ 16,4	+ 27,3	+ 29,3	+ 14,2	+ 25,0	+ 7,1	- 0,8	+ 3,0
Isolierverglas, auch bearbeitet	- 5,2	+ 0,1	- 4,6	- 26,3	- 7,9	- 0,8	- 12,5	- 4,7	+ 29,3	+ 5,9	+ 7,1
Baumwollgarn	+ 15,1	+ 8,1	+ 6,6	+ 0,8	+ 9,6	+ 12,7	- 2,7	- 1,5	+ 12,3	- 10,6	- 2,9
Fleischwaren	+ 1,4	+ 2,5	+ 4,5	- 0,6	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,4	- 8,4	+ 2,8	- 1,9	+ 8,8
Zigaretten	- 10,7	+ 6,5	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 12,7	- 9,5	- 9,3	+ 0,3	- 1,5	- 8,4
Gesamtumsatz 4) 5)	+ 2,3	+ 2,2	+ 6,5	+ 4,1	+ 6,4	+ 10,4	+ 7,4	+ 1,4	+ 8,5	- 3,2	+ 1,7
Bergbau	+ 2,1	- 2,9	+ 8,1	+ 3,4	+ 9,5	+ 7,0	+ 0,9	- 1,2	+ 15,3	- 17,7	- 1,2
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,3	+ 2,3	+ 6,5	+ 4,2	+ 6,3	+ 10,5	+ 7,5	+ 1,4	+ 8,3	- 2,8	+ 1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,1	+ 1,1	+ 9,0	+ 1,7	+ 5,4	+ 13,0	+ 4,3	+ 1,4	+ 9,5	- 0,1	+ 0,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 4,5	+ 3,2	+ 5,8	+ 9,8	+ 9,4	+ 11,3	+ 15,0	+ 4,4	+ 6,4	- 4,1	+ 5,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,2	+ 2,7	+ 6,1	- 2,4	+ 2,8	+ 10,0	- 0,9	- 0,9	+ 11,2	- 7,0	- 4,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 4,1	+ 2,4	+ 3,0	- 0,5	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,5	- 5,5	+ 8,5	- 0,6	+ 2,4
dar. Auslandsumsatz 6)	+ 6,4	+ 2,1	+ 13,3	+ 8,4	+ 12,1	+ 18,0	+ 9,8	+ 3,6	+ 11,4	- 4,5	- 0,9
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	- 6,0	- 2,7	- 1,4	- 8,5	- 11,7	- 10,1	- 9,9	- 4,5	+ 2,6	+ 4,4	+ 1,3
dar.: Angestellte	- 2,2	- 1,7	- 0,8	- 4,0	- 6,5	- 7,0	- 6,2	- 1,4	- 0,6	- 0,7	+ 0,1
Arbeiter	- 7,1	- 2,4	- 1,4	- 9,7	- 12,9	- 10,8	- 10,7	- 5,4	+ 3,4	+ 5,7	+ 1,7
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,7	- 2,8	- 1,3	- 37,4	- 23,8	- 9,2	- 19,0	+ 11,1	+ 70,6	+ 24,8	+ 5,0
im Hochbau	- 4,6	- 0,2	- 2,0	- 39,3	- 28,7	- 16,6	- 24,8	+ 9,9	+ 58,8	+ 20,3	+ 4,4
dar.: Wohnungsbau	- 5,9	+ 1,8	- 1,7	- 47,0	- 36,0	- 23,9	- 31,4	+ 9,8	+ 70,8	+ 25,3	+ 4,8
Gewerblicher Hochbau	- 3,0	+ 0,6	- 1,6	- 29,2	- 19,2	- 6,5	- 15,1	+ 7,6	+ 38,9	+ 11,2	+ 3,6
Öffentlicher Hochbau	- 3,0	- 10,0	- 3,3	- 28,1	- 12,2	+ 0,4	- 10,3	+ 19,3	+ 61,3	+ 16,6	+ 3,5
im Tiefbau	- 7,9	+ 9,4	+ 0,5	- 31,3	- 10,2	+ 9,7	- 4,7	+ 14,7	+ 103,1	+ 34,5	+ 6,0
Straßenbau	- 8,5	- 10,4	- 1,4	- 36,3	- 17,5	+ 2,1	- 8,6	+ 15,7	+ 146,3	+ 54,8	+ 11,3
Gewerblicher Tiefbau	- 2,5	- 9,3	+ 0,9	- 19,9	+ 2,5	+ 21,2	- 0,9	+ 5,0	+ 66,7	+ 18,6	+ 2,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 10,0	+ 7,2	+ 1,6	- 35,2	- 11,8	+ 10,1	- 3,5	+ 21,9	+ 106,8	+ 31,4	+ 4,0
Bruttolohnsumme	- 0,9	+ 0,2	+ 1,7	- 31,3	- 21,1	- 9,6	- 14,9	+ 0,9	+ 56,4	+ 28,3	+ 9,6
Bruttogehaltssumme	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	- 3,4	- 3,9	- 5,1	- 4,7	- 3,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,5
Index des Auftragseingangs	+ 0,7	+ 9,9	- 5,8	- 17,1	- 9,9	+ 4,4	- 1,9	- 14,8	+ 53,3	- 1,6	+ 5,5
Index des Auftragsbestands	- 11,4	+ 7,7	- 7,4	- 12,7 ^{a)}	- 17,0	- 5,5	- 12,8	+ 25,0	+ 10,8 ^{b)}	+ 68,0	+ 33,5
Produktionsindex 1) 7)	- 5,2	+ 0,5	+ 0,5	- 34,3	- 17,0	- 5,5	- 12,8	+ 25,0	+ 68,0	+ 33,5	+ 1,6
Gesamtumsatz	- 5,6	+ 1,7	+ 2,4	- 20,1	- 17,6	- 12,1	- 13,5	- 8,1	+ 32,5	+ 15,1	+ 16,8
dar. Baugewerblicher Umsatz	- 5,6	+ 1,6	+ 2,4	- 20,0	- 17,7	- 12,3	- 13,5	- 7,9	+ 31,8	+ 15,0	+ 16,9
Handwerk											
Beschäftigte	- 2,8	- 1,7	+ 0,2		- 2,4 ^{a)}				- 4,7 ^{b)}		
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	- 1,6	+ 3,3	+ 1,7		- 5,1 ^{a)}				- 31,4 ^{b)}		

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 2) Fachliche Unternehmensteile. - 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 5) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Unternehmen.

a) 1. Vj 85 gegenüber 1. Vj 84. - b) 1. Vj 85 gegenüber 4. Vj 84.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1984		1985				
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	376464	390192	434257	38009	36111	39550	38152	42500	39504	39425
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49662	50475	54605	4649	4623	4973	4843	5182	5053	5411
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	321549	333780	372970	32726	30847	34029	32591	36761	33876	33409
Rohstoffe	Mill. DM	59298	52203	58237	5116	5097	5252	5040	6131	5100	5010
Halbwaren	Mill. DM	69821	73144	81403	6726	6844	8271	6790	7272	6924	7579
Fertigwaren	Mill. DM	192430	208433	233330	20884	18906	20506	20761	23357	21852	20820
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	286321	304631	337697	29943	28457	30899	29925	34005	31173	30835
dar. EG-Länder	Mill. DM	181148	191438	208035	18182	17549	19106	18475	21360	18753	18811
Entwicklungsländer	Mill. DM	68478	63149	69894	5835	5211	6393	6411	6485	6142	6135
Staatshandelsländer	Mill. DM	21359	22157	26432	2202	2426	2235	1803	1994	2175	2427
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	427741	432281	488223	44988	42209	42107	42860	48873	45001	46890
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23871	23624	26673	2474	2312	2218	2077	2459	2265	2500
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	400995	405729	458342	42189	39627	39636	40520	46122	42470	44101
Rohstoffe	Mill. DM	7220	7203	8299	717	686	682	689	813	747	770
Halbwaren	Mill. DM	34242	34328	40172	3696	3264	3688	3243	3908	3798	3797
Fertigwaren	Mill. DM	359533	364198	409872	37776	35676	35266	36588	41400	37925	39535
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	332887	341103	395711	36841	33683	34323	35537	40178	37348	38688
dar. EG-Länder	Mill. DM	205884	207771	232812	21159	19153	20222	21379	23328	21854	22382
Entwicklungsländer	Mill. DM	72686	67180	67672	5851	5873	5680	5407	6203	5426	5526
Staatshandelsländer	Mill. DM	20522	22605	23325	2143	2555	1937	1824	2363	2070	2540
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+51277	+42089	+53966	+6978	+6097	+2556	+4708	+6372	+5497	+7465
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	110,3	114,3	127,2	133,6	126,9	139,0	134,1	149,4	138,9	138,6
Ausfuhr	1980=100	122,1	123,4	139,4	154,1	144,6	144,2	146,8	167,4	154,1	160,6
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	96,3	100,1	105,3	109,1	102,1	108,9	104,4	115,7	109,8	110,0
Ausfuhr	1980=100	110,1	109,8	119,8	130,2	121,3	120,3	121,5	137,6	126,9	132,0
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	114,5	114,1	120,8	122,5	124,4	127,7	128,5	129,2	126,4	126,0
Ausfuhr	1980=100	110,9	112,4	116,3	118,4	119,2	119,9	120,8	121,7	121,4	121,7
Austauschverhältnis (Terms of Trade)											
	1980=100	96,9	98,5	96,3	96,7	95,8	93,9	94,0	94,2	96,0	96,6
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1127,4	1147,3	1088,8	92,3	107,0	92,2	86,4	83,0	84,2	...
Straßenverkehr (nur Linienverkehr)	Mill.	6444,5	6178,2
der Großunternehmen	Mill.	5656,1	5324,9
der übrigen Unternehmen	Mill.	788,4	853,3
Luftverkehr	Mill.	35,0	35,9	38,6	2,7	2,5	2,6	2,5	3,2
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	317714	310021	329780	30944	25171	25976	25797	29149	27305	...
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	336018	354537	366507	32284	25643	27158	27515
Binnenschifffahrt	1000 t	221899	223936	236478	19064	17905	12324	13821	19592
Seeschifffahrt	1000 t	137048	126275	132307	11291	12151	12275	11051	13030	11806	11980
Luftverkehr	1000 t	586	619	676	60	62	53	58	71
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t	56999	55229	57770	4687	5080	4740	4484	5134	4890	4750
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2578,0	2847,5	2739,2	188,0	151,7	175,5	182,3	283,5	304,1	260,4
dar. Personenkraftwagen	1000	2155,5	2426,8	2393,9	171,8	138,7	160,9	164,5	244,7	259,1	227,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	5686,0	6123,3	6236,0	445,8	367,4	424,1	431,8	605,0	666,4	...
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	358693	374107	359485	27617	26756	15476	16605	21732	26304	...
Getötete	Anzahl	11608	11732	10199	857	869	412	485	513	631	...
Schwerverletzte	Anzahl	138760	145090	132514	9608	9607	5281	5845	7226
Leichtverletzte	Anzahl	328428	344120	333519	25309	24759	15134	15613	26604	33992	...
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1271,0	1318,0	1421,3	128,0	134,2	148,8	115,9	118,7	114,3	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	88,6	96,4	99,8	101,1	99,8	97,1	97,4	98,7	98,2	99,6
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	86,9	84,0	84,1	83,3	84,1	81,9	81,2	77,5	78,6	80,1
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	74,9	85,5	96,3	87,4	96,3	92,1	105,3	106,1	94,0	97,4
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1698,1	1808,5	1915,6	1890,0	1915,6	1907,7	1919,4	1930,5	1932,7	1940,4
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1289,3	1380,5	1468,8	1446,8	1468,8	1460,8	1469,1	1480,2	1480,8	1487,2
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	408,7	427,9	446,8	443,2	446,8	446,9	450,3	450,4	451,8	453,3
	Mrd. DM	1292,1	1368,1	1454,6	1411,5	1454,6	1436,9	1445,9	1440,1	1447,9	1458,1
	Mrd. DM	518,2	548,4	568,8	543,0	568,8	570,1	572,5	572,1	571,4	570,5
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2046,3	2174,0	2351,3	203,8	541,0	132,6	173,8	238,9	167,8	168,6
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	120854	125374	124850	120395	124848	123474	123072	122651	122174	120984
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mrd. DM	133019	138979	145039	144579	145166	145813	145036	145347	146473	146219

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. — 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1981	1982	1983	Febr. 84	März 84	April 84	Mai 84	Jan. 85	Febr. 85	März 85	April 85	
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 2,0	+ 3,6	+ 11,3	+ 5,1	+ 12,4	+ 10,8	+ 7,5	- 3,5	+ 11,4	- 7,1	- 0,2
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 3,9	+ 1,6	+ 8,2	+ 4,1	+ 12,5	+ 10,5	+ 10,2	- 2,6	+ 7,0	- 2,5	+ 7,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 1,5	+ 3,8	+ 11,7	+ 4,6	+ 12,5	+ 10,8	+ 7,1	- 4,2	+ 12,8	- 7,8	- 1,4
Rohstoffe	- 7,4	- 12,0	+ 11,6	+ 0,2	+ 33,0	+ 2,7	+ 5,2	- 4,0	+ 21,7	- 16,8	- 1,8
Halbwaren	+ 5,1	+ 4,8	+ 11,3	- 0,2	- 1,6	+ 4,0	+ 13,6	- 17,9	+ 7,1	- 4,8	+ 9,5
Fertigwaren	+ 3,3	+ 8,3	+ 11,9	+ 7,5	+ 13,0	+ 15,4	+ 5,4	+ 1,2	+ 12,5	- 6,4	- 4,7
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 3,0	+ 6,4	+ 10,9	+ 7,0	+ 13,2	+ 12,8	+ 6,5	- 3,2	+ 13,6	- 8,3	- 1,1
dar. EG-Länder	+ 3,6	+ 5,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 12,3	+ 8,4	+ 4,6	- 3,3	+ 15,6	- 12,2	+ 0,3
Entwicklungsländer	- 4,4	- 7,8	+ 10,7	+ 3,9	+ 14,5	+ 6,5	+ 7,3	+ 0,3	+ 1,2	- 5,3	- 0,1
Staatshandelsländer	+ 10,7	+ 3,7	+ 19,3	- 16,4	- 4,0	- 3,0	+ 23,3	- 19,3	+ 10,6	+ 9,1	+ 11,6
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 7,8	+ 1,1	+ 12,9	+ 4,2	+ 15,4	+ 17,8	+ 13,0	+ 1,8	+ 14,0	- 7,9	+ 4,2
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 3,3	- 1,0	+ 12,9	- 0,6	+ 8,2	+ 15,4	+ 9,0	- 6,4	+ 18,4	- 7,9	+ 10,4
Gewerbliche Wirtschaft	+ 8,1	+ 1,2	+ 13,0	+ 4,5	+ 15,9	+ 18,0	+ 13,3	+ 2,2	+ 13,8	- 7,9	+ 3,8
Rohstoffe	- 4,3	- 0,2	+ 15,2	- 4,9	+ 12,7	+ 15,3	+ 8,1	+ 0,9	+ 18,1	- 8,2	+ 3,0
Halbwaren	+ 2,5	+ 0,3	+ 17,0	- 0,7	+ 10,9	+ 24,8	+ 8,1	- 12,1	+ 20,5	- 2,8	- 0,0
Fertigwaren	+ 8,9	+ 1,3	+ 12,5	+ 5,0	+ 16,5	+ 17,4	+ 14,0	+ 3,7	+ 13,2	- 8,4	+ 4,2
Ländergruppen (Verbrauchslander)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 9,2	+ 2,5	+ 16,0	+ 6,7	+ 16,5	+ 21,7	+ 15,1	+ 3,5	+ 13,1	- 7,0	+ 3,6
dar. EG-Länder	+ 10,7	+ 0,9	+ 12,1	+ 7,3	+ 13,7	+ 19,9	+ 12,9	+ 5,7	+ 9,1	- 6,3	+ 2,4
Entwicklungsländer	+ 3,0	- 7,6	+ 0,7	- 10,4	+ 6,6	- 3,2	- 4,0	- 4,8	+ 14,7	- 12,5	+ 1,8
Staatshandelsländer	+ 5,0	+ 10,2	+ 3,2	+ 7,8	+ 22,4	+ 15,7	+ 27,9	- 5,8	+ 29,6	- 12,4	+ 22,7
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 85,0	- 17,9	+ 28,2	- 2,6	+ 40,6	+ 116,9	+ 55,2	+ 84,2	+ 35,4	- 13,7	+ 35,8
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 2,0	+ 3,6	+ 11,3	+ 5,1	+ 12,4	+ 10,8	+ 7,5	- 3,5	+ 11,4	- 7,0	- 0,2
Ausfuhr	+ 7,8	+ 1,1	+ 13,0	+ 4,2	+ 15,4	+ 17,8	+ 13,0	+ 1,8	+ 14,0	- 7,9	+ 4,2
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 1,4	+ 3,9	+ 5,2	- 2,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 1,5	- 4,1	+ 10,8	- 5,1	+ 0,2
Ausfuhr	+ 3,3	- 0,3	+ 9,1	- 0,5	+ 8,3	+ 11,4	+ 6,4	+ 1,0	+ 13,3	- 7,8	+ 4,0
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	+ 0,6	- 0,3	+ 5,9	+ 7,4	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,0	+ 0,6	+ 0,5	- 2,2	- 0,3
Ausfuhr	+ 4,3	+ 1,4	+ 3,5	+ 4,7	+ 6,6	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,8	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 3,7	+ 1,7	- 2,2	- 2,6	- 2,1	- 1,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,9	+ 0,6
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 3,6	+ 1,7	- 5,1p	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,4p	...	- 6,3	- 3,9	+ 1,4p	...
Straßenverkehr (nur Linienverkehr)	- 3,6	- 4,1
der Großunternehmen	- 4,1	- 5,9
der übrigen Unternehmen	- 0,3	+ 8,2
Luftverkehr	- 2,4	+ 2,5	+ 7,7	+ 3,5	+ 19,3	- 5,5	+ 29,3
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 8,2	- 2,5	+ 6,4	- 2,1	+ 0,6	+ 4,0p	...	- 0,7	+ 13,0	- 6,3p	...
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	- 0,4	+ 5,5	+ 3,4	- 2,4	+ 1,3
Binnenschifffahrt	- 4,2	+ 0,9	+ 5,6	- 19,7	- 5,8	+ 12,1	+ 41,8
Seeschifffahrt	- 3,5	- 7,9	+ 4,8p	+ 4,5p	+ 9,9p	+ 2,7p	+ 14,5p	- 10,0p	+ 17,9p	- 9,4p	+ 1,5p
Luftverkehr	- 1,3	+ 5,6	+ 9,2	+ 4,2	+ 12,2	+ 8,6	+ 23,0
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 9,1	- 3,1	+ 4,6	- 11,4	+ 7,9	- 1,5	- 3,6	- 5,4	+ 14,5	- 4,8	- 2,9
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 6,7	+ 10,5	- 3,8	- 21,5	- 18,0	- 1,7	- 14,8	+ 3,9	+ 55,5	+ 7,3	- 14,4
dar. Personenkraftwagen	- 7,5	+ 12,6	- 1,4	- 21,5	- 16,9	+ 0,6	- 13,6	+ 2,2	+ 48,8	+ 5,9	- 12,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 5,7	+ 7,7	+ 1,8	- 13,2	- 6,3	+ 7,1	...	+ 1,8	+ 40,1	+ 10,2	...
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 1,1	+ 4,3	- 3,9	- 24,6	- 11,5	- 11,9	...	+ 7,3	+ 30,9	+ 21,0	...
Getötete	- 0,6	+ 1,1	- 13,1	- 22,6	- 34,3	- 27,1	...	+ 17,7	+ 5,8	+ 23,0	...
Schwerverletzte	- 0,5	+ 4,6	- 8,7	- 29,5	- 18,2	- 14,0	...	+ 10,7	+ 32,2	+ 20,0	...
Leichtverletzte	- 2,4	+ 4,8	- 3,1	- 23,7	- 8,8	+ 3,2	+ 32,0
Unfälle mit nur Sachschaden	- 3,4	+ 3,6	+ 7,8	+ 7,9	+ 12,6	+ 6,8	...	- 22,1	+ 2,4	- 3,7	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 5,2	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,6	+ 4,8	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 1,3	- 0,5	+ 1,4
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	+ 8,2	- 3,3	+ 0,1	- 7,3	- 14,3	- 15,1	- 10,9	- 0,9	- 4,6	+ 1,4	+ 2,0
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 10,0	+ 14,2	+ 12,6	+ 35,9	+ 36,9	+ 39,9	+ 34,7	+ 14,3	+ 0,8	- 11,4	+ 2,1
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken	+ 6,7	+ 6,5	+ 5,9	+ 6,7	+ 7,0	+ 6,6	+ 6,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4
an Unternehmen und Privatpersonen	+ 5,4	+ 7,1	+ 6,4	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,5	+ 0,6	+ 0,8	± 0,0	+ 0,4
an öffentliche Haushalte	+ 10,8	+ 4,7	+ 4,4	+ 6,6	+ 7,1	+ 6,4	+ 6,9	+ 0,8	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3
Einlagen inländischer Nichtbanken	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,3	+ 6,5	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,7
dar. Spareinlagen	+ 7,3	+ 5,8	+ 3,7	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,1	+ 5,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 16,6	+ 6,3	+ 8,2	+ 3,8	+ 1,7	+ 5,7	+ 4,4	+ 31,1	+ 37,5	- 29,8	+ 0,5
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 4,3	+ 3,7	- 0,4	- 0,3	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1984		1985				
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	211 623	226 655	227 394	19 473	18 247	28 240	23 536	24 611	19 677	20 279
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	3 093	4 280	2 992	109	399	231	95	480	71	382
Aktien (Nominalwert)	Mill. DM										
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	9,18)	8,08)	7,88)	7,2	7,0	7,1	7,5	7,7	7,3	7,1
Index der Aktienkurse	1980=100	102,78)	135,28)	153,68)	161,4	162,8	170,8	174,3	180,4	182,7	189,6
dar. Publikumsgesellschaften	1980=100	102,68)	135,38)	151,68)	158,4	159,4	166,7	170,0	177,3	179,3	187,3
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	9268)	1 0148)	8598)	771	804	1 044	1 106	1 024	885	...
Arbeitslosenhilfe	1000	2918)	4858)	5988)	595	607	633	647	663	646	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	1000	1448)	1308)	1318)	140	139	134	138	143	137	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 192,88)	2 586,68)	2 733,78)	2 781,8	3 563,2	2 842,7	2 500,5	2 305,7	2 632,4	...
dar. Beiträge	Mill. DM	2 023,98)	2 389,38)	2 537,28)	2 663,8	3 364,1	2 653,2	2 341,5	2 171,8	2 269,0	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 780,48)	2 720,38)	2 470,48)	2 361,9	2 617,5	2 319,0	2 926,5	3 212,4	2 988,7	...
dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 502,38)	1 425,38)	1 178,68)	1 031,2	1 226,1	1 112,7	1 551,5	1 532,3	1 453,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	1000	35 8208)	35 8068)	36 0068)	36 296	36 268	36 113
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	1000	20 8128)	20 7768)	20 8758)	21 149	21 135	21 020
Rentner	1000	10 4038)	10 4608)	10 5688)	10 597	10 603	10 604
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	Mill. DM	327 549	342 715	357 471	25 832	51 601	25 231	25 725	35 340	24 091	24 690 p
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	277 887	291 419	305 104	20 299	45 022	24 804	20 957	31 957	19 041	19 420 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	123 407	128 889	136 350	10 615	18 570	13 108	10 376	9 955	10 404	10 740 p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	30 602	28 275	26 368	- 397	8 573	382	- 342	7 558	- 1 048	- 846 p
Umsatzsteuer	Mill. DM	21 458	23 675	26 312	- 78	7 671	527	- 214	6 580	503	498 p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	53 732	59 190	55 500	4 990	5 153	5 654	5 923	2 857	3 329	3 827 p
Bundessteuern	Mill. DM	43 985	46 681	54 983	4 963	4 823	4 222	4 998	4 885	5 338	4 867 p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	49 566	52 115	54 059	4 788	8 602	1 046	4 308	4 613	4 198	4 339 p
dar.: Zölle	Mill. DM	46 595	48 879	50 645	4 520	8 415	798	3 553	4 287	3 925	4 053 p
Tabaksteuer	Mill. DM	4 727	4 746	5 332	494	468	410	475	456	506	474 p
Branntweinabgaben	Mill. DM	12 208	13 881	14 429	1 305	2 671	34	796	1 269	1 133	1 080 p
Mineralölsteuer	Mill. DM	4 281	4 277	4 238	332	736	44	417	430	373	320 p
Landesteuern	Mill. DM	22 835	23 338	24 033	2 184	4 232	85	1 658	1 907	1 702	1 944 p
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	17 002	18 377	18 581	2 034	1 055	1 389	1 909	1 387	1 439	2 147 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	4 982	4 992	4 492	942	118	95	863	134	96	884 p
Biersteuer	Mill. DM	6 689	6 984	7 284	524	426	683	479	648	818	727 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill. DM	1 292	1 296	1 255	110	104	108	74	90	89	112 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	Mill. DM	6 195	4 377	4 135	245	994	15	56	10	816	268 p
	Mill. DM	-23 101	-23 575	-24 408	-1 533	-4 071	-2 024	-1 505	-2 627	1 403	1 484 p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	112 715	121 661	120 040	11 319	7 398	10 200	9 457	10 228	10 261	9 780
Bierausstöß	1000 hl	94 826	94 983	92 585	7 212	7 310	6 565	6 518	6 974	8 089	8 945
Leichtöle (Benzin)	1000 hl	290 343	301 527	316 568	26 578	25 220	22 788	22 907	25 618	26 977	27 848
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1000 dt	122 838	129 700	133 723	12 297	9 298	8 531	8 631	10 587	12 334	11 990
Heizöl (EL und L)	1000 dt	330 624	320 347	331 808	27 788	25 518	38 659	26 932	20 566	24 458	26 267
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 299,92	1 400,88	1 435,46	1 387,61	1 652,45	1 381,73	1 469,33	1 456,60
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	428,93	449,60	462,59	452,18	517,43	398,60	402,38	442,84
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	128,78	132,15	135,19	145,85	212,99	160,65	278,77	176,40
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 631,11	2 836,88	2 848,76	2 752,70	3 175,03	2 713,31	2 555,61	2 777,63
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	724,24	739,69	740,18	746,88	789,82	679,41	657,23	729,31
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	189,01	188,80	189,44	149,66	224,43	262,92	254,01	183,26
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 085,03	4 293,78	4 394,34	4 519,25	4 845,85	4 087,44	3 957,45	4 595,18
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	894,10	922,32	930,37	926,34	1 009,74	836,95	826,18	947,09
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	239,84	232,66	264,23	327,37	322,19	250,93	370,12	327,74
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,7	40,5	40,9	40,7
Index	1976=100	98,0	97,4	98,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	14,89	15,41	15,77	15,91
Index	1976=100	140,6	145,0	148,5
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	606	627	647	655
Index	1976=100	137,7	141,0	145,8
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 286	3 325	3 446	3 521
Index	1976=100	141,1	145,7	150,5
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	99,9	99,9	99,7 r
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	110,1	113,9	116,9	119,2 r
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	109,4	113,2	115,9	118,2 r

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner. — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. — 4) Vor der Steuerverteilung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. — 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 8) D errechnet aus 12 Monatswerten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1981	1982	1983	Febr. 84	März 84	April 84	Mai 84	Jan. 85	Febr. 85	März 85	April 85
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere											
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 13,6	+ 7,1	+ 0,3	+ 22,3	+ 26,1	+ 32,2	+ 48,1	- 16,7	+ 4,6	- 20,0	+ 3,1
Aktien (Nominalwert)	- 2,7	+ 38,4	- 30,1	- 23,4	+ 317,4	- 38,3	- 22,5	- 58,9	+ 405,3	- 85,2	+ 438,0
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 14,2 ⁸⁾	- 12,1 ⁸⁾	- 2,5 ⁸⁾	- 7,4	- 2,5	- 7,6	- 11,3	+ 5,6	+ 2,7	- 5,2	- 2,7
Index der Aktienkurse	+ 0,9 ⁸⁾	+ 31,6 ⁸⁾	+ 13,6 ⁸⁾	+ 12,7	+ 17,9	+ 20,8	+ 25,0	+ 2,0	+ 3,5	- 1,3	+ 3,8
dar. Publikumsgesellschaften	- 0,1 ⁸⁾	+ 31,9 ⁸⁾	+ 12,0 ⁸⁾	+ 9,6	+ 15,5	+ 18,9	+ 24,7	+ 2,0	+ 4,3	+ 1,1	+ 4,5
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 32,8 ⁸⁾	+ 9,5 ⁸⁾	- 15,3 ⁸⁾	- 3,6	- 3,5	+ 0,0	...	+ 5,9	- 7,4	- 13,6	...
Arbeitslosenhilfe	+ 71,3 ⁸⁾	+ 66,9 ⁸⁾	+ 23,2 ⁸⁾	+ 6,6	+ 6,3	+ 5,9	...	+ 2,2	+ 2,4	- 2,5	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	+ 10,6 ⁸⁾	- 9,5 ⁸⁾	+ 1,0 ⁸⁾	+ 1,8	+ 4,2	+ 0,9	...	+ 2,9	+ 3,7	- 4,6	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 32,4 ⁸⁾	+ 18,0 ⁸⁾	+ 5,7 ⁸⁾	+ 0,8	- 7,4	+ 0,0	...	- 12,0	- 7,8	+ 14,2	...
dar. Beiträge	+ 33,9 ⁸⁾	+ 18,1 ⁸⁾	+ 6,2 ⁸⁾	+ 1,2	- 7,6	- 1,5	...	- 11,7	- 7,2	+ 4,5	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 18,5 ⁸⁾	- 2,2 ⁸⁾	- 9,2 ⁸⁾	+ 0,3	+ 2,0	+ 5,7	...	+ 26,2	+ 9,8	- 7,0	...
dar. Arbeitslosengeld	+ 35,6 ⁸⁾	- 5,1 ⁸⁾	- 17,3 ⁸⁾	+ 1,2	- 1,6	+ 8,6	...	+ 39,4	- 1,2	- 5,2	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 0,3 ⁸⁾	- 0,1	+ 0,6 ⁸⁾
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	+ 0,1 ⁸⁾	- 0,2	+ 0,5 ⁸⁾
Rentner	+ 0,7 ⁸⁾	+ 0,5	+ 1,0 ⁸⁾
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	+ 2,1	+ 4,9	+ 4,7	+ 0,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,9 ^p	- 15,4	+ 52,5	- 40,4	+ 2,0 ^p
dar.: Lohnsteuer	+ 5,9	+ 4,4	+ 5,8	+ 2,8	- 0,9	+ 8,3	+ 8,0 ^p	- 20,8	- 4,1	+ 4,5	+ 3,2 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	- 7,1	- 7,6	- 6,7	x	+ 7,1	x	x	x	x	x	x
Körperschaftsteuer	+ 6,4	+ 10,3	+ 11,1	x	+ 15,8	x	- 36,1	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 1,0	+ 10,2	+ 6,2	- 3,7	- 20,6	- 18,0	- 17,4 ^p	+ 4,7	- 51,8	+ 16,5	+ 15,0 ^p
Einfuhrumsatzsteuer	+ 1,1	+ 6,1	+ 17,8	+ 9,5	+ 6,9	+ 13,3	+ 4,0 ^p	+ 18,4	- 2,2	+ 9,3	- 8,8 ^p
Bundessteuern	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,7	- 5,3	+ 3,6	+ 11,6	- 9,3 ^p	+ 312,0	+ 7,1	- 9,0	+ 3,3 ^p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,6	- 8,8	+ 3,8	+ 11,4	- 10,5 ^p	+ 345,5	+ 20,6	- 8,4	+ 3,3 ^p
dar.: Zölle	- 4,4	+ 0,4	+ 12,3	+ 12,1	- 0,6	+ 16,5	+ 11,3 ^p	+ 15,9	- 4,0	+ 11,1	- 6,4 ^p
Tabaksteuer	+ 8,5	+ 13,7	+ 4,0	- 10,9	+ 3,4	+ 2,6	- 10,8 ^p	x	+ 59,6	- 10,7	- 4,7 ^p
Branntweinabgaben	- 4,5	- 0,1	- 0,9	- 10,0	- 10,6	+ 30,0	- 6,6 ^p	+ 842,1	+ 3,3	- 13,3	- 14,3 ^p
Mineralölsteuer	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,0	- 11,6	+ 8,9	+ 12,4	- 16,8 ^p	x	+ 15,0	- 10,8	+ 14,2 ^p
Landesteuern	+ 3,9	+ 8,1	+ 1,1	- 9,9	+ 0,5	+ 21,1	- 3,7 ^p	+ 37,4	- 27,4	+ 3,7	+ 49,2 ^p
dar.: Vermögensteuer	+ 6,3	+ 0,2	- 10,0	- 11,9	+ 67,2	+ 114,8	- 5,8	x	x	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	+ 1,5	+ 4,4	+ 4,3	- 0,5	+ 2,8	+ 30,9	- 0,2 ^p	- 30,0	+ 35,4	+ 26,3	- 11,2 ^p
Biersteuer	+ 0,3	+ 0,3	- 3,2	- 6,3	- 2,3	+ 44,1	- 18,0 ^p	- 31,3	+ 21,3	- 1,1	+ 25,2 ^p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	- 0,8	- 29,3	- 5,5	+ 47,7	x	+ 1,7	+ 0,5 ^p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,5	- 0,6	+ 2,4	+ 7,1	+ 7,6 ^p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	- 13,5	+ 7,9	- 1,3	- 1,3	+ 2,0	+ 12,1	- 9,9	- 7,3	+ 8,1	+ 0,3	- 4,7
Bierausstoß	+ 1,2	+ 0,2	- 2,5	- 6,8	- 4,0	+ 2,2	+ 6,5	- 0,7	+ 7,0	+ 16,0	+ 10,6
Leichtöle (Benzin)	+ 0,2	+ 3,9	+ 5,0	- 6,0	- 4,8	+ 1,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 11,8	+ 5,3	+ 3,2
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 1,3	+ 5,6	+ 3,1	- 6,6	- 7,8	+ 14,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 22,7	+ 16,5	- 2,8
Heizöl (EL und L)	- 6,3	- 3,1	+ 3,6	- 11,4	- 34,8	+ 5,4	- 17,1	- 30,3	- 23,6	+ 18,9	+ 7,4
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 7,1	+ 7,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,9	+ 6,3	- 0,9
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	+ 5,5	+ 4,8	+ 2,9	+ 4,6	- 6,3	+ 0,9	+ 10,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 14,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 10,8	+ 19,1	+ 73,5	- 36,7
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 5,4	+ 0,4	- 0,2	- 6,2	- 5,8	+ 8,7
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	+ 3,6	+ 2,1	+ 0,1	- 1,9	- 3,3	- 3,3	+ 11,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 16,5	- 6,5	+ 0,3	- 9,7	- 6,1	- 3,4	- 27,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 3,7	+ 5,1	+ 2,3	- 0,8	+ 7,2	- 3,2	+ 16,1
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,2	- 1,3	+ 14,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 16,6	- 3,0	+ 13,6	+ 7,4	+ 1,8	+ 47,5	- 11,5
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 1,2	- 0,5	+ 1,0
Index	- 1,2	- 0,6	+ 1,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 4,9	+ 3,5	+ 2,3
Index	+ 4,6	+ 3,1	+ 2,4
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,2
Index	+ 4,5	+ 3,3	+ 3,4
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 5,1	+ 1,2	+ 3,6
Index	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,3
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,6
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 4,3	+ 3,5	+ 2,4

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner. — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. — 4) Vor der Steuerverteilung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. — 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 8) D errechnet aus 12 Monatswerten.
a) Januar 1985 gegenüber Oktober 1984.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
1981	1982	1983	März 84	April 84	Mai 84	Juni 84	Febr. 85	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	
Preise												
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 4,6	+ 0,4	+ 2,0	- 0,1	- 0,3	- 0,4p	...	+ 0,7	- 0,2	- 0,3p
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 4,3	- 0,4	+ 1,9	- 0,6	- 0,9	- 1,0p	...	+ 0,8	- 0,3	- 0,3p
Neubauten und neue Maschinen	+ 5,9	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8p	...	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1p
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	+ 3,6	- 1,5	- 1,2	- 7,9	- 7,0p	- 5,1p	...	+ 0,2	- 0,8p	- 0,3p
dar.: Pflanzliche Produkte	- 1,1	+ 1,6	- 0,7	- 17,2	- 16,6	- 15,5	...	+ 0,4	+ 0,6	- 0,7
Tierische Produkte	+ 5,3	- 2,5	- 1,5	- 3,9	- 2,8p	- 0,5p	...	+ 0,1	- 1,3p	- 0,1p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	- 5,6	- 4,1	+ 1,5	- 3,9	- 5,8	- 8,0	...	+ 0,2	- 2,5	- 3,8
Index der Grundstoffpreise 2)	+ 3,8	- 0,3	+ 5,2	+ 5,4	+ 3,9	+ 2,8	...	+ 0,3	- 1,0	- 0,2
Inländische Grundstoffe	+ 5,2	+ 0,4	+ 3,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	...	+ 0,4	- 0,2	± 0,0
Importierte Grundstoffe	+ 1,8	- 1,1	+ 7,1	+ 10,1	+ 6,5	+ 4,0	...	+ 0,4	- 2,4	- 0,2
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 5,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	...
Investitionsgüter 3)	+ 5,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	...
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 3,3	+ 0,8	+ 2,4	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,3	...
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 12,7	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	...
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 7,7	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,1	± 0,0	+ 0,4	± 0,0	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 4,8	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	...
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 3,8	- 0,4	+ 4,1	+ 5,0	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,7	...
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 1,6	- 3,2	+ 4,4	+ 10,6	+ 7,2	+ 5,6	+ 3,2	- 0,4	- 3,3	- 1,4	- 2,2	...
Eisen und Stahl	+ 12,1	- 4,6	+ 4,1r	+ 5,6r	+ 5,3	+ 4,6r	+ 4,3	+ 0,8r	+ 0,6r	- 0,1	- 0,1	...
Chemische Erzeugnisse	+ 4,5	+ 0,2	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,0	...
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 5,7	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	...
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	+ 6,0	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	...
Straßenfahrzeuge	+ 6,6	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,1	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 3,7	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 5,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	...
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	...
dar.: Textilien	+ 4,7	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	...
Bekleidung	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	...
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 5,9	+ 2,2	+ 1,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,0	...
Preisindizes für Bauwerke												
Wohngebäude 5)	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,5	.	.	± 0,0	.	.	± 0,0a)
Bürogebäude 1)	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,4	.	.	+ 0,5	.	.	+ 0,3a)
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,0	.	.	- 0,1	.	.	± 0,0a)
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,0	.	.	+ 0,1	.	.	+ 0,3a)
Straßenbau 5)	- 2,2	+ 0,8	+ 1,3	.	.	+ 1,6	.	.	+ 0,8a)
Brücken im Straßenbau 5)	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	.	.	- 0,5	.	.	+ 0,3a)
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	+ 5,4	+ 0,1	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,0	- 0,3	- 0,3	- 0,8	...
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 6,1	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	- 0,9	+ 2,0r	± 0,0	- 1,2	- 0,5	...
Index der Einzelhandelspreise 5)	+ 4,7	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	...
dar.: Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln u.ä.	+ 6,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	- 0,3	...
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	...
darunter für:												
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 6,2	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,3	...
Bekleidung, Schuhe	+ 4,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	...
Wohnungsmieten, Energie 6)	+ 6,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,2	...
Wohnungsmieten	+ 5,5	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	...
Energie 6)	+ 8,0	- 0,9	+ 3,5	+ 7,5	+ 4,9	+ 3,8	+ 2,4	+ 1,2	- 2,0	- 1,3	- 0,9	...
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	...
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 5,5	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	...
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,8	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,2	± 0,0	...
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	...
pers. Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 6,0	+ 4,4	+ 1,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	+ 1,0	...
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 5,3	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	...
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	...
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 5,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	...
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	- 0,5	...
Index der Einfuhrpreise	+ 2,3	- 0,3	+ 6,0	+ 8,8	+ 6,5	- 0,5	...	+ 0,7	- 1,6	+ 4,3
dar.: Güter aus EG-Ländern	+ 2,5	- 0,4	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,7	- 0,4	...	+ 0,8	- 0,6	+ 3,4
Güter aus Drittländern	+ 2,1	- 0,3	+ 7,2	+ 11,4	+ 8,0	- 0,5	...	+ 0,7	- 2,4	+ 5,2
Index der Ausfuhrpreise	+ 4,3	+ 1,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,2	...	+ 0,4	+ 0,3	+ 3,6
dar.: Güter für EG-Länder	+ 4,6	+ 1,5	+ 3,5	+ 4,2	+ 4,1	+ 0,1	...	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,8
Güter für Drittländer	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,2	...	+ 0,5	+ 0,1	+ 3,5

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Acker-
schlepper. - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 6) Ohne Kraftstoffe. - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisent-
wicklung auf 1980 hochgerechnet.

a) Mai 1985 gegenüber Februar 1985.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1984 5)			1985 5)	1985 5)		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	März	April	Mai
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 546	61 307	61 049	61 181	61 089	61 049
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 667	4 535	4 364	4 436	4 364	4 331	...	4 332
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	361 966	369 963	364 140 ^r	115 890	111 821	81 462	52 416	25 169 ^r	23 629	53 286
Ehelösungen	Anzahl	118 609	121 475	130 894
Lebendgeborene	Anzahl	621 173	594 177	584 157	144 333	152 836	148 309	138 986	47 794 ^r	49 388	50 932
dar. Ausländer	Anzahl	72 981	61 471	54 795	14 043	14 079	13 650	11 873	4 130
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 750	52 442	52 998	12 614	13 822	14 148	12 586	4 381
Gestorbene ²⁾	Anzahl	715 857	718 337	696 118	174 748	162 027	181 746	189 704	63 016 ^r	58 465	59 022
dar. Ausländer	Anzahl	8 524	8 064	7 835 ^r	1 974	1 869	2 104	1 820	649
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	6 782	6 099	5 633	1 406	1 334	1 553	1 360	435
Totgeborene	Anzahl	2 996	2 790	2 567	640	670	668	575	198 ^r	197	206
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 94 684	-124 160	-111 961	-30 415	- 9 191	-33 437	-50 718	-15 222 ^r	- 9 077	- 8 090
Deutsche	Anzahl	-159 141	-177 567	-158 921 ^r	-42 484	-21 401	-44 983	-60 771	-18 703
Ausländer	Anzahl	+ 64 457	+ 53 407	+ 46 960 ^r	+12 069	+12 210	+11 546	+10 053	+ 3 481
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	420 754	372 027	457 093	108 207	136 648	108 952
dar. Ausländer	Anzahl	322 449	276 448	333 297	74 223	106 367	84 520
Fortzüge	Anzahl	496 145	489 162	608 240	146 756	221 058	116 941
dar. Ausländer	Anzahl	433 898	425 189	546 457	132 173	202 277	102 385
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	- 75 391	-117 135	-151 147	-38 549	-84 410	- 7 989
dar. Ausländer	Anzahl	-111 449	-148 741	-213 160	-57 950	-95 910	-17 865
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,6	7,4	7,1	7,3	7,1	7,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,9	6,0	5,9	7,6	7,3	5,3	3,5	4,9	4,7	10,3
Ehelösungen	je 1 000 Einwohner	19,2	19,8	21,3
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	10,1	9,7	9,5	9,5	9,9	9,6	9,2	9,2 ^r	9,9	9,8
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,5	13,6	12,5	12,7	12,8	12,5	...	11,2
	% aller Lebendgeb.	11,7	10,3	9,4	9,7	9,2	9,2	8,5	8,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 407,2	1 330,9	1 287,6 ⁷⁾	1 284,6 ⁶⁾	1 272,6 ⁶⁾	1 297,6 ⁶⁾	1 284,6 ⁶⁾	1 270,7 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	8,5	8,8	9,1	8,7	9,0	9,5	9,1	9,2
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,6	11,7	11,3	11,5	10,5	11,8	12,6	12,2 ^r	11,7	11,4
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7	1,9	...	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,1	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	76,6	74,3	72,9	68,6	77,8	77,6
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	87,5	86,9	89,8	90,1	91,5	87,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4
dar. Ausländer ¹⁾	%	+ 0,8	- 2,8	- 3,8	...	- 3,8	- 3,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 0,6	+ 2,2	- 1,6	+ 6,0	- 3,4	- 5,5	- 4,8	+ 3,1 ^r	- 8,6	+ 20,3
Ehelösungen	%	+ 8,2	+ 2,4	+ 7,8
Lebendgeborene	%	- 0,5	- 4,3	- 1,7	- 3,3	- 1,7	+ 2,0	+ 0,2	- 0,3 ^r	+ 6,3	+ 2,1
dar. Ausländer	%	- 8,8	- 15,8	- 10,9	- 12,3	- 9,1	- 7,0	- 8,8	- 7,7
Gestorbene ²⁾	%	- 0,9	+ 0,3	- 3,1	+ 0,8	- 4,7	- 0,7	+ 6,8	+ 1,6	- 2,7	+ 1,1
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	- 32,7	- 11,6	+ 22,9	+ 31,0	+ 27,4	+ 8,9
dar. Ausländer	%	- 35,8	- 14,3	+ 20,6	+ 21,7	+ 30,7	+ 13,4
Fortzüge	%	+ 5,0	- 1,4	+ 24,3	+ 34,5	+ 54,8	- 7,5
dar. Ausländer	%	+ 4,4	- 2,0	+ 28,5	+ 42,1	+ 76,9	- 8,8

1) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters; Jahresergebnisse jeweils am 30.9. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Vorläufiges Ergebnis. - 6) Vierteljahresdurchschnitt aufgrund geschätzter Monatswerte nach Calot-Verfahren (siehe Wista 8/1981, S. 549 ff.). - 7) Geschätzt nach Calot-Verfahren.

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1981	1982	1983	1984	1984				1985
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	
in jeweiligen Preisen									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 429 350	1 485 340	1 544 420	1 612 600	377 390	385 380	410 120	439 710	386 690
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	33 350	38 250	34 290	35 290	3 700	3 780	19 390	8 420	3 500
Warenproduzierendes Gewerbe	647 440	663 150	689 600	724 250	1 720 070	1 74 010	1 79 640	198 530	174 610
Handel und Verkehr	239 620	246 330	255 140	264 610	63 510	65 360	64 800	70 940	64 030
Dienstleistungsunternehmen	361 210	392 440	419 990	441 440	105 690	109 890	112 310	113 550	110 620
Staat, private Haushalte ³⁾	212 360	220 070	227 830	233 560	53 670	53 850	55 740	70 300	55 820
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 544 120	1 601 190	1 669 560	1 744 990	410 940	416 460	442 610	474 980	420 360
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	879 200	910 280	947 320	978 100	233 150	242 110	241 240	261 600	238 000
Staatsverbrauch	317 840	325 800	335 660	349 830	79 570	81 750	83 010	105 500	82 770
Anlageinvestitionen	338 220	330 640	346 540	357 470	73 560	87 670	92 500	103 740	69 960
Ausrüstungen	128 650	126 740	137 550	140 150	30 610	30 880	34 400	44 260	34 260
Bauten	209 570	203 900	208 990	217 320	42 950	56 790	58 100	59 480	35 700
Vorratsveränderung	- 4 900	- 4 700	+ 5 600	+ 16 100	+ 14 600	- 1 300	+ 20 200	- 17 400	+ 15 700
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	+ 14 740	+ 37 880	+ 38 580	+ 48 500	+ 17 230	+ 8 320	+ 6 650	+ 26 760	+ 11 870
Ausfuhr ⁵⁾	494 600	539 110	540 140	599 870	147 270	144 590	146 410	167 930	160 740
Einfuhr ⁵⁾	479 860	501 230	501 560	551 370	130 040	136 270	139 760	141 170	148 870
Bruttosozialprodukt	1 545 100	1 599 900	1 673 700	1 750 000	456 800	409 200	443 600	480 200	418 300
Volkseinkommen									
insgesamt	1 187 780	1 227 020	1 280 580	1 340 660	308 880	316 460	341 630	373 690	315 450
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	880 810	900 550	919 820	947 000	220 410	226 340	232 630	267 620	222 560
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,4	+ 5,8	+ 2,2	+ 4,3	+ 5,2	+ 2,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 8,0	+ 14,7	- 10,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,0	+ 5,4	- 2,1	- 5,4
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,0	+ 5,0	+ 7,5	+ 0,2	+ 5,6	+ 6,8	+ 1,5
Handel und Verkehr	+ 6,0	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 0,8
Dienstleistungsunternehmen	+ 9,4	+ 8,6	+ 7,0	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,7
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 6,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 4,0
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,5	+ 6,2	+ 2,7	+ 4,3	+ 5,0	+ 2,3
Privater Verbrauch	+ 5,4	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,1
Staatsverbrauch	+ 6,7	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,3	+ 2,8	+ 5,5	+ 4,0
Anlageinvestitionen	+ 0,1	- 2,2	+ 4,8	+ 3,2	+ 8,1	- 0,4	+ 2,9	+ 3,1	- 4,9
Ausfuhr ⁵⁾	+ 14,9	+ 9,0	+ 0,2	+ 11,1	+ 9,7	+ 7,3	+ 12,9	+ 14,0	+ 11,2
Einfuhr ⁵⁾	+ 10,6	+ 4,5	+ 0,1	+ 9,9	+ 13,0	+ 9,9	+ 8,5	+ 8,6	+ 9,2
Bruttosozialprodukt	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,6	+ 4,6	+ 6,1	+ 2,7	+ 4,4	+ 5,1	+ 2,2
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3,3	+ 4,4	+ 4,7	+ 5,8	+ 2,0	+ 4,8	+ 6,1	+ 2,1
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 5,0	+ 1,3	+ 1,9	+ 3,7	+ 1,0
in Preisen von 1976									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 179 780	1 170 840	1 180 550	1 213 110	308 870	291 650	311 040	317 850	294 280
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34 290	39 150	36 090	37 990	4 210	4 210	20 670	8 900	3 980
Warenproduzierendes Gewerbe	537 020	520 200	524 630	542 960	132 810	130 410	132 730	147 010	132 810
Handel und Verkehr	205 360	202 090	205 190	209 780	50 880	51 410	51 470	56 020	50 960
Dienstleistungsunternehmen	286 250	292 350	298 140	305 520	75 550	76 280	77 020	76 670	77 410
Staat, private Haushalte ³⁾	169 090	170 740	172 320	174 290	43 460	43 490	43 620	43 720	43 920
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	1 262 370	1 251 190	1 263 740	1 296 290	313 620	311 220	331 490	339 960	314 930
je Erwerbstätigen (1970 = 100)	135	136	139	143	140	138	146	150	140
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	708 130	698 270	706 280	710 560	170 880	176 750	175 030	187 900	170 190
Staatsverbrauch	251 280	248 880	249 490	254 540	60 980	62 700	62 010	68 850	61 590
Anlageinvestitionen	261 060	248 850	256 460	259 700	54 050	63 340	66 930	75 380	51 090
Ausrüstungen	109 440	103 190	109 450	109 880	24 290	24 240	26 920	34 430	26 580
Bauten	151 620	145 660	147 010	149 820	29 760	39 100	40 010	40 950	24 510
Vorratsveränderung	- 3 900	- 3 200	+ 4 300	+ 12 600	+ 13 000	- 2 400	+ 16 600	- 14 600	+ 13 700
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	+ 46 430	+ 57 200	+ 50 070	+ 62 300	+ 13 390	+ 11 210	+ 11 630	+ 26 070	+ 18 830
Ausfuhr ⁵⁾	404 220	422 680	417 390	450 470	109 870	106 310	109 970	124 320	118 250
Einfuhr ⁵⁾	357 790	365 480	367 320	388 170	96 480	95 100	98 340	98 250	101 420
Bruttosozialprodukt	1 263 000	1 250 000	1 266 600	1 299 700	312 300	311 600	332 200	343 600	313 400
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 0,0	- 0,8	+ 0,8	+ 2,8	+ 4,3	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 0,6
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 5,4	+ 14,2	- 7,8	+ 5,3	+ 4,0	+ 8,2	+ 4,7	+ 6,0	- 5,5
Warenproduzierendes Gewerbe	- 2,2	- 3,1	+ 0,9	+ 3,5	+ 6,8	- 0,3	+ 3,8	+ 3,8	-
Handel und Verkehr	+ 0,7	- 1,6	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,2
Dienstleistungsunternehmen	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	+ 0,0	- 0,9	+ 1,0	+ 2,6	+ 4,0	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,4
je Erwerbstätigen	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,3
Privater Verbrauch	- 0,6	- 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,4
Staatsverbrauch	+ 1,5	- 1,0	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,1	+ 1,0
Anlageinvestitionen	- 4,2	- 4,7	+ 3,1	+ 1,3	+ 5,2	- 2,6	+ 1,5	+ 1,7	- 5,5
Ausfuhr ⁵⁾	+ 8,4	+ 4,6	- 1,3	+ 7,9	+ 7,0	+ 4,2	+ 9,8	+ 10,4	+ 7,6
Einfuhr ⁵⁾	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 5,7	+ 9,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,9	+ 5,1
Bruttosozialprodukt	- 0,2	- 1,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 3,9	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,4

1) Ab 1982 vorläufiges Ergebnis. — 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. — 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						Elektrotechnik ⁴⁾ Feinmechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau ³⁾	
Insgesamt										
1979 JD	20 658,5	217,1	480,6	8 584,0	611,2	342,6	374,0	732,0	2 492,9	1 695,4
1980 JD	21 003,2	216,4	470,9	8 671,7	616,7	350,1	375,0	738,4	2 541,7	1 713,0
1981 JD	20 846,7	219,6	487,0	8 485,2	611,5	339,0	358,6	718,9	2 515,6	1 670,4
1982 JD	20 470,4	218,1	482,6	8 198,4	606,3	332,4	338,6	674,9	2 471,9	1 609,0
1983 JD	20 172,8	218,6	483,0	7 960,4	594,9	326,9	327,6	653,5	2 414,2	1 549,4
1983 30. Juni	20 146,5	225,3	479,7	7 911,8	591,8	326,9	334,2	650,5	2 393,8	1 538,8
30. Sept.	20 440,3	233,4	485,6	8 021,8	595,5	330,1	338,1	656,0	2 430,8	1 552,9
31. Dez.	20 063,8	206,0	481,4	7 891,7	590,6	327,5	312,7	645,5	2 397,2	1 539,6
1984 31. März	19 997,1	216,0	481,1	7 857,6	591,9	330,5	320,2	637,8	2 374,2	1 541,5
30. Juni ⁵⁾	20 040,3	230,3	474,7	7 722,7	592,3	332,4	328,5	629,3	2 259,2	1 525,4
30. Sept.	20 531,2	235,9	482,8	7 994,2	598,9	335,4	328,6	639,3	2 412,0	1 578,0
Männlich	12 429,6	170,4	436,4	5 773,0	444,2	229,5	263,0	554,3	2 053,3	1 020,8
Weiblich	8 101,7	65,5	46,4	2 221,2	154,7	105,9	65,7	85,0	358,7	557,2

darunter ausländische Arbeitnehmer

1979 JD	1 924,4	16,6	35,0	1 132,3	55,1	65,1	50,3	128,6	318,3	253,1
1980 JD	2 018,4	17,2	32,7	1 170,8	57,0	68,8	52,0	136,4	328,4	259,8
1981 JD	1 912,0	17,3	35,5	1 096,8	54,7	63,4	47,9	129,2	310,5	240,3
1982 JD	1 787,3	16,1	35,3	1 008,1	52,2	60,2	42,3	117,5	293,8	217,5
1983 JD	1 694,4	14,9	35,4	931,8	49,7	57,2	38,8	108,4	274,4	197,6
1983 30. Juni	1 713,6	16,5	35,3	934,9	49,8	57,4	39,8	108,6	274,9	197,7
30. Sept.	1 709,1	16,2	35,8	925,0	49,4	57,2	39,5	107,3	271,8	194,8
31. Dez.	1 640,6	12,5	35,1	898,1	48,5	56,2	36,0	104,1	264,6	190,7
1984 31. März	1 636,7	14,2	35,9	893,4	48,2	56,3	36,6	102,5	261,7	190,8
30. Juni ⁵⁾	1 592,6	16,0	33,6	836,9	47,8	55,5	37,0	97,7	223,9	180,9
30. Sept.	1 608,1	15,4	33,7	859,6	46,9	53,9	35,5	96,4	250,3	186,9
Männlich	1 115,8	12,9	33,0	623,2	36,1	38,1	30,7	86,5	220,4	100,7
Weiblich	492,3	2,6	0,8	236,4	10,8	15,8	4,8	9,9	29,9	86,2
Ausländerquote ⁶⁾	7,8	6,5	7,0	10,8	7,8	16,1	10,8	15,1	10,4	11,8

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
	Holz-, Papier- und Druck- gewerbe	Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	Nahrungs- und Genußmittel-	zu- sammen	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe		zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post	Verkehr (ohne Eisenbahnen und Deutsche Bundespost)	
Insgesamt												
1979 JD	844,6	755,4	735,9	1 654,5	1 208,5	446,1	2 898,3	973,0	161,3	201,3	610,4	749,4
1980 JD	857,8	741,9	737,0	1 693,4	1 233,6	459,8	2 934,7	1 001,1	214,9	162,4	623,7	767,8
1981 JD	841,4	697,9	731,7	1 661,1	1 199,8	461,3	2 910,0	1 011,4	163,7	229,1	618,5	771,6
1982 JD	801,6	643,0	720,6	1 569,1	1 117,1	452,0	2 850,3	993,0	158,5	223,8	610,6	782,0
1983 JD	776,6	604,5	712,8	1 542,3	1 091,2	451,1	2 788,5	969,7	149,3	219,4	601,0	791,7
1983 30. Juni	773,9	598,5	703,2	1 569,3	1 117,6	451,7	2 770,8	971,8	147,5	219,6	604,7	787,2
30. Sept.	786,7	604,2	727,6	1 647,5	1 163,2	484,3	2 799,9	976,6	147,8	219,8	609,0	798,0
31. Dez.	771,8	595,7	711,0	1 529,2	1 083,4	445,8	2 781,2	951,2	145,4	210,5	595,3	795,6
1984 31. März	766,3	595,3	699,9	1 466,2	1 029,0	437,2	2 760,4	954,0	141,1	213,6	599,3	792,8
30. Juni ⁵⁾	789,1	589,1	697,4	1 548,5	1 092,9	455,6	2 762,8	962,1	138,2	211,5	612,5	795,4
30. Sept.	782,7	594,4	724,8	1 596,8	1 111,5	486,3	2 813,1	973,8	140,3	213,7	619,7	812,0
Männlich	586,4	207,6	414,0	1 462,9	1 040,0	423,0	1 289,5	717,5	127,4	101,4	488,7	398,4
Weiblich	196,3	386,8	310,9	133,9	71,5	62,4	1 523,6	256,4	13,0	112,3	131,1	413,6

darunter ausländische Arbeitnehmer

1979 JD	86,7	111,5	63,6	197,2	173,5	23,7	118,0	71,0	16,7	8,1	46,2	13,0
1980 JD	90,4	111,7	66,4	211,2	185,4	25,8	130,5	74,8	17,2	8,6	48,9	14,3
1981 JD	84,5	102,1	64,1	197,7	172,5	25,1	122,7	72,5	17,3	8,8	46,5	13,2
1982 JD	74,9	90,7	59,0	174,4	150,6	23,8	116,6	69,1	16,6	8,3	44,3	12,7
1983 JD	68,7	82,1	54,9	167,2	143,9	23,3	113,0	65,2	15,0	7,9	42,3	12,8
1983 31. 30. Juni	69,3	82,2	55,1	172,3	148,5	23,8	114,0	65,7	14,9	7,9	42,9	12,9
30. Sept.	68,3	81,1	55,7	179,2	153,8	25,4	114,5	64,9	14,3	7,8	42,7	12,9
31. Dez.	66,2	79,2	52,5	164,3	141,6	22,7	111,3	62,9	13,9	7,6	41,4	12,7
1984 31. März	66,0	79,6	51,7	156,5	134,3	22,3	110,7	62,6	13,6	7,7	41,3	12,5
30. Juni ⁵⁾	65,1	77,9	51,2	163,5	140,4	23,1	111,1	63,0	13,1	7,5	42,3	12,6
30. Sept.	63,2	74,8	51,7	161,9	137,6	24,3	110,6	62,4	12,9	7,4	42,2	12,6
Männlich	48,4	34,4	28,0	159,4	136,0	23,3	67,6	53,1	12,1	5,5	35,5	5,3
Weiblich	14,9	40,3	23,7	2,6	1,6	1,0	43,0	9,4	0,8	2,0	6,6	7,3
Ausländerquote ⁶⁾	8,1	12,6	7,1	10,1	12,1	5,0	3,9	6,4	9,2	3,5	6,8	1,6

Fußnoten siehe folgende Seite.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körpers- schaften	Sozial- versiche- rung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					

Insgesamt

1979 JD	3 402,7	299,7	776,2	960,5	347,3	1 334,9	1 175,4	159,4	16,7
1980 JD	3 535,7	304,9	801,0	1 004,1	357,8	1 334,1	1 183,5	160,7	10,1
1981 JD	3 586,8	308,8	798,6	1 028,4	362,6	1 349,3	1 187,7	161,7	2,1
1982 JD	3 652,8	316,0	801,5	1 059,2	373,4	1 348,0	1 184,3	163,7	2,8
1983 JD	3 676,2	313,3	797,9	1 072,4	384,8	1 353,8	1 187,4	166,4	3,7
1983 30. Juni	3 684,3	307,6	799,8	1 073,0	384,4	1 356,3	1 190,7	165,6	5,5
30. Sept.	3 720,4	321,6	796,1	1 073,9	388,6	1 365,4	1 197,6	167,8	2,9
31. Dez.	3 679,5	314,4	798,6	1 080,8	392,2	1 354,7	1 186,9	167,8	1,2
1984 31. März	3 710,4	310,0	804,8	1 091,4	398,5	1 357,7	1 189,6	168,1	2,2
30. Juni ⁵⁾ ...	3 768,7	309,2	808,0	1 102,9	402,9	1 368,8	1 202,6	166,2	3,5
30. Sept.	3 830,6	324,2	809,7	1 113,1	409,8	1 380,4	1 211,6	168,8	1,8
Männlich	1 299,7	63,2	322,7	208,4	139,8	740,9	675,6	65,2	1,2
Weiblich	2 530,9	261,0	487,0	904,7	270,1	639,5	536,0	103,5	0,6

darunter ausländische Arbeitnehmer

1979 JD	280,5	31,7	40,7	68,9	12,8	46,4	44,2	2,3	1,6
1980 JD	302,8	34,5	44,7	72,9	14,2	48,8	46,5	2,4	1,0
1981 JD	295,8	36,3	42,8	70,0	13,4	46,8	44,7	2,0	0,3
1982 JD	295,0	39,8	42,4	68,5	13,5	46,1	44,2	1,9	0,3
1983 JD	292,0	40,0	42,3	66,9	14,5	47,1	45,2	1,9	0,4
1983 30. Juni	298,9	40,0	42,8	67,8	14,6	47,8	45,9	1,9	0,7
30. Sept.	297,5	40,8	42,5	66,9	15,0	47,9	46,0	1,9	0,3
31. Dez.	281,9	39,4	41,7	65,6	15,0	46,8	45,0	1,8	0,1
1984 31. März	288,2	39,4	41,9	65,6	15,3	47,0	45,2	1,8	0,3
30. Juni ⁵⁾ ...	292,7	39,2	42,1	65,2	15,5	47,5	45,6	1,8	0,4
30. Sept.	289,0	39,9	41,7	64,1	15,8	46,8	45,0	1,8	0,2
Männlich	125,7	10,5	21,2	14,4	6,6	28,9	28,3	0,6	0,1
Weiblich	163,3	29,4	20,5	49,8	9,1	17,9	16,7	1,2	0,1
Ausländerquote ⁶⁾ ...	7,5	12,3	5,2	5,8	3,9	3,4	3,7	1,1	11,1

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970. – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 5) Die Ende Juni 1984 von einer länger als 3 Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind in den Beschäftigtenzahlen nicht enthalten. – 6) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Unternehmen und Arbeitsstätten

Zum Aufsatz: „Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren“

Finanzielle Ergebnisse von im Jahr 1983 eröffneten und bis Ende 1983 abgewickelten Konkurs- und Vergleichsverfahren

Wirtschaftsbereiche ----- Rechtsformen ----- Alter der Unternehmen	Konkursverfahren								Vergleichsverfahren				Insolvenzverlust insgesamt	
	mit Teilungsmasse					Ohne Teilungsmasse			Konkursverlust insgesamt	Stundungsvergleich	Erläusvergleich			
	Verfahren	Forderungen		Deckungsquote		Verlust	Verfahren	Forderungen = Verlust			Verfahren	Forderungen		Vergleichsquote
		bevorrechtigt	nicht bevorrechtigt	bevorrechtigt	nicht bevorrechtigt				Anzahl	1 000 DM				

Unternehmen und Freie Berufe

Zusammen	1 744	761 251	4 563 211	22,3	4,7	4 825 155	627	14 569 913	6 282 068	5	81	628 480	59,1	257 186	6 539 254
dar.: Handwerk ¹⁾	337	121 499	498 391	25,1	1,7	567 818	131	163 405	731 223	—	17	48 910	44,9	26 928	758 151

nach Wirtschaftszweigen

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	22	6 636	26 257	9,2	3,2	30 861	10	12 993	43 854	—	—	—	—	—	43 854
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	480	290 827	1 722 338	27,0	3,9	1 807 490	174	686 674	2 494 164	4	23	65 915	45,7	35 783	2 529 947
Chemische Industrie, usw., Mineralölverarbeitung	7	1 711	6 283	3,8	0,1	7 297	3	18 624	25 921	—	1	19 143	35,5	12 338	38 259
Herstellung von Kunststoff und Gummiwaren	26	6 661	53 141	33,7	2,9	54 733	5	13 673	68 406	1	4	18 657	49,5	9 418	77 824
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	20	9 524	43 388	18,3	0,4	49 938	11	53 975	103 913	—	1	672	54,9	303	104 216
Metallerzeugung und -bearbeitung	34	23 883	304 902	57,3	11,5	278 425	12	7 961	286 386	—	—	—	—	—	286 386
Stahl-, Maschinen und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	138	99 443	536 540	31,0	1,8	591 026	39	83 713	674 739	1	4	12 171	57,7	5 154	679 893
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	86	36 441	209 539	34,5	3,8	221 837	22	49 884	271 721	—	3	1 765	36,2	1 126	272 847
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	90	39 281	204 413	11,4	1,1	225 467	51	261 270	486 737	1	5	6 459	53,8	2 985	489 722
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	59	70 466	265 564	37,2	3,9	286 637	23	179 775	466 412	—	3	5 086	37,1	3 201	469 613
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	20	3 417	98 568	25,4	7,4	92 130	8	17 799	109 929	1	2	1 962	35,9	1 258	111 187
Baugewerbe	325	98 712	396 724	16,3	0,9	465 428	136	192 614	658 042	—	9	14 491	40,6	8 603	666 645
Bauhauptgewerbe	216	74 675	329 740	16,2	1,0	380 050	88	180 768	540 818	—	7	14 019	40,5	8 347	549 165
Ausbaugewerbe	109	24 037	66 984	16,6	0,5	85 378	48	31 846	117 224	—	2	472	45,8	256	117 480
Handel	501	181 280	724 180	19,7	1,5	852 934	143	159 110	1 012 044	1	31	285 248	60,7	112 151	1 124 195
Großhandel	263	129 216	518 191	15,5	1,5	616 678	59	88 452	705 130	1	16	271 823	61,4	104 911	810 041
Handelsvermittlung	8	1 178	18 759	23,1	0,4	19 430	4	15 893	35 323	—	—	—	—	—	35 323
Einzelhandel	230	50 886	187 230	29,9	1,8	216 826	80	54 765	271 591	—	15	13 425	46,1	7 240	278 831
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	49	44 657	162 564	3,0	0,7	204 631	18	7 878	212 509	—	4	4 006	35,0	2 603	215 112
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	11	11 792	545 407	53,8	25,7	409 838	4	3 803	413 641	—	1	7 888	35,0	5 127	418 768
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	356	127 347	985 741	22,5	1,7	1 053 973	142	393 841	1 447 814	—	13	250 932	63,0	92 919	1 540 733

nach Rechtsformen

Nicht eingetragene Unternehmen	237	24 078	150 406	16,7	2,2	163 878	116	88 668	252 546	—	15	10 046	38,5	6 174	258 720
Eingetragene Einzelunternehmen	162	39 461	235 502	10,0	1,1	259 827	74	167 239	427 066	—	16	17 665	44,2	9 852	436 918
Personengesellschaften (OHG, KG)	372	245 828	1 578 922	29,4	8,6	1 566 231	108	461 590	2 027 821	2	22	293 745	59,4	119 244	2 147 065
dar.: GmbH u. Co. KG	270	171 372	1 140 304	30,6	6,9	1 154 137	71	291 903	1 446 040	1	14	262 865	62,0	99 951	1 545 991
Gesellschaften mbH	960	372 833	2 178 597	22,9	2,9	2 360 875	324	647 006	3 007 881	2	26	287 499	62,0	109 330	3 117 211
Aktiengesellschaften, einschl. KGaA	10	78 998	417 865	12,7	2,7	472 407	4	92 020	564 427	1	1	19 143	35,5	12 338	576 765
Sonstige Unternehmen	3	53	1 919	52,7	0,3	1 937	1	390	2 327	—	1	382	35,1	248	2 575

nach dem Alter

unter 8 Jahre	1 039	384 348	2 207 057	21,5	1,9	2 439 449	406	665 487	3 104 936	1	32	300 842	61,3	116 408	3 221 344
8 Jahre und mehr	705	376 903	2 356 154	23,0	7,4	2 385 706	221	791 426	3 177 132	4	49	327 638	57,0	140 778	3 317 910

Übrige Gemeinschuldner

Zusammen	575	57 367	462 969	14,8	3,3	488 295	186	210 245	698 640	1	7	16 506	46,7	8 798	707 338
Natürliche Personen	124	31 450	314 934	11,6	2,3	330 247	84	184 491	514 738	—	5	10 553	39,7	6 365	521 103
Nachlässe	443	23 898	142 501	20,1	6,2	150 707	100	23 224	173 931	1	1	1 849	35,0	1 202	175 133
Sonstige Gemeinschuldner	8	2 019	5 534	8,3	0,1	7 341	2	2 530	9 871	—	1	4 104	70,0	1 231	11 102

Insgesamt

Insgesamt	2 319	818 618	5 026 180	21,8	4,6	5 313 450	813	1 667 158	6 980 608	6	88	644 986	58,8	265 984	7 246 592
----------------------------	--------------	----------------	------------------	-------------	------------	------------------	------------	------------------	------------------	----------	-----------	----------------	-------------	----------------	------------------

1) In die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen.

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Ver- arbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Kohlen- bergbau	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Eisen- schaffende Industrie	NE-Metall- erzeugung und -halb- zeugwerke	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug- bau	Schiff- bau	Elektro- technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1982 D	7 226,1	209,4	172,6	257,1	73,4	998,4	788,5	57,5	909,3	558,7	260,3	209,7
1983 D	6 927,1	203,9	165,9	238,3	74,2	956,4	776,7	52,9	873,7	548,8	241,5	193,9
1984 3) D	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1984 3) April	6 817,9	195,7	166,3	224,3	72,7	924,7	779,6	45,2	869,1	547,4	236,4	191,8
Mai	6 816,7	194,4	167,5	223,3	72,9	925,0	777,8	45,2	869,2	546,8	235,8	190,5
Juni	6 809,2	191,2	168,5	220,2	73,0	923,6	774,5	44,8	870,1	547,4	235,3	189,8
Juli	6 843,1	190,3	169,3	219,5	74,1	924,6	785,1	44,6	875,9	550,6	234,4	189,4
Aug.	6 886,1	190,2	169,9	219,4	74,3	930,5	789,5	44,8	884,0	555,1	234,1	190,8
Sept.	6 918,1	194,4	169,3	221,0	74,2	937,1	793,4	45,3	889,2	555,9	235,6	191,8
Okt.	6 908,8	192,7	167,9	218,1	74,1	937,1	794,6	44,7	892,4	554,2	235,7	190,6
Nov.	6 903,3	192,3	166,2	217,7	74,0	936,4	796,8	44,6	894,3	554,2	235,8	190,1
Dez.	6 862,9	191,4	160,9	216,7	73,9	932,9	794,3	44,2	891,9	552,6	234,0	188,7
1985 4) Jan.	6 844,2	190,2	149,6	215,8	75,3	931,0	796,8	44,2	896,2	548,5	231,9	191,6
Febr.	6 857,0	190,4	146,3	217,4	75,5	932,5	798,6	44,3	900,0	551,2	232,3	191,5
März	6 876,6	189,4	152,8	216,8	75,5	935,2	800,8	44,4	906,1	552,6	231,7	190,6
April	6 873,1	188,3	157,5	216,2	75,5	934,6	798,9	44,2	909,1	551,7	231,3	188,7
Mai	6 884,4	187,8	159,7	215,8	75,7	937,5	800,5	44,2	912,6	552,5	230,9	187,4
Umsatz insgesamt 1)												
Mill. DM												
1982 D	107 031,3	2 255,5	2 410,2	3 779,8	1 781,2	10 912,5	12 154,8	643,3	10 132,8	11 796,4	2 708,3	1 653,6
1983 D	109 388,5	2 188,3	2 520,7	3 474,2	1 989,3	10 901,5	13 047,4	712,5	10 628,2	12 824,9	2 748,9	1 680,9
1984 3) D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1984 3) April	112 584,6	2 229,3	2 553,0	3 762,3	2 166,0	10 995,3	14 111,9	1 122,6	10 041,9	13 728,0	2 706,1	1 596,5
Mai	117 820,9	2 310,2	3 038,3	4 083,7	2 345,7	11 506,5	13 342,2	746,3	10 822,5	14 455,6	2 935,4	1 304,1
Juni	102 572,4	2 123,4	2 801,7	3 832,8	2 188,5	10 371,4	5 721,9	677,9	9 980,8	13 894,4	2 638,9	1 137,4
Juli	113 468,7	2 156,8	3 034,1	3 697,6	2 062,6	13 403,8	11 641,2	296,2	10 512,9	13 714,2	2 789,2	1 866,2
Aug.	110 102,2	2 176,5	2 880,7	3 808,8	2 110,1	11 015,1	12 166,1	839,5	10 130,9	13 811,1	2 375,9	2 102,7
Sept.	121 828,7	2 289,3	2 870,4	4 502,1	2 166,2	11 813,3	14 165,7	1 382,0	12 519,6	13 835,2	3 086,7	2 324,9
Okt.	132 288,5	2 577,4	3 142,3	4 542,4	2 405,3	13 571,5	16 702,8	493,8	12 431,4	15 456,5	3 452,3	2 066,8
Nov.	126 282,3	2 532,7	2 681,8	4 342,1	2 234,3	11 655,7	16 626,6	1 067,3	12 345,6	14 683,4	3 203,4	1 502,1
Dez.	119 171,9	2 903,8	1 958,2	3 932,0	1 793,0	15 092,0	13 676,6	604,6	13 151,2	12 869,3	2 472,3	1 214,6
1985 4) Jan.	116 813,1	2 457,8	1 130,4	3 904,0	2 245,5	11 968,9	14 566,5	638,4	11 112,3	14 824,1	3 133,7	1 885,6
Febr.	118 418,2	2 446,3	1 251,7	4 225,6	2 223,2	13 586,3	15 401,5	334,1	11 034,7	14 746,6	3 050,4	2 070,1
März	128 470,5	2 862,5	2 026,1	4 673,7	2 383,9	12 297,4	16 598,4	430,0	12 933,0	15 885,7	3 270,3	2 273,7
April	124 344,8	2 328,7	2 526,2	4 566,8	2 289,6	11 816,4	16 230,5	433,2	11 704,3	15 626,4	3 036,1	1 674,2
Mai	126 520,0	2 307,8	2 766,3	4 540,9	2 345,3	14 745,3	15 684,7	566,0	11 865,8	15 532,1	2 956,7	1 222,5
darunter Auslandsumsatz 2)												
Mill. DM												
1982 D	29 000,3	316,5	235,8	1 499,0	487,1	4 944,7	5 766,0	266,7	3 143,3	4 673,3	634,0	247,7
1983 D	29 602,8	296,3	235,3	1 297,8	571,0	4 867,0	5 838,4	266,8	3 250,2	5 120,3	639,1	258,3
1984 3) D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1984 3) April	31 682,7	333,9	251,3	1 383,9	605,2	4 883,1	6 494,5	582,0	3 247,1	5 739,3	662,1	233,3
Mai	33 739,6	342,1	292,1	1 570,0	702,6	5 513,0	6 269,2	429,1	3 438,0	6 218,1	737,1	155,9
Juni	28 319,5	347,6	271,3	1 558,8	688,2	4 830,3	2 505,7	227,8	3 278,1	5 900,2	705,2	161,3
Juli	31 406,3	402,9	245,8	1 541,4	599,4	4 987,7	5 603,0	94,1	3 361,0	5 710,1	723,4	351,9
Aug.	30 944,3	357,4	249,8	1 545,4	654,8	4 623,4	5 912,3	684,6	3 221,6	5 673,3	617,0	428,4
Sept.	35 941,2	376,8	269,3	1 796,6	647,0	5 632,7	6 763,1	760,5	3 951,7	5 729,3	778,2	446,0
Okt.	39 133,9	369,5	278,9	1 789,4	719,3	7 005,0	8 454,1	99,5	3 750,6	6 446,6	852,4	323,6
Nov.	37 329,0	362,2	268,5	1 724,2	680,0	5 316,8	8 606,0	711,5	3 755,8	6 174,8	806,2	203,6
Dez.	36 635,5	461,3	224,3	1 644,4	571,7	7 552,2	7 265,7	178,7	4 229,5	5 511,9	646,5	173,2
1985 4) Jan.	33 918,6	306,0	230,2	1 480,7	697,1	4 384,8	7 683,6	151,4	3 511,2	6 519,1	816,5	353,7
Febr.	35 136,4	.	233,4	1 648,3	666,4	4 754,3	7 908,5	234,7	3 599,8	6 473,9	813,0	418,1
März	39 157,8	.	277,7	1 802,9	740,7	5 722,2	8 311,9	113,3	4 390,2	7 071,8	848,2	436,0
April	37 380,7	.	284,8	1 694,1	694,1	5 602,9	8 131,3	182,7	3 801,7	6 838,3	793,4	267,6
Mai	37 042,3	.	287,8	1 660,2	733,6	5 493,1	7 897,6	251,6	3 946,0	6 819,9	803,9	147,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heppert, E.: „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren. – 3) Endgültige Ergebnisse. – 4) Vorläufiges Ergebnis.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen- Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v. Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug- werke	Eisen- Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	Gummi- verar- beitung
1982	103,4	102,0	95,7	87,4	90,7	96,4	94,1	109,8	85,6	115,3	107,3
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1984 April	113,8	118,9	104,5	97,1	119,2	94,8	111,1	128,6	92,5	152,2	111,0
Mai	119,1	126,5	123,0	108,5	121,5	105,8	117,3	136,8	102,5	159,4	115,7
Juni	104,4	116,3	113,8	96,3	109,6	83,1	100,3	130,6	91,8	145,0	88,6
Juli	111,9	117,6	122,0	96,9	114,3	97,6	99,8	129,8	90,4	139,2	103,9
Aug.	108,1	113,9	118,3	91,4	99,9	93,1	99,2	126,3	86,0	131,2	109,0
Sept.	117,9	116,4	116,1	98,4	93,9	108,2	103,9	126,8	97,3	140,6	121,4
Okt.	133,0	132,8	124,4	117,3	124,3	118,3	118,0	143,5	105,2	165,0	135,0
Nov.	123,8	124,8	102,4	106,8	117,0	114,2	110,3	134,8	96,2	157,7	122,5
Dez.	115,9	109,6	73,4	96,4	97,8	90,5	93,9	122,5	77,2	134,8	96,9
1985 Jan.	129,0	126,3	49,5	112,7	133,9	111,9	109,8	143,2	75,8	167,9	119,5
Febr.	127,1	124,6	54,2	120,5	120,8	115,7	112,1	139,2	80,9	167,4	121,7
März	138,4	134,0	87,5	123,4	128,3	124,4	122,7	148,9	91,7	160,3	138,9
April	129,6	128,1	104,1	109,2	120,4	112,5	114,4	143,3	93,6	150,9	126,0
Mai	126,6	129,0	113,8	109,3	128,7	116,5	117,1	143,6	94,1	149,0	118,4

Jahr Monat	zu- sammen	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									
		Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1982	105,4	97,6	106,5	101,3	120,7	122,3	116,0	101,1	99,4	99,2	112,9
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5
1984 April	110,7	108,4	93,3	100,9	133,0	135,7	134,3	105,3	100,6	110,4	148,7
Mai	117,3	113,2	89,0	113,1	137,6	141,3	61,7	113,9	110,2	118,2	147,0
Juni	100,8	87,3	82,3	104,4	88,8	89,5	152,0	102,1	103,6	106,3	134,6
Juli	114,4	102,4	112,4	111,3	109,9	110,8	236,1	113,8	109,0	109,4	159,4
Aug.	108,4	104,3	91,9	104,0	129,5	134,3	140,0	99,3	95,7	106,3	139,9
Sept.	118,5	104,8	114,2	106,8	139,6	144,1	103,1	119,4	107,0	111,6	153,9
Okt.	132,6	125,6	128,2	127,6	145,4	148,6	87,6	129,8	130,0	130,6	174,4
Nov.	125,4	119,2	97,7	116,4	140,7	144,4	74,2	129,3	122,4	120,3	180,7
Dez.	127,7	94,7	102,6	125,8	141,9	146,7	154,8	127,2	125,5	98,3	218,9
1985 Jan.	137,5	120,4	86,4	133,1	183,5	190,6	145,0	127,5	114,7	116,3	168,9
Febr.	133,1	123,4	70,2	130,1	173,7	180,0	106,4	123,8	121,3	112,7	194,3
März	143,2	125,3	80,0	135,4	187,6	193,4	117,0	133,9	134,2	123,8	232,2
April	133,4	120,0	103,1	128,8	177,6	182,7	92,7	117,7	116,8	118,1	190,4
Mai	131,0	120,0	122,0	127,3	155,1	159,4	147,4	121,6	121,4	119,9	161,8

Jahr Monat	zu- sammen	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe									
		Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
1982	100,2	97,3	98,2	91,1	109,7	102,4	103,2	118,8	102,5	98,0	100,0
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0
1984 April	114,1	97,5	100,7	90,9	112,7	108,1	126,4	153,3	182,0	109,4	133,9
Mai	112,6	103,8	108,3	96,4	124,8	112,5	134,2	171,7	133,7	111,9	82,0
Juni	95,6	95,7	96,8	89,6	113,7	102,7	118,9	124,1	57,8	89,2	57,1
Juli	96,5	96,8	100,0	82,2	119,9	105,6	122,3	157,1	42,6	85,6	66,9
Aug.	98,3	93,3	95,3	88,2	112,8	106,7	114,3	137,3	50,1	80,8	107,4
Sept.	118,6	108,8	106,7	93,5	116,7	114,7	123,5	168,1	97,5	115,6	169,4
Okt.	134,6	133,8	118,4	106,5	134,6	126,4	141,1	187,0	203,5	131,6	164,7
Nov.	118,2	112,9	122,1	104,3	125,3	125,8	131,3	175,9	110,5	117,4	97,7
Dez.	93,4	78,9	108,3	79,5	103,7	117,3	106,5	140,4	56,2	92,2	56,2
1985 Jan.	110,1	116,9	123,9	95,2	131,8	115,7	128,3	141,4	49,3	107,4	81,6
Febr.	114,7	106,0	113,1	94,9	125,9	107,1	127,1	156,9	90,8	117,1	122,2
März	132,4	126,7	115,5	98,5	137,4	120,6	137,2	171,7	129,5	134,4	187,0
April	121,6	107,0	110,8	92,9	130,1	116,5	134,2	151,2	192,0	121,0	127,6
Mai	111,2	101,7	114,8	92,2	129,0	112,7	132,5	155,7	133,0	110,6	73,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe).

Außenhandel

Zum Aufsatz: „Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen“ Anteil der Verkehrszweige an der Einfuhr im Generalhandel 1984¹⁾

Verkehrszweig	Ins-gesamt ²⁾	Darunter					Ins-gesamt ²⁾	Darunter				
		Eisenbahn-verkehr	Straßen-verkehr	Binnenschiffs-verkehr	See-verkehr	Luft-verkehr		Eisenbahn-verkehr	Straßen-verkehr	Binnenschiffs-verkehr	See-verkehr	Luft-verkehr
Grenzabschnitt Herstellungsland	1 000 t						Mill. DM					
Gesamteinfuhr ³⁾⁴⁾	341 045,1	24 043,8	59 160,1	87 825,2	78 720,1	190,1	445 248,3	29 648,4	187 162,4	36 253,4	87 470,9	40 631,3
nach Grenzabschnitten												
Ostseehäfen der Bundesrepublik Deutschland	5 719,0	—	—	—	5 719,0	—	9 541,2	—	—	—	9 541,2	—
Deutsch-dänische Landgrenze	2 690,1	179,9	2 510,3	—	—	—	5 320,6	384,4	4 936,2	—	—	—
Hamburg	27 482,9	—	—	—	27 482,9	—	40 614,9	—	—	—	40 614,9	—
Bremen ⁵⁾	10 681,3	—	—	—	10 681,3	—	19 082,6	—	—	—	19 082,6	—
Übrige deutsche Nordseehäfen	45 004,0	—	—	—	34 836,8	—	22 982,3	—	—	—	18 232,3	—
Nördlicher Teil der deutsch-niederländischen Grenze (bis einschl. Alstätte)	11 988,9	258,6	3 926,3	343,2	—	—	13 503,3	332,3	9 979,3	68,9	—	—
Südlicher Teil der deutsch-niederländischen Grenze	124 455,0	5 371,0	13 983,0	76 748,2	—	—	99 196,2	1 732,0	47 295,3	33 299,8	—	—
Deutsch-belgisch-luxemburgische Grenze	15 018,6	2 522,2	11 822,1	674,3	—	—	44 436,4	3 285,9	41 102,5	48,0	—	—
Deutsch-französische Grenze	40 332,3	3 968,3	11 717,6	7 527,7	—	—	42 645,4	4 969,5	25 710,0	1 417,3	—	—
Deutsch-schweizerische Grenze und Grenze mit dem österreichischen Land Vorarlberg	12 455,0	1 699,3	2 506,0	328,5	—	—	29 175,2	7 878,9	15 930,4	409,8	—	—
Deutsch-österreichische Grenze außer Vorarlberg	23 976,6	2 920,5	10 310,1	1 149,6	—	—	50 568,7	6 919,3	37 001,0	625,9	—	—
Deutsch-tschechoslowakische Grenze	15 025,9	4 848,6	1 299,5	—	—	—	7 930,6	1 964,1	1 717,1	—	—	—
Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik	3 193,2	1 508,6	876,9	807,6	—	—	4 825,0	1 950,9	2 631,0	243,1	—	—
Berlin (West)	1 221,2	766,8	208,4	246,0	—	—	1 231,2	231,0	859,6	140,7	—	—
Luftverkehr	190,1	—	—	—	—	190,1	40 631,3	—	—	—	—	40 631,3
Postverkehr	4,5	—	—	—	—	—	2 232,0	—	—	—	—	—
Warenverkehrsvorgänge, die nicht zugeordnet werden	1 606,6	—	—	—	—	—	11 331,5	—	—	—	—	—
nach Herstellungsländern												
Europa	218 175,3	18 603,7	55 640,8	44 056,4	40 251,7	43,2	305 624,6	27 615,8	165 405,1	23 938,6	32 185,6	15 806,0
Frankreich	26 215,3	3 254,7	13 931,2	7 893,7	679,5	7,2	46 788,1	3 903,0	30 904,5	1 706,4	797,1	8 180,4
Belgien und Luxemburg	18 378,4	2 032,2	8 486,8	7 046,5	569,7	0,5	28 961,8	2 066,4	21 585,8	3 988,9	311,3	192,8
Niederlande	52 108,8	808,3	11 789,7	15 780,5	3 427,6	1,6	53 156,2	1 149,5	28 379,6	10 520,4	1 560,6	373,9
Italien	8 935,5	1 675,4	6 258,9	400,2	98,5	3,2	34 279,0	7 592,5	24 506,2	325,8	181,7	746,2
Verein. Königreich	24 023,6	103,1	1 863,2	1 532,1	11 272,4	8,8	33 572,0	528,2	14 052,0	1 013,5	8 350,1	2 735,6
Irland	444,2	2,5	139,6	155,7	143,5	1,3	2 755,1	11,6	1 905,8	95,3	120,3	557,0
Dänemark	5 172,3	117,8	2 291,5	254,8	2 330,6	0,4	7 229,4	246,8	4 212,9	180,3	2 033,7	92,3
Griechenland	1 081,3	63,2	420,0	366,2	226,1	3,6	3 084,2	155,5	2 330,1	247,2	130,9	158,6
Norwegen	19 491,3	111,7	293,1	1 866,1	6 378,5	1,0	10 632,7	65,9	874,9	1 262,2	2 997,6	120,5
Schweden	7 851,6	725,9	325,3	2 015,9	4 764,6	1,0	10 055,7	813,0	845,9	722,8	7 037,9	357,1
Finnland	3 174,7	36,7	82,6	573,5	2 472,9	0,4	4 431,9	65,1	199,0	428,7	3 586,7	65,9
Schweiz	2 143,3	501,7	1 225,9	363,5	2,9	0,9	15 739,7	2 078,0	10 642,0	349,0	26,9	506,4
Österreich	6 010,7	1 504,6	3 591,4	200,0	0,7	0,4	13 764,5	2 805,7	9 614,9	160,9	7,2	82,5
Portugal	798,6	14,7	181,0	333,4	266,5	1,7	2 235,1	124,5	1 383,6	213,6	263,9	215,1
Spanien	3 712,3	488,6	1 341,8	882,9	758,3	2,9	7 191,0	1 317,1	4 164,4	571,5	665,1	214,4
Jugoslawien	1 227,2	290,0	498,9	391,2	42,5	1,3	4 192,6	940,9	2 875,2	168,9	28,3	108,6
Türkei	610,0	5,8	224,5	267,9	82,9	5,7	2 575,7	56,2	1 654,0	126,9	332,4	364,6
Sowjetunion	22 741,1	293,1	212,9	1 236,7	4 348,1	0,3	14 569,3	236,0	630,1	718,9	2 928,9	625,0
Polen	5 089,4	1 154,8	478,0	1 351,1	2 101,2	0,2	2 841,7	557,1	1 215,6	465,4	561,5	15,6
Tschechoslowakei	6 298,8	4 694,2	1 286,4	283,0	17,5	0,1	2 592,0	1 542,4	842,9	114,8	18,6	12,5
Ungarn	1 239,2	424,0	447,4	364,4	0,9	0,4	2 175,7	601,5	1 296,0	202,5	6,3	30,8
Rumänien	846,1	281,4	159,0	267,3	109,3	0,1	1 568,7	636,3	651,1	188,9	55,0	12,0
Bulgarien	241,7	15,2	75,2	80,9	7,1	0,1	473,8	68,7	243,6	69,8	13,1	5,3
Übriges Europa	339,8	4,0	36,5	148,8	150,0	0,2	758,8	54,1	394,9	96,0	170,7	32,9
Afrika	44 553,6	1 750,4	594,2	12 275,5	7 798,8	12,5	27 026,6	314,2	2 263,5	2 280,9	6 907,1	889,2
Nordamerika	20 398,0	308,4	1 138,4	10 375,6	8 497,8	52,0	37 127,5	372,1	6 864,9	4 287,8	9 490,6	13 823,1
Mittel- und Südamerika	28 242,2	2 652,9	670,3	14 980,6	9 134,9	9,3	17 330,2	354,5	2 147,8	3 010,5	10 637,2	551,6
Asien	20 646,0	188,3	1 005,8	2 646,0	8 150,5	72,5	54 710,7	893,1	10 100,0	1 989,9	26 206,4	9 477,1
Australien und Ozeanien	9 029,8	540,1	110,5	3 491,1	4 886,4	0,5	3 428,7	98,6	381,0	745,6	2 043,9	84,3
Nicht ermittelte Länder	0,1	—	0,0	—	—	0,1	0,1	—	0,0	—	0,1	0,0

Siehe auch Fachserie 7, Reihe 1.

1) Nachgewiesen im Zeitpunkt des Grenzüberganges. — 2) Einschl. Rohrleitungsverkehr, Postverkehr und Warenverkehrsvorgänge, die nicht zugeordnet werden. — 3) Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen. — 4) Außerdem elektrischer Strom: 13 233,4 Mill. MWh. — 5) Einschl. Bremerhaven.

Bildung und Kultur

Zum Aufsatz: „Pressestatistik“

Unternehmen und Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen am 31. Dezember 1983 sowie nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unter- nehmen	Beschäftigte							Außerdem freie Mitarbeiter
		insgesamt	Tätige Inhaber	Redaktionsangehörige			Zusteller	Sonstige	
				Redakteure	Volontäre	Sonstige			
Zeitungsverlage									
bis 9	13	75	13	10	1	5	10	36	25
10 – 19	22	315	19	38	10	7	56	185	48
20 – 49	36	1 203	29	94	26	35	97	922	262
50 – 99	50	3 487	33	464	72	123	941	1 854	946
100 – 199	51	7 038	43	428	78	133	3 408	2 948	1 191
200 – 499	61	19 230	36	1 324	176	412	9 235	8 047	3 126
500 – 999	38	25 851	7	1 816	300	417	11 783	11 528	3 494
1 000 und mehr	39	73 285	2	5 358	416	1 932	31 538	34 039	12 636
Zusammen	310	130 484	182	9 532	1 079	3 064	57 068	59 559	21 728
dagegen 1982	309	130 748	191	9 329	1 133	2 915	56 728	60 452	19 371

Zeitschriftenverlage

bis 3	455	899	279	61	3	124	1	431	1 157
4 – 9	408	2 406	254	257	28	362	29	1 476	1 134
10 – 19	209	2 857	114	335	36	313	95	1 964	1 486
20 – 49	179	5 340	104	511	58	491	517	3 659	1 636
50 – 99	89	6 150	44	653	36	547	1 375	3 495	1 324
100 – 199	55	7 728	21	444	31	380	2 916	3 936	1 197
200 – 499	32	9 929	4	348	24	268	5 482	3 803	355
500 und mehr	16	20 741	10	1 890	47	1 410	6 299	11 085	290
Zusammen	1 443	56 050	830	4 499	263	3 895	16 714	29 849	8 579
dagegen 1982	1 385	49 732	837	4 370	259	3 686	10 964	29 616	8 449

Sonstige Verlage¹⁾

bis 3	57	133	28	6	1	13	–	85	76
4 – 9	86	524	59	30	3	52	–	380	169
10 – 19	70	929	38	27	3	61	–	800	128
20 – 49	57	1 766	19	69	2	107	26	1 543	831
50 – 99	35	2 513	24	95	2	125	94	2 173	148
100 – 199	24	3 399	22	151	5	178	220	2 823	156
200 – 499	14	4 496	9	92	4	106	80	4 205	202
500 und mehr	4	3 411	5	218	–	297	–	2 891	33
Zusammen	347	17 171	204	688	20	939	420	14 900	1 743
dagegen 1982	358	18 001	211	646	24	904	183	16 033	1 778

Unternehmen des Verlagsgewerbes¹⁾

bis 3	515	1 036	308	68	4	137	1	518	1 236
4 – 9	504	3 001	325	296	32	419	39	1 890	1 325
10 – 19	301	4 101	171	400	49	381	151	2 949	1 662
20 – 49	272	8 309	152	674	86	633	640	6 124	2 729
50 – 99	174	12 150	101	1 212	110	795	2 410	7 522	2 418
100 – 199	130	18 165	86	1 023	114	691	6 544	9 707	2 544
200 – 499	107	33 655	49	1 764	204	786	14 797	16 055	3 683
500 und mehr	97	123 288	24	9 282	763	4 056	49 620	59 543	16 453
Insgesamt	2 100	203 705	1 216	14 719	1 362	7 898	74 202	104 308	32 050
dagegen 1982	2 052	198 481	1 239	14 345	1 416	7 505	67 875	106 101	29 598

Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes¹⁾

Insgesamt	462	22 631	365	358	47	334	2 583	18 944	1 710
dagegen 1982	459	22 161	383	369	50	348	2 143	18 868	1 696

1) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Unternehmen und Umsatz 1983 nach Umsatzarten und Umsatzgrößenklassen

Unternehmen mit einem Umsatz von ... bis unter ... DM	Unter- nehmen am 31.12.	Umsatz								
		insgesamt	aus Vertrieb von			aus Anzeigen in			aus Druckerei	Sonstiger
			eigenen Zeitungen	eigenen Zeit- schriften	sonstigen eigenen Verlags- erzeug- nissen	eigenen Zeitungen	eigenen Zeit- schriften	sonstigen eigenen Verlags- erzeug- nissen		
			1 000 DM							
Anzahl										

Zeitungsverlage

unter 500 000	6	1 834	429	—	—	1 130	28	—	214	34
500 000 — 1 Mill.	13	9 221	3 113	9	89	4 312	120	210	1 197	171
1 Mill. — 2 Mill.	19	28 756	8 397	—	585	14 426	438	96	4 250	565
2 Mill. — 5 Mill.	55	196 185	53 629	537	950	97 271	4 213	849	27 063	11 673
5 Mill. — 10 Mill.	57	395 149	124 370	1 576	6 934	182 271	12 149	1 111	54 478	12 261
10 Mill. — 25 Mill.	66	1 120 152	321 797	883	7 555	565 960	26 448	12 459	146 675	38 374
25 Mill. — 50 Mill.	36	1 322 758	356 608	2 565	3 346	710 964	24 565	9 297	157 071	58 342
50 Mill. und mehr	58	9 239 469	2 598 155	356 867	109 211	4 578 624	383 012	7 701	889 034	316 864
Zusammen	310	12 313 525	3 466 496	362 437	128 670	6 154 960	450 973	31 723	1 279 981	438 284
dagegen 1982	309	11 565 945	3 316 040	344 502	115 408	5 666 875	400 751	34 524	1 236 832	451 012

Zeitschriftenverlage

unter 500 000	551	114 464	—	44 888	5 037	—	55 917	1 491	1 964	5 167
500 000 — 1 Mill.	221	159 091	—	51 944	6 445	—	82 994	2 380	5 523	9 805
1 Mill. — 2 Mill.	195	275 717	—	90 975	12 461	—	149 800	3 218	4 120	15 143
2 Mill. — 5 Mill.	232	745 894	—	227 545	39 257	—	411 503	13 624	14 193	39 772
5 Mill. — 10 Mill.	121	835 677	—	242 738	53 004	—	459 503	15 292	19 212	45 928
10 Mill. — 25 Mill.	72	1 136 256	—	365 781	91 388	—	546 962	25 841	24 488	81 796
25 Mill. — 50 Mill.	31	1 032 859	—	358 009	108 584	—	409 059	21 870	10 417	124 920
50 Mill. und mehr	20	5 129 288	—	2 332 483	202 708	—	1 932 195	12 968	543 329	105 605
Zusammen	1 443	9 429 245	—	3 714 364	518 884	—	4 047 933	96 683	623 246	428 135
dagegen 1982	1 385	8 918 659	—	3 571 981	544 296	—	3 770 988	72 652	596 204	362 539

Sonstige Verlage¹⁾

unter 500 000	57	15 053	—	2 659	9 007	—	931	1 549	161	746
500 000 — 1 Mill.	49	36 394	—	7 043	21 680	—	2 048	3 312	308	2 003
1 Mill. — 2 Mill.	63	89 187	—	10 494	54 285	—	7 721	9 258	1 702	5 727
2 Mill. — 5 Mill.	58	186 892	—	20 732	129 521	—	8 963	14 213	3 916	9 548
5 Mill. — 10 Mill.	48	318 397	—	39 748	201 102	—	18 992	32 460	6 729	19 367
10 Mill. — 25 Mill.	41	645 830	—	68 678	441 728	—	49 750	43 368	15 450	26 856
25 Mill. — 50 Mill.	17	558 022	6 493	33 502	350 497	9 919	21 835	71 579	37 658	26 540
50 Mill. und mehr	14	1 562 668	—	190 096	965 763	—	76 249	65 870	138 735	125 955
Zusammen	347	3 412 444	6 493	372 951	2 173 583	9 919	186 489	241 609	204 659	216 741
dagegen 1982	358	3 329 473	6 580	343 630	2 116 661	8 131	172 835	210 507	238 113	233 016

Unternehmen des Verlagsgewerbes¹⁾

unter 500 000	614	131 352	429	47 547	14 044	1 130	56 876	3 040	2 340	5 947
500 000 — 1 Mill.	283	204 706	3 113	58 996	28 213	4 312	85 163	5 902	7 027	11 979
1 Mill. — 2 Mill.	277	393 660	8 397	101 469	67 332	14 426	157 958	12 572	10 071	21 434
2 Mill. — 5 Mill.	345	1 128 972	53 629	248 814	169 728	97 271	424 679	28 685	45 171	60 994
5 Mill. — 10 Mill.	226	1 549 223	124 370	284 061	261 040	182 271	490 644	48 863	80 419	77 555
10 Mill. — 25 Mill.	179	2 902 239	321 797	435 342	540 671	565 960	623 160	81 669	186 614	147 026
25 Mill. — 50 Mill.	84	2 913 638	363 101	394 077	462 427	720 883	455 459	102 745	205 145	209 801
50 Mill. und mehr	92	15 931 425	2 598 155	2 879 446	1 277 682	4 578 624	2 391 456	86 538	1 571 098	548 425
Insgesamt	2 100	25 155 214	3 472 989	4 449 752	2 821 137	6 164 878	4 685 396	370 014	2 107 886	1 083 161
dagegen 1982	2 052	23 814 077	3 322 620	4 260 112	2 776 366	5 675 005	4 344 574	317 683	2 071 149	1 046 567

Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes¹⁾

Insgesamt	462	3 051 563	45 020	140 277	90 928	81 443	116 688	10 061	1 548 173	1 018 972
dagegen 1982	459	2 850 668	43 564	144 044	90 712	77 137	118 550	9 764	1 439 520	927 377

1) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Zeitungen 1983

Gegenstand der Nachweisung	Verlegte Zeitungen am 31. 12.			Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe (im 4. Vierteljahr ¹⁾)			Zeitungsumsatz			Verlags- eigene Redak- tion ²⁾	Anschluß an eine Redak- tions- gemein- schaft
	insgesamt	Haupt- ausgaben	Neben- ausgaben	insgesamt	Abonne- ment	Einzel- verkauf	insgesamt	Vertriebs- umsatz	Anzeigen- umsatz		
	Anzahl			1 000			Mill. DM				
Zeitungen insgesamt											
Mit lokaler Berichterstattung . . .	1 209	345	864	21 501	13 192	8 309	9 326	3 286	6 041	142	194
Ohne lokale Berichterstattung . . .	17	14	3	4 333	1 438	2 895	439	233	206	12	2
Insgesamt	1 226	359	867	25 834	14 630	11 204	9 765	3 518	6 247	154	196
dagegen 1982	1 219	364	855	25 882	14 604	11 278	9 118	3 366	5 752	156	207
Tageszeitungen											
2 bis 4 x wöchentlich erscheidend	33	29	4	97	84	13	20	9	11	8	22
5 x wöchentlich und mehr erscheidend	1 180	322	858	21 326	13 178	8 148	9 341	3 310	6 032	139	174
Zusammen	1 213	351	862	21 422	13 261	8 161	9 362	3 319	6 043	147	196
dagegen 1982	1 205	355	850	21 455	13 249	8 206	8 728	3 167	5 561	147	206
Tageszeitungen mit einer verkauften Auflage:											
unter 2 500	35	35	—	58	53	5	19	7	12	5	27
2 500 — 5 000	37	34	3	123	113	10	60	21	39	6	23
5 000 — 10 000	71	69	2	497	461	37	245	92	153	13	51
10 000 — 25 000	120	80	40	1 283	1 220	64	675	234	440	22	58
25 000 — 50 000	125	47	78	1 670	1 517	153	910	313	597	23	22
50 000 — 75 000	115	19	96	1 225	1 155	71	680	222	459	15	6
75 000 — 125 000	154	23	131	2 260	1 907	354	1 230	439	790	22	2
125 000 — 250 000	427	33	394	5 912	4 971	941	3 192	1 076	2 116	32	5
250 000 und mehr	129	11	118	8 393	1 865	6 528	2 351	914	1 437	9	2
Zusammen	1 213	351	862	21 422	13 261	8 161	9 362	3 319	6 043	147	196
Wochenzeitungen³⁾											
Zusammen	13	8	5	4 411	1 368	3 043	404	199	204	7	—
dagegen 1982	14	9	5	4 426	1 355	3 072	390	199	191	9	1
Abonnementzeitungen											
Mit lokaler Berichterstattung . . .	1 167	334	833	14 316	13 048	1 268	8 231	2 707	5 524	132	193
Ohne lokale Berichterstattung . . .	12	9	3	1 719	1 437	282	188	103	85	8	—
Zusammen	1 179	343	836	16 035	14 486	1 550	8 419	2 810	5 609	140	193
dagegen 1982	1 172	348	824	16 022	14 461	1 561	7 853	2 689	5 164	142	204
5 x wöchentlich und mehr erscheidend mit einer verkauften Auflage:											
unter 2 500	14	14	—	24	22	2	10	4	6	1	10
2 500 — 5 000	29	28	1	102	98	4	55	19	36	3	19
5 000 — 10 000	68	66	2	473	452	21	240	89	151	11	51
10 000 — 25 000	116	78	38	1 245	1 187	58	669	230	439	21	57
25 000 — 50 000	124	46	78	1 643	1 517	125	903	308	595	22	21
50 000 — 75 000	115	19	96	1 225	1 155	71	680	222	459	15	6
75 000 — 125 000	151	21	130	2 067	1 902	165	1 191	419	772	20	1
125 000 — 250 000	421	30	391	5 441	4 955	486	3 091	1 032	2 058	30	4
250 000 und mehr	101	7	94	2 148	1 809	339	1 452	413	1 039	5	2
Zusammen	1 139	309	830	14 369	13 097	1 271	8 292	2 736	5 556	128	171
Straßenverkaufszeitungen											
1 bis 4 x wöchentlich erscheidend	6	3	3	2 841	64	2 777	296	135	162	3	—
5 x wöchentlich und mehr erscheidend	41	13 ⁴⁾	28	6 957	80	6 876	1 049	573	476	11	3
Zusammen	47	16⁴⁾	31	9 798	144	9 654	1 346	708	638	14	3
dagegen 1982	47	16 ⁴⁾	31	9 860	143	9 717	1 265	677	588	14	3

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag. — 2) Für die redaktionelle Herstellung des Zeitungsmantels. — 3) Einschl. Sonntagszeitungen. — 4) Darunter vier Zeitungen für ausländische Arbeitnehmer.

Zeitschriften 1983

Gegenstand der Nachweisung	Verlegte Zeitschriften am 31. 12.			Auflage 1) im 4. Vierteljahr				Zeitschriftenumsatz			Zeit- schriften mit verlags- eigener Redak- tion
	insgesamt	mit		Verkaufte Auflage			unent- geltlich abgege- bene Auflage	insgesamt	Vertriebs- umsatz	Anzeigen-	
		lokaler/ regionaler	über- regionaler	insgesamt	Abonne- ment	Einzel- verkauf					
	Verbreitung										
Anzahl			1 000				Mill. DM			Anzahl	
Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage											
von ... bis unter ... Stück											
unter 1 500	1 757	814	943	1 281	1 254	27	65	176	135	41	749
1 500 – 2 500	725	341	384	1 258	1 201	57	157	126	70	56	378
2 500 – 5 000	940	355	585	2 675	2 503	173	669	274	132	142	623
5 000 – 10 000	914	308	606	4 205	3 832	373	2 185	447	203	244	681
10 000 – 25 000	1 098	390	708	10 101	6 544	3 557	7 214	846	361	485	904
25 000 – 50 000	531	233	298	9 442	6 341	3 101	9 366	806	249	557	423
50 000 – 75 000	206	96	110	6 599	4 000	2 598	6 021	459	183	276	180
75 000 – 125 000	237	78	159	14 183	6 744	7 439	8 448	682	350	332	173
125 000 – 250 000	115	37	78	10 699	6 313	4 386	9 743	537	264	273	103
250 000 – 500 000	84	25	59	15 431	8 935	6 497	13 900	798	406	393	70
500 000 und mehr	95	12	83	77 784	42 274	35 510	48 733	4 232	2 226	2 006	84
Insgesamt	6 702	2 689	4 013	153 657	89 940	63 717	106 501	9 383	4 579	4 804	4 368
dagegen 1982	6 572	2 609	3 963	146 196	85 100	61 097	106 577	8 846	4 391	4 455	4 278
nach Erscheinungsweise											
Vierteljährlich	910	123	787	6 973	4 986	1 987	17 472	151	93	58	412
6 – 8 mal jährlich	863	121	742	23 760	20 049	3 711	10 185	307	196	111	479
Monatlich	2 289	572	1 717	55 916	40 787	15 130	27 830	2 322	1 178	1 144	1 629
14-täglich/halbmonatlich	581	248	333	14 413	7 657	6 756	6 455	1 060	472	588	415
Wöchentlich	1 983	1 583	400	52 235	16 125	36 109 *	44 012	5 340	2 568	2 772	1 367
2 mal wöchentlich und mehr	76	42	34	360	336	24	546	203	72	131	66
Insgesamt	6 702	2 689	4 013	153 657	89 940	63 717	106 501	9 383	4 579	4 804	4 368
nach Art der Zeitschrift											
Politische Wochenblätter mit überregionaler Verbreitung	8	–	8	1 194	519	675	14	311	128	184	7
mit lokaler/regionaler Verbreitung	105	105	–	469	338	131	91	56	14	42	99
Konfessionelle Zeitschriften	318	78	240	8 285	7 957	328	994	207	187	20	199
Publikumszeitschriften	1 348	318	1 030	99 399	38 212	61 187	5 517	5 403	3 149	2 254	1 022
darunter:											
Illustrierte, Magazine usw.	180	84	96	35 997	10 822	25 175	3 825	2 829	1 575	1 254	154
Motor, Reise, Freizeit, Hobby ..	217	20	197	16 629	12 196	4 433	413	535	266	269	182
Frauen, Familie, Mode, Wohnen	68	5	63	24 136	7 075	17 061	167	1 243	677	566	55
Politik, Kultur, Populärwissen- schaften	368	80	288	5 654	4 817	837	590	225	155	70	263
Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaft- lichem Inhalt	1 254	48	1 206	5 495	5 120	375	2 497	732	383	349	536
Sprach- und Kulturwissen- schaften	123	4	119	290	238	52	15	18	13	5	45
Rechts-, Wirtschafts-, Gesell- schaftswissenschaften	308	8	300	2 408	2 344	63	51	191	170	21	158
Mathematik und Natur- wissenschaft	179	1	178	327	272	55	29	62	58	4	51
Medizin	423	28	395	1 742	1 623	119	1 934	319	84	235	155
Agrar-, Forst-, Ernährungs- wissenschaft	59	2	57	77	71	6	151	9	7	2	22
Ingenieurwissenschaft	162	5	157	653	572	80	317	132	51	81	105
Andere Fachzeitschriften	1 608	241	1 367	34 560	33 578	982	4 741	1 406	547	859	1 184
Kundenzeitschriften	90	10	80	1 878	1 878	–	37 114	147	105	42	70
Amtliche Blätter	1 064	1 044	20	2 015	2 006	9	262	110	40	70	505
Anzeigenblätter	669 ²⁾	669	–	2	–	2	40 086	818	–	818	598
Kostenlos verteilte kommunale Amtsblätter	53	53	–	–	–	–	363	11	–	11	25
Sonstige Zeitschriften	185	123	62	360	333	27	14 821	181	26	155	123
Insgesamt	6 702	2 689	4 013	153 657	89 940	63 717	106 501	9 383	4 579	4 804	4 368
dar.: Zeitschriften der Verbände usw.	1 516	456	1 060	46 790	45 744	1 046	5 833	988	411	577	813

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag. – 2) Mit 1 102 Ausgaben.

Sozialleistungen

Zum Aufsatz: „Jugendhilfe“ Abgänge 1983 nach Dauer der Hilfe und Dauer der Heimunterbringung¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Hilfe zur Erziehung ²⁾			Freiwillige Erziehungshilfe			Fürsorgeerziehung		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Anzahl									
Insgesamt	26 414	13 658	12 756	5 259	3 460	1 799	934	620	314
Dauer der Hilfe									
unter 1 Monat	2 239	1 088	1 151	111	65	46	15	9	6
1 – 6 Monate	4 341	2 164	2 177	518	289	229	87	62	25
6 – 12 Monate	3 080	1 565	1 515	523	325	198	68	53	15
1 – 2 Jahre	4 047	2 075	1 972	1 164	741	423	184	116	68
2 – 3 Jahre	3 320	1 734	1 586	1 035	644	391	200	113	87
3 – 5 Jahre	3 372	1 827	1 545	1 090	766	324	211	138	73
5 – 10 Jahre	3 363	1 827	1 536	720	562	158	132	106	26
10 und mehr Jahre	2 652	1 378	1 274	98	68	30	37	23	14
Keine Heimunterbringung	13 145	6 547	6 598	340	199	141	67	39	28
Dauer der Heimunterbringung zusammen	13 269	7 111	6 158	4 919	3 261	1 658	867	581	286
davon:									
unter 1 Monat	1 436	697	739	82	48	34	14	10	4
1 – 6 Monate	2 306	1 165	1 141	555	314	241	127	86	41
6 – 12 Monate	1 493	776	717	564	340	224	80	54	26
1 – 2 Jahre	1 894	999	895	1 187	763	424	208	134	74
2 – 3 Jahre	1 646	915	731	948	630	318	163	101	62
3 – 5 Jahre	1 595	896	699	931	669	262	150	104	46
5 – 10 Jahre	1 597	944	653	576	442	134	96	74	22
10 und mehr Jahre	1 302	719	583	76	55	21	29	18	11
Prozent									
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Dauer der Hilfe									
unter 1 Monat	8,5	8,0	9,0	2,1	1,9	2,6	1,6	1,5	1,9
1 – 6 Monate	16,4	15,8	17,1	9,9	8,4	12,7	9,3	10,0	8,0
6 – 12 Monate	11,7	11,5	11,9	9,9	9,4	11,0	7,3	8,5	4,8
1 – 2 Jahre	15,3	15,2	15,5	22,1	21,4	23,5	19,7	18,7	21,7
2 – 3 Jahre	12,6	12,7	12,4	19,7	18,6	21,7	21,4	18,2	27,7
3 – 5 Jahre	12,8	13,4	12,1	20,7	22,1	18,0	22,6	22,3	23,2
5 – 10 Jahre	12,7	13,4	12,0	13,7	16,2	8,8	14,1	17,1	8,3
10 und mehr Jahre	10,0	10,1	10,0	1,9	2,0	1,7	4,0	3,7	4,5
Keine Heimunterbringung	49,8	47,9	51,7	6,5	5,8	7,8	7,2	6,3	8,9
Dauer der Heimunterbringung zusammen	50,2	52,1	48,3	93,5	94,2	92,2	92,8	93,7	91,1
davon:									
unter 1 Monat	5,4	5,1	5,8	1,6	1,4	1,9	1,5	1,6	1,3
1 – 6 Monate	8,7	8,5	8,9	10,6	9,1	13,4	13,6	13,9	13,1
6 – 12 Monate	5,7	5,7	5,6	10,7	9,8	12,5	8,6	8,7	8,3
1 – 2 Jahre	7,2	7,3	7,0	22,6	22,1	23,6	22,3	21,6	23,6
2 – 3 Jahre	6,2	6,7	5,7	18,0	18,2	17,7	17,5	16,3	19,7
3 – 5 Jahre	6,0	6,6	5,5	17,7	19,3	14,6	16,1	16,8	14,6
5 – 10 Jahre	6,0	6,9	5,1	11,0	12,8	7,4	10,3	11,9	7,0
10 und mehr Jahre	4,9	5,3	4,6	1,4	1,6	1,2	3,1	2,9	3,5

1) Ohne Berlin. – 2) Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 8 i.V.m. § 6 Abs. 2 JWG.

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- vermögen	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾
							Person- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1982	246 617	1 953	3 474	224 210	153 048	548 184	177 244	40 957	208 938	1 933	3 036	199 642	145 779	478 209
1983	248 334	1 815	4 259	227 131	151 367	554 055	181 323	37 280	216 394	1 813	3 608	206 287	150 186	499 438
1984	253 441	1 692	4 479	233 068	154 393	566 200	184 358	35 820	224 793	1 680	3 725	215 150	155 851	520 325
1983 3. Vj . .	58 900	451	1 153	52 757	32 135	126 121	39 127	9 590	51 565	462	1 005	49 737	32 517	116 012
4. Vj . .	60 408	342	1 136	61 811	41 036	144 046	45 043	12 959	59 675	409	644	55 961	40 363	136 366
1984 1. Vj . .	68 145	542	1 370	55 070	29 800	136 404	42 963	5 072	49 981	469	1 163	50 416	29 626	113 132
2. Vj . .	61 673	426	1 033	52 536	31 430	128 427	38 678	7 418	55 986	420	393	49 062	32 154	119 346
3. Vj . .	60 130	420	1 153	53 956	32 558	128 441	39 214	9 310	56 498	427	1 395	51 192	33 690	123 426
4. Vj . .	63 493	303	924	64 330	42 009	148 964	45 902	12 818	62 328	363	774	57 425	41 773	140 570
1985 1. Vj . .	72 717	490	1 216	56 245	30 762	142 824	44 954	4 827	50 587	431	1 275	51 008	30 059	114 752

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ³⁾⁴⁾						Fundierte Schulden ⁴⁾⁵⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	Bund ⁶⁾		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt
							zusammen	dar.: Lasten- ausgleichs- fonds				
1982	+ 37 175	-	+ 559	+ 24 026	+ 6 448	+ 68 208	308 476,7	2 339,4	5 226,0	187 185,2	97 245,5	598 133,5
1983	+ 31 475	-	+ 365	+ 20 823	+ 2 683	+ 55 346	341 636,4	1 831,8	5 592,0	209 991,1	99 932,6	657 152,1
1984	+ 28 305	-	+ 862	+ 18 566	+ 1 270	+ 49 003	365 532,0	1 646,7	6 458,0	229 224,7	101 158,3	702 373,0
1983 3. Vj . .	+ 8 431	-	+ 46	+ 4 213	+ 324	+ 13 014	331 699,6	1 831,7	5 193,0	200 414,6	99 046,8	636 354,0
4. Vj . .	+ 1 918	-	+ 383	+ 9 803	+ 1 007	+ 13 110	341 636,2	1 831,8	5 592,0	209 991,4	100 082,8	657 302,4
1984 1. Vj . .	+ 13 778	-	+ 309	+ 1 290	+ 654	+ 16 031	349 840,9	1 642,1	5 901,0	212 349,4	100 682,9	668 774,2
2. Vj . .	+ 6 332	-	+ 117	+ 3 509	- 181	+ 9 777	353 058,6	1 645,6	6 027,0	215 980,6	100 480,4	675 546,6
3. Vj . .	+ 5 788	-	+ 229	+ 4 211	+ 385	+ 10 613	359 150,0	1 630,9	6 246,0	220 535,5	100 866,7	686 798,2
4. Vj . .	+ 2 407	-	+ 207	+ 9 615	+ 463	+ 12 693	365 531,9	1 646,7	6 458,0	229 224,5	101 342,2r	702 556,6r
1985 1. Vj . .	+ 9 599	-	+ 10	- 1 000	+ 189	+ 8 798	377 380,0	1 628,4	6 468,0	230 463,3	101 387,7	715 699,0

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer (E. u. K.) 100 %	Gewerbe- steuer- umlage ⁸⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁹⁾	(Zuschlag zur) Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ¹⁰⁾	darunter Stadt- staaten ¹¹⁾
	A	B								
1982	419,3	5 887,9	26 102,8	- 6 200,5	19 902,3	22 996,1	1 378,5	456,7	51 040,8	4 052,4
1983	431,1	6 336,1	26 184,4	- 4 358,4	21 826,0	23 494,4	1 214,9	494,2	53 796,8	4 258,1
1984	435,3	6 667,5	28 320,1	- 4 146,0	24 174,1	24 297,1	967,6r	560,2	57 101,8r	4 486,5
1983 4. Vj . .	105,3	1 365,3	6 507,8	- 2 065,8	4 442,0	11 638,1	358,9	98,9	18 008,4	1 076,7
1984 1. Vj . .	104,5	1 537,0	7 281,5	- 70,4	7 211,1	1 361,4	300,9	157,5	10 672,4	1 117,4
2. Vj . .	105,5	1 755,2	6 940,9	- 1 065,2	5 875,7	5 784,3	239,8	155,6	13 916,2	1 102,0
3. Vj . .	117,3	1 948,5	6 853,2	- 1 038,8	5 814,5	5 391,3	237,6	140,4	13 649,7	1 122,6
4. Vj . .	108,0	1 426,8	7 244,5	- 1 971,6	5 272,9	11 760,0	189,3r	106,6	18 863,6r	1 144,4
1985 1. Vj . .	103,2	1 600,4	7 449,0	- 106,8	7 342,1	1 512,5	240,2	180,4	10 978,9	1 242,2

1) Jahresdaten: Bund, LAF, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gv. bis einschl. 1982 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik; ab 1983 kumulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik; kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1984 in den Jahresdaten (z.T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmearten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1. Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2. Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. - 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene. - 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. - 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 6) Einschl. der ab 1.1.1980 mitübernommenen LAF-Schulden. - 7) Abwicklungsbeträge. - 8) An Bund/Länder abgeführt. - 9) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 10) Nach der Steuerverteilung. - 11) Nur gemeindlicher Bereich.

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1982 D	114,1	111,5	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8	134,7
1983 D	115,8	113,2	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7	136,5
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1984 Mai	118,9	116,2	115,8	117,5	115,3	114,1	115,2	116,5	114,8	140,5
1984 Juni	119,0	116,2	115,8	117,6	115,4	114,3	115,0	116,6	114,9	140,6
1984 Juli	119,3	116,4	116,0	117,8	115,6	114,8	114,8	116,8	115,0	141,9
1984 Aug.	119,3	116,3	115,9	117,6	115,7	115,1	114,2	116,9	114,7	142,2
1984 Sept.	119,7	116,8	116,4	118,3	116,1	115,3	114,7	117,4	115,8	142,3
1984 Okt.	120,3	117,3	116,9	119,7	116,2	115,6	114,6	117,7	117,7	143,6
1984 Nov.	120,3	117,3	116,9	119,3	116,3	115,8	114,8	117,8	117,1	143,7
1984 Dez.	120,4	117,4	117,0	119,5	116,4	115,8	114,7	117,9	116,9	143,7
1985 Jan.	121,2	118,2	117,8	121,5	116,9	116,1	114,4	118,4	118,3	144,2
1985 Febr.	121,6	118,7	118,3	122,7	117,2	116,5	114,6	118,7	119,0	144,1
1985 März	121,8	118,9	118,5	122,9	117,4	116,7	114,5	118,9	119,1	144,2
1985 April	122,0	119,1	118,7	122,4	118,2	117,1	114,4	119,7	118,7	144,9
1985 Mai	122,1	119,2	118,8	122,1	118,5	117,4	114,3	120,1	119,0	145,0
1985 Juni	122,0	119,0	118,6	121,3	118,6	117,6	114,3	120,2	118,7	145,1

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralölerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1982 D	122,2	124,7	120,2	123,2	127,7	112,7	116,2	114,6	93,2	109,7
1983 D	125,8	127,3	123,8	119,3	120,2	115,7	110,8	110,2	103,5	113,5
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3r	114,7r	114,0	117,8
1984 Mai	128,9	131,1	127,7	122,7	128,7	118,0	115,0r	114,2r	116,3	117,5
1984 Juni	128,9	131,3	127,9	122,9	128,5	118,4	115,2r	114,3r	115,1	117,7
1984 Juli	130,2	131,4	127,9	122,0	128,3	118,3	115,4r	114,5r	115,1	118,3
1984 Aug.	130,3	131,6	127,9	121,3	128,0	118,1	115,6r	114,5r	114,3	118,3
1984 Sept.	130,4	131,5	127,9	124,2	134,3	118,0	116,0r	114,9r	112,9	118,3
1984 Okt.	130,5	132,7	128,0	129,7	139,3	118,1	116,9r	115,8r	111,9	118,4
1984 Nov.	130,5	132,7	128,0	127,9	136,2	118,0	117,5	116,5r	112,1	118,5
1984 Dez.	130,5	132,9	128,0	127,6	136,5	118,0	118,6r	117,6r	112,4	118,7
1985 Jan.	130,7	134,1	128,8	133,3	151,9	118,8	118,7	117,7	114,3	119,4
1985 Febr.	130,7	134,2	129,0	136,5	158,2	118,9	118,7	117,8	116,3	120,4
1985 März	130,7	134,3	129,0	136,0	154,8	119,6	119,7r	118,8r	116,8	121,4
1985 April	130,8	134,3	129,0	131,5	138,6	119,8	120,4r	119,6r	117,0	122,7
1985 Mai	130,8	134,9	129,6	129,6	131,3	119,9	120,3r	119,4r	117,7	123,2
1985 Juni	130,8	134,9	129,6	126,8	125,0	120,1	120,2	119,3	114,5	123,3

Jahr Monat	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
		zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbli. Arbeitsmaschinen	Kraft-	Land-	
						zusammen	darunter Fördermittel	maschinen		
1982 D	111,3	110,3	109,3	115,5	116,6	111,4	111,4	111,0	112,6	112,3
1983 D	114,9	111,2	109,9	117,9	118,3	115,0	115,2	114,1	116,9	117,2
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5	116,9	117,8	119,9
1984 Mai	117,8	113,9	114,3	119,0	119,5	117,8	118,3	117,0	117,7	119,7
1984 Juni	118,0	114,0	113,6	119,0	119,5	118,0	118,6	117,2	117,7	119,9
1984 Juli	118,6	114,3	114,3	119,2	119,6	118,3	118,9	117,4	117,7	119,9
1984 Aug.	118,7	114,7	114,7	119,5	120,0	118,5	119,0	117,4	118,1	120,1
1984 Sept.	119,2	114,7	114,7	119,7	119,9	118,6	119,1	117,4	118,1	120,1
1984 Okt.	119,3	114,5	114,4	119,3	119,5	118,8	119,5	117,5	118,1	120,0
1984 Nov.	119,4	114,6	114,6	119,3	119,6	119,1	119,7	117,5	118,1	121,5
1984 Dez.	119,5	114,7	114,5	119,4	119,7	119,1	119,9	117,6	118,1	121,7
1985 Jan.	120,3	115,2	115,0	119,5	119,6	120,0	120,7	118,3	118,3	122,0
1985 Febr.	121,3	116,1	116,2	119,6	119,7	120,4	121,1	118,6	118,8	122,2
1985 März	122,4	116,4	116,7	119,6	119,6	120,7	121,5	119,1	118,8	122,4
1985 April	123,4	117,7	119,2	120,5	120,4	121,6	122,5	120,1	119,8	122,6
1985 Mai	124,1	118,1	119,6	120,8	120,5	122,1	123,1	120,3	119,8	122,7
1985 Juni	124,2	118,3	120,4	121,0	120,7	122,2	123,2	120,2	119,8	122,8

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- räder ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1982 D	110,4	109,5	111,9	108,8	107,3	107,4	108,5	110,8	106,6	113,7	104,0
1983 D	113,8	112,8	115,9	114,9	110,1	110,5	111,9	113,8	111,1	113,9	103,5
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1984 Mai	117,1	116,6	117,8	119,6	111,5	112,4	114,9	117,2	113,0	117,9	101,5
1984 Juni	117,1	116,7	117,5	119,6	111,4	112,4	115,1	117,4	113,3	117,8	101,4
1984 Juli	117,2	116,7	117,8	119,6	111,6	112,6	115,5	117,5	113,2	118,4	101,4
1984 Aug.	117,3	116,8	118,1	119,6	111,6	112,7	115,6	117,7	113,1	118,4	101,6
1984 Sept.	118,3	118,3	118,2	121,4	111,7	112,8	115,7	117,7	113,8	118,7	102,7
1984 Okt.	119,0	119,3	118,2	121,4	111,7	113,1	115,9	117,6	114,3	118,7	102,8
1984 Nov.	119,0	119,3	118,1	121,5	111,7	113,0	116,0	117,8	114,4	118,6	103,0
1984 Dez.	119,0	119,3	118,2	123,8	111,8	113,1	116,0	117,8	114,3	119,0	103,0
1985 Jan.	119,5	119,5	119,2	124,6	112,4	113,7	117,0	117,8	114,4	119,8	103,6
1985 Febr.	119,7	119,6	119,8	126,4	112,6	114,2	117,9	118,0	115,2	120,4	103,7
1985 März	119,9	119,9	120,0	126,4	112,8	114,1	117,9	118,3	115,9	120,5	103,9
1985 April	121,2	121,6	120,5	126,4	113,1	114,7	118,7	118,9	115,8	121,9	103,7
1985 Mai	121,6	122,1	120,7	126,5	113,2	114,8	118,8	119,4	115,8	122,3	103,7
1985 Juni	121,7	122,2	120,7	126,5	113,2	114,9	118,9	119,5	115,8	122,3	103,7

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, ⁶⁾ Zellstoff, Papier und Papp e	Papier und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1982 D	111,9	109,4	98,2	110,9	111,6	111,7	108,1	105,3	115,0	105,4
1983 D	113,6	108,7	96,0	114,5	106,9	111,3	109,5	106,3	116,6	108,3
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1984 Mai	116,6	109,1	95,4	117,6	113,5	115,0	111,7	110,1	117,9	124,8
1984 Juni	116,7	109,4	95,1	117,8	115,3	115,4	112,2	109,8	118,5	125,2
1984 Juli	117,0	109,4	95,0	117,8	117,5	116,6	113,0	110,1	119,1	125,5
1984 Aug.	117,2	110,2	94,8	117,9	118,6	117,2	113,4	110,1	119,0	125,6
1984 Sept.	117,4	109,3	94,3	118,1	119,6	118,3	114,0	110,0	118,8	127,0
1984 Okt.	117,9	109,9	94,0	118,1	121,5	119,0	114,6	109,7	119,5	126,3
1984 Nov.	118,0	110,2	93,7	118,1	121,7	119,7	114,7	109,6	120,4	126,9
1984 Dez.	118,0	110,1	94,1	118,1	121,7	119,8	115,0	109,4	120,7	126,5
1985 Jan.	118,1	110,5	94,0	118,5	121,8	120,0	115,4	109,3	120,6	126,5
1985 Febr.	118,3	110,2	94,0	119,3	122,3	120,4	115,9	109,5	121,2	127,6
1985 März	118,5	110,3	94,1	119,7	122,4	120,8	115,9	109,7	122,4	127,5
1985 April	119,9	110,2	94,2	119,8	122,3	120,6	117,6	110,2	122,4	128,3
1985 Mai	120,3	110,2	94,1	120,2	122,2	120,7	118,1	110,7	122,7	128,9
1985 Juni	120,4	110,3	94,0	120,4	121,9	120,9	118,1	111,2	122,6	129,0

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigtei- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmlühen- erzeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1982 D	107,9	107,7	109,9	109,2	109,7	108,3	109,4	113,1	122,6	107,9
1983 D	110,5	110,4	112,0	112,4	111,5	109,9	111,7	112,1	131,2	113,5
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1984 Mai	113,2	112,9	115,8	115,3	114,0	110,0	108,1	110,0	128,5	117,5
1984 Juni	113,5	113,1	116,1	115,4	113,7	108,7	107,9	111,0	128,5	117,7
1984 Juli	114,1	114,0	116,5	116,3	113,5	106,7	107,6	111,1	128,5	117,8
1984 Aug.	114,5	114,4	116,8	116,6	112,9	104,6	107,5	111,1	128,5	118,1
1984 Sept.	114,5	114,5	116,9	116,8	113,4	101,7	107,7	111,3	128,6	118,2
1984 Okt.	115,4	115,5	117,2	117,2	113,3	100,5	107,8	111,3	128,6	119,1
1984 Nov.	115,5	115,6	117,5	117,3	113,5	100,5	108,2	110,5	128,5	118,9
1984 Dez.	115,6	115,7	117,6	117,2	113,4	101,0	108,1	110,7	128,5	118,9
1985 Jan.	116,4	116,3	118,1	117,8	113,1	102,1	106,6	110,5	128,5	118,9
1985 Febr.	116,6	116,4	118,4	117,8	113,3	102,0	106,8	110,3	128,5	118,9
1985 März	117,0	117,0	118,6	117,9	113,2	100,6	106,7	110,2	128,5	119,2
1985 April	117,4	117,5	118,9	118,1	113,1	100,6	106,6	110,2	128,5	119,5
1985 Mai	117,5	117,5	118,8	118,2	113,0	100,7	106,6	110,3	128,5	119,8
1985 Juni	117,6	117,6	119,2	118,3	113,0	100,6	107,2	110,4	128,6	119,9

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. - 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Kraftfahrzeuge. - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff.

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Wohn- ungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	
Alle privaten Haushalte¹⁾													
1982 D	111,9	112,0	111,3	109,8	114,6	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5	
1983 D	115,6	115,7	114,3	113,0	118,3	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5	
1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8	
1984 Mai	118,2	117,9	116,8	115,5	121,8	119,4	127,3	115,8	117,9	119,6	113,9	120,0	
1984 Juni	118,6	118,2	117,1	115,5	122,2	119,8	127,9	115,9	117,9	120,1	114,3	121,0	
1984 Juli	118,4	118,3	116,7	115,5	122,3	119,9	127,7	116,0	118,0	119,7	113,8	121,4	
1984 Aug.	118,2	118,3	115,7	115,7	122,6	120,4	127,7	116,1	118,1	119,1	113,7	121,4	
1984 Sept.	118,3	118,6	115,0	116,2	123,4	120,9	129,0	116,2	118,3	119,4	113,7	121,4	
1984 Okt.	119,0	119,4	115,0	116,6	124,7	121,5	132,0	116,3	118,4	121,8	114,3	121,4	
1984 Nov.	119,2	119,5	115,2	117,0	124,7	121,9	130,9	116,5	118,5	122,0	115,1	121,5	
1984 Dez.	119,3	119,5	115,3	117,0	124,9	122,1	131,1	116,5	118,6	121,8	115,4	121,9	
1985 Jan.	120,0	120,0	116,1	117,2	125,9	122,5	133,6	116,7	118,9	121,6	116,4	124,1	
1985 Febr.	120,5	120,3	117,0	117,4	126,6	122,8	135,1	116,9	119,1	121,9	116,5	124,5	
1985 März	120,9	120,7	117,4	117,8	127,3	123,2	136,7	117,2	119,4	122,0	116,6	124,7	
1985 April	121,1	120,8	118,0	118,0	126,6	123,4	133,9	117,4	119,5	123,2	116,2	124,9	
1985 Mai	121,2	120,9	118,1	118,1	126,2	123,6	132,2	117,6	119,6	124,7	116,0	124,9	
1985 Juni	121,3	121,1	117,8	118,1	126,0	123,8	131,0	117,7	119,7	124,7	116,1	126,2	
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾													
1982 D	112,2	112,2	111,2	109,8	114,2	109,6	127,3	110,9	110,0	113,0	109,6	115,5	
1983 D	116,0	116,1	114,0	113,2	117,8	115,2	125,5	114,1	114,4	117,5	113,0	121,4	
1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7	
1984 Mai	118,5	118,4	116,5	115,7	121,3	118,9	128,2	116,4	116,8	119,7	115,3	123,0	
1984 Juni	118,9	118,7	116,7	115,7	121,7	119,2	128,9	116,4	116,8	120,4	115,7	124,0	
1984 Juli	118,8	118,7	116,4	115,8	121,8	119,4	128,6	116,6	116,9	120,0	115,3	124,1	
1984 Aug.	118,6	118,7	115,4	115,9	122,1	119,8	128,6	116,6	117,0	119,4	115,2	124,1	
1984 Sept.	118,7	119,0	114,6	116,5	122,8	120,4	130,0	116,8	117,1	119,5	115,4	124,2	
1984 Okt.	119,4	119,7	114,7	116,8	124,2	121,0	133,3	116,9	117,3	122,0	115,9	124,2	
1984 Nov.	119,6	119,8	114,9	117,2	124,1	121,3	132,3	117,1	117,4	122,1	116,5	124,2	
1984 Dez.	119,7	119,9	115,0	117,3	124,3	121,5	132,4	117,1	117,5	121,9	116,8	124,5	
1985 Jan.	120,5	120,5	115,9	117,5	125,2	121,9	135,0	117,3	117,8	121,7	117,6	127,6	
1985 Febr.	121,0	120,8	116,9	117,7	125,9	122,2	136,7	117,6	118,0	122,0	117,7	127,8	
1985 März	121,4	121,1	117,4	118,1	126,6	122,5	138,5	117,9	118,4	122,1	117,9	128,0	
1985 April	121,6	121,3	118,0	118,3	126,0	122,7	135,6	118,0	118,5	123,2	117,7	128,2	
1985 Mai	121,8	121,5	118,0	118,5	125,7	122,9	133,7	118,2	118,7	124,9	117,5	128,2	
1985 Juni	121,9	121,7	117,6	118,5	125,5	123,1	132,5	118,4	118,7	124,9	117,7	129,5	
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾													
1982 D	112,0	112,0	111,2	110,0	114,7	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4	
1983 D	115,6	115,8	114,0	113,4	118,7	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3	
1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8	
1984 Mai	118,2	117,9	116,5	116,0	122,2	119,6	128,8	115,8	121,4	118,8	115,4	118,9	
1984 Juni	118,6	118,2	116,7	116,1	122,5	119,9	129,3	115,8	121,5	119,4	115,8	120,4	
1984 Juli	118,4	118,2	116,3	116,1	122,7	120,1	129,2	116,0	121,7	119,0	115,4	120,4	
1984 Aug.	118,2	118,3	115,4	116,3	123,1	120,6	129,2	116,0	121,7	118,4	115,3	120,4	
1984 Sept.	118,2	118,6	114,7	116,8	123,8	121,2	130,3	116,2	121,9	118,5	115,4	120,4	
1984 Okt.	119,0	119,3	114,8	117,2	125,0	121,8	133,2	116,3	122,1	121,2	115,9	120,5	
1984 Nov.	119,2	119,5	115,0	117,6	125,2	122,2	132,6	116,5	122,1	121,3	116,5	120,5	
1984 Dez.	119,3	119,5	115,0	117,7	125,3	122,4	132,6	116,5	122,2	121,0	116,8	121,0	
1985 Jan.	119,9	120,0	115,8	117,9	126,2	122,8	134,7	116,7	122,4	120,8	117,6	123,1	
1985 Febr.	120,5	120,3	116,8	118,1	126,8	123,2	136,0	116,9	122,7	121,1	117,7	123,6	
1985 März	120,8	120,5	117,2	118,5	127,5	123,5	137,5	117,2	122,9	121,1	117,9	123,8	
1985 April	121,1	120,7	117,8	118,7	127,1	123,7	135,4	117,3	123,0	122,3	117,7	123,9	
1985 Mai	121,3	120,9	117,9	118,9	126,8	123,9	134,0	117,5	123,1	124,0	117,5	124,0	
1985 Juni	121,3	121,1	117,5	118,9	126,7	124,1	133,1	117,7	123,2	123,9	117,7	125,8	

Fußnoten siehe folgende Seite.

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1982 D	112,1	112,1	110,9	109,6	114,5	109,9	126,0	110,4	115,4	112,4	108,3	111,0
1983 D	115,8	116,0	113,3	112,8	119,1	116,2	126,5	113,5	124,6	116,2	113,0	114,8
1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1984 Mai	118,9	118,3	116,9	115,3	122,6	120,1	129,0	115,5	126,6	117,1	116,6	116,3
Juni	119,3	118,5	117,4	115,3	122,9	120,5	129,1	115,5	126,7	117,7	117,3	117,1
Juli	119,0	118,5	116,6	115,4	123,1	120,7	129,4	115,8	126,9	117,1	116,3	117,1
Aug.	118,5	118,7	114,9	115,5	123,5	121,2	129,5	115,9	126,9	116,7	116,2	117,1
Sept.	118,4	119,0	113,7	116,1	124,2	121,8	130,1	116,0	127,1	116,7	115,9	117,1
Okt.	118,9	119,6	113,7	116,4	125,2	122,4	132,3	116,2	127,2	118,2	116,9	117,2
Nov.	119,2	119,8	113,9	116,8	125,6	122,8	132,6	116,5	127,3	118,1	118,1	117,2
Dez.	119,3	119,9	114,0	116,8	125,7	123,1	132,3	116,5	127,4	118,1	118,8	117,4
1985 Jan.	120,1	120,2	115,3	117,0	126,3	123,5	133,5	116,6	127,7	118,1	120,6	118,3
Febr.	120,8	120,5	116,7	117,2	126,8	123,9	134,4	116,8	127,8	118,4	120,6	118,8
März	121,2	120,8	117,3	117,7	127,4	124,2	135,5	117,0	128,1	118,5	120,5	119,1
April	121,5	120,9	118,1	117,8	127,3	124,5	134,7	117,1	128,2	118,9	119,9	119,2
Mai	121,7	121,0	118,3	118,1	127,3	124,7	133,9	117,3	128,3	120,0	119,4	119,3
Juni	121,6	121,1	117,7	118,1	127,3	124,9	133,5	117,4	128,4	119,9	119,5	120,5

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1982 D	111,0	.	110,4	110,0	113,2	110,0	122,7	110,7	110,7	119,4	111,5	109,6
1983 D	114,1	.	112,4	113,4	117,7	116,5	121,2	113,5	114,0	127,0	117,0	113,3
1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 Mai	118,0	.	117,8	115,9	121,2	120,4	123,6	115,7	116,3	127,4	119,5	116,2
Juni	118,7	.	119,0	116,0	121,7	120,7	124,4	115,8	116,4	128,5	119,7	116,4
Juli	117,7	.	116,8	116,1	121,7	120,9	123,9	116,0	116,6	128,6	119,9	116,5
Aug.	116,7	.	114,3	116,2	122,1	121,5	123,9	116,1	116,7	129,2	119,9	116,6
Sept.	116,1	.	112,3	116,8	123,1	122,1	125,7	116,3	116,8	129,2	120,1	116,9
Okt.	116,3	.	112,1	117,2	124,4	122,7	129,4	116,4	117,0	128,7	120,2	117,1
Nov.	116,4	.	112,2	117,5	124,2	123,1	127,3	116,6	117,0	128,1	120,3	117,3
Dez.	116,5	.	112,3	117,6	124,5	123,3	128,0	116,7	117,1	128,7	120,5	117,5
1985 Jan.	117,4	.	113,7	117,7	125,7	123,8	131,2	116,8	117,3	129,4	120,6	117,8
Febr.	118,4	.	115,4	117,9	126,4	124,2	133,0	117,1	117,4	129,4	120,8	118,2
März	119,1	.	116,2	118,4	127,3	124,5	135,5	117,4	117,6	129,5	121,1	118,5
April	119,7	.	117,6	118,6	126,3	124,8	130,7	117,5	117,8	129,5	121,5	118,7
Mai	120,2	.	118,8	118,7	125,8	125,0	128,1	117,6	117,9	130,8	121,6	118,9
Juni	119,6	.	117,5	118,8	125,6	125,3	126,5	117,8	117,9	130,8	121,9	119,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch, und Blumen. — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt.

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien - Gebäude	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
1982 D	108,9	108,6	109,0	109,2	110,0	108,9	110,4	109,7	111,2
1983 D	111,2	110,7	111,4	111,5	112,6	111,1	112,9	112,1	113,7
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1982 Aug.	109,5	109,1	109,6	109,7	110,6	109,4	111,0	110,2	111,8
1982 Nov.	109,1	108,7	109,3	109,3	110,3	109,0	110,7	109,8	111,6
1983 Febr.	109,3	108,8	109,5	109,5	110,6	109,1	110,9	110,0	111,7
1983 Mai	110,7	110,2	111,0	111,0	112,0	110,6	112,3	111,5	113,2
1983 Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
1983 Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Febr.	113,0	112,4	113,3	113,4	114,9	112,9	114,9	114,1	115,6
1984 Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
1984 Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
1984 Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
1985 Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden				
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung	
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne		
1982 D	100,3	100,2	100,4	106,0	100,9	100,2	111,9	111,6	111,8	111,0	
1983 D	99,5	99,5	99,4	106,9	100,9	99,8	115,6	115,1	115,3	114,6	
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0	
1982 Aug.	100,0	100,0	100,1	106,3	100,9	99,9	112,9	112,6	112,7	112,4	
1982 Nov.	99,2	99,1	99,2	105,4	100,1	99,0	113,0	112,6	112,7	112,2	
1983 Febr.	98,8	98,8	98,7	105,2	99,7	98,8	113,5	113,0	113,2	112,2	
1983 Mai	99,1	99,2	99,0	106,5	100,4	99,5	114,9	114,5	114,6	114,1	
1983 Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1	
1983 Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9	
1984 Febr.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,8	100,4	117,6	117,0	117,4	116,0	
1984 Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1	
1984 Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0	
1984 Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9	
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7	
1985 Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4	

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1981	79 245	91 807	72,66	61 641	57 548	96,07	10 919	21 215	36,55	6 685	13 043	28,06
1982	78 765	79 858	82,99	58 643	49 982	111,51	9 636	16 512	42,85	10 486	13 363	25,93
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1983 4. Vj	18 122	20 217	85,65	13 517	11 458	123,49	2 124	3 808	44,69	2 481	4 951	29,58
1984 1. Vj	14 981	14 630	86,44	10 968	9 079	117,81	1 830	2 874	40,58	2 183	2 677	29,30
1984 2. Vj	16 658	17 217	83,51	12 444	10 342	115,72	1 763	3 310	45,64	2 451	3 565	25,26
1984 3. Vj	15 057	15 322	86,48	11 103	9 040	123,22	1 455	2 447	44,40	2 499	3 835	26,75
1984 4. Vj	14 999	16 197	81,77	10 970	9 323	118,92	1 530	2 479	39,45	2 499	4 396	26,86

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5.
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen. – 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Textteil

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Hefte

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Das Recht der Europäischen Gemeinschaften und seine Auswirkungen auf die amtliche Statistik	4	265
Zur fachlichen Weiterentwicklung des Statistischen Informationssystems	5	351
Volkszählung 1986 — Vollerhebung oder Stichprobe	2	79
Input-Output-Rechnung in konstanten Preisen	4	270
Struktur der Landkreise und Kreisfreien Städte im Vergleich	7	527
Bevölkerung		
Ausländer im Bundesgebiet 1984	3	196
Erwerbstätigkeit		
Berufsstatistik	5	359
Erwerbstätigkeit im Juni 1984	7	533
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1984	4	282
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1984	1	13
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Jahresabschlüsse 1983 von Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes	3	202
Zahlungsschwierigkeiten 1984	3	209
Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren	7	539
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Bestimmung der Ernteerträge Landwirtschaftlicher Fruchtarten	1	16
Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben	4	289
Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben	6	445
Weinmosternte 1984	3	214
Anbau von Zierpflanzen	2	119
Tierische Erzeugung 1984	5	373
Seefischerei 1984	5	379
Produzierendes Gewerbe		
Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes	7	543
Zur Aussage der Indizes der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Möglichkeiten und Grenzen	1	21
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1984	4	294
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1984	6	455
Kostenstruktur und Investitionen im Baugewerbe 1983	6	459
Struktur des Bauhauptgewerbes 1984	2	122
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe 1984	3	217
Zur Entwicklung des Handwerks 1984	4	303
Erste Ergebnisse einer Abfallbilanz für die Bundesrepublik Deutschland	1	27
Bautätigkeit und Wohnungen		
Bautätigkeit 1984	4	309
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1984	2	128

	Heft	Seite
Außenhandel		
Außenhandel 1984	1	35
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	133
nach Waren	3	222
mit den außereuropäischen Entwicklungsländern	6	474
im vierten Vierteljahr 1984	2	141
im ersten Vierteljahr 1985	5	384
Handelswege im Außenhandel 1984	6	466
Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1984	7	561
Verkehr		
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1984	4	314
Binnenschifffahrt 1984	7	569
Luftverkehr 1984	3	229
Geld und Kredit		
Kursbewegung am Aktienmarkt 1984	1	41
Bildung und Kultur		
Habilitationen 1983	2	147
Studenten im Wintersemester 1984/85	5	390
Prüfungen an Hochschulen 1983	5	395
Pressestatistik 1983	7	576
Gesundheitswesen		
Einfluß wichtiger Todesursachen auf die Sterblichkeit und die Lebenserwartung	3	233
Schwangerschaftsabbrüche 1984	7	581
Krankenhäuser 1983	6	481
Sozialleistungen		
Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 1982	1	47
Behinderte 1983	2	152
Sozialhilfeempfänger 1983	4	321
Jugendhilfe 1982 (Einrichtungen und tätige Personen)	3	241
Jugendhilfe 1983	7	585
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1984 bis 1988	1	52
Kommunale Finanzplanungen 1984 bis 1988	3	249
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1985	6	490
Öffentliche Haushaltsplanungen 1985	5	402
Öffentliche Finanzen 1984	4	331
Öffentliche Schulden 1984	6	486
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik ...	1	56
Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983	5	408
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1984	6	493
Löhne und Gehälter		
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1984	3	252

Preise

	Heft	Seite
Zur Neuberechnung des Index der Grundstoffpreise auf Basis 1980	4	337
Zur Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1980	5	419
Weiterentwicklung des Mietenindex in der Verbraucherpreisstatistik mit Hilfe von Ergebnissen der Wohnungszählung	6	505
Zusammengefaßter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlands- und Auslandsabsatz auf Basis 1980	6	509
Preise im Jahr 1984	1	63
Januar 1985	2	158
Februar 1985	3	256
März 1985	4	343
April 1985	5	426
Mai 1985	6	512
Juni 1985	7	594

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Entwicklung des Sozialprodukts 1950 bis 1984	6	433
Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	95
Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte	2	110
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1984 (Vorläufiges Ergebnis)	3	167
Sozialprodukt im Jahr 1984	1	5
Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	7	519